



Europa und Lateinamerika

Auf dem Weg zu strategischer
Partnerschaft?

© Herbert-Quandt-Stiftung
Bad Homburg v. d. Höhe
September 2005

ISBN 3-7973-0964-3

24. Sinclair-Haus-Gespräch

Europa und Lateinamerika

Auf dem Weg zu strategischer
Partnerschaft?

Bad Homburg v. d. Höhe
22.-23. April 2005

EDITORIAL	7	Albrecht Graf v. Kalnein Herbert-Quandt-Stiftung
AUFTAKT	11	Hans Graf von der Goltz Herbert-Quandt-Stiftung
Jenseits von Kolonie und Utopie – Bedeutung und Potenzial gemeinsamer Wurzeln von Lateinamerika und Europa	14	Walther L. Bernecker Erlangen
Kurzer Abriss der Handelsbeziehungen zwischen der EU, Lateinamerika und der Karibik	26	Jaime Zabłudovsky Mexiko-Stadt
Die Europäische Union und Lateinamerika: Kooperationsansätze und -hindernisse	33	Elmar Brok Brüssel
PODIUMSGESPRÄCH Das „Atlantische Dreieck“ – Illusionen und Perspektiven	38	Elmar Brok Ricardo López Murphy Andrés Rozental Hildegard Stausberg (Moderatorin)
Die Europäische Union und Lateinamerika: Aus der Perspektive Washingtons	58	Tod Lindberg Washington
Hemisphärische und transatlantische Kooperation: Die lateinamerikanische Perspektive	63	Ricardo López Murphy Buenos Aires
Europa und Lateinamerika – Auf dem Weg zu strategischer Partnerschaft?	73	Bernd Mützelburg Berlin
Brasilien im Kontext Lateinamerikas	78	José Botafogo Gonçalves Rio de Janeiro
INTERVIEW Bernd Mützelburg Berlin	82	Thomas Gauly Herbert-Quandt-Stiftung
GRUNDLAGENPAPIER/THESEN	90	Zehn Thesen
Europa und Lateinamerika – Zur Substanz einer asymmetrischen Partnerschaft Einführung	92	Mark Speich Herbert-Quandt-Stiftung

Spielt Europa für Lateinamerika noch eine Rolle?	98	Greta Shelley Medina Berlin
Wirtschaftliche Bindungen zwischen Europa und Lateinamerika: Die tragende Säule einer strategischen Partnerschaft?	103	Barbara Konner Berlin
Globalisierung gemeinsam gestalten – Europa und Lateinamerika als Partner?	110	Ursula Stiegler Berlin
Europa, Lateinamerika und die Vereinigten Staaten: Ein atlantisches Rendezvous?	115	Pedro Germán Cavallero Washington
LITERATURHINWEISE Europa und Lateinamerika: Literatur, Institutionen und Internetquellen – eine Auswahl	119	Ursula Stiegler Berlin
GLOSSAR	129	Ulrich Berkmann
TEILNEHMER	132	Biografien
	146	Übersicht
RÜCKBLICK	149	Sinclair-Haus-Gespräche
HINTERGRUND	156	Herbert Quandt – Isaak von Sinclair
IMPRESSUM		





Rast am Monumento a la Bandera vor der Kathedrale von Rosario, Argentinien 2000

ALBRECHT GRAF V. KALNEIN

Editorial

PARIS, EIN SPÄTNACHMITTAG im Winter 1806/1807, im Foyer der École Normale d'Administration zwei junge, aufstrebende Herren im engagierten Gespräch. Aussprache und Kleidung deuten auf eine ferne Herkunft. Ihre Blicke verfolgen scheinbar das eifrige Hin und Her in der jungen Kaderschmiede der Metropole der europäischen Vormacht; ihre Gedanken und Erörterungen führen über diese Hochschule hinaus. Hören wir den beiden ein wenig zu – Simón Bolívar, jenem Mann aus kreolischer Familie, der europäische Überzeugungen und Forderungen der Aufklärung beim Wort nahm und den hispanischen Teil Südamerikas in die Unabhängigkeit führte, und Isaak von Sinclair, Literat, Jurist und Staatsmann, der in Zeiten des napoleonischen Umsturzes in Mitteleuropa die Souveränität der Landgrafschaft Hessen-Homburg bewahren half.

Sie debattieren darüber, inwieweit die gegenwärtige Misere zu Hause durch die Kraft von Bildung und Wissenschaft zu überwinden ist. Zu beklagen ist ja nicht nur der Umsturz der politischen Ordnungen, die durch die jahrzehntelangen Debatten zuvor freilich an Festigkeit verloren hatten. Nein, schlimmer noch ist der beschämende Ansehensverlust ihrer Heimatländer gegenüber der ersten Macht der internationalen Staatenwelt! Setzen nicht die wahren Patrioten des schmählich geschlagenen Preußen für die Wiederauferstehung beherzt auf die Förderung von Schulen und Universitäten

„Der Stellenwert von Forschung und Wissenschaft für Gesellschaften im Aufbruch, das Verhältnis von Europa, Angloamerika und Lateinamerika, die Balance zwischen Wirtschaft und Politik sind gleichsam klassische Fragen geworden.“

im Land? Ist es nicht nach dem Triumphzug Alexander von Humboldts durch Südamerika im Zeichen der Wissenschaft zu einer Aufbruchstimmung unter Gelehrten und Schriftstellern eines ganzen Kontinents gekommen?

„Aber, mein guter Bolívar, Sie reden ja fast mit vaterländischem Feuer von dieser Entdeckungsreise!“ „Wie auch nicht? Schauen Sie doch nur mal in den letztes Jahr erschienenen ersten Band mit der Auswertung dieser Fahrt. Kennen Sie Humboldt nicht seit Ihren Studien in Jena? Was hat dieser Mann aus sich gemacht!“

Sie sprechen über die Verwandlung von Aufklärung und Modernisierung in bloßes Machtstreben und Imperialismus. Bolívar schildert dem Deutschen, wie Napoleons Expansionsdrang, der seine Truppen über die Meere bis nach Santo Domingo führt, und sein Zugriff auf den Thron in Madrid das Signal für die Kolonialspanier gegeben haben, sich von dem Land ihrer Väter abzuwenden. „Wissen

Sie, Monsieur, das nordamerikanische Vorbild zu Zeiten meiner Eltern hat uns Mut gemacht. Wir müssen stärker auf unsere Interessen achten als auf unsere Herkunft und die Last der europäischen Geschichte.“ Engagiert diskutieren beide über klassische Vorbilder legitimen Widerstands und über Konzepte, tragfähige Staatsmodelle für Territorien kolonialer Prägung für das neue Jahrhundert zu finden.

Ein weiteres Thema kommt auf – die sich abzeichnende wachsende Bedeutung von Handel und Industrie, auch als Faktor politischer Macht und internationalen Ansehens. Ist es nicht so unerhört wie Respekt gebietend, wie Napoleon mit fast globalem Anspruch die Kontinentalsperre gegen die britische Krone verhängt hat? Welch ungeschminkte Vereinnahmung von Wirtschaft und Handel für außenpolitisch-strategische Zwecke! Deren besondere Bedeutung für das britische Reich erfasst Monsieur l'Empereur offenkundig klarer als mancher gekrönte Staatenlenker im alten Europa. Vielleicht sollten wir ohnehin eher auf die geistigen Zentren von Wissenschaft und Literatur blicken als auf die politischen Metropolen und deren herrschende Kreise. Sind nicht Adam Smith und die junge Industrie fernab von London wichtiger für das Empire, ja vielleicht sogar die abtrünnigen „Vereinigten Staaten“, als die Ränke und Zänke der Staatskanzleien in den Hauptstädten?

Jener Dialog im Vorhof der modernen Elitehochschule bleibt erdacht; Bolívar, der von 1804 bis Spätherbst 1806 in Paris weilte, und Sinclair, der vom Frühjahr 1807 bis 1809 in der Metropole Europas lebte, verfehlten einander um einige Wochen. Die Themen dieses imaginären Gesprächs aber – der Stellenwert von Forschung und Wissenschaft für Gesellschaften im Aufbruch, das Verhältnis von Europa, Angloamerika und Lateinamerika zueinander, die Balance zwischen Wirtschaft und Politik – bewegten damals die führenden Köpfe weithin. Es sind gleichsam klassische Fragen geworden, die heute auch uns beschäftigen.

Das 24. Sinclair-Haus-Gespräch der Herbert-Quandt-Stiftung vom 22. bis 23. April 2005 in Bad Homburg v. d. Höhe galt dem Thema „Europa und Lateinamerika – Auf dem Weg zu strategischer Partnerschaft?“ So zeitlos die Fragen nach dem Wechselverhältnis zwischen Europa und Lateinamerika, nach dem Begriff einer Atlantischen Welt (Charles Verlinden; Bernard Bailyn) auch sein mögen, so treffend schien der Zeitpunkt für diese Konferenz gewählt. Zwei Tage vor Beginn des 24. Sinclair-Haus-Gesprächs entthob der ecuadorianische Kongress unter dem Druck von Massendemonstrationen in den Straßen von Quito den demokratisch gewählten Präsidenten Lucio Gutiérrez seines Amtes – ein weiterer Beleg der Fragilität der parlamentarischen Demokratie in jenem Kontinent voller sozialer Gegensätze.

Und im Monat nach der Konferenz geriet durch die Referenden zur europäischen Verfassung in Frankreich und den Niederlanden die Europäische Union und ihr konstitutioneller Aufbau in eine ernsthafte Krise. Es wirkt im Nachhinein wie ein erstes Anzeichen der Krise, dass gerade die Gesprächsteilnehmer aus Übersee „den Europäern“ mangelnde Transparenz und Abstimmung in ihren außenpolitischen Unternehmungen vorwarfen, etwa zwischen einzelnen Nationalstaaten wie Spanien oder der Europäischen Union und ihrem Außenbeauftragten Javier Solana aus Spanien (!). Zum gegenwärtigen Zeitpunkt erscheint es ungewiss, ob und wann die EU zu einer einheitlichen, machtvollen Außenpolitik finden wird.

Die Herbert-Quandt-Stiftung vermerkte dankbar, dass namhafte Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft aus drei Kontinenten – Europa und den beiden Americas – ihrer Einladung zum offenen Austausch an rundem Tisch nach Bad Homburg, der Vaterstadt Isaak von Sinclairs, folgten. An der überraschend positiven Aufnahme ihrer Anregung und an dem anhaltenden Interesse an einem trilateralen Gedankenaustausch lässt sich ablesen, dass es solcher Begegnungen bedarf, vielleicht gerade in Zeiten schwächelnder Institutionen und polarisierter Debatten der Politik.



Albrecht Graf v. Kalnein begrüßt die Gäste zur Podiumsdiskussion im Herbert-Quandt-Haus.

„Die Herbert-Quandt-Stiftung vermerkte dankbar, dass namhafte Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft aus drei Kontinenten... ihrer Einladung zum offenen Austausch an rundem Tisch nach Bad Homburg folgten.“

Der vorliegende Band, der die vielfältigen Erkenntnisse und Anregungen der Homburger Begegnung festhalten und verbreiten soll, vereint die, durchgehend für den Druck überarbeiteten, Texte der Referenten sowie die redigierte Nachschrift der Podiumsdiskussion zum 24. Sinclair-Haus-Gespräch zwischen Elmar Brok, MdEP, dem argentinischen Präsidentschaftskandidaten Ricardo López Murphy, Buenos Aires, und Botschafter a. D. Andrés Rozental, México D. F. Die Gesprächsführung bei der Konferenz wie bei der Diskussion vor geladenen Gästen lag bei Dr. Hildegard Stausberg, Köln/Berlin.

Komplettiert wird die vorliegende Publikation durch einen Originalbeitrag von José Botafogo Gonçalves, dem früheren Wirtschaftsminister Brasiliens und Chefunterhändler seines Landes für den Mercosur. Er fragt aus brasilianischer Sicht nach dem schwierigen Begriff von „Lateinamerika“. Dankbar ist die Stiftung diesem Autor im Übrigen für seine Souveränität in der „Sprachenfrage“. Arbeitssprachen des Sinclair-Haus-Gesprächs, in denen jeweils auch der vorliegende Tagungsband erscheint, sind Deutsch, Englisch und Spanisch gewesen, wofür pragmatische Gründe sprachen. Der gleichrangigen Bedeutung des Portugiesischen und der lusophonen Kultur ist die Stiftung sich durchaus bewusst.

Im Auftrag der Stiftung erarbeiteten vier reisefeste jüngere Autoren aus Deutschland und Südamerika unter Federführung des Leiters unseres Berliner Büros, Dr. Mark Speich, ein „Grundlagenpapier“ zur Vorbereitung des 24. Sinclair-Haus-Gesprächs. Die hier gern aufgenommenen Beiträge von Greta Shelley Medina, Barbara Konner, Ursula Stiegler, Pedro Germán Cavallero sowie Mark Speich zeigen die Bandbreite des komplexen Themas „Europa und Lateinamerika – Auf dem Weg zu strategischer Partnerschaft?“ auf und liefern zugleich durchdachte, herausfordernde Thesen. Die Stiftung würde sich freuen, hiermit zu weiterführender Debatte beizutragen.

„Wir sind uns bewusst, dass ein so umspannendes politisches Thema von einer gemeinnützigen Institution nicht erschöpfend behandelt werden kann. Die Stiftung hat daher Sorge getragen, die Fackel weiterzugeben.“

Hinzu kommt schließlich die seit dem 22. Sinclair-Band gewohnte Bibliografie mit knappen Bewertungen und Kommentaren, die ihrerseits der weiteren, akademischen Beschäftigung mit dem Thema dienen soll.

Wir sind uns bewusst, dass ein so umspannendes politisches Thema von einer gemeinnützigen Institution nicht erschöpfend behandelt werden kann. Die Stiftung hat daher Sorge getragen, die Fackel weiterzugeben. Nachdem Erkenntnisse der Sinclair-Konferenz im Juni 2005 bereits mit dem Corps diplomatique der Staaten Südamerikas in Berlin im Haus der Axel Springer AG diskutiert wurden, soll das vorliegende Buch im Rahmen des Jahrestages des Ibero-Amerika Vereins im Oktober 2005 in Hamburg vor zahlreichen Repräsentanten aus Wirtschaft und Politik beider Hemisphären vorgestellt werden.

Besonders dankbar sind wir, dass das Grundanliegen des 24. Sinclair-Haus-Gesprächs, der substanzielle Dialog über den Atlantik hinweg, auch in unmittelbarer Form weitergetragen wird. Die ALTANA AG, die Gründerin der Herbert-Quandt-Stiftung und auch Förderin der Sinclair-Haus-Gespräche, hat gemeinsam mit der TU Dresden ein Stipendienprogramm eingerichtet, das ab 2006 Nachwuchswissenschaftlern verschiedener Fächer aus je zwei Hochschulen Mexikos und Brasiliens Studienaufenthalte in Deutschland ermöglicht. Und abermals Hochschule und ambitionierte junge Menschen aus Deutschland und Südamerika im Gespräch – ob die zeitlosen Themen jenes „Dialogs“ zwischen Bolívar und Sinclair in Paris dann an der Elbe mit frischem Blick aufgegriffen werden? □

HANS GRAF VON DER GOLTZ

Zum Geleit

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren,

es ist mir eine große Freude, Sie im Namen des Stiftungsrats der Herbert-Quandt-Stiftung zu unserem 24. Sinclair-Haus-Gespräch hier im Herbert-Quandt-Haus begrüßen zu dürfen. Gerne hätte ich dies im Sinclair-Haus getan, dem diese Tagung ihren Namen verdankt. Offenkundig haben wir jedoch mit der Entscheidung, uns mit den Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika auseinander zu setzen, einen Nerv getroffen. Binnen kurzer Zeit überstieg die Zahl der Zusagen das Fassungsvermögen des Sinclair-Hauses. Damit sind wir gewissermaßen Opfer des eigenen Erfolges geworden. Der Tradition Isaak von Sinclairs, kluge Zeitgenossen in kleiner Runde zu versammeln, um drängende Themen politischer Zukunftsgestaltung zu diskutieren, folgen wir aber auch hier. Der *genius loci* des Sinclair-Hauses wird uns auch in dieser größeren Runde zur Seite stehen.

Wer den Blick aus diesen Fenstern hinaus in die Weite der Landschaft richtet, wird an eine Beobachtung des spanischen Philosophen José Ortega y Gasset erinnert, auf die Frau Stausberg in einem Vorgespräch hingewiesen hat: Die Weite und Unbegrenztheit der argentinischen Pampa prägte eine Mentalität, die dem Konkreten ausweiche und sich ganz an den unbestimmten Verheißungen der Ferne ausrichtete. Die Substanz jener „strategischen Partnerschaft“, die die Europäische Union und die Staaten Lateinamerikas auf mittlerweile drei großen Gipfeltreffen beschworen haben, ließe sich kaum treffender beschreiben. Denn was diese Partnerschaft ausmachen soll, bleibt in

„Konkrete Anhaltspunkte für den Ausbau der wirtschaftlichen oder gar politischen Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika sucht man... vergebens.“

den Kommuniqués auffallend verschwommen. Im Konkreten scheint sich Europa von Lateinamerika eher abzuwenden. Natürlich werden gewachsene Standorte europäischen Engagements nicht leichthin aufgegeben, zu stabil sind gerade die wirtschaftlichen Beziehungen, die viele europäische Unternehmen, darunter auch die ALTANA AG, nach Lateinamerika unterhalten. Im Großraum São Paulo findet sich immer noch die größte Ballung deutscher Industrie außerhalb Deutschlands. Konkrete Anhaltspunkte für den Ausbau der wirtschaftlichen oder gar politischen Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika sucht man jedoch vergebens. Allen Bekenntnissen zum Trotz fehlt es Lateinamerika an der Aufmerksamkeit, die es verdient.

Bei der Vorbereitung des Themas sind wir daher immer skeptischer geworden, ob es richtig ist, mit dem Titel dieser Tagung zu implizieren, Lateinamerika und Europa befänden sich bereits auf dem Weg zu einer strategischen Partnerschaft. Die vielen Hinweise, die zurzeit eher eine Vernachlässigung Lateinamerikas durch europäische Entscheidungsträger befürchten lassen, haben uns letztlich bewogen, den Titel in der endgültigen Fassung des Programms mit einem Fragezeichen zu versehen. Nicht das



Diskussionsrunde im Herbert-Quandt-Haus, April 2005

Ziel einer lateinamerikanisch-europäischen Partnerschaft ist damit in Frage gestellt, sondern die Ernsthaftigkeit, mit der dieses Ziel derzeit verfolgt wird.

Das Thema, das uns heute und morgen beschäftigen soll, liegt also etwas quer zu den gegenwärtig geführten außenpolitischen Diskussionen. Es ist jedoch gute Tradition der Sinclair-Haus-Gespräche, gerade solche Fragen aufzugreifen, denen im öffentlichen Diskurs nicht die Aufmerksamkeit entgegengebracht wird, die sie verdienen. Dieses Gespräch und die daraus hervorgehenden Publikationen verfolgen daher auch das Ziel, einen Beitrag dazu zu leisten, Lateinamerika wieder auf die Tagesordnung unserer Debatten zu setzen. Mit den Verheißungen der Ferne allein wird dies nicht gelingen. Im Zentrum unserer Tagung sollen daher Substanz, Inhalt und konkrete Ziele einer Partnerschaft zwischen Europa und Lateinamerika stehen.

Es ist müßig, über Partnerschaft ohne Partner zu sprechen. Besonders herzlich begrüßen wir deshalb in diesem Kreis unsere Gäste aus Lateinamerika. Eine kleine Runde wie diese vermag nicht den ganzen Kontinent in seiner Vielfalt abzubilden. Umso erfreuter sind wir, dass es gelungen ist, namhafte Repräsentanten der auch in ihrer weltpolitischen Geltung wohl wichtigsten Länder Lateinamerikas Brasilien, Mexiko, Argentinien, Kolumbien und Chile an unseren Tisch zu bitten.



Europa und Lateinamerika sind durch eine mitunter schmerzhaft, insgesamt aber doch reiche Vergangenheit miteinander verbunden. Die kulturelle Nähe ist überall erlebbar. Wer je der Aufführung einer europäischen Oper im wunderbaren Opernhaus von Buenos Aires, dem Colón, oder einem europäischen Gastspiel der großen mexikanischen Tenöre Ramón Vargas oder Rolando Villazón beigewohnt hat, weiß, was wir damit meinen. Große lateinamerikanische Dichter und Schriftsteller haben unsere Literatur bereichert und mit geprägt. Ob diese Verbundenheit aber auch unsere gemeinsame wirtschaftliche und politische Zukunft prägen wird, eine Zukunft, die über rhetorische Inszenierungen hinausgeht, und welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um diese Zukunft mit Leben zu erfüllen, wollen wir heute und morgen erörtern.

Die Moderatorin dieses Sinclair-Haus-Gesprächs, Frau Dr. Hildegard Stausberg von der Tageszeitung *DIE WELT*, wird dafür sorgen, dass wir über den Verheißungen der Ferne das Konkrete nicht aus dem Blick verlieren. Unter den deutschen Journalisten gibt es niemanden, der Lateinamerika – auch aus eigenem Erleben – besser kennt als Frau Stausberg. Wir sind daher sehr froh, dass sie es übernommen hat, uns durch die Weite unseres Themas zu führen und dabei immer wieder an unsere Leitfragen zu erinnern.

Das 24. Sinclair-Haus-Gespräch ist hiermit eröffnet. □

WALTHER L. BERNECKER

Jenseits von Kolonie und Utopie

Bedeutung und Potenzial
gemeinsamer Wurzeln
von Lateinamerika und Europa

ES IST EIN GEMEINPLATZ, DARAUF HINZUWEISEN, dass Lateinamerika zum westlichen Kulturkreis gehört: Von „abendländischen“ Mächten kolonisiert und missioniert, waren es europäische Anschauungen und Traditionen, Probleme und Konflikte, Hoffnungen und Träume, die den Subkontinent nachhaltig prägten, waren es europäische Fragen, auf die man hier eine Antwort suchte.

„Kolonie und Utopie stehen insofern in engem Zusammenhang, als Amerika von Beginn an als Land der unbegrenzten Möglichkeiten betrachtet wurde.“

Und dennoch verlief die Entwicklung diesseits und jenseits des Atlantiks sehr unterschiedlich. Selten nur lässt sich von gleichberechtigten Beziehungen sprechen. Weit häufiger war Lateinamerika „Objekt“ europäischer Wirtschaftsexpansion und politischer Ambitionen oder Projektionsfläche utopischer Vorstellungen: als paradiesähnliche, von „edlen Wilden“ bevölkerte „Neue Welt“ oder als idealisierter Ort angeblich chancenreicher politischer Entwürfe – sei es die romantisch verklärte mexikanische Revolution, der antiimperialistische Befreiungskampf Fidel Castros, die sozialistische Utopie eines Salvador Allendes und Ernesto „Che“ Guevaras oder der indianische Kommunismus der Neozapatisten in Chiapas. Bei den folgenden Überlegungen zur Bedeutung der Gemeinsamkeiten – aber auch der Differenzen – zwischen

beiden Kontinenten soll vor allem auf die europäischen Vorstellungen von Lateinamerika eingegangen werden.

1. Iberoamerika im kolonialen Denken Europas

Schon im Verlauf des 16. Jahrhunderts formten sich die Europäer ein sehr Eigentümliches Bild von der Neuen Welt. Abgesehen von der Fauna und Flora der Tropen, die lange Zeit mit der gesamten Neuen Welt assoziiert wurden, bezogen sich Neugier und Interesse der europäischen Öffentlichkeit vor allem auf die fantastischen Elemente in den Berichten der Entdecker und Eroberer, auf Mythen, die in der Alten Welt noch unbekannt waren, sowie auf die widersprüchlichen Beschreibungen und zwiespältigen Urteile, die über die neu entdeckte Menschenrasse kursierten.¹ Ausgehend vor allem vom niederländischen und angelsächsischen Raum, erhitze seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts ein weiteres Thema die Gemüter: die Anprangerung und Verurteilung der spanischen Conquista, die sogenannte *leyenda negra*.

Kolonie und Utopie stehen insofern in engem Zusammenhang, als Amerika von Beginn an als Land der unbegrenzten Möglichkeiten betrachtet wurde. Der *Mundus Novus* war die Neue Welt der Verheißung, in der die Mythen der Antike und des Mittelalters zum Leben erwachten; andere Mythen entstanden in Amerika selbst, wie etwa die Legende von „El Dorado“, dem sagenhaften Goldland, und auch zeitgenössische literarische Utopien schöpften aus den Berichten über den neu entdeckten Kontinent. Thomas Morus etwa legte die Beschreibung der Insel „Utopia“ in seinem gleichnamigen Staatsroman (1516) nicht nur einem Matrosen aus der Mannschaft Amerigo Vespuccis in den Mund, er entnahm sie zum Teil tatsächlich den Reiseberichten Vespuccis (*Quatuor navigationes*, 1507), beispielsweise dessen Bemerkungen zum Gemeinschaftseigentum der Ureinwohner, die damit Utopien vom idealen Gemeinwesen, wie sie Platon und Augustinus entworfen hatten, verwirklicht zu haben schienen. Auch der sogenannte „Jesuitenstaat“ (1609–1767) in Paraguay wurde später nicht sel-

¹ Juan Gil: *Mitos y utopías del descubrimiento*. 3 Bde., Madrid 1989.



Am Dschungelfluss an der guatemalteckisch-bonduranischen Grenze, 1997

„Kolumbus konnte seine Überraschung nicht ganz verbergen, als er nach seinem ersten Zusammentreffen mit den Ureinwohnern notierte, diese hätten weder krauses Haar noch eine schwarze Hautfarbe, dafür aber schöne, regelmäßige Gesichtszüge.“

ten als utopisches Experiment interpretiert und als quasi „kommunistisches“ Projekt missverstanden.² So hat Amerika dem „Lande Nirgendwo“ (so die wörtliche Bedeutung von *Utopia*) lebendige Gestalt gegeben.

Noch stark von antiken und mittelalterlichen Vorstellungen geprägt, hofften die ersten Entdecker und Eroberer auf ihrer Suche nach Gewürzen und Gold, zugleich den Weg zum Paradies auf Erden und zum Brunnen der ewigen Jugend zu finden, und erwarteten, auf Giganten und Amazonen, mindestens aber auf eine noch unbekannte, fremdartige Menschenrasse zu stoßen wie zuvor in Afrika. Kolumbus konnte seine Überraschung nicht ganz verbergen, als er nach seinem ersten Zusammentreffen mit den Ureinwohnern notierte, diese hätten weder krauses Haar noch eine schwarze Hautfarbe, dafür aber schöne, regelmäßige Gesichtszüge.

Die frühen Beschreibungen des Kolumbus und des Vespucci formten das Urbild des „amerikanischen Wilden“. Dessen Nacktheit kündigte die

² Vgl. Walther L. Bernecker: Der „Jesuitenstaat“ (1609–1767) in Paraguay: eine „verwirklichte Utopie“? In: Stefan Krimm u. a. (Hgg.): Utopia und die Wege dorthin – Vom Schicksal der großen Entwürfe. (Acta Hohenschwangau 1993). München 1994, S. 48–64.

Nähe des irdischen Paradieses an, das zu den Zielen der ersten Entdecker gehörte. Freundlichkeit, Sanftmut und Friedfertigkeit begründeten die Vorstellung von einem Wesen, das man später, im Jahrhundert der Aufklärung, den „edlen Wilden“ nannte, der mit der Natur in Einklang lebte, von Begierden unberührt war und sich damit grundlegend vom „zivilisierten“ Menschen aus der Alten Welt unterschied.

Fast zeitgleich entstand das komplementäre Bild des „böartigen“ Wilden, eines angriffslustigen, gefährlichen und grausamen Indianers mit barbarischen Sitten und Riten, die von der Sodomie über den Götzendienst mit Menschenopfern bis hin zum Kannibalismus reichten. Erzählungen über Menschenfresser gehörten damals zum Standardrepertoire der volkstümlichen Reiseberichte, die in Europa zirkulierten, sodass man Kolumbus ohne weiteres Glauben schenkte, als er die Legende in die Welt setzte, der Stamm der „Cannabili“ – von dem alle europäischen Sprachen das Wort „Kannibalismus“ abgeleitet haben – ernähre sich von Menschenfleisch. Kannibalismus blieb fortan auf Dauer auch mit der bildlichen Darstellung der Neuen Welt verbunden. Zugleich war man der

„Erzählungen über Menschenfresser gehörten damals zum Standardrepertoire der volkstümlichen Reiseberichte, die in Europa zirkulierten.“

Überzeugung, bei diesen Barbaren handle es sich um „unmündige Völker“, um Primitive mit begrenzter Begabung, um minderwertige Kreaturen, denen der Weg zur Zivilisation verschlossen sei. Daneben hielt sich jedoch auch das ursprüngliche, positive Bild vom unverfälschten, edlen Wilden, der das Geheimnis des mythischen Goldenen Zeitalters barg, das für die „zivilisierten Menschen“ unwiederbringlich verloren war. So paarte sich die Bewunderung für die „unverdorbenen Kinder der Natur“ mit aufkommendem Rassismus.

Im Zuge kolonialer Expansion, bei der die Spanier vermehrt auf Widerstand stießen, gewann im 17. Jahrhundert zunächst die Vorstellung vom „böartigen Wilden“ die Oberhand, bis schließlich im Zeitalter der Aufklärung immer deutlicher zwischen den „wilden“, nicht zu unterwerfenden,

freien Indianern und den unterworfenen, „zivilisierten“ unterschieden wurde. Im Kontext antispänischer Ressentiments und heftiger Kritik an den Kolonialbehörden Amerikas wurden wiederum die natürlichen Tugenden der „guten Wilden“ betont und die Schandtaten ihrer Beherrscher angeprangert. Als Musterbeispiele der Moral, als Symbole für Weisheit und Tugend erwiesen sich die Indianer nunmehr als sehr geeignet, dem durch Zivilisation „verdorbenen“ Europäer einen Spiegel vorzuhalten, ihn zu kritischer Selbsterkenntnis zu bewegen sowie entsprechende Sitten- und Gesellschaftskritik zu üben. Die vermeintliche natürliche Sanftmut und Güte der Ureinwohner diente zudem insbesondere den französischen Aufklärern als Argument im Kampf gegen die Kirche, schienen sie doch zu beweisen, dass der Mensch keinerlei Religion nötig habe, um tugendhaft zu sein, und dass die Missionierung eigentlich das Ziel verfolge, den Machtbereich des Klerus zu erweitern. Das Bild des „edlen Wilden“ spielt auch heute noch eine Rolle im europäischen Denken: Für die Ökologiebewegung hat der Indio, der als „geborener Umweltschützer“ im Einklang mit der Natur lebt und schonend mit deren Ressourcen umgeht, Vorbildfunktion.

Für die Kolonialmächte dienten die unterschiedlichen Bilder von der amerikanischen Urbevölkerung von Anfang an vor allem einem Zweck: der Rechtfertigung ihrer Intentionen und ihres Vorgehens. Der „Wilde“ wurde bevorzugt dann als „gut“ und „edel“ beurteilt, wenn es galt, den europäischen Eroberungswillen mit der Fiktion zu kaschieren, die Eroberten würden der Kolonisierung und Christianisierung freiwillig zustimmen. So hob bereits Kolumbus im Bericht seiner ersten Reise hervor, die Eingeborenen hätten bereitwillig und ohne Habgier Tauschhandel mit ihm getrieben und sie liebten „ihren Nächsten wie sich selbst“ – mit anderen Worten: Der „gute Wilde“ besaß von Natur aus schon alle christlichen Tugenden und es lag in seinem eigenen Interesse, dass man ihn mit seinem wahren Herrn und Gott im Himmel bekannt machte. Das alternative Bild des „bösen“ und primitiven „Wilden“ wurde bemüht, wenn es darum ging, die Kolonisierung als notwendiges „zivilisatorisches“ Werk darzustellen. Als minderwertige, letztlich nicht zivilisierbare Götzendiener und Kannibalen schließlich wurden die Ureinwohner eingestuft, wenn Misshandlung, Zwangsarbeit und Ver-

sklavung durch die spanischen Siedler gerechtfertigt werden sollten. Noch die Jesuiten stellten später die Indianer als Mittelding zwischen Tier und Mensch im Naturzustand dar; sie seien Wesen, die von den primitivsten Instinkten beherrscht würden, zugleich aber durch Bekehrung und Zivilisierung an Wert gewinnen, wozu die Jesuiten sich berufen fühlten. Die Beschreibungen der Jesuitenpatres sollten den Paternalismus verständlich machen und rechtfertigen, der die missionarischen und zivilisatorischen Aktivitäten der Gesellschaft Jesu prägte.

Alle Antworten auf die Fragen nach Ursprung, Wesen und Rechten der Indianer, die sich die Zeitgenossen seit Entdeckung der Neuen Welt stellten, waren von theologischen Vorbehalten und den Grundannahmen einer biblischen Wahrheit bestimmt, die niemand in Frage stellte. Doch versuchten die Theoretiker des 16. Jahrhunderts, wenn auch noch stark von dogmatischen Prämissen eingengt, über diese vermeintlichen Gewissheiten hinauszugelangen. Philosophen wie Johannes Althusius und Hugo Grotius begannen, neu und verstärkt über Natur- und Völkerrecht, Anthropologie und die Geschichte der Menschheit nachzudenken, und diese Überlegungen sollten später, im 18. Jahrhundert, das gesamte abendländische Denken revolutionieren – ein beeindruckender Beleg für den geistigen Zusammenhang von Neuer und Alter Welt. Seit dem 16. Jahrhundert verbreitete sich der kulturelle Einfluss der Neuen Welt und seiner Bewohner unaufhaltsam über ganz Europa³, nicht zuletzt auch durch die Einfuhr neuer Produkte wie Kartoffel, Mais und Tabak.

Conquista und Christianisierung Amerikas bedeuteten nicht Bruch, sondern Kontinuität gegenüber der nachkonstantinischen Praxis. Wie schon bei der Gründung des christlichen Europas spielte das Bündnis zwischen Kreuz und Schwert eine entscheidende Rolle bei der Konstituierung des katholischen Amerikas⁴, wenn auch in durchaus unterschiedlicher Form. Ausgehend von der Idee einer päpstlichen Weltherrschaft, die eine direkte Gewalt des Papstes auch in weltlichen Dingen behauptete und ihm die Oberhoheit über alle „Heidenvölker“ zuerkannte, bestätigte Papst Alexander

VI. nicht nur qua „Schenkungs“ (Bulle *Inter caetera* vom 3. Mai 1493) die Rechtmäßigkeit der spanischen Eroberungen – auch der zukünftigen –, er übertrug der spanischen Krone 1505 auch das Patronatsrecht, d. h. die Oberaufsicht in allen praktischen kirchlichen Fragen. Die geschlossene Welt des Kirchenpatronats ermöglichte es, viele mittelalterliche Strukturen und Doktrinen auf die lateinamerikanische Christenheit zu übertragen. Sie hielt diese von „reformerischen Umtrieben“ frei und sorgte dafür, dass kritische Stimmen nie zu größerem Einfluss gelangten. Die für Europa mit der Entdeckung Amerikas beginnende Neuzeit galt nicht für Amerika selbst: Leibeigenschaft und Sklaverei, die Plünderung der Edelmetalle, strengste Zensur von Lehrbüchern, Verfolgung und Vertreibung Andersgläubiger, Inquisition und Kampagnen zur Ausrottung der Idolatrie – all das wies mehr ins Mittelalter als in die heraufziehende Neuzeit.

„Wie schon bei der Gründung des christlichen Europas spielte das Bündnis zwischen Kreuz und Schwert eine entscheidende Rolle bei der Konstituierung des katholischen Amerikas ...“

2. Die „leyenda negra“

Die Vorstellungen vom amerikanischen Kolonialreich wurden auch von der politischen Konstellation der europäischen Mächte beeinflusst; vor allem Frankreich, England und die Niederlande betrachteten das Wirken der spanischen Krone in Amerika mit Argwohn und Neid. Die Rivalen Spaniens, die den Ausschluss von den neu entdeckten Reichtümern nicht hinnehmen wollten, verurteilten den Protektionismus des Papstes und bestritten die völkerrechtliche Gültigkeit seiner „Schenkungs“; sie tadelten die Grausamkeit der Conquista, ihre Gewalttätigkeit und die niederen Beweggründe, die unter den nur vorgeschützten edleren Zielen wie Mission und Zivilisierung verborgen seien. Die zahlreichen antispanischen Pamphlete des 16. bis 18. Jahrhunderts, die häufig auf den selbstkriti-

³ Vgl. Alain Milhou: Die Neue Welt als geistiges und moralisches Problem (1492–1609). In: Horst Pietschmann (Hg.): Mittel-, Südamerika und die Karibik bis 1760. Stuttgart 1994, S. 274–296.

⁴ Vgl. Paolo Süß: Die Herausforderung durch die anderen. 500 Jahre Christentum in Lateinamerika: Conquista, Sklaverei, Befreiung. In: Venanz Schubert (Hg.): Die beiden Amerika. Kolumbus und die Folgen. St. Ottilien 1994, S. 219–256.

schen Schriften des spanischen Dominikanerpaters Bartolomé de las Casas und der von Francisco López de Gómara verfassten Chronik von Cortez' blutigen Eroberungszügen beruhten, trugen zur Verbreitung eines „rassistischen“ Ressentiments gegen die Spanier bei, die als „von Natur“ grausam und habgierig betrachtet wurden.

Hispanoamerika wurde damit unmittelbar auch in den ideologischen Konflikt der Religionskriege hineingezogen. De las Casas' *Kurzgefaßter Bericht von der Verwüstung der westindischen Länder* (1544) erfuhr mehrere Neuauflagen, die deutlich von religiösen Ressentiments inspiriert waren: Die Kleingravuren, die der Protestant Theodore de Bry zur lateinischen Ausgabe (Frankfurt 1598) angefertigt hatte und die de las Casas' Schilderung der brutalen Vernichtung der Indianer durch die Spanier eindrücklich illustrierten, waren von gewaltigem Einfluss, der jahrhundertlang spürbar bleiben sollte. Die von spanischen Nationalisten später als *leyenda negra*, als „Schwarze Legende“, bezeichneten Gräuelferichte wirkten weit über die Zeit der eigentlichen militärischen Invasion hinaus

„Wie schon in Spanien bestimmte auch in Hispanoamerika die Furcht vor den letzten Konsequenzen der Französischen Revolution die Haltung der Aufklärer.“

und prägten nachhaltig das Bild des Kolonialregimes. Die wenigen nicht spanischen Europäer, die in den „verbotenen Kontinent“ vordringen konnten, waren ganz offensichtlich von antspanischen Animositäten erfüllt. Vorgehalten wurde dem spanischen Kolonialsystem, dass es aus einer verbrecherischen Eroberung hervorgegangen war, das Wirken der Kolonialverwaltung wurde in Bausch und Bogen als Fortschreibung einer ungerechten und gewalttätigen Geschichte dargestellt. Die zahlreichen überlieferten Fälle von institutionalisierter Korruption und Machtmissbrauch, dessen unschuldige Opfer die Indianer waren, verfestigten das in Europa kursierende Negativbild des spanischen Kolonialreichs. Zielscheibe der Kritik waren die Gewalt-

herrschaft der Kolonialbeamten, die Misshandlung und Zwangsarbeit, unter der die Indianer zu leiden hatten, die ungerechte Härte des Inquisitionstribunals, aber auch die große Zahl von Ordensgeistlichen, ihr „Schmarotzertum“ und ihre lockere Moral: Die skandalöse Bereicherung der Kleriker, ihre Irreligiosität und offen zur Schau getragene Sittenlosigkeit gehörten zu den regelmäßigen Vorwürfen an die spanische Seite. So entstand im Zerrspiegel der *leyenda negra* das Bild einer Kolonialgesellschaft, die systematisch verleumdet und insgeheim mit Neid betrachtet wurde. Erst gegen Ende der Kolonialzeit sollte sich ein gewisser Wandel in der Beurteilung bemerkbar machen: Man unterschied nun deutlicher zwischen der spanischen Kolonie und der imperialen Kolonialmacht Spanien, und die Spanier selbst wurden nicht mehr pauschal als verabscheuenswürdig, sondern zunehmend auch als mehr oder weniger verantwortungsvolle Kolonialherren betrachtet, die man durchaus mit den übrigen Europäern vergleichen konnte.⁵

3. Die Aufklärung

Seit Ende des 18. Jahrhunderts gelangten aufklärerische Werke auch in die Neue Welt, hauptsächlich solche der französischen Aufklärung wie etwa die 1750 bis 1780 unter der Leitung von Denis Diderot erschienene *Enzyklopädie*. Mit Recht ist der „Enciclopedismo“, die Aufklärung in Lateinamerika, als eine „gemäßigte, eklektische und, bis 1808, durchaus konservative Bewegung“⁶ bezeichnet worden. Wie schon in Spanien bestimmte auch in Hispanoamerika die Furcht vor den letzten Konsequenzen der Französischen Revolution die Haltung der Aufklärer. Die Vorstellung von einer Herrschaft der Volksmassen, die Angst vor dem Terror bremsten entschieden die Neigung, sich uneingeschränkt revolutionären Idealen zu verschreiben. Auch Rousseaus Glaube an die angeborene Rechtschaffenheit des Menschen vermochte bei den Anführern der hispanoamerikanischen Befreiungsbewegungen kein Vertrauen in die Gutartigkeit und Vernunft einer großen Volksmasse zu erzeugen. Skeptische Haltung und monarchistische Tendenzen blieben lange Zeit vorherrschend.

⁵ Zu diesen Ausführungen vgl. Jean Paul Duviols: Iberoamerika im frühneuzeitlichen Denken Europas. In: Horst Pietschmann (Hg.): Mittel-, Südamerika und die Karibik bis 1760. Stuttgart 1994, S. 807–822.

⁶ Guillermo Céspedes del Castillo: Historia de España, Band 6: América hispánica (1492–1898), herausgegeben von Manuel Tuñón de Lara, Barcelona Labor 1992, S. 404.



Friedhof von San José de la Esquina, Argentinien 2000

„Die geschlossene Welt des Kirchenpatronats ermöglichte es, viele mittelalterliche Strukturen und Doktrinen auf die lateinamerikanische Christenheit zu übertragen.“

Das Vertrauen in die Macht der Vernunft erzeugte indessen einen deutlichen Optimismus hinsichtlich der Fähigkeiten des Menschen, seine Welt im politischen wie im gesellschaftlichen Bereich in harmonischer Weise zu ordnen. Später sollte sich allerdings zeigen, wie sehr einige Führer der Unabhängigkeitsbewegungen den Möglichkeiten der Schaffung einer „neuen Gesellschaft“ misstrauten; in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts glaubte eine ganze Reihe politischer Vordenker im Positivismus ein Allheilmittel gegen die Missstände in ihren

Ländern gefunden zu haben. Nicht die Aufklärung machte somit die Amerikaner zu Revolutionären; die Leser aufklärerischer Bücher trugen vielmehr den secessionistischen Keim zuvor bereits in sich.

Der Wunsch nach Sezession wiederum war auf die zunehmenden Rivalitäten zwischen Kreolen und Europaspaniern zurückzuführen. Der Antagonismus zwischen beiden Gruppen resultierte letztlich aus der Tatsache, dass sich zwei verschiedene soziale Typen herausgebildet hatten, die sich umso deutlicher artikulierten, je enger die Metropole Spanien ihr Kolonialreich an das Mutterland zu binden suchte. Auf diesen Gegensatz stießen dann die Ideen der Aufklärung, deren Wirkungsbereich regional sehr unterschiedlich war. Bezeichnenderweise wirkten sie nicht nur als Antrieb für die Trennung vom Mutterland, sondern auch als Impuls für Reformbestrebungen, die Neuerungen im Rahmen der spanischen Herrschaft zum Ziel hatten. In jedem Fall trug die von der Aufklärung vorgetragene Kritik an der Herrschaftsform der absoluten Monarchie, verbunden mit den Lehren von der Volkssouveränität und den Theorien des Gesellschaftsvertrags, im spanischen Amerika dazu bei,

die Autorität der Krone zu mindern und damit die traditionell stärkste Bindung der kolonialspanischen Bevölkerung an das Mutterland zu lockern.⁷

Noch in einem anderen Sinn beeinflusste die Aufklärung die Unabhängigkeitsbewegungen. Das von den Enzyklopädisten ebenso wie von Montesquieu und anderen gehegte Vorurteil, die geistige und materielle Kultur der Bewohner Amerikas sei derjenigen Europas unterlegen, rief lebhaften Widerspruch seitens der Kreolen hervor, die auf die eigenen Leistungen verwiesen und die autochthonen Kulturen als Beweis gegen die Thesen der europäischen Aufklärer anführten. Diese Auseinandersetzungen förderten in Hispanoamerika die Ausformung eines Bewusstseins kultureller Eigenständigkeit, das als geistige Loslösung von der Alten Welt eine Vorstufe zu der Entwicklung von Emanzipationstendenzen im staatlichen Bereich bildete.⁸

4. Europäische Traditionen und lateinamerikanische Identität

Wie sehr überlieferte europäische Traditionen in Lateinamerika nach der Unabhängigkeit zur Definition der eigenen Identität herangezogen wurden, zeigt die Dichotomie „Zivilisation und Barbarei“ auf. Diese auf das Werk *Facundo oder Zivilisation und Barbarei in den argentinischen Pampas* (1845)

„Zur Sprachrohr der lateinamerikanischen Identität wurde die Literatur, das Schrifttum in allen Bereichen gesellschaftlichen Lebens.“

des argentinischen Literaten und Politikers Domingo Faustino Sarmiento zurückgehende Begriffs-Opposition ist vor dem historischen Hintergrund einer schon im europäischen Umfeld ambivalenten Einstellung des romanischen Eroberers zu fremden Rassen zu sehen. Für

Sarmiento beschrieb das antithetische Begriffspaar ein Konfliktschema zwischen (barbarisch-zurückgebliebener) Region und (zivilisiert-fortschrittlicher) Nation, die sich im urban-modernen Leben der Großstadt äußerte; seither prägte der Gegensatz die kulturtheoretischen Überlegungen in großen Teilen Lateinamerikas. Sarmientos Werk war

ein Gründungsbuch, das drei Komponenten verband: soziologische Betrachtungen über Argentinien seit der Unabhängigkeit, die (stark romanisierte) Erzählung vom Leben des tyrannischen Caudillo Facundo aus der Provinz und die kulturtheoretische Reflexion über die Ambiguität von zivilisierter und barbarischer Lebensform. Innerhalb dieser im Titel aufscheinenden Alternative ergriff der Autor dezidiert Partei für die (nach dem Muster der europäischen Aufklärung gedachte) „Zivilisation“, die er im Leben der Hauptstadt realisiert sah, und gegen die „Barbarei“ der ländlichen, rückständigen und kulturfeindlichen Regionen des Landesinneren.⁹ Das alternative Begriffspaar wurde schnell auf autochthone Bevölkerung („Barbaren“) versus Europäer („Zivilisierte“) übertragen. Mit den im 19. Jahrhundert einsetzenden Unabhängigkeitserklärungen hatte in den ehemaligen spanischen und portugiesischen Kolonien eine Diskussion über die Bedeutung des zivilisatorisch-europäischen und des autochthon-amerikanischen Erbes für die Identität Lateinamerikas begonnen. Erst im 20. Jahrhundert, in der Definition der *raza cósmica* durch den mexikanischen Intellektuellen José Vasconcelos, d. h. Lateinamerikas als eines mestizischen Kontinents, wurde die Rassenmischung und nicht die Rassentrennung für viele Lateinamerikaner zum spezifischen Kennzeichen ihrer Selbstdarstellung gegenüber Europa und den USA.

Wie in der Kolonialzeit war die Selbstdarstellung Lateinamerikas, vor allem unter dem Blickwinkel von Politik, Verwaltung und Wirtschaft, die nach dem Modell der Mutterländer zugeschnitten wurden und deren Interessen dienten, auch nach der Unabhängigkeit an europäischen Vorbildern ausgerichtet. Ansätze einer spezifischen Selbstdarstellung, in der eine Identifikation mit dem lateinamerikanischen Umfeld zu erkennen war, ließen sich zuerst im kulturellen Bereich, besonders in der Literatur feststellen. Während sich auf den Gebieten der Politik und Wirtschaft wiederholte und schmerzhaft Prozesse der Selbstfindung vollzogen haben, die bis heute nur bedingt ein einheitliches Bild in der Entwicklung der lateinamerikanischen Nationen aufweisen, lässt sich im kulturellen Kontext sehr wohl von einer spezifisch lateinamerikanischen Selbstdarstellung gegenüber Europa spre-

⁷ Zu den Sezessionsbestrebungen (am mexikanischen Beispiel) vgl. David A. Brading: *Los orígenes del nacionalismo mexicano*. Mexico 1973.

⁸ Vgl. Inge Buisson/Herbert Schottelius: *Die Unabhängigkeitsbewegungen in Lateinamerika 1788–1826*. Stuttgart 1980.

⁹ Vgl. Hans-Otto Dill: *Geschichte der lateinamerikanischen Literatur im Überblick*. Stuttgart 1999.

chen. Zum Sprachrohr der lateinamerikanischen Identität wurde die Literatur, das Schrifttum in allen Bereichen gesellschaftlichen Lebens: eine Literatur, die Abbild der lateinamerikanischen Gesellschaft war und ist, die sich in den zahlreichen Polemiken und Diskussionen des 19. und 20. Jahrhunderts mit der Frage nach dem Selbstwert gegenüber einem Europa auseinandersetzte, das lange Zeit den Maßstab für den eigenen Wert und Unwert, für Zivilisation und Barbarei, für Entwicklung und Unterentwicklung, für Abhängigkeit und Freiheit geliefert hatte.¹⁰ José Martí's Essays *Madre América* (1889) und *Nuestra América* (1891) sowie Enrique Rodós' essayistisches Werk *Ariel* (1900), das das lateinamerikanische Selbstverständnis in den Antipoden *Ariel* und *Kaliban* neu definierte, gaben dieser Debatte einen entscheidenden neuen Aspekt. In der Identifikation des Lateinamerikaners mit *Ariel*, dem Symbol des Geistes, des antimateriellen Denkens, in Abgrenzung zu *Kaliban*, dem Ausdruck des Strebens nach rein materiellem Erfolg, personifiziert im Nordamerikaner, wird exemplarisch die doppelgleisige, entweder parallel verlaufende oder auseinander strebende Argumentationslinie im Hinblick auf die Beziehungen zu Europa sichtbar, die in diesen und allen weiteren Diskussionen um den kulturellen Eigenwert Lateinamerikas vertreten wurde. Parallel verlief die Argumentation dann, wenn es darum ging, die Position des „Zivilisierten“ aus dem kulturellen Erbe des europäisch-mediterranen Kulturraums abzuleiten und zu untermauern, auseinander strebend dann, wenn es sich darum handelte, aus dem spanisch-portugiesischen Erbe der Mutterländer heraus die Position des durch die westliche Zivilisation „Marginalisierten“ zu erklären, wie sie sich im Laufe der Jahrhunderte am Fortschrittsdenken und an der Einstellung der „entwickelten“ zu den „unterentwickelten“ Völkern, der „Ersten Welt“ gegenüber der „Dritten Welt“ ablesen lässt.¹¹

Eine skeptische Betrachtung und Analyse der kulturellen Vorreiterstellung Europas durch lateinamerikanische Intellektuelle hat auf dem Subkontinent spätestens seit 1945 ein stärkeres Selbstwertgefühl

entstehen lassen. Das Selbstverständnis Lateinamerikas wird neben dem Schlagwort vom mestizischen Amerika nun von einem neuen Terminus bestimmt, dem *humanismo*, den Leopoldo Zea als einen Humanismus definierte, der sich aus den christlichen Traditionen verstehen muss und das Prinzip der Ungleichheit der Rassen und der Überlegenheit der westlichen Zivilisation über die Völker der sogenannten „Dritten Welt“ aufgibt; als einen Humanismus der Gleichberechtigung und des spezifischen kulturellen Eigenwerts gegenüber dem Materialismus der USA und dem Elitedenken Europas, der die simplen Dichotomien von Zivilisation und Barbarei, Entwicklung und Unterentwicklung, Fortschritt und Rückschritt als unangemessen verwirft.¹²

„Das 19. Jahrhundert lässt sich für Lateinamerika als eine Periode zwischen ‚altem‘ und ‚neuem‘ Imperialismus bezeichnen.“

Lateinamerika ist durch seine Geschichte und seine ethnische und kulturelle Zusammensetzung Teil jener reichen und bedeutenden Zivilisation, die ihre Wurzeln in Europa, Asien, Afrika und Ozeanien hat; Lateinamerika birgt in sich eine zivilisatorische Vielfalt, die es dazu verpflichtet, seine eigenen Lösungen zu finden. Gefragt ist heute weniger der Geist Sarmientos, sondern mehr der *Ariels* und der von Vasconcelos' *raza cósmica*.¹³

5. Vom Kolonialismus zum Neokolonialismus

Das 19. Jahrhundert lässt sich für Lateinamerika als eine Periode zwischen „altem“ und „neuem“ Imperialismus bezeichnen. Denn zu Beginn des Jahrhunderts konnte Lateinamerika zwar die spanisch-portugiesische Kolonialherrschaft abschütteln und politisch unabhängig werden; gegen Ende des Jahrhunderts aber war der Subkontinent in eine neue, diesmal primär wirtschaftliche Abhängigkeit geraten. In diesem „europäischen Jahrhundert“ erlebten die lateinamerikanischen Staaten

¹⁰ Sabine Harmuth/Dieter Ingenschay: Lateinamerikanische Literatur des 20. Jahrhunderts. Stuttgart 2001.

¹¹ Vgl. auch Urs Bitterli: Die „Wilden“ und die „Zivilisierten“. Grundzüge einer Geistes- und Kulturgeschichte der europäisch-überseeischen Begegnung. München 1976.

¹² Vgl. Nikolaus Werz: Das neuere politische und sozialwissenschaftliche Denken in Lateinamerika. Freiburg im Breisgau 1991.

¹³ Zu dieser Interpretation vgl. Marga Graf: „Zivilisation und Barbarei“. Zur Selbstdarstellung Lateinamerikas gegenüber Europa. In: Wolfgang Reinhard/Peter Waldmann (Hgg.): Nord und Süd in Amerika. Gemeinsamkeiten – Gegensätze – europäischer Hintergrund. Freiburg 1992, 2. Teilband, S. 999–1010.

das zunehmende Vordringen der neuen imperialistischen Mächte Europas, vor allem Großbritanniens, etwas später und in modifizierter Form auch Frankreichs und Deutschlands, in das durch den erzwungenen Rückzug Spaniens hervorgerufene Vakuum; gegen Ende des Jahrhunderts wurden die europäischen Mächte immer deutlicher von den USA als dem dominanten Partner in den lateinamerikanischen Außen- und Außenwirtschaftsbeziehungen abgelöst.

Die Auflösung der politischen Bindung an die spanische Metropole änderte vor allem die Art der Einbindung der ökonomischen Strukturen Lateinamerikas in das internationale Wirtschaftssystem, in dem der Subkontinent als „Peripherie“ der am weitesten entwickelten Länder Europas fungierte. Die Wirtschaft Lateinamerikas agierte nun im Rahmen des sich über die gesamte Erde ausbreitenden internationalen Handelskapitalismus.¹⁴

„Die Integration Lateinamerikas in das Weltwirtschaftssystem erfolgte vor allem in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, nachdem die liberalen Kräfte sich mehrheitlich durchgesetzt hatten.“

Die Integration Lateinamerikas in das Weltwirtschaftssystem erfolgte vor allem in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, nachdem die liberalen Kräfte sich mehrheitlich durchgesetzt hatten. Nach 1850 war nahezu überall eine deutliche Steigerung der lateinamerikanischen Exporte zu registrieren, wobei die Spezialisierung auf wenige Produkte zur He-

rausbildung von Monokulturen und damit zu einseitiger Abhängigkeit der lateinamerikanischen Wirtschaften von externen Märkten und Nachfragekonstellationen führte.

Die meisten lateinamerikanischen Regierungen hatten unmittelbar nach den Unabhängigkeitskriegen am Londoner Kapitalmarkt Auslandsanleihen aufgenommen, die damals mehr als die Hälfte aller wichtigen Staatsanleihen umfassten, die an der

Londoner Börse emittiert wurden. Der größte Teil dieser Staatsanleihen wurde zur Rückzahlung von Altschulden aus den Unabhängigkeitskriegen und zum Waffenerwerb verwendet. Da die Nationalwirtschaften und damit die Staatseinnahmen langsamer als erhofft wuchsen, mussten die meisten lateinamerikanischen Länder schon sehr bald ihren Auslandsschuldendienst einstellen, womit eine lange Zwischenphase mit zahlreichen Konversionen von Altschulden und nicht gezahlten Zinsen begann. Der europäische Kapitalzufluss und die Kreditwürdigkeit Lateinamerikas gingen drastisch zurück.

Das Freihandelssystem der Unabhängigkeit führte zwar zur Entwicklung von Exportwirtschaften und zum Wachstum des städtischen Sektors. Das durch Handelsaktivitäten generierte Wachstum kam allerdings nur wenigen zugute; eine Industrialisierung in größerem Maßstab unterblieb, das Handelskapital dominierte. Die soziale Geschlossenheit der herrschenden Grundbesitzer blieb erhalten, die Ansätze zu gewerblicher Entwicklung stagnierten. Das vor allem von außen induzierte Wachstum führte zu keiner grundlegenden Veränderung der oligarchischen Gesellschaftsstruktur oder der autoritären politischen Herrschaftssysteme, trug vielmehr zu deren Stabilisierung bei. Die Weltmarktabhängigkeit machte den Kontinent krisenanfälliger als je zuvor.¹⁵

6. Kalter Krieg und soziopolitische Utopien

Spätestens seit den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts rückte „Dependenz“ als neues Paradigma ins analytische Blickfeld der Intellektuellen in Lateinamerika. Die bis dahin dominierenden, in den westlichen Industrieländern entstandenen Modernisierungstheorien, die auch für Lateinamerika eine kapitalistische Entwicklung nach dem Vorbild der nordatlantischen Industriestaaten propagierten, waren – ebenso wie die zuvor von der CEPAL¹⁶ empfohlenen Rezepte und das Zentrum-Peripherie-Modell – wegen offensichtlicher Fehlschläge diskreditiert. Gleichzeitig inspirierte die erfolgreiche kubanische Revolution viele Lateinamerikaner zur

¹⁴ Vgl. Walther L. Bernecker: Das Verhältnis Europa – Lateinamerika im 19. Jahrhundert. Handelsoffensiven und Wirtschaftsinteressen. In: Jürgen Elvert/Michael Salewski (Hgg.): Staatenbildung in Übersee. Die Staatenwelt Lateinamerikas und Asiens. Stuttgart 1992, S. 21–46.

¹⁵ Silke Hensel: Die Entstehung einer Dritten Welt. Die Ursachen von Unterentwicklung am Beispiel Lateinamerikas. In: Friedrich Edelmayr u. a. (Hgg.): Die Geschichte des europäischen Welthandels und der wirtschaftliche Globalisierungsprozeß. Wien 2001, S. 182–218.

¹⁶ CEPAL (Comisión Económica para América Latina): UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik, im Februar 1948 vom Wirtschafts- und Sozialrat der UN mit Sitz in Santiago de Chile gegründet.

Reflexion über Alternativen zu konventionellen Entwicklungswegen, wobei insbesondere marxistische Analysen über den ungleichen Tausch und die informelle Kontrolle der Dritten Welt verstärkte Resonanz fanden. Gemeinsam ist den Dependenztheoretikern die These, dass die lateinamerikanischen Entwicklungsdefizite auf eine jahrhundertalte, die nationale Autonomie einschränkende Fremdeinwirkung, von den Spaniern über die Engländer bis zu den USA, zurückzuführen sei. Die Fehlentwicklung wird als fremdgesteuert und historisch-strukturell bedingt verstanden; Abhängigkeit ist die logische Konsequenz der ungleichen Handels- und Kapitalbeziehungen.¹⁷

Dem Gewicht kolonialer und nachkolonialer Außenabhängigkeit kommt zwar in der Untersuchung der historischen Entwicklung Lateinamerikas weiterhin Bedeutung zu. Allzu abstrakte, umfassende Entwicklungstheorien machen seit etlichen Jahren allerdings wieder vermehrt historischen Analysen Platz, welche sich den geschichtlichen Wurzeln von Entwicklung und Unterentwicklung in konkreten regionalen und sektoralen Untersuchungen zuwenden.

Bis vor wenigen Jahrzehnten beschränkten sich die internationalen Beziehungen der meisten lateinamerikanischen Länder auf (häufig konfliktive) Verbindungen mit den unmittelbaren Nachbarn, auf die Einbindung in das asymmetrische interamerikanische System, auf hegemonial geprägte Beziehungen mit den USA, auf Außenwirtschaft als Ersatz für Außenpolitik. Obwohl nach wie vor die Beziehungen zwischen Lateinamerika und den USA einen herausragenden Platz in der Forschung über die Außenbeziehungen des Subkontinents einnehmen, hat der relative Niedergang der US-Hegemonie in Lateinamerika eine allmähliche Schwerpunkterweiterung zur Folge gehabt; verstärkt geht es seit einem Jahrzehnt um den außenpolitischen Entscheidungsfindungsprozess in den einzelnen Staaten und Bündnissen, um lateinamerikanische Verhandlungsstrategien in den großen wirtschaftlichen Auseinandersetzungen der letzten Jahrzehnte, um interregionale Rivalitäten. Von stets größerer Bedeutung wurden auch Untersuchungen zur nationalen und regionalen Autonomie der lateinamerikanischen Staaten sowie zur Notwendigkeit einer umfassenden Entwicklung des Subkontinents, die in enge Beziehung zum Außen(wirtschafts)bereich gesetzt wird.

Seit den Zwischenkriegsjahren, seit der *Big Stick Policy* und der *Dollar Diplomacy* der USA, wandten sich lateinamerikanische Politiker bewusst Europa zu, um ein Gegengewicht zu den Vereinigten Staaten zu suchen, deren politische und wirtschaftliche Dominanz die meisten von ihnen fürchteten. War die Neue Welt bis weit ins 20. Jahrhundert hinein bereits nachhaltig durch politische, ideologische und kulturelle Vorbilder aus der Alten Welt geprägt worden, ließ sie sich in jenen Jahren erneut von Europa inspirieren: Lateinamerikanische Verfassungen wurden in enger Anlehnung an europäische konzipiert, europäische Geistesströmungen wurden überall in Lateinamerika rezipiert. Nicht nur die Wirtschaften des Subkontinents waren außengerichtet; auch die herrschenden Schichten orientierten sich kulturell-ideologisch nach Europa und wendeten sich damit von ihrer eigenen Nation ab. Die soziokulturelle Bindung an das europäische Ausland führte häufig zur Übernahme von Ordnungs- und Entwicklungsvorstellungen, die im andersgearteten lateinamerikanischen Kontext die Qualität eines verfremdenden Vorbilds erhielten. Die europäische Hauptrolle lag in jener Zeit im Export antiliberaler Doktrinen wie etwa des Marxismus oder faschistischer, korporativistischer und rechtskonservativer Ideologien.

Die USA und Lateinamerika setzten nach dem Zweiten Weltkrieg ihre enge militärische Zusammenarbeit der Kriegsjahre fort. Im Gefolge der neuen weltpolitischen Konstellation des Kalten Krieges wurden auch die interamerikanischen Beziehungen zunehmend auf diesen weltpolitischen Grundkonflikt ausgerichtet. Europa zog sich zusehends aus Lateinamerika zurück. Dort war zwar weiterhin eine hohe Bereitschaft zu finden, politische Institutionen nach europäischen Vorbildern und Modellen zu formen; die politischen Vertretungen der europäischen Länder zeigten sich je-

„Im Gefolge der neuen weltpolitischen Konstellation des Kalten Krieges wurden auch die interamerikanischen Beziehungen zunehmend auf diesen weltpolitischen Grundkonflikt ausgerichtet.“

¹⁷ Walther L. Bernecker/Thomas Fischer: Entwicklung und Scheitern der Dependenztheorien in Lateinamerika. In: *Periplus* 5, 1995, S. 98–118.

doch skeptisch gegenüber demokratischen Entwicklungen in der Region. Von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen bestanden keine sehr engen Kontakte zwischen den politischen Kräften Lateinamerikas und Europas.

Erst gegen Ende der 60er Jahre intensivierten Lateinamerika und Europa ihre Beziehungen wieder. Kritische Beobachter erkannten den „politischen Charakter“ der europäischen Beziehungen zu Lateinamerika, da durch eine Betonung dieser Beziehungen die Autonomie des Subkontinents verstärkt werden konnte. Mitte der 80er Jahre kam es zu einer Reihe von europäischen Initiativen, die eine Verbesserung der wechselseitigen Beziehungen in Aussicht stellten. Mit jenen Ländern, die seit Ende der 80er Jahre gezielt wirtschaftliche Strukturereformen einleiteten und sich dem Regional- und Weltmarkt öffneten, wurden Kooperationsverträge geschlossen; außerdem versprach die EU inzwischen Unterstützung für die eingeleiteten Strukturereformen. Politisch äußerte die EU Interesse, durch institutionelle Kooperation künftig verstärkt zur weiteren Konsolidierung der Demokratie in Lateinamerika beizutragen. Insgesamt lässt sich für die europäisch-lateinamerikanischen Beziehungen sagen, dass sie eine Verknüpfung von Entwicklungskooperation, Respektierung der Menschenrechte und Aufrechterhaltung der Demokratie vorsahen.

Ende der 80er Jahre schließlich wurde der politische Dialog zwischen Europa und Lateinamerika in jährlichen Ministertreffen zwischen der EU, der Rio-Gruppe und der San-José-Gruppe institutionalisiert. Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus und dem Ende des Ost-West-Gegensatzes haben sich die Prioritäten des Dialogs zwischen Europa und Lateinamerika etwas verschoben: Während für Lateinamerika der Kapitaltransfer, Handel und Entwicklungshilfe auch weiterhin sensible Themen bleiben, haben für die Westeuropäer Fragen des Drogenhandels, des Umweltschutzes, der wirtschaftlichen Strukturereformen und demokratischen Konsolidierung Vorrang gewonnen.

Die außenpolitische Abhängigkeit der lateinamerikanischen Staaten von den USA sowie das lange Zeit vorherrschende Desinteresse Europas an Lateinamerika hatten dazu geführt, dass Lateinamerikaner Ausschau nach praktikablen außenpolitischen Alternativen hielten. Solche Alternativen erblickten sie zunächst in der Bewegung der Block-

freien, dann im Versuch verstärkter Integration und Kooperation, hofften sie doch, durch intensivere politische und ökonomische Zusammenarbeit ihre beschränkten Selbstbestimmungsmöglichkeiten zu erhöhen und ihre außenwirtschaftliche Verwundbarkeit zu reduzieren. Im Zuge dieser Politik außenpolitischer Alternativen richtete sich der Blick Europas zwar immer wieder verstärkt nach Lateinamerika: auf die kubanische Revolution von 1959, die Revolutionsversuche „Che“ Guevaras in den 60er Jahren, das sozialistische Experiment Salvador Allendes in Chile zu Beginn der 70er Jahre, die sandinistische Revolution in Nicaragua zu Beginn der 80er Jahre. Diese Experimente fielen aber (mit Ausnahme Kubas) zum einen ihrem utopischen Charakter, zum anderen den Spannungen des Kalten Krieges zum Opfer. Erst seit dem Ende der Ost-West-Konfrontation haben die europäisch-lateinamerikanischen Beziehungen die ernst zu nehmende Chance eines Neubeginns.

Es ist nicht Aufgabe dieses Referats, die heutigen wirtschaftlichen Chancen Europas in Lateinamerika herauszuarbeiten. Hierzu sowie zu den Möglichkeiten einer strategischen Partnerschaft werden wir verschiedene Vorträge hören. Abschließend sei nur auf das nach wie vor bestehende relative Desinteresse Europas an Lateinamerika hingewiesen, vor allem seit den politischen Umstürzen in Europa und dem verstärkten Interesse Westeuropas an Osteuropa. Der Blick Europas scheint heute auf andere Regionen als Lateinamerika gerichtet zu sein. Ist die Alte Welt dabei, eine Chance zu verspielen? □

„Erst seit dem Ende der Ost-West-Konfrontation haben die europäisch-lateinamerikanischen Beziehungen die ernst zu nehmende Chance eines Neubeginns.“



Altstadt in Havanna, Kuba 1991

JAIME ZABLUDOVSKY

Kurzer Abriss der Handelsbeziehungen zwischen der EU, Lateinamerika und der Karibik

1. Der Handel mit der EU variiert beträchtlich innerhalb Lateinamerikas und der Karibik

Von allen Ländern in der Region haben die des Mercosur¹ und Chile den am stärksten diversifizierten Handel. Bei ihnen macht der Handel mit der EU einen beträchtlichen Anteil des gesamten Außenhandelsvolumens aus (26 bzw. 23 Prozent). Bei den übrigen Staaten konzentriert sich der Außenhandel sehr stark auf Nordamerika (vor allem Kanada und die USA). An der Spitze steht Mexiko, auf dessen Handel mit den NAFTA-Ländern fast 80 Prozent seines gesamten Außenhandels entfallen, während der Handel mit der EU nur 7 Prozent ausmacht. Eine mittlere Position nehmen Zentralamerika (11 Prozent), die Karibik (15 Prozent) und die Andengemeinschaft (16 Prozent) ein (siehe Tabelle 1).

Aus europäischer Perspektive sind Lateinamerika und die Karibik (LAK-Länder) ein eher unbedeutender Handelspartner, da das Handelsvolumen mit ihnen weniger als 5 Prozent des gesamten Außenhandels der EU beträgt.² Der Mercosur ist

der wichtigste Handelspartner der EU in der Region, trotz a) des wirtschaftlichen Abschwungs durch die brasilianische (1998) und die argentinische Krise (2001) und b) des Aufschwungs, den der Handel zwischen der EU und Mexiko infolge des 2000 in Kraft getretenen Freihandelsvertrags erfuhr.

Aufgrund dieses Vertrags wurde Mexiko der zweitgrößte Handelspartner der EU in der Region und überholte sogar die Andengemeinschaft, die diesen Platz bis zum Ende der neunziger Jahre behauptete. Dagegen haben die Karibik, Zentralamerika und die Andengemeinschaft in absoluten Zahlen einen gleichbleibenden Handelsaustausch mit der EU unterhalten. Das Handelsvolumen zwischen Chile und der EU blieb von der Mitte der neunziger Jahre bis zum Februar 2003, als der Freihandelsvertrag zwischen der EU und Chile in Kraft trat, relativ konstant (siehe Abbildung 1).

2. Die EU hat drei Typen von Handelspartnern in Lateinamerika und der Karibik

Die Handelspartner der EU in Lateinamerika lassen sich in drei Kategorien einteilen:

- 1) Partner mit Freihandelsverträgen,
- 2) Partner mit laufenden Verhandlungen über einen Freihandelsvertrag,
- 3) Partner ohne Freihandelsverträge.

Gegenwärtig genießen nur Mexiko und Chile die Vorteile eines Freihandelsvertrags. Während die EU einen klaren Zeitrahmen für einen Freihandelsvertrag mit der Karibik vorgegeben hat (der voraussichtlich 2008 in Kraft treten wird), sind die Verhandlungen mit dem Mercosur nicht vorange-

¹ Für die Zwecke dieser Untersuchung sind 28 der 32 Länder Lateinamerikas und der Karibik auf der Basis ihrer Mitgliedschaft in Zollunionen und der Ähnlichkeit ihrer Handelssysteme in den folgenden vier subregionalen Gruppen zusammengefasst:

a) Zentralamerika: Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama.

b) Karibik: Antigua und Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Dominica, Dominikanische Republik, Grenada, Guyana, Haiti, Jamaika, Saint Kitts und Nevis, Saint Lucia, Saint Vincent und die Grenadinen, Suriname sowie Trinidad und Tobago.

c) Andengemeinschaft: Bolivien, Kolumbien, Ecuador, Peru und Venezuela.

d) Mercosur: Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay.

Auch wenn Chile und Mexiko an Freihandelsabkommen mit anderen Mitgliedern der Region beteiligt sind, haben sie doch ihre eigenen Handelsordnungen und werden deshalb separat untersucht.

² Der Wert bilateraler Handelsgeschäfte betrug 2003 99 Mrd. Dollar, während der Wert des gesamten EU-Außenhandels im selben Jahr bei 2224 Mrd. Dollar lag.

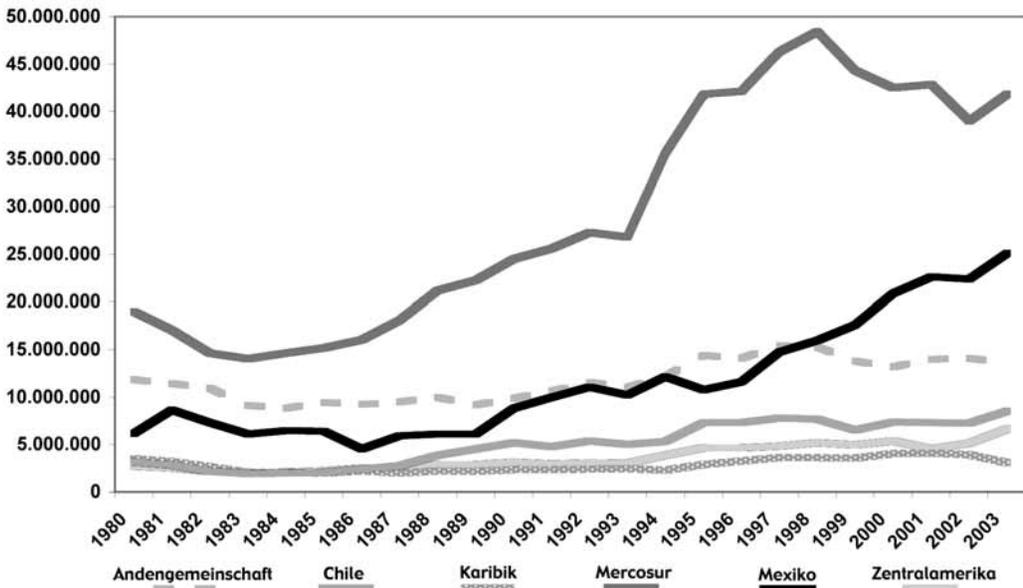


Abbildung 1: Gesamtes Handelsvolumen zwischen der EU und den LAK-Ländern in Dollar (1980–2003)

kommen.³ Die Andengemeinschaft und Zentralamerika haben bisher keinerlei Freihandelsabkommen mit der EU geschlossen oder entsprechende Verhandlungen mit ihr aufgenommen⁴ (siehe Tabelle 2).

3. Mexiko und Chile: Privilegierte Handelspartner

Das Abkommen zwischen der Europäischen Union und Mexiko war der erste transatlantische Freihandelsvertrag und trat am 1. Juli 2000 in Kraft. Er sieht die vollständige Aufhebung der Zölle auf Industriegüter innerhalb von sieben Jahren vor (drei Jahre für den EU-Markt); er gewährt ei-

nen begünstigten Zugang im landwirtschaftlichen Sektor; er liberalisiert den Austausch von Dienstleistungen und Investitionen und legt präzise Verfahren zur Einigung in Streitfragen fest.⁵ Nach vier Jahren seit Vertragsschluss ist das bilaterale Handelsvolumen zwischen der EU und Mexiko um 40 Prozent gewachsen; dabei haben die EU-Exporte nach Mexiko um 43 Prozent zugenommen, während die mexikanischen Exporte in die EU-Länder um 31 Prozent stiegen.⁶

Der Freihandelsvertrag zwischen der Europäischen Union und Mexiko bewies, dass ein Handelsabkommen zwischen der EU und einem lateinamerikanischen Land möglich war, ohne gegen Artikel XXIV der Welthandelsorganisation WTO

³ Gegenwärtig gewährt die EU den Exporten des Mercosur einen begünstigten Zugang im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems GSP (Generalized System of Preferences). Allerdings ist der Zugang zu den europäischen Märkten unilateralen Entscheidungen unterworfen wie der Staffellungs- und Produktklassifizierungspolitik der EU.

⁴ Ihr jeweiliger Zugang zum europäischen Markt hängt ebenfalls ab von unilateralen Präferenzen, die von der EU im Rahmen des GSP der Welthandelsorganisation WTO gewährt werden.

⁵ Siehe Zabludovsky, Jaime: „Resultado de las negociaciones del Tratado de Libre Comercio entre México y la Unión Europea“, in: *Revista de Mercado de Valores*, 60, Nr. 6 (Juni 2000), S. 12–20.

⁶ Zabludovsky, Jaime und Sergio Gómez Lora: „La ventana europea: Retos de la negociación del tratado de libre comercio de México con la Unión Europea“, Inter-American Development Bank, Working Paper Nr. 9, 2004; online verfügbar unter: http://www.iadb.org/intal/publicaciones/ZabludovskyLora_DT-IECI-09.pdf

zu verstoßen. Dieser Freihandelsvertrag zwischen der EU und Mexiko war aus drei wesentlichen Gründen möglich geworden:

1. Mexiko hatte Freihandelsverträge mit Wettbewerbern der EU – insbesondere das Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA – geschlossen, durch die Exporteure und Investoren aus EU-Ländern auf dem mexikanischen Markt benachteiligt wurden.

2. Die Zusammensetzung der Agrargüter ist in den Handelsbeziehungen zwischen Mexiko und der EU von geringerer Bedeutung als in anderen Handelsbeziehungen. Die mexikanischen Export-

nes begrenzten Vertrags über einen politischen Dialog und politische Zusammenarbeit ohne eine gewichtige Handelskomponente ab.⁷

Der Freihandelsvertrag zwischen der EU und Mexiko ebnete den Weg für Chile. Dieses Land profitierte vom Präzedenzfall Mexiko und schloss im Februar 2003 mit der EU einen Freihandelsvertrag. Wie im Falle Mexikos hatten auch Chiles bereits bestehende Freihandelsverträge die Aufmerksamkeit der EU auf sich gezogen. Noch wichtiger war jedoch der Umstand, dass auch die chilenischen Exportinteressen auf dem Agrarsektor mit der Agrarpolitik der EU weniger stark in Konflikt

	EU	Kanada und USA	Asien	Andere LAK-Länder	Gesamt
Mercosur	26,17 %	22,89 %	23,31 %	27,63 %	100,00 %
Chile	22,65 %	19,02 %	27,20 %	31,13 %	100,00 %
Andengemeinschaft	16,35 %	38,26 %	11,33 %	34,06 %	100,00 %
Karibik	14,76 %	49,67 %	7,60 %	27,97 %	100,00 %
Zentralamerika	11,06 %	42,63 %	9,53 %	36,78 %	100,00 %
Mexiko	7,11 %	78,42 %	10,72 %	4,20 %	100,00 %

Tabelle 1: Die Handelspartner Lateinamerikas und der Karibik. Außenhandelsvolumen der LAK-Länder in Prozent (2003*)

* Daten für Argentinien, Paraguay, Honduras, Belize, Jamaika sowie Trinidad und Tobago von 2002; Daten für die Bahamas, Dominikanische Republik, St. Kitts und Nevis sowie Suriname von 2001; Daten für Antigua und Barbuda sowie Montserrat von 1999.

güter im landwirtschaftlichen Sektor – in der Hauptsache Obst und Gemüse – kollidieren nicht unmittelbar mit den hauptsächlichen Agrargütern in der EU: Getreide, Rindfleisch und Milchprodukte.

3. Die Politiker Mexikos erkannten, dass der beste Weg zur Stärkung der politischen bilateralen Beziehung darin bestand, ihr auch einen wirtschaftlichen Inhalt zu geben. Infolgedessen strebte Mexiko von Anfang an einen Freihandelsvertrag an und lehnte die Angebote der EU hinsichtlich ei-

gerieten als die anderer lateinamerikanischer Länder – wie etwa der Mitglieder des Mercosur.

Obwohl der Freihandelsvertrag zwischen der EU und Chile erst vor wenigen Jahren geschlossen wurde, ist das Handelsvolumen zwischen den beiden Partnern bereits um 39 Prozent gestiegen. Die Exporte der EU nach Chile steigerten sich um 4,6 Prozent, die Exporte Chiles in die EU-Länder dagegen um 61 Prozent, wobei der größte Anteil auf Kupfer, chemische Produkte, Meeresfrüchte, Wein und Elektrozubehör entfiel.⁸

⁷ Siehe Zabludovsky, Jaime und Sergio Gómez Lora, a. a. O.

⁸ Daten für Februar 2003 bis September 2004; Quelle: Ministerio de Relaciones Exteriores Chileno, *Evaluación Comercial Acuerdo Chile-Unión Europea*; online verfügbar unter: <http://www.direcon.cl/documentos/TLC%20UE/Informe%20Evaluacion%20Acuerdo%20Chile%20UE%20Dic%202004.pdf>

Land/Region	Rahmenabkommen	Status	Inhalt	Gegenwärtiges Handelsregime mit der EU
Andengemeinschaft	Politischer Dialog und Kooperationsabkommen	In Kraft seit 1992 bzw. 1996	Noch keine Verhandlungen über einen Freihandelsvertrag aufgenommen. „Jeder zukünftige Freihandelsvertrag wird auf dem Ergebnis der Doha Development Agenda aufbauen ...“ (Guadalajara-Konferenz 2004)	GSP „Drogen“
Chile	Politische Koordination und wirtschaftliche Zusammenarbeit	1996 geschlossen, seit 2003 in Kraft	Umfassender Freihandelsvertrag, in Kraft seit 1. Februar 2003	Freihandelsvertrag
Karibik	Partnerschaftsabkommen (Cotonou)	In Kraft seit 2000	Wirtschaftspartnerschaft und Verhandlungen über einen Freihandelsvertrag 2002 aufgenommen, voraussichtliches Inkrafttreten 2008	Präferenzen im Rahmen des Cotonou-Abkommens
Mercosur	Politische Koordination und wirtschaftliche Zusammenarbeit	1995 geschlossen, seit 2002 in Kraft	Verhandlungen über einen Freihandelsvertrag 2000 aufgenommen, gegenwärtig unterbrochen	GSP
Mexiko	Politische Koordination und wirtschaftliche Zusammenarbeit	1997 geschlossen, seit 2000 in Kraft	Umfassender Freihandelsvertrag, in Kraft seit 1. Juli 2000	Freihandelsvertrag
Zentralamerika	Politischer Dialog und Kooperationsabkommen	In Kraft seit 1993 bzw. 1996	Noch keine Verhandlungen über einen Freihandelsvertrag aufgenommen. „Jeder zukünftige Freihandelsvertrag wird auf dem Ergebnis der Doha Development Agenda aufbauen ...“ (Guadalajara-Konferenz 2004)	GSP „Drogen“

Tabelle 2: Die Beziehungen zwischen der EU und den LAK-Ländern: Rechtlicher Rahmen⁹

4. Auch die Karibik profitiert von einer besonderen Beziehung

Die Länder der EU und der Karibik betreiben ihren Handel im Rahmen des Partnerschaftsabkommens zwischen den Mitgliedern der Gruppe der Staaten in Afrika, im Karibischen Raum und im Pazifischen Ozean (AKP-Staaten) einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedsstaaten andererseits, das im Juni 2000 in Cotonou (Benin) geschlossen wurde. Im Rahmen dieses Vertrags unterstützt die EU die Region bei der Integration in die Weltwirtschaft, übernimmt die Schirmherrschaft über Programme zur Bekämpfung

der Armut, verbessert die Produktionskapazitäten und die Wettbewerbsfähigkeit und fördert Investitionen. Darüber hinaus sieht es ein einseitiges Handelspräferenzsystem vor, das 2008 in einen Freihandelsvertrag übergehen soll.

5. Zentralamerika und die Andengemeinschaft stehen auf der Warteliste

Zentralamerika und die Andengemeinschaft haben sich ebenfalls um Freihandelsverträge mit der EU bemüht, allerdings ohne Erfolg. Die EU hat es abgelehnt, vor dem Abschluss der Doha-Handelsrunde Verhandlungen über einen Freihandelsvertrag

⁹ Eine ausführlichere Erläuterung dieses Rahmens findet sich in: Grisanti, Luis X.: „El nuevo interregionalismo transatlántico: La asociación estratégica Unión Europea-América-Latina“, Inter-American Development Bank, Working Paper Nr. 4, 2004.

del aufzunehmen. Die europäischen Länder haben beschlossen, a) den Einsatz ihrer personellen Ressourcen auf die Verhandlungen über einen multilateralen Handel zu konzentrieren und b) ihren Agrarsektor nicht noch weiter zu belasten. Dieser Sachverhalt kommt in der gemeinsamen Erklärung des III. EU-Lateinamerika-Karibik-Gipfels zum Ausdruck, der in Guadalajara, Mexiko, im Mai 2004 stattfand. Dort wurde unter anderem ver-

„Die hauptsächliche Herausforderung, vor der Chile und Mexiko stehen, besteht darin, ihre privilegierte Beziehung zur EU optimal zu nutzen.“

einbart, die Bewertung der Handelspartnerschaft zwischen diesen Regionen als notwendiges Erfordernis vor den Verhandlungen über einen Freihandelsvertrag in Angriff zu nehmen. Gleichzeitig wurde bestimmt, dass „jeder zukünftige Freihandelsvertrag auf dem Ergebnis der Doha Development

Agenda aufbauen wird“, deren vollständige Formulierung noch in weiter Ferne liegt.¹⁰

Somit sind die Aussichten für Zentralamerika und die Andengemeinschaft auf den Abschluss von Freihandelsverträgen mit der EU trübe, zumindest solange die Diskussionen innerhalb der WTO noch nicht beendet sind.¹¹

6. Der Mercosur auf einem dornigen Weg zu einem Freihandelsvertrag

Drei der vier Mercosur-Länder sind sehr stark von ihren Agrarexporten abhängig, deren Anteil am Gesamtexport bei Argentinien 46, bei Uruguay 54 und bei Paraguay 76 Prozent beträgt (siehe Tabelle 3). Diese Tatsache ist ein ernsthaftes Hindernis für einen Freihandelsvertrag mit der EU, da mehrere Exportinteressen des Mercosur mit der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU kollidieren, mit der die EU-Mitgliedsstaaten ihrer Agrarwirtschaft ökonomische Unterstützung zusichern.

Das gilt beispielsweise für argentinischen Weizen, uruguayischen Reis, paraguayischen Mais sowie Fleischexporte aus all diesen Ländern.

Die Einfuhrzölle des Mercosur auf Industriegüter sind ein weiteres gravierendes Hindernis für den Abschluss eines Freihandelsvertrags mit der EU. Diese Zölle betragen im Durchschnitt 13,6 Prozent (eine der höchsten Raten in der entwickelten Welt), was Verhandlungen mit der EU über einen freien Handel von Industrieprodukten besonders erschwert. Während defensive Interessen¹² im industriellen Sektor für den Mercosur und vor allem für Brasilien im Vordergrund stehen, vertritt die EU in diesem Bereich offensive Interessen.¹³

Ein letztes und nicht weniger gravierendes Hindernis ist das Widerstreben des Mercosur, seinen Dienstleistungsbereich und den staatlichen Sektor zu liberalisieren. Dies ist eine mögliche Erklärung, warum Mexiko und Chile nach neun bzw. zehn Verhandlungsrunden Freihandelsverträge mit der EU abschließen konnten, während für den Mercosur nach mindestens 17 Verhandlungsrunden noch immer kein Freihandelsvertrag mit der EU in Sicht ist.

7. Chile und Mexiko könnten dank ihrer Freihandelsverträge ihre Position auf dem EU-Markt verbessern

Die hauptsächliche Herausforderung, vor der Chile und Mexiko stehen, besteht darin, ihre privilegierte Beziehung zur EU optimal zu nutzen. Zwei Faktoren könnten ihnen dabei auf kurze Sicht zugute kommen. Erstens die Wertsteigerung des Euros gegenüber der mexikanischen und der chilenischen Währung um 86 bzw. 31 Prozent in den letzten drei Jahren, was die Wettbewerbsfähigkeit dieser lateinamerikanischen Länder auf den europäischen Märkten verbessert. Zum zweiten hat der Prozess der Osterweiterung der EU zu einer beträchtlichen Ausdehnung des europäischen Marktes geführt.

¹⁰ Artikel 52 und 53 der Erklärung von Guadalajara, III. EU-Lateinamerika-Karibik-Gipfel, Guadalajara, Mai 2004.

¹¹ Obwohl die Andengemeinschaft und die EU mit der Evaluation ihrer Partnerschaft begonnen haben, liegen die Verhandlungen über einen Freihandelsvertrag noch immer in weiter Ferne.

¹² Defensive Interessen sind bestrebt, den Status quo zu erhalten, und im Allgemeinen mit dem Ziel verbunden, den heimischen Markt zu schützen.

¹³ Offensive Interessen zielen auf die Öffnung anderer Märkte.

Tabelle 3:
Anteil der
Agrar- und der
Industrieexporte
Lateinamerikas
und der Karibik in
Prozent (Gesamt-
exporte 2003*)

* Daten für
Argentinien,
Paraguay, Honduras,
Belize, Jamaika
sowie Trinidad und
Tobago von 2002;
Daten für
die Bahamas,
Dominikanische Re-
publik, St. Kitts
und Nevis sowie
Suriname von 2001;
Daten für
Antigua und Barbuda
sowie Montserrat
von 1999.

	Exporte Agrargüter ¹⁾	Exporte Industriegüter ²⁾
Andengemeinschaft	15,33 %	84,67 %
Chile	29,54 %	70,46 %
Karibik	21,46 %	78,54 %
Mercosur	34,83 %	65,17 %
Paraguay	76,11 %	23,89 %
Uruguay	53,57 %	46,43 %
Argentinien	46,48 %	53,52 %
Brasilien	29,59 %	70,41 %
Mexiko	5,63 %	94,37 %
Zentralamerika	45,06 %	54,94 %
Panama	85,86 %	14,14 %
Nicaragua	79,51 %	20,49 %
Honduras	58,49 %	41,51 %
Guatemala	49,27 %	50,73 %
El Salvador	34,92 %	65,08 %
Costa Rica	33,16 %	66,84 %

1) Agrargüter: Harmonisiertes System (HS), Kap. 1 bis 24

2) Industriegüter: Harmonisiertes System (HS), Kap. 25 bis 97

8. Die Karibik hat Aussichten auf einen Freihandelsvertrag mit der EU

Verhandlungen zwischen der Karibik und der EU über eine wirtschaftliche Partnerschaft der vierten Generation, die an die Stelle des bisherigen Cotonou-Abkommens treten soll, wurden im September 2002 aufgenommen. Die besondere Beziehung, von der die ehemaligen Kolonien jetziger EU-Länder profitieren, und das von ihnen repräsentierte Volumen des Handels mit der EU (etwa 0,3 Prozent) sprechen dafür, dass der Freihandelsvertrag tatsächlich wie geplant 2008 in Kraft treten wird.

9. Die Andengemeinschaft und Zentralamerika benötigen innovative Lösungen, um wirtschaftlich nicht zurückzufallen

Da das Protokoll der Guadalajara-Konferenz auf den Abschluss der Doha-Handelsrunde verweist, auf deren Ergebnis jeder zukünftige Freihandelsvertrag aufbauen soll, und somit die Aufnahme von Verhandlungen über einen Freihandelsvertrag verfrüht wäre, könnten die Andengemeinschaft

und die zentralamerikanischen Länder sich nach anderen Möglichkeiten umsehen. Es könnte sich lohnen, die Machbarkeit eines zentralamerikanischen Beitritts zum Freihandelsvertrag zwischen der EU und Mexiko zu prüfen, während die Andengemeinschaft die Möglichkeiten eines Beitritts zum Freihandelsvertrag zwischen der EU und Chile ausloten könnte. Mit diesem Überholmanöver ließen sich die Mühen eines langwierigen Verhandlungsprozesses umgehen. Ein Assoziierungsverfahren würde – im Gegensatz zu Verhandlungen über einen eigenen Freihandelsvertrag – außerdem die Genehmigungsverfahren innerhalb der EU-Instanzen vereinfachen.

Eine weitere Möglichkeit wäre das Prinzip der „Diagonalen Kumulation“. Nach dieser Regel wäre es zulässig, dass mexikanische und chilenische Exportgüter, die von Handelspräferenzen profitieren, Einsatzgüter aus den Ländern Zentralamerikas und der Andengemeinschaft verwenden, als ob deren Ursprungsländer Mexiko oder Chile seien.¹⁴ Die EU hat dieses Verfahren bereits in mehreren Handelsverträgen – zum Beispiel mit Ländern Mittel- und Osteuropas, der Türkei und EFTA-Ländern – angewandt.

¹⁴ Dieser Mechanismus funktioniert, solange das tatsächliche Ursprungsland die im Freihandelsvertrag festgelegten Ursprungsregeln akzeptiert.

10. Der geplante Freihandelsvertrag zwischen der EU und dem Mercosur sieht vorerst einer düsteren Zukunft entgegen

Der Konflikt zwischen offensiven und defensiven Interessen in den Verhandlungen über einen Freihandelsvertrag zwischen der EU und dem Mercosur dürfte in naher Zukunft schwer zu lösen sein.¹⁵ Ein Ausbruch aus der gegenwärtigen Sackgasse wäre möglich, wenn die multilateralen Agrarverhandlungen im Hinblick auf die Zölle wie die Subventionen erfolgreich abgeschlossen würden. In diesem Fall würden sich die Erfolgchancen für einen Freihandelsvertrag zwischen der EU und dem Mercosur erhöhen, auch wenn die Verhandlungen über den Handel mit Industriegütern weiterhin schwierig bleiben, zumal wenn Brasilien sich nicht zu einer weitgehenden Liberalisierung unter dem multilateralen Dach entschließt.

11. Es gibt Möglichkeiten, wie die Länder Lateinamerikas und der Karibik ihre wirtschaftlichen Beziehungen mit der EU verbessern können, auch wenn die Letztere geltend macht, sie müsse „wichtigeren Angelegenheiten“ den Vorrang einräumen

Wie die Zahlen bestätigen, sind die Länder Lateinamerikas und der Karibik für die EU von untergeordneter Bedeutung. Der allmähliche Übergang zu einer Gemeinschaft aus 25 Mitgliedsländern, die Integration künftiger Mitglieder, die bilateralen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten und Russland sowie Fragen der Einwanderung aus unmittelbaren Nachbarländern sind einige Beispiele für internationale Probleme, die für Europa eine Vorrangstellung einnehmen.

Es gibt zwei Möglichkeiten für die Länder Lateinamerikas und der Karibik zu einer Verbesserung der Handelsbeziehungen mit der EU: Zum einen können zumal diejenigen, die keinen Frei-

handelsvertrag geschlossen haben, in der Doha-Handelsrunde eine gemeinsame Handels-Agenda einbringen. Zum anderen können die Länder ohne Freihandelsvertrag einen Anschluss an die bestehenden Freihandelszonen – zum Beispiel Chiles oder Mexikos – anstreben, entweder durch eine Vollmitgliedschaft oder durch das System der „Diagonalen Kumulation“. □

¹⁵ Tatsächlich stehen die Verhandlungen zwischen der EU und dem Mercosur vor ähnlichen Problemen wie der FTAA-Prozess. In beiden Fällen besteht ein starkes Ungleichgewicht zwischen den „offensiven“ und den „defensiven“ Interessen des Mercosur. Siehe hierzu Blanco, Herminio und Jaime Zabudovsky: „Free Trade Area of the Americas: Scope of the Negotiation“, INTAL-ITD Working Paper SITI-01, Integration and Regional Programs Department, Inter-American Development Bank, Buenos Aires: INTAL, 2003; online im pdf-Format verfügbar unter: <http://www.iadb.org/intal/ingles/i-default.htm>; Zabudovsky, Jaime: „The Long and Winding Road to Hemispheric Integration: Ten Key Elements in Understanding the FTAA“, in: „Free Trade in the Americas: Getting There from Here“, Inter-American Dialogue 2004, S. 7–16; online verfügbar unter: http://www.thedialogue.org/publications/program_reports/trade/ftaa_1004.pdf

Die Europäische Union und Lateinamerika: Kooperationsansätze und -hindernisse

ZU KEINER WELTREGION AUSSERHALB DER Gruppe hoch entwickelter Industriestaaten unterhält die Europäische Union vergleichbar enge Beziehungen wie zu den Ländern Lateinamerikas und der Karibik. Die EU ist für Lateinamerika wichtigster Geber von Entwicklungshilfe und wichtigster Partner bei Direktinvestitionen, sie ist zweitwichtigster Handelspartner für den Mercosur und für viele lateinamerikanische Länder sogar der wichtigste. Es bestehen verschiedene biregionale Beziehungen, wobei die Rio-Gruppe sich zunehmend als effektivstes Forum zur Steuerung der Beziehungen zwischen den beiden Regionen darstellt.

„Mit dem Mercosur besteht seit 1999 ein Rahmenkooperationsabkommen, seitdem finden Verhandlungen über den Abschluss eines biregionalen Assoziationsabkommens statt.“

in Guadalajara im Jahre 2004 standen die Fragen der sozialen Kohäsion, eines effektiven Multilateralismus sowie der Vertiefung der regionalen Integration und der interregionalen Kooperation insbesondere mit dem Mercosur, Zentralamerika und der Andengemeinschaft im Vordergrund.

Das Bestreben, zu einer strategischen Partnerschaft mit Lateinamerika und der Karibik zu kommen, ist ein entscheidender Schwerpunkt der gegenwärtigen europäischen Außenpolitik. Ziele sind dabei die Stärkung der politischen, ökonomischen und kulturellen Beziehungen. Beim III.

EU-Lateinamerika-Gipfel

Kooperationsansätze und -abkommen

Am weitesten fortgeschritten ist der Dialog mit dem Mercosur und Zentralamerika. Mit dem Mercosur besteht seit 1999 ein Rahmenkooperationsabkommen, seitdem finden Verhandlungen über den Abschluss eines biregionalen Assoziationsabkommens statt. Vorgesehene Inhalte sind der Freihandel sowie der politische und kulturelle Dialog, die wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit, Menschenrechte und Demokratie, nachhaltige Entwicklung und die Bekämpfung von Terrorismus, Drogenhandel und organisierter Kriminalität. Dazu gibt es derzeit regelmäßige Treffen auf Minister- und hoher Beamtenebene.

Mit Zentralamerika besteht seit 2003 ein Kooperationsabkommen neuen Typs, ein sogenanntes Abkommen der „vierten Generation“. Es sieht vor, zunächst durch einen gemeinsamen Monitoringausschuss den regionalen wirtschaftlichen Integrationsstand zu prüfen. Bei einem positiven Ergebnis sollen möglichst bald Assoziationsverhandlungen mit der Region aufgenommen werden.

Dies gilt auch für die Andengemeinschaft, mit der 2003 ebenfalls ein Kooperationsabkommen der vierten Generation geschlossen worden ist, auch hier wird das entsprechende Monitoringverfahren durchgeführt. Hinsichtlich des Integrationsgrades steht die EU der Andengemeinschaft gegenwärtig allerdings skeptischer gegenüber als etwa dem Mercosur, da einige Länder, insbesondere Peru, sich allzu protektionistisch geben und daher eine wirtschaftliche Integration innerhalb der Andengemeinschaft offensichtlich sehr mühsam ist.

Die Grundlage der Beziehungen zu Mexiko ist das Abkommen über wirtschaftliche Partnerschaft, politische Koordinierung und Zusammenarbeit, das sogenannte Globalabkommen aus dem Jahre 2000, das die Beziehungen im Rahmen des politischen Dialogs regelt, wobei die Zusammenarbeit in sozialen Fragen, die Armutsbekämpfung und die Entwicklung des Handels im Mittelpunkt stehen. Das im selben Jahr in Kraft getretene Freihandelsabkommen erfasst über 90 Prozent des Warenhandels und strebt die weitgehende Beseitigung aller Diskriminierungen im Dienstleistungsverkehr an;

bis 2007 soll schrittweise die Zollfreiheit aller gewerblichen Waren erreicht werden. Die positive Entwicklung der Handelsbeziehungen ist nachdrücklich spürbar, das zeigt sich beispielsweise an der Verdopplung der deutschen Exporte nach Mexiko innerhalb der letzten zehn Jahre.

Mit Chile ist im Jahre 2002 das weitreichendste Assoziationsabkommen geschlossen worden, das die EU und ihre Mitgliedsstaaten je mit einem Land vereinbart haben. Kernpunkte sind die Errichtung einer Freihandelszone zwischen der EU und Chile innerhalb von zehn Jahren, die progressive Liberalisierung von Handel und Dienstleistungen, der politische und kulturelle Dialog sowie die sukzessive Einbeziehung praktisch aller Bereiche der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit nach dem Muster der Abkommen der vierten Generation.

Die wirtschaftlichen Beziehungen in Zahlen

Lassen Sie mich zum Stand der wirtschaftlichen Beziehungen einige Zahlen nennen. Das Handelsvolumen zwischen der EU und Lateinamerika hat sich von 1990 bis 2002 mehr als verdoppelt. Die EU-Exporte nach Lateinamerika und in die Karibik

„Die EU ist für Lateinamerika wichtigster Geber von Entwicklungshilfe und wichtigster Partner bei Direktinvestitionen.“

betragen im Jahre 2002 57,5 Mrd. Euro, die Importe 53,7 Mrd. Euro. Dieses fast ausgeglichene Verhältnis ist eine gute Basis für eine weitere positive Entwicklung. Die neuen Freihandelsabkommen mit Mexiko und Chile sowie die entsprechenden Verhandlungen mit dem Mercosur werden

sicher für eine zusätzliche Dynamik sorgen. Dies gilt auch für die Sonderregelungen im Rahmen des Generalized System of Preferences (GSP), das sogenannte GSP „Drogen“, das einen bevorzugten Marktzugang für die Staaten der Andengemeinschaft und die zentralamerikanischen Länder mit dem Kampf gegen Drogenanbau und Drogenhandel verbindet.

Mit einem Markt von 500 Millionen Verbrauchern und einem Bruttoinlandsprodukt von über 1300 Mrd. Euro stellt Lateinamerika für die EU

und für Deutschland einen Wirtschaftsraum von großer Bedeutung dar. Die europäischen Direktinvestitionen in der Region betragen im Jahre 2002 über 200 Mrd. Euro. Zudem ist der Subkontinent einer der wichtigsten Rohstofflieferanten und stellt zahlreiche Produktionsstandorte für europäische Unternehmen – São Paulo ist mit 800 deutschen Unternehmen der größte deutsche Industriestandort außerhalb Deutschlands. Die volkswirtschaftliche Entwicklung Lateinamerikas verläuft insgesamt positiv: Das Bruttoinlandsprodukt wuchs im Jahre 2004 insgesamt um 5,5 Prozent, Spitzenreiter waren Venezuela (18%), Uruguay (12%), Argentinien (8,2%), Ecuador (6,2%) und Brasilien (5,2%). Aufgrund der schwachen Weltkonjunktur geht man für 2005 allerdings von einem abgeschwächten Wachstum von etwa 4 Prozent aus. Setzt man die für Deutschland prognostizierten 0,8 Prozent dagegen, sind das immer noch beeindruckende Zahlen.

Herausforderungen und Chancen

Lateinamerika und seine Partner stehen vor einer Vielzahl von Herausforderungen und Chancen, die es anzunehmen und zu nutzen gilt. Die Wirtschaft der Region ist 2004 zwar schneller gewachsen als die Weltwirtschaft, bleibt aber gleichwohl sehr stark von ihr abhängig. Die hohen Rohöl- und Rohstoffpreise haben den Kontinent bei insgesamt verbesserter makroökonomischer Stabilität und Nachholeffekten geradezu sprunghaft nach vorne gebracht. Für die Zukunft bestehen allerdings entsprechende Risiken: die Ungleichgewichte in den USA, ein Konjunkturerinbruch in China, ein Einbruch des Dollars oder Preiseinbrüche bei exportierten Rohstoffen. Deshalb hält Brüssel – auch angesichts der für 2005 zu erwartenden Abschwächung der Weltkonjunktur – für die Region insgesamt eine Fortsetzung der vorsichtigen Geld- und Fiskalpolitiken, für Südamerika eine Diversifikation der Exportprodukte sowie für Mexiko und Zentralamerika eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit für empfehlenswert. Bei gleichbleibend guter Konjunkturerwicklung, weiterer Festigung der bestehenden Demokratien und des Rechtsstaatsprinzips, guter Regierungsführung und einer soliden Wirtschaftspolitik sind entsprechende Bedingungen für ein fortgesetztes Engagement der europäischen Wirtschaft gegeben. Dabei



Auf der „Rambla“ in Barcelona, Spanien 1994

*„Die Spanier
und die Portugie-
sen fühlen sich
für Lateinamerika
zuständig, die
Deutschen schauen
eher nach Osten
und wieder andere
kümmern sich
um das Japan-
Geschäft.“*

ist mit Blick auf die politische und wirtschaftliche Stabilität klar, dass volkswirtschaftliches Wachstum mit einer Beseitigung sozialer Ungleichgewichte, insbesondere mit einer wirkungsvollen Armutsbekämpfung einhergehen muss. Bei einem Bevölkerungswachstum von etwa einem Prozent hat Lateinamerika ein Pro-Kopf-Einkommen, das seit 1997 erstmals wieder um vier Prozent gewachsen ist. Die Löhne sind 2004 real gestiegen und damit sollten sich neue Möglichkeiten und neuer Spiel-

raum für die Bekämpfung der Armut ergeben. Nach den Zahlen, wie sie in Brüssel vorliegen, betrug die Armutsquote 2004 42,9 Prozent der Gesamtbevölkerung, das entspricht 126 Millionen Menschen in Armut und 96 Millionen Menschen in extremer Armut. Ich wiederhole: Wenn wir eine stabile politische Entwicklung wünschen, müssen wir zu einer effektiven Bekämpfung der Armut gelangen – ein verlässlicher politischer Rahmen fördert die Investitionsbereitschaft und ist so eine wesentliche Bedingung für eine langfristige positive wirtschaftliche Entwicklung.

Bezüglich der Einbindung Lateinamerikas in Freihandelszonen gibt es sicherlich eine Konkurrenz, einen Wettlauf zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union. Das Projekt einer gesamtamerikanischen Freihandelszone (FTAA) scheint zurzeit wenig erfolgreich zu verlaufen und zu einem Kompromiss „light“ zu führen; allerdings ist dieses Projekt für die lateinamerikanischen Staaten auch als Druckmittel in den Verhandlungen mit der Europäischen Union von Bedeutung. Daneben entstehen neue Integrationsmechanismen, die wir mit Interesse beobachten,

beispielsweise die Comunidad Sudamericana de Naciones (Südamerikanische Staatengemeinschaft). Die im Dezember 2004 von allen 12 Staaten Südamerikas unterzeichnete Gründungserklärung verfolgt das ehrgeizige Ziel der Integration des gesamten Kontinents. Die Chancen dafür stehen nicht schlecht, da die Andengemeinschaft und der Mercosur eine gute Basis für diese Organisation darstellen und Brasilien sich als starker Motor anbietet. Die Südamerikanische Staatengemeinschaft wäre nach der EU und der Nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA) der drittgrößte Länderverbund der Welt. Ein solcher Integrationsmechanismus würde sicher auch unsere Verhandlungen mit der Region erleichtern: Statt mit unterschiedlichen subregionalen Organisationen könnten die entsprechenden Gespräche mit Gesamt-Südamerika geführt werden und so ließen sich die anstehenden Aufgaben für alle Beteiligten einfacher bewältigen.

Schlussfolgerungen

Welche Schlussfolgerungen sollten wir Europäer aus der bisherigen Entwicklung und dem gegenwärtigen Stand der Kooperation mit Lateinamerika ziehen? Die Erfahrung meiner Arbeit in Brüssel – sowohl im Europäischen Parlament als auch mit den anderen Institutionen – lehrt, dass wir leider nach wie vor eine falsche Arbeitsteilung in der Europäischen Union haben: Die Spanier und die Portugiesen fühlen sich für Lateinamerika zuständig, die Deutschen schauen eher nach Osten und wieder andere kümmern sich um das Japan-Geschäft. Wir müssen sehr viel stärker zu dem Bewusstsein gelangen, dass Lateinamerika für die EU insgesamt ein wichtiger Faktor ist, und wir müssen diese Arbeitsteilung beenden. Damit würde sicher die Durchschlagskraft gesteigert und manches beschleunigt. Dies gilt sowohl für die Politik als auch für die Wirtschaft.

In ihrem Streben nach einer strategischen Partnerschaft mit Lateinamerika sollte die Europäische Union zudem stets auch die Entwicklung der Beziehungen zu anderen Partnern berücksichtigen. Im Laufe dieser Woche hat es gemeinsame, sich berührende Vorlagen zur Vorbereitung des EU-US-Gipfels am 20. Juni gegeben, die die Möglichkeit zu eröffnen scheinen, eine transatlantische Vereinbarung über die Schaffung eines *transatlan-*



*Künstlertreffen in Rosario, Argentinien 2000**

„Ziele der gegenwärtigen europäischen Außenpolitik sind die Stärkung der politischen, ökonomischen und kulturellen Beziehungen mit Lateinamerika und der Karibik.“

* Miguel Epes und Prof. Roman Banaszewski während einer Ausstellungseröffnung an der Universität Rosario mit Werken argentinischer und europäischer Künstler.

tic market bis 2015 zu treffen. Die EU-Kommission und die amerikanische Administration vertreten hierin ganz ähnliche Positionen, sodass eine große Chance zu bestehen scheint, diese in Übereinstimmung zu bringen. Wenn dies so ist und wenn andererseits beide, US-Amerikaner wie Europäer, gleichzeitig jeweils bilaterale Beziehungen zu Lateinamerika pflegen, die teilweise im Wettbewerb miteinander stehen, stellt sich doch die Frage, ob es nicht klüger wäre zu versuchen, diese Beziehungen zu einem transatlantischen Dreieck auszubauen.

Ich glaube, dass dies bei der Vielzahl von gemeinsamen Interessen und dem hohen Maß an kultureller Übereinstimmung, die uns verbinden, durchaus sinnvoll wäre: Wenn es gelänge, die Beziehungen der Beteiligten im weltweiten Maßstab zu regeln, ohne den multilateralen Ansatz von WTO und anderen zu zerstören, könnte die strategische Partnerschaft beider Amerikas und der EU in Weltpolitik und Welthandel eine stabile Basis bilden, die in vielen anderen Regionen weitreichende Konsequenzen hätte.

Bei nüchterner Betrachtung sehe ich allerdings auch, dass wir in der Europäischen Union hinsichtlich der partnerschaftlichen Kooperation mit Lateinamerika noch einige Probleme haben, etwa im Bereich der Agrarpolitik. Ich will dies an einem Beispiel verdeutlichen. Ich komme aus einer Region, in der die Zuckerrübe eine große Rolle spielt. Wenn die Zuckermarktordnung der Europäischen Union, die die Preise durch ein bestimmtes System – ohne Kosten für den Steuerzahler, wohl aber für den Verbraucher – auf hohem Niveau hält, beseitigt würde, hätte dieses in Lateinamerika umweltpolitisch wohl keine bedeutenden Verbesserungen zur Folge und wäre aus entwicklungspolitischer Perspektive sogar eher kontraproduktiv: Von den positiven ökonomischen Effekten würde nicht die überwiegende Mehrheit der Menschen, sondern nur einige wenige – zudem fast ausschließlich brasilianische – Familien profitieren. Gleichzeitig brächte es für die Verbraucher hierzulande keinen Vorteil, da die dadurch erzielten Kostengewinne nur gering wären, dagegen würde in einer ganzen Region unseres Landes ein hohes Maß an Wertschöpfung zerstört. Die Schwierigkeit, argumentativ klarzumachen, dass die Zuckermarktordnung dennoch der Reform bedarf und man sich hier und in anderen Fragen aufeinander zu bewegen sollte,

zeigt deutlich, welche konkreten Hindernisse die ernst zu nehmenden Interessenlagen auf beiden Seiten einer fruchtbaren Partnerschaft in den Weg stellen. Denn hier geht es nicht nur um ein protektionistisches Problem, sondern in der Tat auch um die Frage von Entwicklungsmöglichkeiten und die Zerstörung von Wertschöpfung.

Bei allen Schwierigkeiten sollte die Europäische Union in ihren Bemühungen um eine strategische Zusammenarbeit mit Lateinamerika dennoch nicht nachlassen und sich nicht allein in Richtung Südostasien positionieren. Wenn wir als Europäer einmal auf die Weltkugel schauen, dabei den Pazifischen Ozean in den Fokus rücken und sehen, dass sich die wirklich dynamischen Industrien wie China und Indien dort befinden, wo die Rohstoffvorkommen liegen; wenn wir ferner bedenken, dass auch die Vereinigten Staaten und alle anderen Amerikaner daran teilhaben, während wir bloß Randregion in diesem Spiel sind – müssen wir dann nicht zu dem Schluss kommen, dass das „große“ Europa gut beraten wäre, strategische Partnerschaften auch und gerade mit anderen Weltregionen, insbesondere mit Lateinamerika zu suchen und auszubauen? Ich meine, ja. □



Das Podiumsgespräch im Herbert-Quandt-Haus zum 24. Sinclair-Haus-Gespräch moderierte Hildegard Stausberg. Elmar Brok, Ricardo López Murphy und Andrés Rozental diskutierten unter reger Beteiligung des Publikums.

Das „Atlantische Dreieck“

Illusionen und Perspektiven

STAUSBERG: Es ist schwieriger geworden, etwas für Lateinamerika zu organisieren. Woran liegt das? Es liegt daran, dass Lateinamerika mit sich beschäftigt ist und wir mit uns. Vielleicht stehen wir auch nicht mehr unter dem Druck wie früher, als es noch den Kalten Krieg gab oder danach die Befürchtung, dass die Vereinigten Staaten uns in den Beziehungen zum Mercosur die Butter vom Brot nehmen könnten. Mittlerweile sieht es eher so aus, als sei in Washington eine gewisse Erlahmung hinsichtlich der Idee eines Freihandelsabkommens von Feuerland bis Alaska eingetreten. Was ist Lateinamerika? Wer hat in Europa überhaupt konkretes Interesse an Lateinamerika?

Wir alle wissen, dass wir Deutsche großes Interesse an Lateinamerika haben müssten. Es gibt mehrere Millionen deutschstämmiger Menschen in Lateinamerika, die eng mit uns verbunden sind. Es gibt dort viele deutsche Schulen. Noch heute zählt das *colegio alemán* in den meisten lateinamerikanischen Städten zu den angesehensten Schulen. Wir haben also etwas zu verteidigen, haben aber auch festgestellt, dass



es oft schwer ist, sich im Rahmen der Europäischen Union mit einer Position durchzusetzen, und dass uns dabei manchmal die Spanier den Rang ablaufen.

Zwei prominente Gäste aus Lateinamerika sind bei uns: Zum einen aus Argentinien Herr Professor Ricardo López Murphy, Präsident der Fundación Cívico Republicana in Buenos Aires. Er war Wirtschaftsminister, er war Verteidigungsminister, er war Präsidentschaftskandidat, und er ist ein ausgewiesener Wirtschaftsfachmann. Ein mutiger Mann, ein Mann der klaren Worte, was weder in Südamerika noch in Deutschland die Regel ist. Aus Mexiko kommt Botschafter a. D. Andrés Rozental, der jetzt Präsident des mexikanischen Council on Foreign Relations ist und ebenfalls lange in Europa und Amerika gelebt hat, das Dreieck Europa – Lateinamerika – Vereinigte Staaten also sehr gut kennt. Wir freuen uns auch, dass Herr Elmar Brok bei uns ist, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Europaparlaments, ebenfalls ein ausgewiesener Kenner der europäisch-lateinamerikanischen Problematik. Ich habe die Herren gebeten, in kurzen Thesen ihre Positionen darzustellen. Wir fangen mit unseren Gästen aus Lateinamerika in alphabetischer Reihenfolge an: Ricardo López Murphy, Sie haben das Wort.

LÓPEZ MURPHY: Meine erste These besagt, dass unser Hauptziel darin bestehen muss, die Werte der westlichen Welt zu verbreiten. Welche sind diese Werte? Erstens: Demokratie, die Herrschaft des Volkes durch das Volk und für das Volk, wie Lincoln sagte. Zweitens: der Rechtsstaat oder auf Englisch *the rule of law*. Drittens: die friedliche, freiwillige Lösung der Konflikte und Differenzen. Und viertens: die soziale Frage, das heißt, die Integration der verschiedenen Gesellschaftsschichten. Der Nutzen für die Schwellenländer oder Lateinamerika liegt auf der Hand. Welchen Nutzen aber hat dies für Industriestaaten wie die EU-Länder? Meiner Ansicht nach besteht er darin, dass der Terrorismus keinen Rückzugsraum mehr hätte, wenn diese Regeln für

„Wir halten die Demokratie für den besten Lebensentwurf, sind jedoch mit unserem demokratischen System keineswegs zufrieden.“

Ricardo López Murphy

uns alle gelten würden. Das zweite – kurzfristige – strategische Ziel besteht darin, Sicherheit und Verteidigung zu gewährleisten. Das bedeutet heutzutage hauptsächlich den Kampf gegen Terrorismus, Drogenhandel und Geldwäsche. Das dritte strategische Ziel wäre die Gewährleistung eines nachhaltigen Fortschritts. Hierbei denke ich an Umweltfragen etwa in Bezug auf die Fischfanggründe oder die Nutzung von Boden und Wasser. Das vierte Ziel ist die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Ausweitung des Multilateralismus und des offenen Regionalismus nach den Prinzipien der Nichtdiskriminierung, eines sehr geringen Protektionismus und des gerechten Handels. Dies ist mein erstes Statement zu der Frage „Wozu brauchen wir eine strategische Zusammenarbeit?“

Lassen Sie mich für den zweiten Punkt etwas weiter ausholen, denn er ist kompliziert. Ich werde nur von Lateinamerika sprechen, nicht von Europa. Wir halten die Demokratie für den besten Lebensentwurf, sind jedoch mit unserem demokratischen System keineswegs zufrieden. In ganz Lateinamerika steckt die Qualität des Systems mehr oder weniger in der Krise. Unsere Institutionen funktionieren nicht richtig, unser Rechtsstaat funktioniert, gelinde gesagt, ausgesprochen schlecht, es gibt eine dramatische Ungleichheit, Korruption in großem Stil im öffentlichen Bereich und ein geringes Maß an Regierbarkeit. Dieser Tage haben wir mit Trauer und Entsetzen verfolgt, wie ein öffentlicher Aufruhr in Ecuador zum Sturz des Präsidenten geführt hat. Eine strategische Zusammenarbeit mit Europa böte uns eine bessere Möglichkeit, unsere demokratischen Systeme zu erhalten und zu verbessern. Der Schlüssel zu Austausch und strategischer Partnerschaft liegt in der Stärkung der demokratischen Institutionen und der Transparenz der politischen Systeme, vor allem aber – und das erscheint mir von zentraler Bedeutung – in der Stärkung des Rechtsstaats und der *rule of law*.

Der dritte Punkt lautet: Wie müsste die Agenda aussehen? Ich würde vier Punkte auf die Agenda setzen. Erstens die Stärkung der Institutionen. Zweitens: Stabilität ist eng mit Wohlstand verknüpft. Ohne Wohlstand kann man praktisch keine Integration bewirken. Der dritte Punkt betrifft die Vermehrung des „Kapitals der Menschen“. Ein Großteil der Ungleichheit in Lateinamerika besteht in der Ungleichheit des Lebensstandards, also bei Erziehung, Gesundheit, der Beteiligung an der Gesellschaft. Und viertens: die Gewährleistung von Sicherheit.

STAUSBERG: Und nun hat unser mexikanischer Gast das Wort.

ROZENTAL: Ich möchte die Thesen meines argentinischen Kollegen ergänzen. Das Interesse an Lateinamerika steckt, nicht nur in Europa, sondern auch in den Vereinigten Staaten, in einer Krise. Die einzige Ausnahme bildet vielleicht China, das sich in

letzter Zeit für unsere Region interessiert. Dabei geht es ums schiere Überleben, aber auch um die Sicherung von Bodenschätzen, die es zur Weiterentwicklung seines Fortschritts dringend benötigt. Abgesehen davon besteht aber auch in Asien kein besonderes Interesse an unserer Region. Die Vereinigten Staaten und Europa haben andere Prioritäten. Die Priorität Europas liegt auf seinem Integrationsprozess, seiner Erweiterung, seiner Konsolidierung und schließlich seinen Bemühungen zur Schaffung eines konstitutionellen Rahmens, der die nächste Etappe der Integration bestimmt. Lateinamerika klagt gerne. Wir klagen, wenn wir nicht beachtet werden, und wir klagen, wenn wir zu sehr beachtet werden. Nie sind wir zufrieden. Und es stimmt, dass Lateinamerika zurzeit hinsichtlich seiner Einbindung in die Weltgemeinschaft ziemlich isoliert ist.

Deshalb fand ich es ausgesprochen interessant, dass die Herbert-Quandt-Stiftung als Thema für dieses Sinclair-Haus-Gespräch „Europa und Lateinamerika“ gewählt hat, ein Thema, über das viele Jahre lang debattiert wurde, in Mexiko wie in anderen Ländern, auf der Suche nach dem besten Weg zur Beteiligung an irgendeinem besonderen Teil der Agenda, aber der heutigen Agenda, nicht der der Vergangenheit, nicht der Agenda unserer gemeinsamen Wurzeln, unserer gemeinsamen Sprache, unserer Religion oder Kultur, sondern vielmehr derjenigen der geopolitischen und geostrategischen Realität, an der wir als Länder und als Regionen in der heutigen Welt teilhaben. Ich glaube, dass weder Europa noch Lateinamerika die Einheiten bilden, die wir bisher in ihnen gesehen haben, wenn wir über diese Regionen gesprochen haben. Wir müssen die Vorstellungen, die wir traditionell voneinander haben, erneuern. Und wir müssen unsere Beziehungen den Realitäten anpassen.

Was sind diese Realitäten? Als Erstes möchte ich sagen, dass Lateinamerika, diese französische Erfindung des 20. Jahrhunderts, nicht existiert. Wir sind 35 Länder – die Karibikstaaten und Kuba eingeschlossen, aber ohne die Vereinigten Staaten und Kanada, auch wenn die USA immer stärker zu den romanischsprachigen Ländern gehö-

„Wir müssen die Vorstellungen, die wir traditionell voneinander haben, erneuern. Und wir müssen unsere Beziehungen den Realitäten anpassen.“

Andrés Rozental

ren, da bereits 10 Prozent ihrer Bevölkerung Latinos sind und von diesen wiederum 65 Prozent aus Mexiko stammen. 35 Länder also, 35 sehr unterschiedliche Länder, sowohl was den Entwicklungsstand betrifft, als auch hinsichtlich des gesellschaftlichen Fortschritts und unserer regionalen und weltweiten Bedeutung. Deshalb ist es wichtig, dass Sie als Deutsche und Europäer uns nicht als eine fiktive homogene Einheit wahrnehmen, eine leicht zu definierende Einheit, sondern vielmehr als eine heterogene Gruppe von Staaten und Regierungen mit einem bestimmten Wachstum, bestimmten Allianzen und unterschiedlichen Bemühungen um Integration auf subregionaler Ebene. Warum subregional? Weil der Traum von Simón Bolívar sich einfach nicht verwirklichen ließ.

Wir haben uns nie zu einer einzigen Region zusammenschließen können. Zurzeit lassen sich die Länder Lateinamerikas und der Karibikregion in fünf Gruppen unterteilen: die drei Länder Nordamerikas beziehungsweise – die Vereinigten Staaten und Kanada zunächst einmal ausgenommen – Mexiko, die zentralamerikanischen Staaten am Isthmus, die spanischsprachigen, englischsprachigen und französischsprachigen Karibikstaaten, die Andenländer und die Länder des Mercosur und rund um den Mercosur. Fünf Gruppen, die als Gruppen in ausgesprochen dynamischen subregionalen Integrationsprozessen betrachtet werden müssen.



Auf dem Podium: Elmar Brok, Andrés Rozental, Hildegard Stausberg (Moderatorin) und Ricardo López Murphy

Sie Europäer haben nach fünfzigjährigen Bemühungen einen sehr viel fortgeschritteneren, sehr viel homogeneren Zusammenschluss erreicht – auch wenn zwischen den 25 EU-Staaten und den Ländern, die noch nicht dazugehören, nach wie vor große Unterschiede bestehen. Aber verglichen mit uns gibt es einen großen Unterschied: Europa verfügt über eine einheitliche Struktur von Institutionen – das war es, was Herr López Murphy angesprochen hat –, Institutionen, alle unter dem Dach der europäischen Vereinigung, der Europäischen Gemeinschaft und jetzt der Europäischen Union

„Europa verfügt über eine einheitliche Struktur von Institutionen ... In Lateinamerika haben wir nicht etwa eine Institution, sondern Dutzende und Aberdutzende.“

Andrés Rozental

und ihrer Kommission. In Lateinamerika haben wir nicht etwa *eine* Institution, sondern Dutzende und Aberdutzende: Die UNO-Kommission für wirtschaftliche Entwicklung in Lateinamerika und der Karibik, die CEPAL, hat vor sieben Jahren eine Studie durchgeführt und festgestellt, dass in Lateinamerika und dem Karibikraum 183 Institutionen oder Gruppen bestehen – fast ausnahmslos sehr schlecht funktionierende Institutionen –, deren Ziel es ist, der Welt zu beweisen, dass Lateinamerika angeblich ein vereinigtes Lateinamerika ist. Dies ist jedoch keineswegs der Fall.

Zuletzt möchte ich Folgendes anmerken: Lateinamerika, wie die Historiker, die Linguisten und die Politologen es sehen, mag sehr wünschenswert sein – realistisch ist es nicht. Europa, so wie wir es sehen, das Mutterland Spanien oder im Falle von Brasilien Portugal oder im Falle von Haiti Frankreich, mag ebenfalls sehr wünschenswert sein, ist aber ebenso wenig realistisch. Heute Nachmittag haben wir gehört, dass Europa nur vereinigt ist, was den Handel betrifft, und auch da nur dritten Ländern gegenüber. Und so möchte ich zuletzt feststellen, dass *eine* strategische Zusammenarbeit zwischen einem Land oder einer Gruppe von Ländern mit einem anderen Land oder

einer Gruppe anderer Länder bestehen kann, *mehrere* strategische Kooperationen jedoch nicht.

Meines Erachtens unterhält Deutschland eine strategische Partnerschaft *per definitionem* mit Frankreich, daher findet zwischen beiden Ländern ein ständiger Dialog statt, aus historischen Gründen und weil die beiden Nachbarn sind. Die einzige strategische Beziehung, die Mexiko unterhält, besteht zu den Vereinigten Staaten, ebenfalls aus historischen und geografischen Gründen und heutzutage mehr und mehr wegen des stetig enger werdenden sozialen Netzes zwischen beiden Ländern. Wenn Sie mich also fragen, ob Europa eine strategische Beziehung zu Lateinamerika aufbauen kann, dann lautet meine Antwort: nein.

Wir müssen Themen finden, bei denen wir zusammenarbeiten können. Drei oder vier dieser Themen möchte ich zum Abschluss nennen: Die Beförderung der Demokratie und der Respekt vor dem Rechtsstaat und den Menschenrechten. Dies ist ein

„In Lateinamerika haben wir viele negative Dinge von unseren Mutterländern Spanien oder Frankreich übernommen, so etwa die zu starke Machtkonzentration im Zentrum des Landes.“

Andrés Rozental

Problem, das Sie in Europa gelöst haben, wir in Lateinamerika hingegen größtenteils noch nicht. Die Verringerung der Armut: Mit einer Armut, wie sie heute in Lateinamerika herrscht, werden wir nie ein Gespräch auf Augenhöhe mit Ländergruppen wie Europa, den Vereinigten Staaten oder Kanada führen können. Die Dekonzentration oder Dezentralisierung der Entscheidungsmacht: In Lateinamerika haben wir viele negative Dinge von unseren Mutterländern Spanien oder Frankreich übernommen, so etwa die zu starke Machtkonzentration im Zentrum des Landes. Sie Europäer haben gelernt, die Macht zu dezentralisieren, wir haben das noch vor uns. Akademischer Austausch, Austausch von Studenten und Professoren, europäische Studienzentren: Wie Sie wissen, gab es in Lateinamerika nur ein einziges Zentrum für europäische Studien, das von der Europäischen Union finanziert wurde. Es wurde vor zwei Jahren geschlossen, weil die EU angeblich kein Geld mehr dafür hatte. Ein einziges Zentrum in ganz Lateinamerika! Mehr Zusammenarbeit in der Wissenschaft also, aber auch im Bereich der Technologie; und zuletzt die Frage der Gespräche der Regionen untereinander.

Wo sollten wir nicht zusammenarbeiten? In Bezug auf die Vereinigten Staaten, weil diese uns immer als Bedrohung empfinden, wenn wir uns zusammenschließen, um ihnen die Stirn zu bieten. Bei Fragen der gemeinsamen Außenpolitik. Warum? Weil Europa zu keiner gemeinsamen Außenpolitik gefunden hat und sie daher noch weniger mit Lateinamerika finden wird, das ebenfalls zu keiner gemeinsamen Außenpolitik finden konnte. Und bei der Suche nach dem *einen* Gesprächspartner. Diesen *einen* Gesprächspartner, der die gesamte Region repräsentieren könnte, gibt es in Lateinamerika nicht.

STAUSBERG: Herzlichen Dank. Herr Brok, bitte schön!

BROK: Vielen Dank für die Möglichkeit, einige ergänzende Bemerkungen zu machen. Ich glaube, dass die oftmals an europäischer Politik geäußerte Kritik, wir würden nicht genug Interesse an der Entwicklung in Lateinamerika zeigen, gerechtfertigt ist. Sowohl Politik als auch Wirtschaft schauen aufgrund von Zahlen und aus Gewohnheit viel stärker nach Osteuropa, nach Asien oder auf die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Region der Welt, zu der wir die engsten kulturellen und historischen Bindungen haben, gerät dabei in den Hintergrund. Deshalb erinnert uns eine

solche Tagung daran, dass wir neue Schwerpunkte setzen müssen, und zwar aus einer konkreten Interessenlage heraus. Wenn es gelingen sollte, eine große Zone der Stabilität aus beiden Americas und der Europäischen Union zu schaffen, wäre das innerhalb der globalen Ordnung aus vielerlei Hinsicht von großem Vorteil. Nun haben wir von unseren beiden Vorrednern gehört, woran das scheitern mag. Ich halte es für wichtig, dass wir in der Zielsetzung, die Demokratiebildung zu unterstützen, eng zusammenarbeiten. Zur Demokratiebildung gehört auch, Armutsbekämpfung und Gerechtigkeit zu organisieren, weil ansonsten Demokratie nicht lebensfähig ist.

Ein europäischer Beitrag zur Stabilisierung der Region ist von entscheidender Bedeutung. Nun stellt sich die Frage, ob dies angesichts der mangelnden Integration Lateinamerikas wenigstens mit den einzelnen Staaten machbar ist. Ich bezweifle es, denn es ist eine Sisyphusarbeit, und die Steine rollen schneller herunter, als man sie hinaufgetragen hat. Unsere Erfahrung innerhalb Europas hat gezeigt, wie wichtig eine Integration mit festen Institutionen ist, denn sie erzeugt – unabhängig von Veränderungen hinsichtlich der handelnden Personen oder der jeweiligen Situation – den Zwang zur Kooperation. Die positive Entwicklung der Europäischen Union ist ja, dass man sich bei allem Auf und Ab letztlich am entscheidenden Punkt immer zusammengerauft hat, gleichgültig, wer gerade in den Hauptstädten Europas an der Macht war und welche parteipolitische Konstellation vorherrschte. Existierende Bindungen zwingen zur Zusammenarbeit. Helmut Kohl hat einmal gesagt, er habe sich so oft mit François Mitterrand getroffen, dass man sich einfach habe einigen müssen, auch wenn man keine Lust dazu gehabt habe.

In Lateinamerika gibt es – von der Andengemeinschaft bis zum Mercosur – eine ganze Reihe subregionaler Beziehungen. Heute ist kritisiert worden, dass die Rio-Gruppe nicht wirklich international sei. Doch dadurch, dass diese überhaupt zustande kam und regelmäßig gepflegt wird, entstehen Bindungen, mit deren Hilfe man einzelne Projekte mit einer gewissen Kohärenz anpacken kann.

„Helmut Kohl hat einmal gesagt, er habe sich so oft mit François Mitterrand getroffen, dass man sich einfach habe einigen müssen, auch wenn man keine Lust dazu gehabt habe.“

Elmar Brok

Ich möchte deswegen als meine Hauptthese aufstellen: Wir brauchen einen institutionellen Rahmen, in dem dann einzelne Partnerschaften und Projekte gehandhabt werden können. Dieser Aufgabe muss die Europäische Union sich stellen. Es ist ein großer Fehler, hier an eine Arbeitsteilung zu glauben: Die Deutschen kümmern sich um Osteuropa, die Spanier um Lateinamerika und die Briten um die Vereinigten Staaten. Meist sind diese Partnerschaften von der jeweils anderen Seite gar nicht gewollt, andere wären aus historischen und kolonialen Gründen heraus wünschenswerter.

Im Gegensatz zu Lateinamerika werden wir, wenn alles gut geht, in zwei Jahren *eine* Telefonnummer haben: die der Europäischen Union mit einer europäischen Verfassung und einem europäischen Außenminister. Es werden bald nicht mehr alle halbe Jahre verschiedene Troikas mit unterschiedlichen Interessen in der Welt herumfahren, es wird nicht einen Hohen Beauftragten für Außenpolitik geben und zusätzlich einen Kommissar, der das Geld hat, sondern alles wird in einer Person vereint werden. Zufälligerweise wird dies ein Spanier sein.

Wir sollten jedoch keine bilaterale Beziehung zwischen Lateinamerika und der Europäischen Union aufbauen, sondern aufgrund unserer kulturellen Gemeinsamkeiten und der Werte, die wir miteinander teilen, versuchen, auch Nordamerika in diese Kooperation einzubeziehen. Wir sollten zu einem transatlantischen Dreieck kommen,

denn dieses würde den schädlichen Wettbewerb in der Politik – in der Wirtschaft ist er das nicht – verhindern. Aus wirtschaftlicher Sicht stellt Lateinamerika für uns Europäer einen Markt von 500 Millionen Menschen dar, der nicht zu vernachlässigen ist und der in einer solchen Konstellation auch ein hohes Maß an Aufnahmefähigkeit hat: ein Markt, der im letzten Jahr ein Wirtschaftswachstum von 5,5 Prozent aufwies

„Mal wollten die Amerikaner, mal wollten die Europäer, niemals wollten sie beide. Jetzt scheinen jedoch Lehren aus den letzten zwei, drei Jahren gezogen worden zu sein.“

Elmar Brok

und in diesem Jahr eines von 4 Prozent haben wird. Hier von können wir Europäer nur träumen. Dies kombiniert mit Demokratiebildung und Stabilisierung kann für Amerika und Europa eine gute Basis sein, auf der Verhandlungen innerhalb der globalen, multilateralen Ordnung geführt werden können.

Ich glaube, dass man aus einer solchen gemeinsamen Interessenlage heraus ein gutes Stück vorwärts kommen kann. Man kann sagen, das sei Träumerei. Es ist 15 Jahre her, dass wir dieses Ziel gegenüber den Vereinigten Staaten ansprachen. Fünfzehn Jahre der Auseinandersetzungen. Mal wollten die Amerikaner, mal wollten die Europäer, niemals wollten sie beide. Jetzt scheinen jedoch Lehren aus den letzten zwei, drei Jahren gezogen worden zu sein.

Abschließend möchte ich als Abgeordneter einer ländlichen Region sagen: Wir müssen natürlich auch an der Beseitigung von Hindernissen arbeiten, die in den unterschiedlichen Interessenlagen in den Handelsbeziehungen bestehen, wie sie beispielsweise in der europäischen Agrarpolitik begründet sind.

STAUSBERG: Hierzu kann man natürlich sagen: *Mortui dum spirant, sperant* – „Solange wir atmen, hoffen wir.“ Die Unterschiede sind sehr deutlich geworden. Deshalb will ich jetzt direkt Botschafter Rozentel fragen: Wie sehen Sie als Mexikaner die Chancen für ein transatlantisches Dreieck? Halten Sie dies für eine realistische Perspektive, ein Ziel, das in den nächsten Jahren zu erreichen ist? Und noch eine weitere Frage: Sie sagten eben sehr provokativ, es gäbe in Lateinamerika nicht den *einen*, repräsentativen Gesprächspartner. Wenn es denn mehrere gibt, wer sollten diese Partner sein und wie würden Sie eine intelligente und realistische Lateinamerikapolitik von Brüssel aus gestalten und mit wem?

ROZENTAL: Was die zweite Frage betrifft, würde ich sagen, dass die Gesprächspartner – mit allen ihren Mängeln – die Institutionen der fünf vorhin von mir genannten Gruppen sein müssen. Im Falle des Nordens gibt es keinen solchen Partner, aber vielleicht doch die Perspektive, dass der Integrationsgrad in der Region mit der Zeit wächst; im Falle der zentralamerikanischen Staaten ist es die San-José-Gruppe; die Karibik verfügt bereits über Institutionen für Freihandel und politische Koordination, die CARICOM und die Vereinigung Karibischer Staaten; und dann gibt es die Andengemeinschaft und natürlich den Mercosur. Es gibt jedoch keine Institution, die in der Lage wäre, die Wirklichkeit Lateinamerikas als Ganze gegenüber Europa widerzuspiegeln. Das ist ein Problem, das uns schon lange beschäftigt. Die Rio-Gruppe besteht heutzutage hauptsächlich noch, um den Dialog mit Europa fortzuführen. Sie hat keine andere Aufgabe. Sie wurde zu anderen Zwecken gegründet und hat andere Zwecke erfüllt, aber sie verlor ihre Daseinsberechtigung in dem Moment, in dem der Friedensprozess in Mittelamerika abgeschlossen war; sie musste sich eine neue Rolle suchen, und ihre Rolle ist zurzeit die eines Gesprächspartners für Europa, und daher funktionieren die Gespräche nicht.

Was das transatlantische Dreieck betrifft, sollten Europa und Lateinamerika meines Erachtens nicht versuchen, eine gemeinsame Beziehung zu den Vereinigten Staaten aufzubauen. Die Vereinigten Staaten sind ein sehr komplexes Land mit sehr unterschiedlichen Interessen, nicht nur was Lateinamerika und Europa überhaupt betrifft, sondern auch innerhalb Lateinamerikas und innerhalb Europas, und ich kann mir nur schwer eine Agenda vorstellen, bei der wir zusammenarbeiten könnten. Dagegen sprechen beispielsweise gerade unsere Erfahrungen in Nordamerika, wo wir in den letzten Jahren versucht haben, gemeinsame politische Themen zu finden, bei denen Kanada und Mexiko gegenüber den Vereinigten Staaten mit einer Stimme sprechen könnten. Dies ist uns nicht gelungen. Auch der OAS ist es nicht gelungen und kaum einer unserer anderen Institutionen. Die US-Amerikaner setzen sich nicht gern mit anderen an einen Tisch, und wenn sie es tun, dann dominieren sie die Gespräche. Daher denke ich, dass es besser ist, wenn es keinen gemeinsamen Tisch gibt.

STAUSBERG: Das ist dann auch eine Einladung zum gepflegten *isolationismo*, oder? Herr López Murphy, eben wurde hier gesagt, Lateinamerika stehe in der Welt relativ isoliert da. Glauben Sie, dass Argentinien und die Behandlung der argentinischen Krise der letzten Jahre an dieser „allgemeinen Ernüchterung“ einen Anteil hat? Und zu der von Ihnen erwähnten *rule of law*: Deren Abwesenheit ist ja zu spüren, aber was können wir denn tun, um das zu ändern? Gibt es überhaupt für uns als Europäer eine Möglichkeit, Ihnen da zu helfen, und falls ja, wie?

LÓPEZ MURPHY: Die Krise Argentinien ist gewaltig. Lassen Sie mich kurz erklären, wieso es zu dieser Krise gekommen ist. Das große Problem Argentinien ist nämlich, dass nicht einmal seine eigene Bevölkerung dies versteht und es außerhalb des Landes im Allgemeinen auch nicht verstanden wird. Wir haben diese Krise, weil wir eine schlechte Politik betrieben haben. Wir haben ein Land, das ungeheuer reich sein sollte, aber arm ist. Sie werden wissen, dass in Argentinien zu Beginn des Zweiten Weltkriegs das Pro-Kopf-Einkommen fast so hoch war wie in Europa. Es wird immer untersucht, wie es Ländern gelungen ist, die höchste Entwicklungsstufe zu erreichen. Bisher ist aber noch nie analysiert worden, wie ein reiches Land verarmt. Dies ist bei uns auf dramatische Weise der Fall.

„Uns ist es gelungen, auch ohne Krieg zwei Hyperinflationen zu produzieren. Beim ersten Mal betrug die Inflationsrate 5000 Prozent, beim zweiten Mal 21000 Prozent.“

Ricardo López Murphy

Wir haben eine der stärksten Hyperinflationen der modernen Welt ohne Krieg erlebt. Hyperinflationen sind normalerweise eine Folge des Krieges. Uns ist es gelungen, auch ohne Krieg zwei Hyperinflationen zu produzieren. Beim ersten Mal betrug die Inflationsrate 5000 Prozent, beim zweiten Mal 21 000 Prozent. In der Folge haben wir uns zu einem in Währungsfragen extrem strengen Regiment entschlossen, nämlich zu einem *currency board*, das heißt, wir haben unsere Währung an den Dollar gekoppelt. Welche Fehler haben wir begangen? Ein *currency board* erfordert viel Disziplin; dazu hätte es ein Land wie

Deutschland gebraucht, das stabil und in Steuerfragen hart ist. Unser Bruttoinlandsprodukt wuchs zwischen 1991 und dem Jahr 2000 um 50 Prozent, unsere Staatsausgaben um 150 Prozent. Stellen Sie sich dies in irgendeinem beliebigen Land der Welt vor – wenn das nicht auseinander fällt, muss die Wirtschaft neu erforscht werden. Womit haben wir diese Differenz finanziert? Indem wir unsere Aktiva verkauft und Dollarschulden aufgenommen haben. Unsere eigene Politik hat die Krise ausgelöst.

Und die wurde dann durch die Überbewertung des Dollars und meines Erachtens auch durch die asiatische, die russische und die brasilianische Krise noch verschärft.

Ein paar Leute haben die Krise zu einer gewaltigen Umverteilung der Einkünfte genutzt. Wir haben die Regierung, die die Krise verwaltet hat, „Hood Robin“ genannt, denn sie hat den Armen genommen, um den Reichen zu geben. Das heißt, wir haben unsere Währung stark abgewertet, nur die Schulden der Reichen nicht. Die konnten

„In Argentinien hat die Öffentlichkeit die Krise nicht verstanden. Es wird allgemein angenommen, dass der Rest der Welt daran schuld sei.“

Ricardo López Murphy

zum Wechselkurs von vor der Abwertung beglichen werden. Stellen Sie sich die sozialen und die wirtschaftlichen Folgen vor. Wie haben wir das finanziert? Auf Englisch nennt man das *haircut*. Doch wir haben keinen *haircut* durchgeführt, sondern ein *scalping* – wir haben das Haar samt Kopfhaut abgerissen.

In Argentinien hat die Öffentlichkeit die Krise nicht verstanden. Es wird allgemein angenommen, dass der Rest der Welt daran schuld sei. Und infolgedessen wird völlig willkürlich verbreitet, dass wir internationale Verträge und Abkommen nicht einhalten werden. Stellen Sie sich das nur einmal vor: welch wunderbare Atmosphäre, um Investoren anzulocken.

Ich würde sagen, Argentinien ist kein gutes Paradigma für die strategische Partnerschaft. Diese wäre aber eine Sicherheit dafür, dass sich dieser Wahnsinn nicht wiederholt. In unserem Fall wäre die strategische Zusammenarbeit also ein Stabilitätsfaktor. Sie werden sich erinnern: Als Sie in Europa über den Euro diskutierten und vom Europa der zwei Geschwindigkeiten die Rede war, war das deutsche Finanzministerium besorgt wegen der Länder mit einem hohen Defizit wie zum Beispiel Italien. Mittlerweile verhalten sich die Italiener in Steuerfragen sehr korrekt und die Deutschen nicht. Wir brauchen so etwas wie die Verträge von Maastricht und Amsterdam, die verhindern, dass wir aus dem Gleis geraten. Das würde zum Aufbau einer stabilen Gesellschaft beitragen, und das ist meiner Ansicht nach das große Verdienst der europäischen Zusammenarbeit.

STAUSBERG: Europa wäre also das Korsett?

LÓPEZ MURPHY: Wir haben schon viele ausprobiert, vielleicht klappt es ja mit diesem.

STAUSBERG: Herr Brok hat es bisher ja leicht mit mir gehabt, weil ich ihn noch nicht richtig angegriffen habe, was ich eigentlich als *amante de Latinoamérica* – als Liebhaberin Lateinamerikas – tun muss, denn die Europäische Union bemüht sich an vielen Fronten, mit Lateinamerika klarzukommen und gibt sehr viel Entwicklungshilfe. Was wir nicht machen, ist die Öffnung unseres Agrarmarkts für Lateinamerika, was besonders schmerzlich ist für Länder wie Argentinien und Brasilien. Herr Brok, wie kann man das verteidigen? Wie stehen die Chancen, dass man das perspektivisch ändert? Oder muss man, wenn man realistisch ist, heute Abend nach drei Flaschen argentinischem oder chilenischem Rotwein sagen: Das war's, das wird immer so bleiben?

BROK: Zunächst muss ich sagen, dass es hilfreich ist, wenn man einem multinationalen Verbund angehört, denn seitdem es die D-Mark nicht mehr gibt und Hans Tietmeyer und Theo Waigel nicht mehr im Amt sind, wird die Währung für uns Deutsche von Franzosen und Spaniern verteidigt.

Ich glaube, dass durch eine Reihe von Abkommen, die im Rahmen der vierten Generation von Zollabkommen mit einzelnen Ländern von Mexiko bis Chile geschlossen wurden, bereits ein hohes Maß an Marktöffnung erreicht worden ist. In manchen Fällen haben bis zu 95 Prozent der Waren freien Zugang zur Europäischen Union. Im Bereich der Karibik, also der ärmsten Länder, gibt es im Rahmen der Bevorzugung der AKP-Staaten erhebliche Öffnungen, sodass dort ein vollständiger Zugang zur EU besteht. Hierzu gibt es entsprechende Sicherungen – wie das Auffangen von Preisverfällen bei Lieferungen bestimmter Produkte durch die Europäische Union, um für die betreffenden Länder ein relativ stabiles Staatseinkommen zu gewährleisten. Natürlich gibt es bestimmte Bereiche, wo Schwierigkeiten bestehen. Das sind aber dann oftmals Bereiche, bei denen es klare Interessenunterschiede gibt.

„Die Beseitigung der Zuckermarktordnung würde gerade die ärmsten Länder ... weit zurückwerfen und die Existenzgrundlage zahlreicher Bauern dort vernichten.“

Elmar Brok

Dennoch bin ich der Auffassung, dass wir dafür Sorge tragen müssen, dass der Zugang verbessert wird und sich dies auch auf diejenigen Produkte auswirkt, deren Export den Ländern und den Menschen dort wirklich etwas bringt. Wenn Sie beispielsweise die Zuckermarktordnung in der Europäischen Union beseitigen und damit die gesamte Zuckerproduktion hier in Europa beenden würden, hätte dies im Wesentlichen positive Konsequenzen für lediglich 120 Familien in einem einzigen lateinamerikanischen Land, wo die Campesinos in der Saison nur sechs Wochen arbeiten können. Für die AKP-Staaten dagegen, deren Landwirtschaft mittelständisch orientiert ist, wäre das eine Katastrophe und entwicklungspolitisch ein großes Problem. Die Beseitigung der Zuckermarktordnung würde gerade die ärmsten Länder, für die der Zuckerexport in die EU zum Teil einen hohen Stellenwert einnimmt, weit zurückwerfen und die Existenzgrundlage zahlreicher Bauern dort vernichten. Man kann natürlich sagen: Freier Markt ist freier Markt. Aber ich glaube, man muss von Fall zu Fall entscheiden.

Andererseits dürfen wir Europäer durch unsere subventionierte Überschussproduktion im Bereich der Landwirtschaft nicht den Weltmarkt zerstören und Produkte in Länder bringen, wo sie nicht hingehören. Wir müssen unsere subventionierten Exporte beseitigen, die die Entwicklungsmöglichkeiten anderer Regionen hemmen. Im Rahmen der WTO-Verhandlungen ist man hier auf einem guten Weg.

STAUSBERG: Herr Rozental, Sie haben eben gesagt, dass Mexiko – immerhin das größte Spanisch sprechende Land der Welt mit 100 Millionen Einwohnern und vielen Millionen Mexikanern, die in den USA wohnen – nur einen strategischen Partner habe: die Vereinigten Staaten. Wie gestaltet sich für Sie die Herausforderung China? Wie bekommen Sie die zu spüren und wie reagieren Sie darauf?

ROZENTAL: Nun, ich sähe gerne, dass der Aufstieg Chinas zur Weltwirtschaftsmacht Länder wie Mexiko dazu bewegte, ihre Wirtschaftsgrundlage von relativ primitiven Zuwächsen durch billige Arbeitskräfte auf Zuwächse durch technischen Fortschritt und Wettbewerbsfähigkeit umzustellen, die es der mexikanischen Wirtschaft ermöglichen würde, die Konkurrenz zu überflügeln, die China derzeit darstellt. Der Grund dafür ist ganz einfach, und das wird auch in China geschehen, beziehungsweise es passiert schon: Das heutige China ist eine Macht, die viele Waren sehr billig produziert, aber es ist auch eine Macht, die ihre eigene Technologie entwickelt und die allmählich zum Konkurrenten für die Technologien und die Zentren technischer Neue-



Elmar Brok und Andrés Rozental

rungen in Korea, Singapur, Malaysia und Japan wird, ja, sogar für die Vereinigten Staaten. Dabei geht China genauso vor wie seinerzeit Japan und Korea. Und wenn Länder wie Mexiko – und ich glaube, das gilt auch für Brasilien und andere Länder Lateinamerikas – nicht lernen, das als sehr ernste Herausforderung zu betrachten, ihr wirtschaftliches Entwicklungsschema zu ändern, werden wir zurückbleiben, tatsächlich sind wir dies schon. Deshalb sollte China uns wachrütteln und darauf aufmerksam machen, dass wir diese Möglichkeit haben, Zuwächse zu erzielen.

„China sollte uns wachrütteln und darauf aufmerksam machen, dass wir diese Möglichkeit haben, Zuwächse zu erzielen.“

Andrés Rozental

Hier nur eine kurze Bemerkung zu dem, was Herr López Murphy gesagt hat. Als Mexiko das Freihandelsabkommen mit Nordamerika abschloss, wurde als einer der Gründe dafür angeführt – nicht nur der mexikanischen Bevölkerung gegenüber, sondern allgemein –, dass dies Teil einer Strategie sei, die vermeiden sollte, dass Mexiko jemals wieder in den Populismus und die ständige Änderung der Spielregeln ver falle, um ausländische Investoren anzulocken und die Wirtschaft anzukurbeln. Und das ist auch gelungen. Ich glaube, in den letzten zwölf Jahren seit Inkrafttreten des Freihandelsabkommens hat sich Mexiko an Spielregeln halten müssen – und zwar weniger aus Verpflichtung als vielmehr aus Überzeugung –, die konstant geblieben sind. Und deshalb haben wir heute eine starke Währung und eine relativ niedrige Inflationsrate sowie eine Wirtschaft mit einem, sagen wir mal, normalen Wachstum für eine Wirtschaft von der Größe der mexikanischen.

Aber ich werde nie vergessen, wie Herr Domingo Cavallo, der Erfinder des Begriffs „Tequilakrise“ – damals, 1995, war ich gerade als mexikanischer Botschafter in London angekommen –, in einem Meeting mit Bankern sagte: „Meine Herren, ich möchte zu bedenken geben, dass Argentinien nicht Mexiko ist. Mexiko stürzt gerade aufgrund seiner schlechten Wirtschaftsführung in eine tiefe Krise.“ Er zählte eine ganze Reihe

von Gründen auf, warum man Argentinien nicht mit Mexiko gleichsetzen dürfe. Und nur wenige Jahre später geschah dann das, was in Argentinien geschah. Und die Mexikaner in London und New York sagten: „Augenblick mal, wir sind nicht Argentinien.“ Ich sage das hier nur, weil es meiner Ansicht nach für meine These spricht, dass es dieses *eine* Lateinamerika nicht gibt.

STAUSBERG: Herr López Murphy, Sie sprachen eben von dem Thema Sicherheit. Worin sehen Sie die größte Bedrohung für die regionale Sicherheit? Ist es die politische Instabilität, die Unregierbarkeit einiger Länder, die Wahrscheinlichkeit, dass diese zunehmen wird, oder eher das Drogenproblem? Und wie sollte Europa darauf reagieren?

LÓPEZ MURPHY: Wir haben mehrere Probleme, nicht nur wirtschaftlicher Art. Wir haben Probleme mit der Regierbarkeit, mit der Qualität unserer Institutionen, mit dem Rechtsstaat. Wenn unsere Politik und unsere Regierungen besser strukturiert wären, wäre dieses Risiko geringer. Ich glaube, das entscheidende Risiko ist die Drogenguerilla, das heißt der Zusammenschluss des Drogenhandels mit der Guerilla, und der Destabilisierungseffekt, den das auf die Region hat. Deshalb ist die Zusammenarbeit mit Europa auf zwei Ebenen äußerst wichtig: Erstens die strikte Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen, um die Geldwäsche zu unterbinden, die Zusammenarbeit mit unseren Sicherheitskräften im Kampf gegen die Drogen und die Aufstellung einer Agenda gegen das organisierte Verbrechen. Und zweitens – meines Erachtens aufgrund der jüngsten Ereignisse besonders wichtig – Vorsicht bei Waffenverkäufen, die es ermöglichen, dass die Guerilla in deren Besitz gelangt.

Die Guerilla wird keine U-Boote einsetzen, keine Zerstörer und keine Fregatten, wohl aber Kalaschnikows und Waffen, die sich für die Aktionen der Drogenguerilla leicht reproduzieren lassen: Boden-Luft-Raketen, die die Einsätze der Luftwaffe oder der schnellen Eingreiftruppen erschweren, und andere Waffen, die die relative Macht der Regierung und der Justiz schwächen. In dieser Frage kann Europa mit uns zusammenarbeiten.

„Wir haben nicht die Nachfrage, die notwendig wäre, wir haben nicht die entsprechenden Impulse, wir haben nicht die Möglichkeiten zur Ausbildung der ärmeren Leute.“

Stimme aus dem Publikum

STAUSBERG: Es gibt sicherlich einige Damen und Herren im Publikum, die auch Fragen haben. *The floor is yours*, bitte schön!

PUBLIKUMSFRAGE: Eine Frage an die beiden lateinamerikanischen Gäste. Eines der größten Probleme in Lateinamerika ist die ungleiche Einkommensverteilung. Wie könnte man dieses Problem angehen? Sie haben die Stabilität der Demokratie angesprochen, die durch die Armut gefährdet wird. Wir haben auch nicht die Nachfrage, die notwendig wäre, wir haben nicht die entsprechenden Impulse, wir haben nicht die Möglichkeiten zur Ausbildung der ärmeren Leute.

STAUSBERG: Zunächst Argentinien, dann Mexiko.

LÓPEZ MURPHY: Das ist ein Thema, das in Lateinamerika große Diskussionen ausgelöst hat. Meines Erachtens gibt es vier solide politische Maßnahmen zur Lösung dieses Problems. Die erste ist eine Politik des Wohlstands und Wachstums. Was die ärmsten Gesellschaftsschichten haben, ist ihre Arbeitskraft. Wenn wir nun die Nach-

frage nach Arbeit erhöhen, wird dies mehr Beschäftigung und höhere Löhne nach sich ziehen. Dies ist im Allgemeinen das beste Instrument zu einer gerechteren Verteilung der Einkommen. Wenn es uns gelingt, vermehrt eigene und fremde Investoren anzulocken, wird der Wert der Arbeit steigen. Um Investoren anzulocken, braucht es einen Rechtsstaat, die Beteiligung der Bevölkerung an Regierungsentscheidungen, Vertrauen. Ich werde Ihnen ein positives Beispiel dafür nennen. Ich glaube, dass Chile in diesem Sinne eine sehr solide Politik verfolgt. Was hat Chile erreicht? Es konnte die mit seinen Anleihen und Kapitalkosten verbundenen Risiken dramatisch verringern. Durch die Minderung der Kapitalkosten wurde ein breiter Spielraum für mehr Beschäftigung und bessere Entlohnung geschaffen. Die Ergebnisse zeigen sich nicht unmittelbar, aber dies ist der Weg, den es einzuschlagen gilt. Das ist also das erste Thema: mehr Investitionen, mehr Beschäftigung, mehr Arbeit.

„Um Investoren anzulocken, braucht es einen Rechtsstaat, die Beteiligung der Bevölkerung an Regierungsentscheidungen, Vertrauen.“

Ricardo López Murphy

Das zweite Thema: Was liegt der Ungleichheit zugrunde? Die Unterschiede im Lebensstandard. In unseren Ländern verfügen die, die ganz oben sind, über einen Lebensstandard ähnlich dem europäischen, während die, die ganz unten sind, überhaupt keinen Lebensstandard haben. Unsere große Aufgabe besteht also in einer Angleichung des Lebensstandards in Bezug auf Ernährung, Gesundheit, Bildung. Wir müssen für eine massive und moderne Ausbildung unserer Bevölkerung sorgen. Leider ist in Lateinamerika Bildung ein Mittel zur sozialen Kontrolle und nicht zur Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert. Das

zweite entscheidende Element also, der Schlüssel zum Wachstum, zur Linderung der Armut, ist eine Angleichung des Lebensstandards. Schauen Sie nur einmal die Industrienationen an: Was zeichnet sie aus? Der Lebensstandard ist dort viel ausgeglichener als in den weniger entwickelten Ländern. Die Politik muss also zweitens für eine Anhebung des Lebensstandards sorgen.

Die dritte politische Maßnahme ist für Lateinamerika entscheidend, denn was sich in diesem Bereich abspielt, ist eine Tragödie. Unsere Regierungen werden im Allgemeinen von den reichen Eliten kontrolliert, und diese räumen sich selbst dann alle möglichen Privilegien ein, etwa Steuervergünstigungen. Das beste Beispiel dafür ist die argentinische Regierung, die nicht als Robin Hood, sondern als „Hood Robin“ agiert. Wenn ich als Führer der Opposition meines Landes in die ärmsten Regionen Argentiniens komme, frage ich immer: Wurden Sie „spezifiziert“? *Specification* nannte man die Umstellung der Dollarschulden auf Pesos. Das hat den reichsten Schichten der Gesellschaft ermöglicht, zwei Drittel ihrer Schulden einfach nicht zu zahlen. Ähnliches gilt für ganz Lateinamerika: Bei der Einkommensteuer gibt es fast überall Ausnahmen, Steuervergünstigungen, eine Menge Möglichkeiten, Dinge von der Steuer abzusetzen, sodass es bei der Besteuerung keine Progression gibt. Das heißt, es muss etwas ganz Einfaches geschehen – man muss nur dem Handbuch folgen.

Mir wird nachgesagt, ich sei ein Ökonom der alten Schule, und das stimmt: Ich folge immer den Regeln des Handbuchs. Dort heißt es: gleiche Besteuerung auf horizontaler und Steuerprogression auf vertikaler Ebene. Wir sollten es einfach so machen wie die seriöseren Länder, in denen alles gerechter verteilt ist. Keine Sonderfälle, Ausnahmen, Steuervergünstigungen – das sollte die Regel sein.

Die vierte, sehr wichtige Thema ist: Wir sind Länder mit großer landwirtschaftlicher Produktion. Solange Europa darauf beharrt, unsere Produktion landwirtschaftlicher Güter zu bestrafen, indem es eine Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) betreibt, die seine

eigene Landwirtschaft schützt, wird es in unseren Ländern Armut und Ungleichheit geben. Wenn etwas verantwortlich ist für unsere Armut und Ungleichheit, dann ist das die Gemeinsame Agrarpolitik. Denn die Preise für unsere Produkte sinken gerade in dem Bereich, in dem die größte Armut herrscht, während die Preise für Kapitalgüter steigen. Deshalb müssen wir einmal ganz ehrlich und ohne Heuchelei eingestehen: Wenn Europa solidarisch mit den Ärmsten sein und sich für eine gerechtere Verteilung einsetzen will, hat es eine großartige Möglichkeit dazu: durch die Abschaffung der Gemeinsamen Agrarpolitik. Die ersten, die davon profitieren würden, wären die Europäer, aber auch in Lateinamerika würde die Ungleichheit drastisch verringert.

STAUSBERG: Danke. Die nächste Frage bitte.

PUBLIKUMSFRAGE: Meine Frage geht in die gleiche Richtung wie die meines Vorredners. Sie ist an Herrn López Murphy gerichtet, aber auch an Herrn Rozental. Herr Murphy, Sie haben ja in beeindruckender Weise über die großartige Fähigkeit Ihres Landes berichtet, sich selbst zu zerstören. Dennoch sind die Eliten erhalten geblieben. In vielen lateinamerikanischen Ländern sind es relativ wenige Menschen – Clans oder Familien –, die relativ viel oder das gesamte Kapital und die politische Macht auf sich vereinigen. Sie haben gleichzeitig von Maastricht und vom Rechtsstaat gesprochen, der wichtig ist, um positive Entwicklungen in Gang zu setzen. Da sehe ich ein gewisses Problem, denn Maastricht und Rechtsstaat bedeuten nichts anderes als Demokratie. Und Demokratie bedeutet nichts anderes als Teilhabe, und das heißt für Ihre Eliten und die Eliten vieler anderer lateinamerikanischer Staaten, andere teilhaben zu lassen, das heißt, Macht zu teilen, Geld zu teilen, auch Bildungschancen zu teilen. Welche Gründe gibt es für die Eliten, ihre Macht zu teilen?

„Demokratie bedeutet... Macht zu teilen, Geld zu teilen, auch Bildungschancen zu teilen. Welche Gründe gibt es für die Eliten, ihre Macht zu teilen?“

Stimme aus dem Publikum

Die zweite Frage gilt Herrn Brok. Wir haben festgestellt, dass es das *eine* Lateinamerika nicht gibt, weil die Interessen sehr unterschiedlich sind. Gibt es denn das *eine* Europa? Ich habe nicht den Eindruck. Wenn wir über europäische Außenpolitik sprechen, sind die Interessen nach wie vor sehr verschieden. Sie haben selbst gesagt, Spanier und Portugiesen fühlten sich zuständig für Lateinamerika, die Deutschen für den Osten und andere für Asien. Ist es aufgrund der geopolitischen Lage, aufgrund der sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen der Europäer nicht utopisch, von einem einheitlichen Europa in Bezug auf die Außenpolitik zu sprechen?

LÓPEZ MURPHY: Ich glaube an die europäischen Bemühungen in Maastricht und an den Rechtsstaat, ich glaube, ein demokratisches System sollte logischerweise die Schaffung eines stabilen staatlichen Systems anstreben, das die Einkommen gerecht verteilt. Das Kuriose an Lateinamerika ist, dass einige Leute, wie zum Beispiel die gegenwärtige argentinische Regierung, sich selbst für Linke halten. Das stimmt aber nicht: In Argentinien, in Lateinamerika allgemein, gibt es keine Linke, keine Rechte und keine Mitte, denn für eine „europäische“ Debatte bräuchte man zunächst einmal funktionierende Institutionen. Aber wo gibt es die? Es gibt keine Gewaltenteilung, keine Pressefreiheit. Es gibt eine hegemoniale Kontrolle der Macht, einen Kontrollapparat, der ganz im Dienste der Klientel des *welfare* steht. Unter diesen Umständen ist es einfach nicht wahr, dass wir europäische Dilemmata oder die politischen Lager Europas hätten.

In Wirklichkeit ist das, was in Lateinamerika zur Debatte steht – und mir scheint, dies ist das zentrale Thema, und eben deshalb bin ich ein großer Befürworter einer strategischen Partnerschaft mit Europa –, was also in Lateinamerika zur Debatte steht, ist das Projekt einer geschlossenen, einformigen, autoritären Gesellschaft. Einer Gesellschaft, die anachronistisch von der blutigen Utopie träumt, die in Osteuropa bereits gescheitert ist. Dieses Projekt, der größte Reifall in der Geschichte der Menschheit, steckt in gewisser Weise hinter Fidel Castro, seinen

„Es gibt eine hegemoniale Kontrolle der Macht, einen Kontrollapparat, der ganz im Dienste der Klientel des welfare steht.“

Ricardo López Murphy

Genossen und Freunden. Auf der Gegenseite steht die Errichtung einer offenen, pluralistischen Gesellschaft. In einer offenen Gesellschaft gibt es Schattierungen: Sie, eine offene Gesellschaft, können sozialdemokratisch sein, wenn Sie an Gleichheit interessiert sind, liberal, wenn Sie an Eigeninitiative glauben, oder Sie können konservativ sein, wenn Ihnen an Ordnung und Sicherheit gelegen ist. In einer offenen Gesellschaft haben alle drei Richtungen Platz. Mir fällt es zum Beispiel sehr leicht, die Debatten in Deutschland, in Großbritannien, in Spanien zu verfolgen. Ich verstehe diese Debatten, die kulturelle, die wirtschaftliche Debatte, die Debatte der gerechten

Verteilung. In unseren Ländern besteht nun die merkwürdige Situation, dass im Namen des Fortschritts die rückschrittlichsten Umverteilungen vorgenommen werden. Können Sie meiner Argumentation folgen? Ich meine, eine Umverteilung wird bei uns niemals offen aufgrund konservativer Überzeugungen vorgenommen. Niemand sagt: Ich bin konservativ. Stattdessen wird gesagt: Um die gewaltigen Schäden zu beheben, die der Neoliberalismus Lateinamerika zugefügt hat, nehmen wir eine asymmetrische Spezifizierung vor – und schon haben wir das totale Desaster. Das heißt, hier wird gegen die offene Gesellschaft vorgegangen. Das Ergebnis ist eine ausgesprochen reaktionäre Gesellschaft.

BROK: Ich glaube, es geht immer um die Definition von Interesse. Man kann Interesse sehr eng, egoistisch, national definieren. Man kann aber auch feststellen, dass man dieses Interesse allein, als Person oder als Nationalstaat, nicht mehr durchsetzen kann, weil man die Kraft dazu nicht hat. Die Erkenntnis, dass es besser ist, auf zwanzig oder dreißig Prozent seines Interesses zu verzichten, damit gemeinschaftliche siebenzig oder achtzig Prozent Realität werden können, anstatt die Hoffnung zu haben, dass irgendwann einmal die hundert Prozent durchgesetzt werden könnten, ist in Öffentlichkeit und Politik leider noch nicht genügend verbreitet. Dennoch glaube ich, dass diese Erkenntnis in Europa aufgrund der Erfahrungen der Nachkriegszeit, aber auch jetzt wieder gewachsen ist. Wir sind deswegen in der Außenpolitik, in der Verfassungsdiskussion weitergekommen, weil die beiden europäischen Opponenten in dieser Frage, nämlich Schröder und Blair, schließlich festgestellt haben, dass ihr Einfluss gleich null war, unabhängig davon, auf welcher Seite sie standen. Nur dadurch, dass wir unsere Fähigkeiten bündeln, können wir unser Potenzial entwickeln und eine kritische Masse werden, die Einfluss hat.

Der Ratspräsident Jean-Claude Juncker hat einmal gesagt, er als Luxemburger wisse sehr wohl, dass Europa große und kleine Staaten habe. Aber von Washington aus betrachtet seien sie alle klein, nur die größeren hätten es noch nicht begriffen. Ich fürchte, dass da sehr viel dran ist. Ich glaube aber, dass Unterschiede, die es in Europa gibt und geben wird, vielleicht nicht in allen, aber doch in wesentlichen Bereichen immer wieder aufgefangen werden können, solange der Wille der Völker dazu besteht.

Und deswegen ist es auch wichtig, dass wir unsere lateinamerikanischen Freunde davon überzeugen. Natürlich wäre es vollkommen illusorisch, über Nacht eine „Lateinamerikanische Union“ von Mexiko bis Feuerland nach europäischem Vorbild schaffen zu wollen. Aber wenn eine Kooperation mit einzelnen Gruppen Erfolg hat, glaube ich, dass wir schrittweise zu einer immer umfassenderen Integration und Zusammenarbeit kommen können.

Überhaupt ist mir die Diskussion heute ein bisschen zu pessimistisch. Man kann aus Geschichte und Gegenwart viele Projekte anführen, die gescheitert sind. Aber ich akzeptiere es als Politiker nicht, dass etwas unmöglich sein soll. So wie der Philosoph sagte: *cogito, ergo sum* – „Ich denke, also bin ich“ –, muss der Politiker sagen: „Ich will, also wird es“. Und wenn man dreimal gegen die Wand läuft – beim vierten Mal klappt es.

PUBLIKUMSFRAGE: Ich bin von Hause aus Optimist. Trotzdem mag meine Frage, Herr Brok, Ihnen ebenfalls zu pessimistisch erscheinen. Sie haben von der inneren Stärke der Europäischen Union gesprochen und gesagt, diese werde auch die Schwierigkeiten bewältigen, die möglicherweise entstehen, wenn die Franzosen im nächsten Monat die Verfassung ablehnen. Das mag schon so sein. Sie haben auch gesagt: „Ich will, also wird es“. Ich glaube, Politik wird nur Erfolg haben, wenn sie den Bürgern das Gefühl vermittelt, dass sie das tut, was die Bürger wollen. Und wir stellen ja seit geraumer Zeit fest, dass der Euroskeptizismus stark zunimmt, auch und gerade in so eminent europäischen Ländern wie Frankreich. Mir scheint, dass die Bürger sehr deutlich begriffen haben, dass Europa vor enormen Herausforderungen steht. Stichwort: Erweiterung um die zehn neuen Mitglieder, die wir schon haben, die zwei, Rumänien und Bulgarien, die in zwei oder vielleicht auch erst in drei Jahren zu uns stoßen, die Verbesserung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und vieles mehr. Mir scheint, dass die Bürger denken, wir brauchen jetzt erst einmal eine Phase der Konsolidierung, um die alte Stärke, die wir hatten, zu sichern.

„Jedes Unternehmen, das gewachsen ist, braucht Phasen der Konsolidierung, dies gilt auch für die Europäische Union.“

Elmar Brok

BROK: Sie haben völlig Recht, das funktioniert auf Dauer nur, wenn die Bevölkerung dahintersteht. Und Akzeptanz erreicht man am besten, wenn die Entscheidungsprozesse transparent sind, sodass nachvollzogen werden kann, wie Entscheidungen zustande kommen. Und es ist wichtig, dass Erfolg sichtbar ist, denn nichts ist in der Bevölkerung überzeugender als Erfolg. Hier sind wir in der Tat in einer Phase der Konsolidierung. Jedes Unternehmen, das gewachsen ist, braucht Phasen der Konsolidierung, dies gilt auch für die Europäische Union. Wir haben zwanzig Jahre einen revolutionären Prozess gehabt, mit Binnenmarkt, mit Währungsunion und manchem mehr. Das waren dramatische Fortschritte. Und wir haben mit den zehn neuen Mitgliedsländern Europa denjenigen Staaten geöffnet, denen wir das für den Fall versprochen hatten, dass Mauer und Stacheldraht verschwinden und so die gesamteuropäische Einigung möglich würde.

Aber die Verfassung, um die es jetzt geht, ist ja die Bedingung dafür, dass das funktioniert. Bei den Verträgen von Amsterdam und Nizza ist es nicht gelungen, die institutionellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die erweiterte Union funktionieren kann. Die zehn neuen Mitglieder haben im Wesentlichen ihre Hausaufgaben gemacht, wir noch nicht. Die Diskussion um den Verfassungsprozess hätte vor Mai 2004 geführt

werden müssen. Jetzt zu sagen: Wegen der Erweiterung können wir unsere internen institutionellen Voraussetzungen nicht schaffen, scheint mir nicht logisch zu sein. Zur Konsolidierung gehört es, dass wir hinsichtlich der Erweiterung einen Schnitt machen. Große Reiche waren zum Zeitpunkt ihrer größten Ausdehnung immer schon im Niedergang, weil sie nicht die Kraft hatten, den Laden zusammenzuhalten. *Overstretching* könnte das Ende der Europäischen Union bedeuten, deswegen müssen wir zunächst eine Pause einlegen.

PUBLIKUMSFRAGE: Ich würde gerne noch einmal auf den Titel der Veranstaltung hinweisen: „Auf dem Weg zur strategischen Partnerschaft?“ Wir beschäftigen uns im Moment stark mit Europa. Es klingt so etwas von Partnerschaft an, aber da gibt es noch das Wort „Strategie“. Strategie heißt, dass man ein Ziel hat, in diesem Fall ein

„Ich glaube, es gibt eine gemeinsame, internationale Agenda für alle Regionen und Länder, nicht ausschließlich für Lateinamerika und Europa.“

Andrés Rozental

gemeinsames Ziel. Wir leben in einer Welt, in der Weltwirtschaft und Weltpolitik in einem Umbruch sind wie selten zuvor. Meine Frage an das Podium: Gibt es gemeinsame Ziele von Europa und Lateinamerika auch fernab dieser Diskussion über die eigene Befindlichkeit, auch weit über diese Regionen hinaus?

ROZENTAL: Ich glaube schon. Die Ziele und die Themen, die die Menschheit heute beschäftigen, sind uns allen gemeinsam: der Terrorismus, das organisierte Verbrechen über Staatsgrenzen hinweg, der Drogenhandel. Ich glaube, es gibt eine gemeinsame, internationale Agenda für alle Regionen und Länder, nicht ausschließlich für Lateinamerika und Europa. Wenn wir also nach einer Agenda suchen, die das Strategische an unserer Beziehung definieren soll, müssen wir meines Erachtens etwas Spezifisches suchen, etwas, was unsere Agenda von der internationalen Agenda unterscheidet.

Ich habe bereits einige Themen erwähnt, die mir wichtig erscheinen und die auf der Erfahrung des europäischen Erfolgs beruhen, der sich in anderen Teilen der Welt nicht unbedingt wiederholt hat. Ich habe das Thema der Dezentralisierung angesprochen, die Verringerung der Ungleichheit. Sie in Europa haben eine Lösung gefunden, von der ich nicht glaube, dass wir sie in unserem Teil der Welt übernehmen können: die Kohäsionsfonds, den massiven Transfer von Mitteln von denjenigen, die mehr haben, zu denen, die weniger haben. In unserer Region sprechen wir schon lange darüber. Wir haben das mit Kanada und den Vereinigten Staaten versucht, um Mexiko wirtschaftlich und sozial dem Niveau dieser beiden Länder anzunähern, aber weder die USA noch Kanada hatten das geringste Interesse daran, Beitragszahler zu sein und das zu tun, was der Beitragszahler Deutschland getan hat, nämlich massiv Gelder nach Spanien, Portugal, Irland oder Griechenland zu transferieren und zu sagen: Das geben wir euch, um eure Wirtschaft anzukurbeln. Was also ist die Lösung?

Wie mein argentinischer Kollege glaube ich, dass Handel und Investitionen in die Infrastruktur – Investition nicht als milde Gabe, sondern als produktive Investition, die sich für den Investor lohnt – die wirtschaftliche Entwicklung in Lateinamerika fördern, die Unterschiede in der Entwicklung, die in Lateinamerika innerhalb der Länder und zwischen den einzelnen Ländern bestehen, ausgleichen oder zumindest verringert werden. Andere Themen wie Bildung, Wohnungsbau, Gesundheit, Steuer- und Arbeitsmarktreformen, der Rechtsstaat, all diese Aufgaben müssen wir selbst lösen. Wir können nicht erwarten, dass andere uns dabei behilflich sind.

Aber wenn wir im Bereich des Handels und der Investitionen auf strategische Partner zählen können, die ein gutes Geschäft darin sehen, in eine Landstraße, einen Hafen, einen Flughafen oder eine Zuglinie zu investieren, so ist dies die beste Möglichkeit, Arbeitsplätze und damit Wohlstand zu schaffen. Ich glaube nicht, dass in Lateinamerika irgendjemand erwartet, dass Europa uns mit ähnlichen Geldtransfers hilft, wie das innerhalb der EU unter Nachbarn geschieht. Ich würde gerne in den Vereinigten Staaten oder in Kanada ein ähnliches Bewusstsein sehen wie in Europa. Aber das wird es nicht geben, denn in den USA haben die Steuerzahler solchen Ausgaben niemals zu-

„Ich glaube nicht, dass in Lateinamerika irgendjemand erwartet, dass Europa uns mit ähnlichen Geldtransfers hilft, wie das innerhalb der EU unter Nachbarn geschieht.“

Andrés Rozental

gestimmt, sehr wohl dagegen in Fällen wie zum Beispiel dem Irak, der schon so hohe Kosten verursacht hat, dass die Investition eines Zehntels davon in Lateinamerika genügt hätte, um alle unsere Probleme zu lösen. Aber es ist viel einfacher, das Geld im Irak zu investieren, weil man der amerikanischen Gesellschaft sagen kann: Dieses Land stellt eine Bedrohung für uns dar.

STAUSBERG: Die Zeit reicht noch für eine weitere Frage.

PUBLIKUMSFRAGE: Beide Herren aus Lateinamerika haben betont, wie wichtig die Demokratie für die dortigen Länder ist. Wir haben auch gehört, dass es Eliten gibt, die gewisse Privilegien besitzen, und dass ein Großteil der Bevölkerung auf einem sehr niedrigen Bildungsniveau verharrt. Wenn das Bildungsniveau niedrig und die Bevölkerung sehr stark anfällig ist für populistische Versprechungen, von denen möglicherweise nicht einmal wohlmeinende und vernünftige Politiker frei sind, ist es schwierig, eine vernünftige demokratische Regierung zustande zu bringen. Welche Möglichkeiten sehen Sie in diesem Dilemma für eine demokratische Regierungsbildung, und gibt es Möglichkeiten, wie die Europäer Ihnen dabei helfen könnten?

LÓPEZ MURPHY: Ich versuche, unbeirrt meinen Weg zu gehen. In meiner Heimat arbeite ich als führender Politiker unermüdlich daran, meine Mitbürger davon zu überzeugen, dass der richtige Weg der Rechtsstaat ist, eine offene Wirtschaft voller Leistungsanreize und der Aufbau einer transparenten, für Fragen offenen Gesellschaft mit den Regeln, die in den erfolgreichen Ländern gelten. Wir werden erfolgreich sein, weil es dabei um meine Heimat geht, ich werde es wenigstens versuchen.

STAUSBERG: Vielen Dank. Es gibt sicher noch weitere Fragen, aber die Uhr zeigt an, dass wir zu einem Ende kommen müssen. Ich danke Ihnen allen für Ihr Kommen. Und ich danke unseren Gästen auf dem Podium, dass sie so bereitwillig alle Fragen beantwortet haben. Auf Wiedersehen! □



Die Teilnehmer des 24. Sinclair-Haus-Gesprächs auf dem Weg zur Konferenz.

TOD LINDBERG

Die Europäische Union und Lateinamerika: Aus der Perspektive Washingtons

IN EINER BESTANDSAUFNAHME DER INTERNATIONALEN Beziehungen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs verfasste der russischstämmige französische Philosoph Alexandre Kojève für Charles de Gaulle eine umfangreiche Denkschrift unter dem Titel „Grundriss einer französischen Politik“ mit Datum vom 27. August 1945.¹ Kojève, dessen Vorlesungen aus den dreißiger Jahren über Hegels *Phänomenologie des Geistes* eine ganze Generation französischer Denker beeinflusst hatten und dessen eigene politische Ansichten vielleicht zutreffend, wenngleich in paradoxer Weise, als liberal-marxistisch bezeichnet werden konnten, suchte nach einem Weg für eine französische und in höherem Maße eine „europäische“ Zivilisation, die sich zwischen der Skylla eines russo-slawischen Kommunismus, den er als ein „Reich des Kampfes“, und der Charybdis eines angelsächsisch-deutschen Kapitalismus, den er als ein „Reich der Arbeit“ kennzeichnete, behaupten könnte. Obwohl Kojève damals wie heute vermutlich vor allem für seine These bekannt ist, mit dem universellen Bewusstsein der menschlichen Freiheit sei „das Ende der Geschichte“ gekommen, war in seinen Augen eine endgültige politische Einigung nur mit dem Ende des Kampfs zwischen den beiden Reichen zu erwarten. Doch das konnte wiederum das Aufgehen des französischen Nationalstaats in einem dieser beiden feindlichen Blöcke bedeuten – ein Verlust insofern, als die zivilisatorische Idee und das zivilisatorische Ideal Frankreichs (in dem von Kojève nicht gebrauchten Begriff der *mission civilisatrice* gefasst) im Kern die Vision

einer Welt jenseits der Reiche des Kampfs bzw. der Arbeit anbot: ein Reich der „Vollkommenheit [...] der Muße“, in dem die Menschen sich der Kunst des guten Lebens widmen könnten, da das politische Problem (Kampf) und das wirtschaftliche Problem (Mangel) gelöst sein würde.

Die von Kojève vorgeschlagene Lösung dieses zweifachen Problems – das Problem der Bewahrung der französischen Identität und das Problem einer Beschleunigung der Verwirklichung einer Welt jenseits von Kampf und Arbeit – war die Schaffung eines Romanischen Reiches, einer neuen politischen Form eines Reiches, das nicht auf Eroberung und Kolonisation, sondern auf dem freiwilligen Zusammenschluss von Staaten beruhen würde, deren Motiv in der Erkenntnis bestehen könnte, dass das Zeitalter der Nationalstaaten an seinem Ende angelangt sei. Das Romanische Reich Kojèves sollte zunächst aus einem Zusammenschluss der Nationen des katholischen Europas bestehen. Doch für die Zukunft stellte Kojève sich dessen Erweiterung jenseits der bestehenden Grenzen Europas vor. Das Romanische Reich würde aus eigener Kraft mächtig genug sein, um den kommunistischen Osten und den kapitalistischen Westen gleichermaßen von dem Versuch abzuschrecken, es sich einzuverleiben, und die Wiederkehr einer „deutschen Kontinentalhegemonie“ zu verhindern. „Grundsätzlich“, schrieb Kojève, „hat das Romanische Reich kein Interesse daran, andere anzugreifen oder zu schwächen. Es ist nicht einmal daran interessiert, sich an künftigen Kriegen zu beteiligen. Sein höchstes Ziel besteht ganz im Gegenteil darin, seinen Mitgliedern und damit ganz Westeuropa den Frieden zu sichern.“ Und so kam es, dass Kojève den Rest seines Arbeitslebens nicht der Lehre und dem Philosophieren widmete, sondern dem Aushandeln der Handelsverträge, die zur Grundlage der heutigen Europäischen Union wurden.

Ist die Europäische Union das „Romanische Reich“? Ich möchte behaupten, dass die Ähnlichkeiten ausreichend evident sind, um eine Beschäftigung mit Kojèves Denkschrift zumindest als einem ersten „Architektenentwurf“ für jenes Bauwerk zu rechtfertigen, das die Europäer seitdem für sich er-

¹ Sie erschien erstmals vollständig in einer englischen Übersetzung von Erik de Vries zusammen mit einem interpretierenden Essay von Robert Howse, „Kojève's Latin Empire“, in der *Policy Review* 126 (August/September 2004).



George-Washington-Statue vor der Federal Hall in Manhattan, New York, USA 1989

*„Was ist die
,sanfte Macht‘ Eu-
ropas anderes als
die Erweiterung
dieses neuartigen
,Romanischen
Reichs‘, das da-
rauf abzielt, seinen
Mitgliedsstaaten
den Frieden zu
sichern?“*

richtet haben und an dem sie immer noch weiterbauen. Kojève bietet uns eine Idee, einen Idealtypus an: Wir dürfen die Welt nicht betrachten und das, was wir sehen, im Vergleich mit diesem Idealtypus als mangelhaft beurteilen; vielmehr wird es bei der Betrachtung dessen, was ist, möglicherweise von Nutzen sein, den Idealtypus heranzuziehen, um ein bestimmtes Licht auf das Betrachtete zu werfen.

Könnten wir uns demnach das Zugehen der Europäischen Union auf Lateinamerika – das Thema,

das wir hier diskutieren – vielleicht als eine Ausdehnung dieses Romanischen Reichs über den Atlantik hinweg vorstellen in dem Streben, weitere Staaten in die Gemeinschaft derer aufzunehmen, die sich aufgrund ihrer Wesensverwandtschaft bereits zusammengeschlossen haben? Denn was ist die „sanfte Macht“ Europas oder seine „Anziehungskraft“ – seine Ambition, die Schaffung einer auf Regeln beruhenden internationalen Ordnung zu fördern, zunächst und vor allem durch die Erweiterung und Vertiefung seiner Verpflichtung gegenüber Staaten, die bereit sind, die Regeln zu akzeptieren, die Europa bereits bestimmen – anderes als die Erweiterung dieses neuartigen Reichs des freiwilligen Zusammenschlusses, das darauf abzielt, seinen Mitgliedsstaaten den Frieden zu sichern? Und schließlich, wie sollten die Vereinigten Staaten mit diesem expandierenden „Romanischen Reich“ umgehen?

Kojèves Genie ist bis heute zu wenig gewürdigt worden, nicht zuletzt wegen der Kontroversen um seine Schriften (in denen er ungeachtet der Millionen Toten Stalin dafür pries, dass er die Klassenschranken des alten Russlands durchbrochen habe)

und seine Person – er hat sehr wahrscheinlich geheime Informationen an die Sowjetunion weitergegeben, wenn nicht sogar für sie spioniert. Er war kein Menschenfreund, und seinen Egalitarismus müssen wir vor dem Hintergrund sehen, dass er von seiner eigenen persönlichen Überlegenheit überzeugt war. Er sagte beispielsweise gern zu seiner Sekretärin, er sei ein Gott (und beklagte sich scherzhaft darüber, dass sie ihn nur auslachte). Kojève hat anscheinend nicht erkannt, dass ein differenzierterer Zugang zu den zentralen Sätzen seines Denkens ihn in die Position gebracht hätte, ein Wortführer und Verteidiger des Anstands zu werden – der Menschenfreund, der er nie gewesen ist. Vielleicht hätte er dann gesehen, dass die Aussichten der kapitalistischen Welt, sich aus eigenem Entschluss in die von ihm befürwortete Richtung zu bewegen, hervorragend waren, während der zutiefst totalitäre Charakter der kommunistischen Welt nicht auf evolutionärem Wege, sondern nur durch eine Revolution zu besiegen war (eine Revolution, die Kojève hätte gutheißen müssen). Doch wir sind in der Lage, von seinen Erkenntnissen zu profitieren und gleichzeitig seinen monströsen Dogmatismus abzulehnen. Die nachträgliche Einsicht erspart uns die Beschäftigung mit der Frage, ob zwischen dem vorausschauenden philosophischen Entwurf und der Monstrosität seiner Ursprünge möglicherweise ein notwendiger Zusammenhang besteht.

Ich glaube, es gibt gute Argumente für ein „Romanisches Reich“. Diese Idee ist nicht nur wegen ihrer deskriptiven Stärke bemerkenswert, wenn wir sie auf unsere Welt anwenden, sondern auch wegen ihres offensichtlichen konstitutiven Einflusses bei der Gestaltung dieser Welt. So wurden beispielsweise Kojèves Befürchtungen im Hinblick auf Deutschland von bestimmten Deutschen geteilt, die ihrerseits ausschließlich nationalistische Vorschläge für den deutschen Wiederaufbau nach dem Krieg ablehnten und stattdessen für ein in Europa integriertes Deutschland plädierten. Ich behaupte nicht, dass die geistigen Väter der europäischen Integration – und später der Wiederauferstehung Europas als einer Weltmacht neuer Art mit neuartigen „imperialen“ Ambitionen, nämlich der Verbreitung des Rechts, ihres Rechts, über die Erde durch freiwilligen Zusammenschluss – Kojève gelesen haben müssen. Doch zunächst einmal erscheint, so weit die europäische Integration ein französisches Projekt war, die Behauptung plausibel, dass seine Analyse und sein Rezept in einem erstaunlichen Maße

in die konkrete französische Politik eingegangen sind. Und zweitens kann man mit derselben Plausibilität behaupten, dass die Welt sich deshalb in eine scheinbar kojévésche Richtung bewegt hat, weil Kojèves Weltsicht im Wesentlichen zutreffend war.

Doch es ist natürlich durchaus möglich, Kojève zu missdeuten, und wenn es richtig ist, dass unser Verständnis der Welt durch Kojèves Einsichten enorm bereichert werden kann – nicht zuletzt deshalb, weil sie so weitgehend in Übereinstimmung mit seinen Erkenntnissen gestaltet worden ist –, so ist es auch richtig, dass ein Großteil der Fehldeutungen der Welt ebenfalls in dem Sinne „kojévésch“ ist, dass wir ihn fehldeuten. Und nirgends gilt dies mehr als beim Gebrauch des Begriffs „Reich“.

Das russo-slawische kommunistische Reich ist offenbar verschwunden, zunächst mit der Auflösung des Warschauer Pakts und dann mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion selbst. Man darf nicht vergessen, dass ein Kalter Krieg zwischen Ost und West genau das war, was Kojève 1945 vorhergesehen hatte. Aber es wäre extrem vereinfachend zu behaupten, der Kalte Krieg habe mit dem „Sieg“ des angelsächsischen kapitalistischen Reichs geendet und damit sei die Bühne für einen anschließenden Zusammenstoß zwischen einem angelsächsischen und einem romanischen Reich bereitet gewesen. Oder anders ausgedrückt, der Zweck der Europäischen Union bestehe darin, ein Gegengewicht zur Macht der Vereinigten Staaten zu bilden – und die hauptsächliche Bedeutung der Verbesserung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den Staaten Lateinamerikas bestehe darin, ein Gleichgewicht gegenüber den Beziehungen zu den USA herzustellen, den US-amerikanischen Einfluss in der Region zurückzudrängen und den Staaten Lateinamerikas die Möglichkeit zu bieten, sich freier als bisher zwischen einem Zusammenschluss mit den Vereinigten Staaten auf der Grundlage von deren Vorherrschaft und einem freiwilligen Zusammenschluss mit Europa auf der Grundlage einer Wesensverwandtschaft zu entscheiden.

Heute gibt es zweifellos Leute, die glauben, dass es die Sache der Europäischen Union sei, ein Gegengewicht zu den Vereinigten Staaten zu bilden, und dass eines der Mittel zu diesem Zweck darin bestehe, bessere Beziehungen zu Lateinamerika herzustellen. Und zweifellos gibt es in den USA Leute, die im Hinblick auf den Wunsch der EU nach solchen verbesserten Beziehungen zu Lateinamerika der Meinung sind, die eigentliche Absicht der EU sei der

Versuch, die Vereinigten Staaten dort zu verdrängen oder zumindest deren regionalen Einfluss zu mindern oder in Schach zu halten. Nach dieser Auffassung wäre die Lateinamerika-Politik der EU lediglich eine Unterkategorie einer allgemeineren Politik des Gleichgewichts zwischen Großmächten. Ihr Ziel, glauben sie, sei die Förderung von EU-Interessen ohne Rücksicht auf die Interessen der Vereinigten Staaten. Die EU erkläre letztlich die Monroedoktrin für tot oder spreche den Vereinigten Staaten zumindest die Berechtigung ab, eine fort-dauernde regionale Vorherrschaft entgegen dem gemeinsamen Wunsch nach engeren Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika zu beanspruchen. Tatsächlich sei die EU bestrebt, ihren politischen Einfluss in der Neuen Welt auszudehnen. Und dies erfordere doch wohl eine Antwort der Vereinigten Staaten, mit der die politische Erklärung von 1823 noch einmal bekräftigt würde, die seitdem in Kraft geblieben ist: „Wir sind es [...] der Aufrichtigkeit und den freundschaftlichen Beziehungen, die zwischen den Vereinigten Staaten und diesen [europäischen] Mächten bestehen, schuldig zu erklären, dass wir jeden Versuch auf ihrer Seite, ihr System auf irgendeinen Teil dieser Hemisphäre auszudehnen, als Gefahr für unseren Frieden und unsere Sicherheit ansehen müssen.“

Die Wendung „ihr System“ hat die seitdem vergangenen 180 Jahre erstaunlich gut überdauert. In ihrer Abstraktheit ist sie fast vollkommen. Damals bezog sie sich natürlich auf eine imperiale Eroberung und die Errichtung und Durchsetzung von Einfluss-sphären. Heute könnte man sie auf die neomodische Übung einer vereinigten Souveränität beziehen, wie sie die transnationale Europäische Union darstellt. Zudem könnte – ganz auf einer Linie mit der Fehldeutung Kojève's – das „System“ von damals und von heute als weitgehend identisch aufgefasst werden – sodass der „Versuch, [...] ihr System [nach Lateinamerika] auszudehnen“ heute als derselbe Versuch angesehen würde wie damals und deshalb auf denselben Widerstand treffen müsste.

Bevor ich auf die US-Amerikaner antworte, die diese Annäherungsversuche der EU gegenüber Lateinamerika im Licht der Monroedoktrin sehen oder darin Versuche erkennen wollen, der Macht der USA entgegenzuwirken und ein multipolares



Alexandre Kojève (1902–1968)

internationales System anzustreben – und bevor ich den Europäern empfehle, auf jede derartige Vorstellung in ihrem Vorgehen in Lateinamerika zu verzichten –, möchte ich ein Wort an jene Lateinamerikaner richten, die eventuell versucht sein könnten, im zunehmenden Einfluss der Europäischen Union in ihrer Region ein Mittel zur Schwächung des unerwünschten und anmaßenden Einflusses der USA zu sehen. Wenn dies gegenwärtig tatsächlich stattfände (und ich betone, dass ich nicht dieser Meinung bin) – nämlich ein Machtkampf mit den Vereinigten Staaten, in dem ein Gewinn der EU einen Verlust für die USA und ein Verlust der USA einen Sieg für diejenigen bedeutet, die seit langem eine Eindämmung des US-amerikanischen Einflusses angestrebt haben –, dann müssten die Lateinamerikaner sehr vorsichtig sein.

Falls eine solche Zusammenarbeit – in welcher Form auch immer, ob partiell oder in vollem Umfang – zustande käme, dann wäre der über die Vereinigten Staaten errungene Sieg meines Erachtens kein Sieg Lateinamerikas, sondern ein Sieg Europas. Sollten die Dinge sich tatsächlich so entwickeln, dann stünden sich das amerikanische Reich und das „Romanische Reich“ Europas gegenüber, das jetzt bestrebt wäre, seine Grenzen über den Südatlantik hinaus auszudehnen. Die Staaten Lateinamerikas wären der Kampfplatz dieser Reiche und deren Beute – und sonst wenig mehr. Ihre Bevölkerungen würden einen imperialen Herrn gegen einen anderen austauschen. Sie könnten in ihrem neuen Herrscher zunächst zweifellos ihren Wohltäter oder Befreier sehen. In der Geschichte gibt es zahlreiche Fälle, in denen Menschen als Folge ähnlicher Illusionen begeistert ein Joch der Unterdrückung gegen ein anderes ausgetauscht haben – Illusionen, so könnte man hinzufügen, die von den neuen Eroberern geschickt genährt wurden.

Ich wäre der Letzte, der die Existenz von seit langem bestehenden Ressentiments in Lateinamerika bestritte, die sich gegen die seit vielen Jahrzehnten andauernde dominante Stellung der Vereinigten Staaten in der westlichen Hemisphäre richten, oder die Berechtigung vieler Vorbehalte zu leugnen, die dort gehegt werden. Dass die Position der USA als regionale Vormacht in ihrer Position der globalen Dominanz aufgegangen ist, macht die Vorherr-

schaft nicht erträglicher für jene, die sie außer den nordamerikanischen Indianern am längsten zu spüren bekamen, und liefert sogar zusätzliche Gründe für ihre Beschwerden. Doch die Antwort darauf kann nicht darin bestehen, ein altes und schmutziges Spiel fortzusetzen, das Spiel eines Kolonialreichs im traditionellen Sinne. Erstens könnte man dabei erneut verlieren, und niemand weiß, wie hoch die Verluste sein würden. Zum zweiten könnte man zwar gewinnen, doch das wäre wie gesagt ein Pyrrhussieg. Drittens schließlich, und das ist das Wichtigste, ist das Spiel vorbei. Was man früher einmal zwangsläufig gespielt hat, weil alle

„Grundsätzlich‘, schrieb Kojève, ‚hat das Römische Reich kein Interesse daran, andere anzugreifen oder zu schwächen. Es ist nicht einmal daran interessiert, sich an künftigen Kriegen zu beteiligen.“

anderen es taten, unterliegt jetzt der freien Entscheidung, da „alle anderen“ – die meisten Menschen in den meisten Staaten einschließlich derer in der westlichen Hemisphäre und in Europa – sich entschieden haben, damit aufzuhören.

Sie könnten sich wahrscheinlich auch für den Versuch entscheiden, das Spiel wieder

aufzunehmen, oder im Fall derjenigen, die es nie aufgegeben haben, es fortzusetzen. Aber wozu? Wäre es nicht besser, stattdessen Kojève sorgfältiger zu lesen und sich eingehender mit der Idee eines Reichs zu beschäftigen, das nicht auf Eroberungen, sondern auf freiwilligem Zusammenschluss beruht – einem Zusammenschluss mit dem Ziel, Frieden und wirtschaftlichen Wohlstand zu fördern und gleichzeitig an einer Autonomie, an eindeutigen sozialen Normen und kulturellen Praktiken festzuhalten, die den Frieden nicht gefährden?

Nach meiner Meinung, vielleicht die beschränkte Meinung eines Bürgers der Vereinigten Staaten, kann (oder sollte) man heutzutage nicht über die Europäische Union und den Kitt aus Werten nachdenken, der sie zusammenhält, ohne zugleich festzustellen, dass es derselbe Kitt aus Werten ist, der die Vereinigten Staaten in einer dauerhaften – darf man sagen „ewigen“? – Beziehung des Friedens an Europa bindet. Die Europäische Union ist ein Bündnis von Staaten, wie Kojève es beschrieben hat, und dieses Kollektivge-

bilde ist wiederum mit den Vereinigten Staaten verbunden. Die besonderen Bedingungen des Zusammenschlusses innerhalb Europas sind natürlich wesentlich reicher und umfassender als die Bedingungen der Verbindung zwischen Europa und den Vereinigten Staaten. Ein Zusammenschluss beginnt mit der Entscheidung, in Frieden zu leben und Zwistigkeiten mit friedlichen Mitteln zu schlichten. Auf dieser Basis schreitet er fort zu all jenen Bedingungen, auf die sich die Parteien darüber hinaus einigen können. Dabei geht er nur so weit, wie seine Mitglieder gehen wollen oder vielleicht gehen können, solange der Vorbehalt einer abweichenden Meinung dem Einverständnis über die Möglichkeit von Meinungsverschiedenheiten unterliegt – mit anderen Worten, solange der Frieden absoluten Vorrang hat.

Wer würde heute in diesem Geist nicht eine engere Verbindung zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika begrüßen? Sicherlich nicht die US-Amerikanerin, die ihr Vertrauen in das Bündnis ihres eigenen Landes mit der Europäischen Union und mit den Staaten Lateinamerikas setzt, ungeachtet der Jahre, in denen wir unterschiedliche Spiele gespielt haben. Ich teile ihre Zuversicht.

Ich glaube, dass Kojèves „Romanisches Reich“ und seine kulturelle Besonderheit (die von Kojève idealisiert wird) heute in einem umfassenderen System des Zusammenschlusses von Staaten aufgeht, das den größten Teil Europas und die Vereinigten Staaten sowie die Bevölkerungen und Regierungen vieler weiterer, auch vieler lateinamerikanischer Staaten einschließt. Die Bedingungen des Zusammenschlusses unterscheiden sich in ihrer Festigkeit innerhalb des Systems und sind selbst noch im Fluss. Und so sollte es auch sein. Die Idee hinter dem System eines freiwilligen Bündnisses von Staaten ist die, dass regionale Normen, nationale Normen und transnationale Normen nicht miteinander im Widerstreit stehen müssen, wenn man sich ohne äußeren Zwang darauf verständigt hat.

Aber ich bin weder ein Idealist noch naiv. Wir bauen durch staatliche Zusammenschlüsse an einem reicheren und dauerhafteren Frieden, als die Menschheit ihn je gekannt hat. Doch wenn jemand versuchen wollte, das alte Spiel erneut zu spielen, dann würden die Vereinigten Staaten darauf reagieren. □

Hemisphärische und transatlantische Kooperation: Die lateinamerikanische Perspektive

IM VORLIEGENDEN BEITRAG SOLL KOOPERATION, im erweiterten Sinne einer Zusammenarbeit unter den Bedingungen einer globalisierten Welt, aus der Perspektive der Beziehungen zwischen Lateinamerika und Europa betrachtet werden. Doch das lateinamerikanische Bedürfnis nach Kooperation wird nicht vollständig erfasst, wenn die USA nicht in die Rechnung einbezogen werden; entsprechend wird im Folgenden die zweifache, die hemisphärische und die transatlantische Dimension der Zusammenarbeit zu untersuchen sein.

Wenn die Veränderungen auf der internationalen wie der regionalen Ebene als Folge der Globalisierung nicht zureichend beachtet und eine in-

„Die Zunahme von Handelsbeziehungen stärkt die bestehenden Verbindungen und baut politische und kulturelle Schranken ab.“

adäquate internationale Strategie verfolgt werden, kann dies zu einer Außenpolitik führen, die nicht in der Lage ist, den Herausforderungen erfolgreich zu begegnen, denen das betreffende Land gegenübersteht – es wird in eine schwache Position geraten und wirtschaftliche Einbußen erfahren.

In den letzten 200 Jahren hat sich das Tempo der Veränderungen durch drei Faktoren beschleunigt:

Erstens die Entwicklung der Technik und des Wissens, die durch die Revolution der in der Produktion sowie dem Kommunikations- und Transportwesen angewandten Methoden Entfernungen

verkürzt und den Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Kenntnissen ebenso erleichtert hat wie die Mobilität der Menschen, des Kapitals etc.

Zweitens ermutigt eine Veränderung in der bisherigen Struktur der Konflikte, genauer gesagt das Fehlen von Konflikten auf der globalen Ebene, zur Aufnahme engerer Beziehungen zwischen einzelnen Ländern und fördert die Konsolidierung von Demokratien sowie die Bildung von Nichtregierungsorganisationen.

Tatsächlich reflektieren diese Faktoren die befriedende Wirkung eines Freihandels und die synergetischen Effekte und Wechselwirkungen zwischen Handel und Frieden. Die Zunahme von Handelsbeziehungen stärkt die bestehenden Verbindungen und baut politische und kulturelle Schranken ab, schafft Bindungen und Beziehungen zwischen den Beteiligten – seien es Staaten oder Privatpersonen – und gleicht Unterschiede aus. Die zunehmende Dichte dieser Bindungen erhöht die Kosten politischer oder militärischer Konfrontationen, vor allem dank der Ausbreitung der Demokratie (und des Stimmrechts).

Noch vor nicht allzu langer Zeit bezogen sich die internationalen Beziehungen hauptsächlich auf die Frage von Krieg und Frieden. Heute konzentrieren sich die internationalen Beziehungen auf den Handel, um die Entwicklung zu fördern, und im Zentrum der militärischen Aufgaben steht mehr und mehr die Bekämpfung und Ausschaltung internationaler terroristischer Organisationen.

Die große Herausforderung von heute bezieht sich auf die Fähigkeit der entwickelten Länder, andere Weltregionen kulturell und kommerziell zu erschließen, die bislang von den Vorteilen ausgeschlossen waren, die sich aus der fortschreitenden Integration der bereits in die Entwicklung einbezogenen Staaten ergeben haben.

Die aufstrebenden Länder stehen vor der Aufgabe, ihre politischen Systeme, Institutionen und Rechtssysteme den Anforderungen des erwähnten fortschreitenden universellen Integrationsprozesses anzupassen.

Drittens hat die Demokratie das Wort von Staatsoberhäuptern und die von den Regierungen geschlossenen Verträge verlässlicher gemacht. Auf der internationalen Ebene ist die Zusammenarbeit

demokratischer Regierungen moderner Republiken effizienter in der Bewahrung der internationalen Ordnung, da sie auf vereinbarten Verträgen und Regeln beruht, die in gewisser Hinsicht Ähnlichkeit mit den Abkommen der Fürsten früherer Zeiten haben. Dies konnte erreicht werden, weil die Demokratie ein transparenteres und berechenbareres

„Die Kooperation nimmt in einer globalisierten Welt eine Schlüsselrolle ein, da sie das Gegenteil von Macht und Zwang ist.“

politisches System ist als andere. Dieses Netzwerk ist von wesentlicher Bedeutung für das friedliche Miteinander der Nationen, eine der Voraussetzungen für Handel und Investitionen. Darüber hinaus wurden Handel und Direktinvestitionen unter einem kommerziellen

und kulturellen Aspekt zum fruchtbarsten und wirkungsvollsten Faktor bei der Stärkung der Werte Freiheit, Solidarität und Frieden in der Geschichte der Menschheit sowie die hauptsächliche Triebkraft des wirtschaftlichen Wachstums weltweit.

Dieses institutionelle Netz ist aus mindestens vier Gründen, die mit der Globalisierung zusammenhängen, von großer Bedeutung:

1. Viele innenpolitische Probleme erfordern grenzüberschreitende Maßnahmen, beispielsweise der Kampf gegen den Drogenhandel oder die Reduzierung der Risiken auf dem Kapitalmarkt.

2. Wegen des hohen Tempos der Veränderungen ist es notwendig, alte Modelle der Durchführung politischer Programme zu überprüfen (*public policies management*).

3. Technische Fortschritte verknüpfen unterschiedliche Bereiche wie Handel, Umwelt, Gentechnik und soziale Belange miteinander.

4. Die Globalisierung hat die zunehmende Internationalisierung der Produktion und der Eigentumsrechte an Unternehmen vorangetrieben. Unter diesen Umständen ist die Antwort auch hier die verstärkte Koordination und Zusammenarbeit zwischen Staaten. Diese Kooperation macht zudem verbindliche Regeln erforderlich.

Tatsächlich interagieren gegenwärtig politische und wirtschaftliche Funktionen grenzüberschreitend in einem ausgedehnten Netz von Wechselbeziehungen, die zugleich verbinden und binden und sich nicht nur auf den internationalen Handel und die

Weltwirtschaft auswirken, sondern – um nur einige Beispiele zu nennen – auch auf die soziale Stabilität, das materielle Wohlergehen, die Wahrung der Menschenrechte, das Bevölkerungswachstum, das Gesundheitswesen einschließlich der Bekämpfung von Epidemien und Pandemien, fiskalische (Steuern) und finanzielle Angelegenheiten. Die Welt wächst immer schneller zusammen, und deshalb ist es notwendig, eine aktuelle Untersuchung anzustellen und eine allgemeine Bilanz zu ziehen, um diese Vorgänge zu verstehen und entsprechend zu handeln.

Doch dieser Integrationsprozess darf natürlich nicht die spezifischen kulturellen Werte der einzelnen Länder beeinträchtigen (bis hin zu deren Verlust), weil andernfalls die konservativsten Gruppen der Gesellschaft auf den Plan gerufen würden. Das institutionelle Netz muss vielmehr die Anpassung erleichtern und die Kosten von solchen Prozessen dämpfen wie etwa die Auflösung der einheimischen bürgerlichen Schicht, was mittelfristig zu einem Verfall der politischen Qualität führen kann.

Der Geist der Reformen, die in den achtziger und neunziger Jahren in mehreren Volkswirtschaften durchgeführt wurden, ist ein Ausdruck für die Stärke der Verbindung von demokratischer Regierungsform und freier Marktwirtschaft, die sich gegenseitig anziehen und verstärken. Um sich entwickeln zu können, benötigen Marktwirtschaften ein förderliches Umfeld, das durch totalitäre Systeme nicht geschaffen werden kann, die jedes Wachstum und wirtschaftliche Gedeihen ersticken. Demgegenüber schaffen stabile demokratische Regierungen eine Atmosphäre der Freiheit.

Es gibt also Interessen und Ziele, die vom Anwalt des Freihandels ebenso geteilt werden wie von dem Unternehmer, der von dem Streben geleitet wird, Gewinne zu erzielen, zugleich jedoch durchaus die Bedeutung des Wohlergehens der Gesellschaft sieht, in der er tätig ist, wenn seine Geschäftstätigkeit von Dauer sein soll (schlachte nie das Huhn, das goldene Eier legt, wie der Volksmund sagt), und schließlich von den Vorkämpfern für einen Frieden auf der internationalen Ebene. Die soziale Ordnung, die aus diesem Umfeld erwachsen ist, wird den Schutz der Menschenrechte garantieren, die politische Stabilität und den sozialen Zusammenhalt stärken und einem wachsenden Teil der Bevölkerung den Zugang zu den fundamentalen Gütern und Dienstleistungen (Nahrung, ärztliche Versorgung, Obdach, Bildung und Arbeit) verschaffen.



Damen vor einem Kino, Buenos Aires, Argentinien 2000

„Zusammenarbeit impliziert auf der regionalen Ebene Veränderungen und Integration statt Festhalten am Status quo und Abschottung.“

Die Kooperation nimmt in einer globalisierten Welt eine Schlüsselrolle ein, da sie das Gegenteil von Macht und Zwang ist. Es gab seit jeher Asymmetrien, und es wird sie immer geben, doch die Lösung besteht darin, die besonders konfliktträchtigen Aspekte zu dämpfen, welche die Schaffung eines friedlichen und sicheren Umfelds hemmen, in dem die Wirtschaft wächst und der Lebensstandard der Bevölkerung steigt. Es liegt in der Natur der Sache, dass bei Verhandlungen die stärkste Partei versuchen wird, ihre Macht zum eigenen Vorteil

einzusetzen, doch in einem Rahmen, der klare Spielregeln vorgibt, werden alle Beteiligten ihren Vorteil finden.

Kooperation bedeutet, dass gegenseitige Abhängigkeit, Demokratie und Institutionen die Willkür der Macht einschränken und die Zusammenarbeit von Staaten fördern, sie bedeutet nicht Einflussnahme, die mächtigen Staaten ein Übergewicht verleiht, das die Freiheit der übrigen Staaten mindert. Sie bedeutet mit anderen Worten, dass die kooperierenden Regierungen sich in der Ausübung der Macht freiwillig beschränken oder ihre Macht in den Dienst des gemeinsamen Handelns und nicht der Rivalität und Konfrontation stellen. Somit impliziert Zusammenarbeit auf der regionalen Ebene Veränderungen und Integration statt Festhalten am Status quo und Abschottung, die mit fehlender Kooperationsbereitschaft einhergehen. Zusammenarbeit bedeutet keine Annexion oder Vermassung, sondern erfordert im Gegenteil die Akzeptanz legitimer individueller Interessen anderer und die Achtung kultureller Aspekte, um keine reaktionären Strömungen hervorzurufen. So waren

die Vereinigten Staaten beispielsweise bemüht, anstelle einer machtpolitischen eine kooperative Haltung einzunehmen, was in der Freihandelszone NAFTA (USA, Kanada und Mexiko), anderen subregionalen Verträgen und dem Projekt einer gesamtamerikanischen Freihandelszone (FTAA) deutlich zum Ausdruck kommt.

Worin besteht das strategische Hauptziel einer Zusammenarbeit? Es besteht kurz gesagt darin, Werte zu verbreiten und zu verteidigen, die in der westlichen Welt selbstverständlich sind: Demokratie, das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit auch jenseits der Grenzen des eigenen Staates und der friedlichen und zivilisierten Schlichtung von Konflikten und Meinungsverschiedenheiten.

Die Hauptaufgaben der Zusammenarbeit auf der regionalen Ebene sind die Bewältigung und Schlichtung von Konflikten, das Management von Krisen, die Akkumulation von überregionaler Macht (Stimmrecht bei internationalen Organen), der Aufbau von Vertrauen und der Abbau von Unsicherheit (*reputation share*), die Erweiterung

„Da Sicherheit, physische wie psychische, für jeden Menschen zu den Grundwerten zählt, ruft Unsicherheit bei den einzelnen Individuen archaische Reaktionen hervor.“

von Management- und Handlungsspielräumen schwächerer Staaten. Das bedeutet Selbstbeschränkung des mächtigsten Landes, eine wachsende Interdependenz (Handelsbeziehungen, Kompromisse, wechselseitige Beziehungen), das Fehlen interner Rivalitäten, geteilte Verantwortung, Transparenz und einen

Grundbestand an gemeinsamen Werten, wechselseitiger Interessen und gemeinsamer Ziele.

Zusammenarbeit kann als ein Kreuz betrachtet werden, bei dem die horizontale Achse durch die Institutionen repräsentiert wird, welche die Organisation der Welt ermöglichen, und durch alle Länder, die nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten und den bestehenden Regeln und Verträgen zusammenarbeiten, während die vertikale Achse von den Maßnahmen der entwickelten Länder gebildet wird, mit denen die weniger entwickelten Länder unterstützt werden.

Im Hinblick auf die horizontale Achse besteht kein Zweifel an der Notwendigkeit, eine internationale Ordnung zu errichten und vor allem eine Orga-

nisation und einen Kooperationsrahmen zu schaffen, innerhalb dessen die Entwicklungsländer und insbesondere die lateinamerikanischen Länder die besten Möglichkeiten haben, sich als Demokratien zu konsolidieren, indem sie ein sich selbst tragendes wirtschaftliches Wachstum erreichen. Das wird den Frieden auf der regionalen Ebene und den sozialen Zusammenhalt stärken, den Handel ausweiten und mehr Sicherheit schaffen – entscheidende Vorbedingungen für ausländische Investitionen, die Schaffung von Arbeitsplätzen und wirtschaftlichem Wachstum sowie, bei einem adäquaten institutionellen Rahmen, eine möglichst gerechte Verteilung der Einkommen und einen höheren Lebensstandard.

Der erste Schritt zur Erreichung dieses Ziels ist die Einführung einer internationalen Rechtsatzung, die klar die Regeln der Zusammenarbeit innerhalb der Vereinten Nationen, regionaler Organisationen (etwa der Organisation Amerikanischer Staaten OAS) sowie internationaler Handels- und Finanzinstitutionen (WTO) festlegt, die sich dann in Kooperationsverträgen niederschlagen, in denen es um Sicherheits-, Verteidigungs-, Umweltschutz- sowie Handels- und Finanzfragen geht.

Das Ziel besteht darin, ein Regelwerk zu schaffen, das als „Klub“ von Nationen mit gemeinsamen Grundregeln und gemeinsamen Werten fungiert, die von den Ländern anerkannt werden, weil sie sich mit ihnen identifizieren.

Der gemeinsame Vorteil für die Mitglieder dieses „Klubs“ ist die Existenz eines berechenbareren internationalen Szenarios, das dazu beiträgt, so weit das Netz aus Verträgen Mechanismen zur friedlichen Regelung von Streitigkeiten vorsieht (Schlichtungsverfahren), die Zahl von Konflikten auf der internationalen Ebene zu verringern, und damit ein wirtschaftliches Wachstum unterstützt und die Lebensqualität verbessert.

Im Hinblick auf die Entwicklungsländer bedeutet der Beitritt zum „Klub“ eine Institutionalisierung von außen in zweierlei Weise. Auf der einen Seite den Beitritt zu bestimmten, zum Teil durch den Kongress ratifizierten Abkommen, deren Regeln auf der nationalen Ebene bindend werden und in manchen Fällen sogar den Status eines Gesetzes oder einer Verfassungsbestimmung haben können. Auf der anderen Seite zwingt der Beitritt Nationen, die vom „Klub“ aufgestellten Regeln einzuhalten: Gehört das Land beispielsweise der FIFA an, können nationale Fußballspiele nicht nach den Regeln des Rugby-Verbands gespielt werden.

Die Übernahme bestimmter Institutionen aus dem Ausland und der Beitritt zu einem „Klub“ aus seriösen und berechenbaren Ländern verbessern auf die Dauer das Ansehen des betreffenden Landes, wenn dieser Prozess auch viel Geduld erfordert. Außerdem werden qualitative Verbesserungen immer dann sichtbar, wenn ein Mitglied des „Klubs“ gegen die Regeln verstößt und die übrigen Länder die gemeinsamen Ziele verteidigen, indem sie das schwarze Schaf – stets im Rahmen der für alle geltenden Regeln – isolieren oder ihm gemeinsam entgegenreten.

Der Nutzen, den die entwickelten Ländern daraus ziehen, besteht darin, dass sie innerhalb einer geordneten Welt weniger von Außenseitern und internationalen Terrororganisationen bedroht sind, da diese gemeinsam bekämpft werden können. In einer hypothetischen Welt, in der alle Länder dem „Klub“ angehören würden, gäbe es keinen Platz für Terrorismus, und der auf allen Ebenen geführte Kampf wäre wesentlich wirkungsvoller. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es notwendig, in eine Stärkung und Verbesserung der Qualität der Demokratie zu „investieren“, indem an der Peripherie die soziale Gerechtigkeit und der soziale Zusammenhalt verbessert werden: Die Einbeziehung von Schwächeren, die von den entwickelten Ländern unterstützt werden müssen, ist für die Wahrung von Frieden und Ordnung, für eine Reduzierung des Konfliktpotenzials und eine Stärkung des sozialen Zusammenhalts von wesentlicher Bedeutung.

Das zweite strategische Ziel einer Zusammenarbeit ist die Gewährleistung der Verteidigung und der Sicherheit. Während das erste Ziel – die Verbreitung westlicher Werte durch internationale Zusammenschlüsse – mittelfristig ausgerichtet ist, weist die gegenwärtige Welt Brüche auf, die Konflikte auslösen, sodass das zweite Ziel akute Maßnahmen mit schneller Wirkung erfordert.

Da Sicherheit – physische wie psychische – für jeden Menschen zu den Grundwerten zählt, ruft Unsicherheit bei den einzelnen Individuen archaische Reaktionen hervor. Unter unsicheren Bedingungen wird der Einzelne primitiver, isolierter und verfällt dem Nationalismus. Er sucht Zuflucht innerhalb seines privaten Kreises und zieht sich von seinen Mitmenschen zurück, die nur noch seine „Nächsten“ (oder „Nachbarn“) sind, denen er nicht traut. In politischer Hinsicht wird der internationale Gesellschaftsvertrag geschwächt, während das wirtschaftliche Umfeld schrumpft (Haltung der

Entglobalisierung bei gleichzeitiger Globalisierung der Technologie).

Die Gewährleistung der Sicherheit und ein Szenario des Friedens erfordern:

1. Dass die Teilnehmer rational handeln und dass die politischen Systeme Pluralismus und Vielfalt im eigenen wie in den übrigen Ländern akzeptieren und tolerieren. (Man findet diese Voraussetzungen eher in echten republikanischen Demokratien als in autoritären oder theokratischen Systemen, wo statt der Bereitschaft zur Zusammenarbeit Fundamentalismus vorherrscht).

„Das zweite strategische Ziel einer Zusammenarbeit ist die Gewährleistung der Verteidigung und der Sicherheit.“

2. Transparente Beziehungen zwischen den Ländern, weshalb das Netz aus Verträgen und das Rechtswesen Willkür und Machtmissbrauch durch die asymmetrische internationale Ordnung vermeiden müssen. Je mehr Länder dem „Klub“ beitreten, desto enger wird der Spielraum für diejenigen Länder sein, die den Terrorismus und das organisierte Verbrechen unterstützen.

Die Schaffung von Sicherheit wird ergänzt durch Verträge und eine Zusammenarbeit zur Bekämpfung von Schwerverbrechen wie Terrorismus, Drogenhandel, Geldwäsche, Bildung krimineller Vereinigungen etc.

Das dritte strategische Ziel einer internationalen Zusammenarbeit, das mit dem langfristigen Ziel eines gesicherten und sich selbst tragenden Wachstums verknüpft ist, bezieht sich auf Abkommen zum Umweltschutz. Gelegentlich kommt es zu Interessenkonflikten zwischen entwickelten und Entwicklungsländern, da die Letzteren anscheinend entsprechende Kosten auf die Ersteren abwälzen und die Ersteren versuchen, sich kurzfristig wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen, welche die Lebensqualität in der Zukunft verschlechtern. Der Bewahrung bestimmter Tätigkeiten sowie der Schutz der Gewässer und die Reinerhaltung der Luft usw. erfordern in einer globalisierten Wirtschaft einen adäquaten Ausgleich mit nationalen Interessen, eine Balance, die gegenwärtig schwer zu erreichen ist und deren Verwirklichung noch in weiter Ferne liegt.

Schließlich ist das vierte strategische Ziel der internationalen Zusammenarbeit die Wirtschaft im weitesten Sinne. Während der zweiten Hälfte des

20. Jahrhunderts ist die Welt von der Idee der Nation zur Idee des Multilateralismus fortgeschritten, verbunden mit einem offenen Regionalismus (wirtschaftliche Zusammenschlüsse). Unter diesen Bedingungen erstreckt sich wirtschaftliche Zusammenarbeit über mehrere Bereiche wie Güter, Dienstleistungen, Technologie und Finanzen in einem umfassenden Sinn. Es liegt auf der Hand, dass entwickelte Länder aufgrund ihrer Geschichte hier über finanzielle und humane Ressourcen verfügen und eine beherrschende Rolle spielen, entweder unmittelbar oder über Institutionen, und als die treibenden Kräfte der Zusammenarbeit auf der globalen oder der hemisphärischen Ebene betrachtet wurden.

Da es den Entwicklungsländern erleichtert werden soll, zu den entwickelten Ländern aufzuschließen, bedeutet eine wirtschaftliche Zusammenarbeit eine Nichtdiskriminierung ihrer Produkte, die Einschränkung protektionistischer Maßnahmen, die Idee eines fairen Handels etc. Wenn ein Land dem „Klub“ beitrifft – und die Regeln einer horizontalen Zusammenarbeit akzeptiert – verbessern sich nach und nach seine Chancen, zumal wenn es sich den Ruf der Zuverlässigkeit erworben hat. Doch dazu sind faire Regeln notwendig, die eine Diskriminierung verhindern und die Operation auf der vertikalen Achse ermöglichen.

„Sowohl äußere Regeln als auch innere Anstrengungen, sich den Ruf eines zuverlässigen Mitglieds zu erwerben, das sich an die Regeln hält, können für die lateinamerikanischen Länder sehr nützlich sein.“

Nach zweieinhalb Jahrzehnten seit dem Beginn der „Dritten Welle der Demokratisierung“, die die politische Geographie des Kontinents verändert hat, müssen wir feststellen, dass den lateinamerikanischen Demokratien der Anschluss an die US-amerikanische und die europäischen Demokratien noch nicht vollkommen

gelingen ist. Doch eines der positiven Ergebnisse war die Verbreitung der Demokratie überhaupt, während eine der negativen Folgen in der Unzufriedenheit der Öffentlichkeit mit ihren Resultaten bestand, zum Teil wegen zu hoher Anfangserwartungen und zum Teil wegen objektiver Mängel der Staatsführung. Lateinamerikaner sind der Meinung, dass die Demokratie das beste System sei, in

dem man leben kann, sind jedoch insbesondere mit ihrem eigenen System unzufrieden (mangelhafte politische Institutionen, eingeschränkte Rechtsstaatlichkeit, ausgeprägte Ungleichheiten in der Einkommensverteilung, Korruption, schlechtes Image der Politiker und Institutionen etc.). Alle diese Aspekte beeinträchtigen die Legitimität, verstärken die politische Unbeständigkeit, erzeugen Unsicherheit bei den Investoren und schwächen langfristig die Regierbarkeit der Bevölkerung.

Unter diesen Bedingungen muss das Programm einer internationalen Zusammenarbeit in Lateinamerika in jedem einzelnen Land auf eine Systemkonsolidierung abzielen, und deshalb ist es wichtig, institutionelle Unterstützung zu erhalten. Das Bild eines „Klubs“, das ich eingeführt habe, lässt sich auch auf diesen Aspekt anwenden: Sowohl äußere Regeln als auch innere Anstrengungen, sich den Ruf eines zuverlässigen Mitglieds zu erwerben, das sich an die Regeln hält, können für die lateinamerikanischen Länder sehr nützlich sein, zumal wenn sie mit dem Anreiz einer Liberalisierung des Handels einhergehen.

In Lateinamerika wird ein internationales Integrationsprojekt auf Probleme und Widerstände stoßen. Etlichen seiner schwächeren Länder fällt es schwer, einen Prozess der Annäherung an die Vereinigten Staaten (und auch die EU) durchzusetzen. Es gibt sogar manche, die der Meinung sind, Lateinamerika sei zwar aus der westlichen Zivilisation hervorgegangen, stelle jedoch einen eigenständigen Kulturkreis dar, und in den nächsten Jahren sei infolge von aufkommenden Ethnozentrismen und Regionalismen und der mit ihnen verbundenen Ansprüche auf althergebrachte soziale Rechte mit Konflikten zu rechnen.

In diesem Fall ist eine realistische, differenzierte Betrachtungsweise notwendig:

1. Das Problem besteht, hat jedoch nicht die gesamte südliche Hemisphäre erfasst.

2. Es hat zwar schon früher bestanden, hat aber Erfolge wie in Mexiko (Chiapas) und Kanada (Quebec) im Rahmen des NAFTA nicht verhindert.

3. Das Problem erfordert eine sorgfältige Überwachung der Reformen und der Auswirkungen des Prozesses einer Öffnung und Integration Lateinamerikas, eine Qualitätskontrolle, eine Verbesserung der Einkommensverteilung und der konkreten Politik, etwa durch eine Stärkung des Repräsentationsprinzips (im Unterschied zu personalistischen Regimes, wie sie in etlichen Ländern der Region



Auf dem Markt in Santiago de Chile, Chile 1986

„Auf der sub-regionalen Ebene wurden mehrere Gesetze verabschiedet, welche die Spannungen mit den Nachbarländern abbauten, insbesondere mit Brasilien und Chile.“

bestehen) und allgemein die soziale Integration der schwächsten Glieder der Gesellschaft. Jedes internationale Integrationsprojekt steht mehr oder weniger vor ähnlichen Schwierigkeiten, und eine Isolierung infolge entsprechender Versäumnisse zieht auch die schwierige Aufgabe nach sich, das demokratische System innerhalb eines Kontexts der Isolation samt der damit verbundenen Mängel aufrechtzuerhalten.

Wenn es um eine internationale Zusammenarbeit geht, haben die entwickelten Länder die klare Aufgabe, sich diesen Problemen in ihrem Streben

nach Frieden und internationaler Sicherheit zu stellen. Die Entwicklungsländer können dabei ihren eigenen Platz und ihre Rolle als subregionale Teilnehmer haben, entweder indem sie demokratische Institutionen verteidigen, wie es vor kurzem geschehen ist, oder indem sie als zuverlässige Freunde und Partner in strategischen Bündnissen auftreten. Institutioneller Schutz, die Beseitigung von Mängeln in der alten Politik und die Überwindung personalistischer Regimes müssen die ersten Schritte auf dem Weg zu einer Regierbarkeit sein.

Mindestens während der beiden kommenden Jahrzehnte werden die Vereinigten Staaten in dem Globalisierungsprozess als die führende Macht und als der wichtigste Partner in unserer Hemisphäre auftreten. Somit wird das Verhältnis zwischen Lateinamerika und den USA für die Entwicklung der Region von wesentlicher Bedeutung sein.

Die Agenda der USA beschränkt sich nicht auf wirtschaftliche Aspekte, auch Fragen der Sicherheit und die Einbeziehung neuer Partner spielen eine große Rolle. Deshalb wird die Strategie Lateinamerikas allgemein und Argentiniens im Besonderen darin bestehen, als zuverlässiger Freund und Bünd-

nispartner zu handeln, und zumindest Argentinien wird gleichzeitig den Anspruch erheben, auch als Handelspartner akzeptiert zu werden.

Die US-amerikanischen Ziele im Hinblick auf die Region lassen sich in vier strategische Eckpfeiler gliedern: Stärkung der Demokratie und der Institutionen (die Ermutigung zu Reformen der zweiten Generation in Bezug auf das Projekt der Demokratisierung), Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in der Region (Öffnung der Wirtschaft, Investitionsförderung, Ausweitung des Handels und Eindämmung der Armut), Investitionen in die Bevölkerung (Bildung, Gesundheitswesen etc.) und die Betonung von Sicherheitsaspekten (Zusammenarbeit in der regionalen Sicherheit, Bekämpfung des illegalen Waffen- und Drogenhandels und des organisierten Verbrechens).

Brasilien, Argentinien und Mexiko müssen ihre Rollen in diesem Projekt für ihre Hemisphäre definieren. Solange der Prozess voranschreitet, entweder durch einen „Spaghettischüssel-Regionalismus“* (subregionale Verträge zur Öffnung des Handels) oder durch eine „abgespeckte“ Version des FTAA, wird sich niemand davon ausschließen wollen außer einer sehr kleinen und spezialisierten Wirtschaft (die vielleicht die Rolle einer latein-

„Es erscheint zweckmäßig, die Barrieren im Zugang zu den Märkten zwischen der EU und Lateinamerika nach und nach abzubauen und schließlich völlig zu beseitigen.“

amerikanischen Schweiz spielen wird). Schließlich ist für jedermann klar, dass das Leben außerhalb des „Klubs“ ziemlich schwer ist.

Die Beziehungen zwischen den Staaten unserer Hemisphäre, die seit dem Beginn der FTAA-Verhandlungen rasch ausgebaut wurden, werden im November mit dem Vierten gesamt-amerikanischen Gipfel

in Argentinien eine deutliche Dynamik entfalten, auf dem die Förderung wettbewerbsfähiger Wirtschaften erörtert werden soll, die in der Lage sind, Investoren anzuziehen und durch ein stetiges Wirtschaftswachstum unter der Führung kleiner und mittelständischer Privatunternehmen Arbeitsplätze zu schaffen.

Die EU spielt ebenfalls eine immer größere Rolle in den Beziehungen Lateinamerikas, indem sie unter anderem die auf der Guadalajara-Konferenz festgelegten Punkte erfüllt, die nicht wesentlich vom Hemisphärenprojekt der USA und Lateinamerikas abweichen, was die Koordination zwischen den transatlantischen und den hemisphärischen Aspekten der Zusammenarbeit erleichtert. Darüber hinaus teilen Lateinamerika und Europa solche Werte wie Menschen- und Bürgerrechte, Demokratie und freie Marktwirtschaft, die eine wichtige Ausgangsbasis bilden. Zudem ist sich die EU der Bedeutung des sozialen Zusammenhalts in Lateinamerika und der Notwendigkeit einer Intensivierung des politischen Dialogs bewusst, der im vergangenen Jahrzehnt bei verschiedenen Gipfeltreffen der Staatsoberhäupter einschließlich der Guadalajara-Konferenz gefördert wurde.

Die jüngsten traumatischen Erfahrungen der EU im Hinblick auf den internationalen Terrorismus verdeutlichen die Notwendigkeit, die regionale und überregionale Zusammenarbeit zu verstärken und multilaterale Sicherheitsstrukturen zu schaffen, bei denen es nicht nur um militärische Sicherheit, Abrüstung und Waffenhandel geht, sondern auch um Krisenprävention, die friedliche Schlichtung bewaffneter Konflikte und Grenzstreitigkeiten, die Beteiligung an humanitären Interventionen, die Rolle der Sicherheits- und Militärkräfte beim Kampf gegen das internationale Verbrechen, insbesondere den Drogenhandel, sowie das wachsende Problem der inneren Sicherheit.

Es erscheint zweckmäßig, die Barrieren im Zugang zu den Märkten zwischen der EU und Lateinamerika nach und nach abzubauen und schließlich völlig zu beseitigen, sodass die gegenseitige transatlantische Öffnung in Koordination mit der Öffnung der Märkte in der westlichen Hemisphäre eine Diversifizierung der Exporte anregt und – durch die Stärkung rechtsstaatlicher Prinzipien und die vertraglichen Regelungen, die zur politischen Stabilität beitragen – die Sicherheit erhöht und die Bedenken hinsichtlich der Dauerhaftigkeit der Vertragsbestimmungen beseitigt werden, wodurch ein positives Investitionsklima entsteht.

Kurzum, auf mittlere Sicht zeichnen sich die folgenden drei Dimensionen der transatlantischen Beziehung ab:

* Von dem US-Ökonomen Jagdish N. Bhagwati geprägter Begriff zur Bezeichnung eines schwer entwirrbaren Durcheinanders der verschiedensten, teilweise einander überlappenden subregionalen handelspolitischen Ansätze und Regelungen (Anm. d. Red.).

1. Ein fruchtbarer politischer Dialog in Übereinstimmung mit den internationalen Rechtsvorschriften,

2. solide wirtschaftliche und finanzielle Beziehungen auf der Grundlage einer integralen und ausgewogenen Liberalisierung des Handels und freier Kapitalströme,

3. eine dynamische und kreative Zusammenarbeit auf den Gebieten der Sicherheit und Bildung sowie in wissenschaftlichen, technischen, kulturellen, menschlichen und sozialen Fragen.

Dieses Programm verlangt Fortschritte auf den folgenden Gebieten:

a) Einführung schneller und wirksamer Mechanismen zur Verbesserung und Erweiterung des gegenseitigen politischen Einverständnisses in Fragen von gemeinsamem Interesse und globalen Ausmaßen (Terrorismus, Drogenhandel, Umweltschutz, Vereinte Nationen und Reformen internationaler Organisationen),

b) gegenseitige Zusammenarbeit im Interesse einer stärkeren Einbeziehung Lateinamerikas in die Weltmärkte),

c) Entwicklung von Kooperationsprogrammen zur Verbesserung der internationalen Bedingungen für eine Integration lateinamerikanischer Länder, die durch ihre Erfahrung, technische Hilfe und den Einsatz von Ressourcen zur Überwindung der Armut beitragen,

d) gleichzeitige Unterstützung im Prozess der Qualitätsverbesserung der politischen Institutionen Lateinamerikas als wesentliche Voraussetzung, um eine langfristig sich selbst tragende Entwicklung zu erreichen, einen Konsens zu schaffen, staatliche politische Maßnahmen festzulegen, die Korruption zu bekämpfen und eine gute Regierungsführung zu fördern.

Im Folgenden einige Anmerkungen zu Argentinien und seiner internationalen Integration unter den gegenwärtigen Bedingungen. Man muss wissen, dass Argentinien in den beiden vergangenen Jahrzehnten nach und nach seine Außenpolitik geändert hat, um dem „Klub“ beizutreten, was an seinen Bündnispartnern sichtbar wird (seiner Annäherung an die USA, Brasilien und Chile) und an der stärkeren Einbindung des Landes in die neue Weltwirtschaft. Das bedeutet eine Abkehr vom Geist eines Isolationismus im Hinblick auf wirtschaftliche Fragen sowie von der periodisch wiederkehrenden konfrontativen politischen Haltung, die in der argentinischen Außenpolitik seit den vierziger Jahren vorherrschte und das Land, einst

eine bedeutende regionale Macht und eines der fortgeschrittensten Länder der Welt, zu einem zweitrangigen Staat gemacht hatte.

Vereinigte Staaten. Gegenüber den USA gab Argentinien die verdeckte Politik der Konkurrenz, welche seine Außenpolitik mehr als ein Jahrhundert lang bestimmt hatte, zugunsten einer liberalen und offeneren Zusammenarbeit auf und beteiligte sich beispielsweise als militärischer Verbündeter am Golfkrieg.

Europa. Die Beziehungen zu Großbritannien wurden wieder aufgenommen, und in den neunziger Jahren beteiligten sich bedeutende multinationale europäische Unternehmen mit Direktinvestitionen an verschiedenen argentinischen Industrien (Energie, Nahrungsmittel, Kraftfahrzeuge) und ebneten so den Weg zu Verhandlungen über einen Vertrag zur Zusammenarbeit und einem Freihandel zwischen dem Mercosur und der EU, auch wenn die Verhandlungen noch nicht so weit gediehen sind wie erhofft.

Subregionale Ebene. Auf dieser Ebene ersetzte die Außenpolitik ihre traditionelle „geopolitische“ Orientierung durch die „Integration“ mit der Verabschiedung mehrerer Gesetze, welche die Spannungen mit den Nachbarländern abbauten, insbesondere mit Brasilien und Chile. Diese Bemühungen haben den Geist der Zusammenarbeit auf der regionalen Ebene gestärkt, sodass Argentinien zum Verbündeten und Partner früherer Konkurrenten oder potenzieller Gegner wurde.

Wirtschaft. Die argentinischen Exporte nahmen in den neunziger Jahren jährlich durchschnittlich um 11 Prozent zu und lagen damit über dem Durchschnittswachstum des Welthandels. Es gab einen Zustrom von Direktinvestitionen, und eine Gruppe von Unternehmen dehnte ihre Tätigkeit auf die ganze Welt aus. Dieser expansive Trend hält auch im neuen Jahrhundert an.

Sicherheit und Verteidigung. Der Beitrag Argentinien im Bereich der nuklearen, chemischen und bakteriologischen Waffen hat es ermöglicht, aus der Region eine Friedenszone zu machen, in der unter den beteiligten Staaten eine kooperative Sicherheits- und Verteidigungspolitik Platz gefunden

„Der Beitrag Argentinien im Bereich der nuklearen, chemischen und bakteriologischen Waffen hat es ermöglicht, aus der Region eine Friedenszone zu machen.“

hat. Im Hinblick auf eine internationale militärische Zusammenarbeit wurde Argentinien zu einem bedeutenden Teilnehmer an den friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen.

Politische Kooperation. Argentinien hat seine traditionelle Politik der Zusammenarbeit in multilateralen und regionalen Organisationen beibehalten, erkennbar unter anderem an seiner Beteiligung am UN-Sicherheitsrat, seinen Initiativanträgen zu den Regeln des Mercosur und den Bestimmungen zur „Verteidigung der Demokratie“ der OAS sowie an dem Beschluss, das neue Antarktis-Sekretariat in Buenos Aires zu errichten.

Die positiven Wirkungen der erneuten Integration Argentiniens in die Welt wurden teils durch Mängel bei der Durchführung, teils durch die schwere politische, wirtschaftliche und soziale Krise des Jahres 2001 konterkariert, die eine Verzögerung des Prozesses um drei Jahre zur Folge hatte.

„Man muss wissen, dass Argentinien in den beiden vergangenen Jahrzehnten nach und nach seine Außenpolitik geändert hat, um dem ‚Klub‘ beizutreten.“

Tatsächlich hat die argentinische Regierung erst vor wenigen Tagen die Verhandlungen über eine Neuregelung der Auslandsschulden abgeschlossen. Außerdem zählen zu den noch anstehenden Fragen das neue Abkommen mit dem IWF, die Neuaushandlung von Verträgen mit Versorgungsunternehmen und die

baldige Aufhebung mehrerer Zoll- und anderer Schranken, die in den vergangenen Jahren den internationalen und regionalen Handel betrafen, sowie die Lage der Gläubiger, die an den erwähnten Verhandlungen nicht beteiligt waren.

Argentinien ist kein Land von strategischer Bedeutung, und seine Integration in die Weltwirtschaft ist noch nicht besonders weit gediehen. Deshalb muss es sich den weltwirtschaftlichen und/oder -politischen Regeln anpassen und einen Rahmen gemeinsamer Interessen mit den wichtigsten Ländern entwickeln, um nach einiger Zeit seine internationale Position zu festigen, sowohl im Hinblick auf die materiellen Machtattribute (Wirtschaftspotenzial, Qualität der militärischen und diplomatischen Kräfte) als auch auf Verbindungen und Einflussmöglichkeiten (durch Bündnisverträge

und Präferenzregelungen bei wirtschaftlichen Beziehungen).

Infolgedessen sollte es gemeinsam mit anderen Ländern der Region fortfahren, gleichzeitig mit den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union strategische Bündnisse oder politische, kommerzielle oder auf Sicherheitsinteressen beruhende Zusammenschlüsse zu bilden und auf diese Weise ein Netz verbindlicher Verträge aufzubauen, wodurch der Mangel an heimischen Institutionen ausgeglichen und eine größere Berechenbarkeit erreicht wird. Der Prozess der regionalen Integration wird weitergehen, unterstützt von der zunehmenden Interdependenz, dem politischen Willen der Staaten und dem Rahmen von Regeln und Bestimmungen zweier Schwesterbündnisse, einem transatlantischen und einem der westlichen Hemisphäre.

Ein solches Projekt wird es Argentinien ermöglichen, ein beschleunigtes und anhaltendes Wirtschaftswachstum zu erreichen, große Fortschritte im Hinblick auf seine Institutionen zu machen und zu den am meisten entwickelten Ländern der Welt aufzuschließen. Länder mit geringfügigen Schwächen (Italien, Spanien, die asiatischen Tigerstaaten und in jüngster Zeit Irland), die zur Gruppe der fortgeschrittenen Länder hinzukamen, hatten zuvor ein ausgedehntes und privilegiertes Netz von politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit einigen der heute fortgeschrittenen Länder geknüpft.

Das alles erfordert, dass die Regierungsbehörden die unvollständigen politischen, wirtschaftlichen und außenpolitischen Reformen, die um die Mitte der achtziger Jahre mit der Wiedereinführung demokratischer Verhältnisse in Angriff genommen wurden, korrigieren und die politische Zersplitterung, wirtschaftliche Instabilität und die systematische Korruption ebenso überwinden wie die übliche Nichteinhaltung von Verträgen, die hohe Armutsrate und das unsichere Umfeld infolge der Krise, mit denen das Land noch immer zu kämpfen hat.

Das bedeutet ein vielfältiges Programm von internen wirtschaftlichen, institutionellen und politischen Veränderungen. Doch solche Schwierigkeiten bieten zugleich auch Chancen, und eine angemessene und durchdachte Antwort wird Argentinien dazu verhelfen, bei dem Projekt der wirtschaftlichen und politischen Modernisierung große Fortschritte zu machen. □

Europa und Lateinamerika – Auf dem Weg zu strategischer Partnerschaft?

DER BEGRIFF DER STRATEGISCHEN PARTNERSCHAFT wird in diesen Tagen sicher zu inflationär gebraucht. Doch ich bin überzeugt, dass er auf Lateinamerika und Europa zutrifft. Sie sind zwar noch nicht strategische Partner, aber ganz sicher auf dem Weg dazu. Wir haben jedenfalls alle Veranlassung, an dieser Vision festzuhalten.

Insoweit möchte ich das Fragezeichen hinter dem Titel dieser Veranstaltung – „Europa und Lateinamerika – Auf dem Weg zu strategischer Partnerschaft?“ – gerne durch ein Ausrufezeichen ersetzen.

Die strategische Partnerschaft, die die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union, Lateinamerikas und der Karibik auf dem ersten Gipfel in Rio de Janeiro am 28. Juni 1999 verabredet haben, besteht in ihrem Kern aus der Bereitschaft, sich zu wichtigen internationalen friedens- und ordnungspolitischen Fragen auf Augenhöhe zu konsultieren und gemeinsame Politikansätze zu entwickeln.

I. Gemeinsame Werte und Positionen

Zu keiner Weltregion außerhalb Europas und der Gruppe hoch entwickelter Industrieländer unterhält die EU vergleichbar enge und historisch gewachsene Beziehungen wie zu den Staaten Lateinamerikas und der Karibik.

In Lateinamerika und der EU sehen wir die Welt ähnlich. Die Grundlage dafür bilden unsere gemeinsamen historisch-kulturellen Wurzeln und unsere humanistisch geprägte Wertegemeinschaft.

Was wichtiger ist: Aus den gemeinsamen Werten und Erfahrungen folgen übereinstimmende politische Positionen für die Gestaltung der Zukunft. Nicht nur unsere Wahrnehmung der Welt, wie sie ist, sondern auch unsere Vision der Welt, wie sie sein sollte, stimmen in vielem überein.

Unsere Gesellschaften werden demokratisch regiert, sie setzen auf Rechtsstaatlichkeit und sie gründen auf der Anerkennung der Würde und Freiheit des Individuums. Nicht zuletzt sind sie sich darin einig, dass die politische Schlüsselaufgabe der Zukunft die gerechte Gestaltung der Globalisierung ist.

Zwischen den Zivilgesellschaften auf beiden Seiten des Atlantiks besteht ein engmaschig und stabil geknüpftes Netzwerk. Ein wichtiger Faktor auf deutscher Seite war und ist dabei die Arbeit der politischen Stiftungen. Ich freue mich, dass diese Arbeit heute vielfach Anerkennung findet.

Die EU und Lateinamerika stellen zusammen sechs der zehn größten Volkswirtschaften der Welt. Außerhalb Westeuropas ist Lateinamerika die einzige Region, in der deutsche Unternehmen in bestimmten Industriesektoren eine Schlüsselposition einnehmen. São Paulo bleibt die stärkste deutsche Wirtschaftsmetropole außerhalb Deutschlands.

Die wirtschaftliche Verknüpfung haben wir durch das Freihandelsabkommen mit Mexiko vom Sommer 2000 und den Assoziierungsvertrag mit Chile vom November 2002 noch gestärkt. Ich hoffe, dass noch in diesem Jahr der Assoziierungsvertrag mit den Staaten des Mercosur hinzukommt. Mit den Staaten der Andengemeinschaft und Zentralamerikas haben wir 2003 erweiterte Kooperationsabkommen abgeschlossen.

International wünschen wir uns einen effektiven Multilateralismus, das heißt eine enge und partnerschaftliche Zusammenarbeit der Staaten untereinander, eine Verrechtlichung ihrer Beziehungen und eine starke regionale Integration – auch und besonders eine enge Zusammenarbeit zwischen den regionalen Zusammenschlüssen! Deswegen war „effektiver Multilateralismus“ neben der sozialen Kohäsion das zentrale Thema des letzten EU-Lateinamerika-Gipfels in Guadalajara.

Seit dem ersten Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union, Lateiname-

rikas und der Karibik in Rio 1999 hat sich unsere Zusammenarbeit in vielen multilateralen Fragen bewährt. Das gilt etwa für die Finalisierung des Römischen Statutes des Internationalen Strafgerichtshofes, für die Fortentwicklung der völkerrechtlichen Instrumente der Abrüstungs- und Nichtverbreitungspolitik oder für die Unterstützung der regionalen Integration in Süd- und Zentralamerika.

In diesen Zusammenhang gehört auch die vertrauensvolle und enge Zusammenarbeit, die wir während der deutschen Mitgliedschaft im Sicher-

„Die politische Entwicklung in Lateinamerika ist geprägt von der Spannung zwischen den Polen Demokratie, Stabilität und Autorität.“

heitsrat der Vereinten Nationen mit allen dort vertretenen lateinamerikanischen Partnern hatten.

Dass diese Zusammenarbeit während einer der schwierigsten Krisen des internationalen Systems, der Irakkrise, besonders eng war, unterstreicht die

Gemeinsamkeit unserer Wertvorstellungen, unseren gemeinsamen Glauben an universelle Prinzipien, an das Völkerrecht – übrigens nicht nur seitens der Regierungen, sondern auch unserer Völker.

So überrascht es nicht, dass es auch mit Blick auf die Bemühungen um eine Reform der Vereinten Nationen eine *unity of purpose*, eine große Nähe zwischen der Position der Bundesregierung und der überwiegenden Zahl der lateinamerikanischen Partner gibt.

Das gilt auch für das zweite große UN-Thema dieses Jahres: das *major event* im September, bei dem die Staats- und Regierungschefs ihre Entschlossenheit zur Umsetzung der *Millennium Declaration* und der *Millennium Development Goals* feierlich bekräftigen werden. Deutschland ist der nach dem brasilianischen Präsidenten benannten „Lula-Gruppe“ beigetreten, um gemeinsam mit den Mitgliedern dieser Gruppe nach alternativen Finanzierungswegen für einen effektiven Kampf gegen die Armut zu suchen.

2005 bietet eine einzigartige Gelegenheit zur langfristigen Stärkung und strukturellen Erneuerung der Vereinten Nationen. Wir dürfen diese historische Chance nicht verpassen!

II. Zentrale Felder einer zukünftigen strategischen Partnerschaft

Lassen Sie mich die Felder skizzieren, die meines Erachtens zukünftig im Mittelpunkt unserer strategischen Partnerschaft stehen sollten:

- die Stärkung der regionalen und interregionalen Zusammenarbeit,
- die Stärkung rechtsstaatlicher Strukturen,
- der Ausbau der wirtschaftlichen Verflechtung
- und die Förderung nachhaltiger Entwicklung.

Stärkung der regionalen und interregionalen Zusammenarbeit

Wenn wir sonst von strategischen Partnern sprechen, handelt es sich meist um das Verhältnis der Europäischen Union oder Deutschlands zu einem einzelnen Land. Hier geht es um das Verhältnis der EU zu einem Kontinent. Lateinamerika ist aber bisher nur in einigen Regionen integriert.

Unsere Partnerschaft mit Lateinamerika wird weiter gestärkt, wenn auch der innere Zusammenhalt Lateinamerikas gestärkt wird. Mit der Gründung der *Comunidad Sudamericana de Naciones*, der Südamerikanischen Staatengemeinschaft im Dezember letzten Jahres hat Südamerika einen wichtigen Schritt zu einer Zusammenführung der bisher bestehenden regionalen Zusammenschlüsse getan.

Keiner erwartet hiervon über Nacht einen Integrationsgrad, wie ihn die EU zu bieten hat, ein Integrationsgrad übrigens, der auch nicht von heute auf morgen erreicht worden ist. Aber es ist doch ein wichtiger Schritt voran.

Bis es so weit ist, wollen wir durch Abschlüsse von Verträgen mit den lateinamerikanischen Regionalzusammenschlüssen zu einer verstärkten Integration beitragen. Wir folgen also dem Grundsatz, die Assoziierungsverhandlungen nur auf biregionaler Ebene zu führen.

Hierher gehören die schon genannten Kooperationsabkommen mit den Staaten der Andengemeinschaft und Zentralamerikas. Ich hoffe, dass wir bei den Verhandlungen zum Assoziationsabkommen mit dem Mercosur noch im Laufe dieses Jahres zum Abschluss kommen können. Dazu muss sich die EU im Agrarbereich, der Mercosur bei den Dienstleistungen bewegen. Wir sind zu den erforderlichen Kompromissen bereit.



Zigarettenverkäufer in Ciudad Juarez, Mexiko 1985

*„Lateinamerika
leidet weiter
unter den enorm
großen Unter-
schieden zwischen
Arm und Reich.
Die Früchte des
Entwicklungsfort-
schritts müssen
breitere Bevöl-
kerungskreise
erreichen.“*

Stärkung von staatlichen und rechtsstaatlichen Strukturen

Ich habe eingangs gesagt, dass es unsere gemeinsamen Werte wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind, die das Fundament der Partnerschaft bilden. Diese Prinzipien müssen weiter konsolidiert und gestärkt werden.

Die politische Entwicklung in Lateinamerika ist ja geprägt von der Spannung zwischen den Polen Demokratie, Stabilität und Autorität. Immer wieder gab und gibt es auch Brüche und Rückschläge.

Vor diesem Hintergrund ist es beunruhigend, wenn das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) in einer Umfrage feststellt, dass 55 Prozent der Lateinamerikaner ein autoritäres Regime anstelle einer demokratisch gewählten Regierung unterstützen würden, wenn dieses ihre wirtschaftlichen Probleme löste – beunruhigend, aber

mit Blick etwa auf die deutsche Geschichte kein singuläres, sondern nachvollziehbares Phänomen.

In den vergangenen Jahren durchlitten eine Reihe von großen und kleinen Staaten Lateinamerikas und der Karibik Krisen, die auf Staatsversagen oder auf sich zuspitzende wirtschaftliche und soziale Probleme zurückzuführen waren.

Das rechtfertigt sicher nicht, von einer „Erschöpfung der Demokratie“ zu sprechen. Die genannte Studie hat auch festgestellt, dass 43 Prozent der Lateinamerikaner die Demokratie uneingeschränkt befürworten und weitere 30 Prozent immerhin noch unter Vorbehalt.

Eines wird durch diese Zahlen aber ganz deutlich: Wir müssen auf beiden Seiten des Atlantiks, aber besonders in und für Lateinamerika wirtschaftlichen Fortschritt und sozialen Ausgleich erreichen, um populistischen und autoritären Versuchen die Stirn bieten zu können.

Das erfordert von den Staaten Lateinamerikas, aber auch von uns die Fortsetzung von Reformen mit dem Ziel, nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum und soziale und politische Stabilität zu erreichen.

Lateinamerika leidet weiter unter den enorm großen Unterschieden zwischen Arm und Reich. Die Früchte des Entwicklungsfortschritts müssen brei-

„Korruption und Vetternwirtschaft gilt es kompromisslos zu begegnen. Das erfordert auch von europäischen Unternehmen verantwortliches Handeln.“

tere Bevölkerungskreise erreichen. Korruption und Vetternwirtschaft gilt es kompromisslos zu begegnen. Das erfordert auch von europäischen Unternehmen verantwortliches Handeln.

Die Förderung des politischen Dialogs, die Hilfe beim Aufbau moderner Rechtsstaatlich-

keit, ergebnisorientierte Menschenrechtspolitik, aber auch die Armutsbekämpfung, die Öffnung von Märkten und faire Handelsbedingungen sind gleichermaßen im deutschen und im europäischen Interesse wie im Interesse unserer Partner in Lateinamerika.

Zu den Aufgaben unserer strategischen Partnerschaft gehört also nicht nur der Blick auf unsere gemeinsamen Interessen auf der Weltbühne, sondern auch die gemeinsame Gestaltung der Demokratisierungs- und Stabilisierungsprozesse in Lateinamerika und der Karibik.

Wirtschaftliche Verflechtung ausbauen

Eine andere Facette der Diskussion um die strategische Partnerschaft macht mir weniger Kopfzerbrechen: das angeblich nachlassende Interesse Europas an Lateinamerika. Lateinamerika ist aus Sicht der EU sicher nicht auf dem politischen Abstellgleis gelandet. Es trifft zwar zu, dass unsere Beziehungen in der jüngeren Vergangenheit nur selten in den Schlagzeilen waren. Und es trifft sicher auch zu, dass der Krieg in Afghanistan, die Auseinandersetzung um den Irak sowie der Nahost-Konflikt über viele Monate die Aufmerksamkeit der Welt und damit auch unserer Entscheidungsträger auf sich gezogen haben. Und nicht zu vergessen: Die EU hat sich erweitert und ihre Mitglieder haben die historische Chance, das durch den Kalten Krieg geteilte Europa zu einen. Damit sind enorme Aufgaben verbunden, für uns Deutsche allemal. So wurde insbesondere die Politik dazu gezwungen, sich auf die Lösung aktueller Probleme zu konzentrieren. Dass Lateinamerika trotz fortbestehender Herausforderungen aus unserer Sicht kein „Krisenkontinent“ mehr ist, sollte aber kein Grund zur Klage sein.

Vor allem darf man daraus keinen Vorwurf der Vernachlässigung unserer Beziehungen zu Lateinamerika ableiten. Wir sprechen bei den Kontakten zu Lateinamerika über jahrzehntealte, gewachsene Bindungen, die sich auch in Zahlen fassen lassen.

Nehmen Sie die wirtschaftlichen Beziehungen: Der Handel der EU mit Lateinamerika hat sich in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt.

Spanien und Deutschland nehmen hinter den USA Rang zwei und drei der Investoren in Lateinamerika ein. Viele deutsche Investitionen erscheinen zudem in keiner Statistik, weil sie durch deutsche Tochterunternehmen mit Mitteln getätigt werden, die sie aus eigener Kraft in Lateinamerika erwirtschaften.

Das Auswärtige Amt unterhält 26 Auslandsvertretungen in Lateinamerika, für die die Förderung deutscher Wirtschaftsinteressen einen wichtigen Arbeitsschwerpunkt darstellt.

Nehmen Sie den Besucheraustausch, auch auf der höchsten politischen Ebene. Der Bundeskanzler war im letzten Jahr in Lateinamerika und wird auch in diesem Jahr mehrere Staaten der Region besuchen. Die Zahl der eingehenden Besuche aus der Region ist gleichbleibend hoch.

Förderung von nachhaltiger Entwicklung

Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sind der bedeutendste Entwicklungshilfegeber in Lateinamerika. Daran ändert sich auch nichts, wenn die Bundesregierung die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit mit einigen bisherigen Kooperationsländern auslaufen lässt.

„Interessenidentität besteht insbesondere bei sicherheitspolitischen Fragen wie der Bekämpfung des internationalen Terrorismus, des illegalen Drogenhandels und der organisierten Kriminalität.“

Die Gründe für eine stärkere länderbezogene Differenzierung waren der jeweilige Entwicklungsstand der einzelnen Länder, der unterschiedliche Bedarf nach deutscher Förderung und etwa bestehende Vor- und Nachteile der deutschen Entwicklungszusammenarbeit gegenüber anderen bi- oder multilateralen Gebern.

Es geht uns darum, die Hilfe im beiderseitigen Interesse konzentrierter einzusetzen, nicht um einen Rückzug. Es ist im Übrigen ein Grund zur Freude, nicht zur Klage, wenn einige Staaten in Lateinamerika keine Entwicklungshilfe mehr benötigen.

Deutschland hat zudem seit 1998 Schulden in Höhe von über 1,1 Milliarden Euro erlassen, darunter sämtliche Schulden von Bolivien, Guyana, Honduras und Nicaragua, die zur Gruppe der am höchsten verschuldeten armen Länder gehören.

III. Potenziale des transatlantischen Dreiecks USA – EU – Lateinamerika nutzen

Lassen Sie mich noch einige Worte zum sogenannten „transatlantischen Dreieck“ sagen. Nordamerikaner und Europäer sind im wirtschaftlichen Bereich natürlich oft Konkurrenten, das gilt übrigens auch für die Europäer untereinander.

Die Lateinamerika-Politik Europas steht aber nicht in einer Rivalität zu den USA, sie will keinen Gegenpol schaffen. Aber Sie ermöglicht Diversifizierung, schafft zusätzliche Optionen und verringert Abhängigkeiten.

Vieles, was uns mit Lateinamerika verbindet, verbindet uns mindestens ebenso mit Nordameri-

ka. Das gilt für die gemeinsamen Werte, unser Verständnis von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ebenso wie für den Stand der wirtschaftlichen Vernetzung. Daraus folgt ganz selbstverständlich, dass Nordamerika, Lateinamerika und Europa bei vielen internationalen Fragestellungen auf der gleichen Seite stehen. Unterschiedliche Auffassungen zu Einzelfragen wie dem Internationalen Strafgerichtshof oder dem Kyoto-Protokoll ändern daran nichts.

Interessenidentität besteht insbesondere bei sicherheitspolitischen Fragen wie der Bekämpfung des internationalen Terrorismus, des illegalen Drogenhandels und der organisierten Kriminalität.

Oft geht es dabei im Kern um die Stabilisierung schwacher Staaten, die aus eigener Kraft wesentliche staatliche Aufgaben nicht mehr leisten können.

Weitere gemeinsame Anliegen sind der Schutz der Umwelt und der verantwortliche Umgang mit knappen Ressourcen.

Allerdings gibt es Grenzen einer sinnvollen Organisation von Interessen. Unser multilateraler Bezugsrahmen sind die Vereinten Nationen, in denen wir gemeinsam für die genannten Werte eintreten. Weitere gemeinsame Plattformen sind die Welthandelsorganisation und die in der kommenden Woche in Chile tagende „Gemeinschaft der Demokratien“.

In all diesen Foren arbeiten wir de facto meist im transatlantischen Dreieck zusammen.

Also ein klares Ja zu einem strategischen Dialog in den bestehenden Foren, für eine darüber hinausgehende Institutionalisierung dieses Dreiecks aber sehe ich keinen Bedarf. □

JOSÉ BOTAFOGO GONÇALVES

Brasilien im Kontext Lateinamerikas

DER BEGRIFF „LATEINAMERIKA“ MUSS HEUTE neu definiert werden. Der geografische Aspekt der Definition dürfte noch der am wenigsten umstrittene sein: Lateinamerika ist eine zusammenhängende Landmasse mit unabhängigen Staaten, die sich über Südamerika und einen beträchtlichen Teil der Karibik und Mittelamerikas bis nach Mexiko in Nordamerika erstrecken. Mit ihrer Kultur und Sprache haben Spanien und Portugal ihr Wertesystem auf diese amerikanischen Ländern übertragen. Darüber hinaus macht sich in einer Reihe kleinerer Länder wie Haiti, Jamaika, Barbados, Guyana und anderen der Einfluss Frankreichs und Englands bemerkbar.

Brasiliens Weg in die Unabhängigkeit

Als zu Beginn des 19. Jahrhunderts napoleonische Truppen auf die Iberische Halbinsel vordrangen und die traditionellen Herrscherdynastien der Bourbonen und der Bragança bezwangen, sahen deren Kolonien in Südamerika und Mexiko den Zeitpunkt für gekommen, ihre politischen Beziehungen zu den Mutterländern Spanien und Portugal zu überdenken. Auf der europäischen Seite fanden die spanischen und portugiesischen Royalisten ganz unterschiedliche Antworten auf die Herausforderung, die die Anwesenheit napoleonischer Truppen in Iberien darstellte. Spanien ließ es zu, dass sein amerikanisches Kolonialreich in eine große Zahl unabhängiger Staaten zerfiel, während Portugal die Einheit der brasilianischen Kolonie bewahrte, indem es den Sitz der bedrohten portu-

giesischen Monarchie – die königliche Familie selbst – einfach nach Rio de Janeiro verlegte. Formal streifte Brasilien 1808 seinen kolonialen Status ab und übernahm die Herrschaft über das portugiesische Reich. Es erschien wie ein Taschenspielertrick, aber es funktionierte.

Wenn man verstehen will, warum Portugal und Spanien, beides katholische Länder, die seit langem eine absolute Monarchie kannten, verwandte Sprachen sprachen und seit Jahrhunderten eine erfolgreiche imperiale Politik betrieben, so unterschiedlich auf die napoleonische Neuordnung Europas reagierten, muss man einige Jahrhunderte in der europäischen Geschichte zurückgehen. Dann wird man erkennen, dass Portugal und Spanien bereits seit dem Mittelalter ganz unterschiedliche Länder waren.

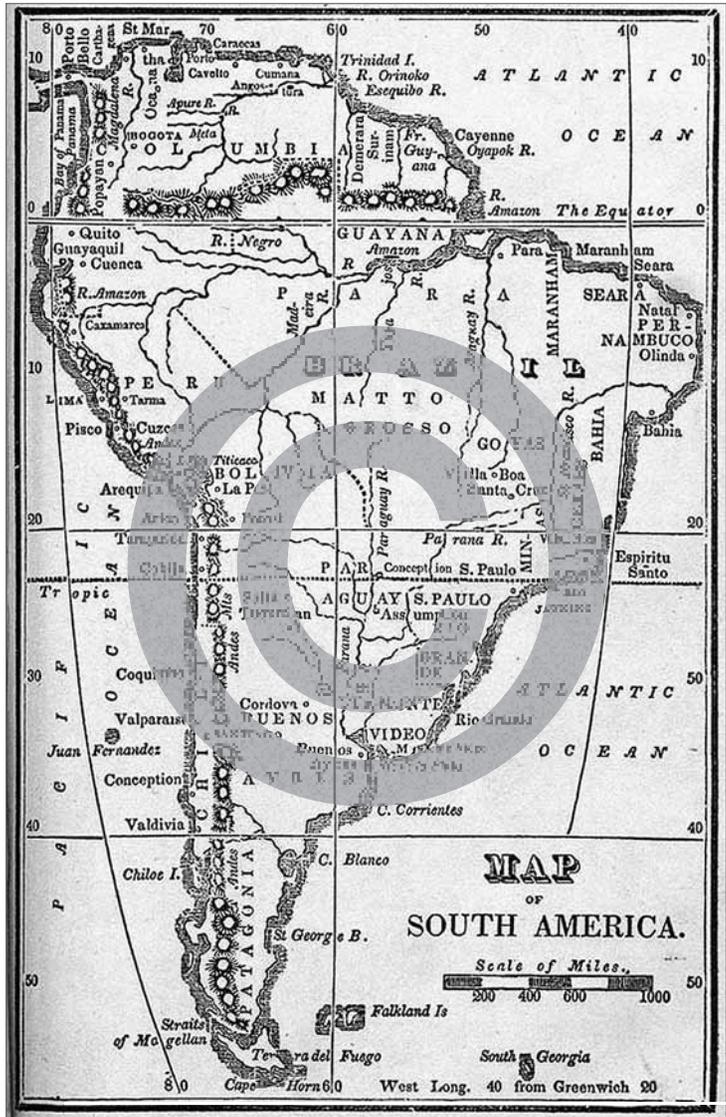
Eine ausführliche Beantwortung dieser Frage würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen, deshalb sei hier nur auf einige wenige grundlegende historische Tatsachen hingewiesen:

- a) In den Tagen des Römischen Reiches leisteten portugiesische Stämme unter der Führung von Viriatus der römischen Besatzung erbitterten Widerstand.
- b) Auf der Iberischen Halbinsel befreite sich das christliche Portugal wesentlich früher von den Arabern als Spanien.
- c) Portugal war der erste Nationalstaat, der sich in Europa konstituierte. Könige, Adlige und Bürger empfanden sich als Teil einer eigenständigen politischen, kulturellen und religiösen Einheit.

Im Jahr 1580 gelang es Portugal nicht mehr, seine Unabhängigkeit von Spanien zu bewahren: Philipp II. übernahm die portugiesische Krone. Angesichts des politischen Niedergangs Portugals sowie seines finanziellen Ruins hätte man erwarten können, dass es im spanischen Territorium aufgehen und seine politische und kulturelle Identität verlieren würde.

Doch dazu kam es nicht. Die politische Verschmelzung der beiden Länder öffnete den portugiesischen Kolonialverwaltern, zumal in Südamerika, die Augen für die vorteilhafte Lage, die durch diese Vereinigung entstanden war. Modern ausge-

Karte von Südamerika aus dem Boston Schulatlas. Herausgeber: Boston Daily Advertiser, 1830



drückt, erkannten die portugiesischen Beamten das *window of opportunity*, das Spanien dadurch aufgestoßen hatte: Von jetzt an hatten sie freie Hand, das brasilianische Territorium unter portugiesischer Verwaltung weit über die engen Grenzen des Vertrags von Tordesillas hinaus auszudehnen, da die beiden Länder nunmehr miteinander auf freundschaftlichem Fuß standen und vom selben König regiert wurden.

Als Portugal 1640 seine Unabhängigkeit wieder gewann, hatte das portugiesisch beherrschte Brasilien sein Territorium auf Kosten der lokalen spanischen Verwaltung beträchtlich ausgedehnt.

Die heutige Ausdehnung Brasiliens, das sich über rund 40 Prozent des südamerikanischen Territoriums erstreckt, geht in der Hauptsache auf jene kurze Periode zwischen 1580 und 1640 zurück.

Von 1640 bis zum zweiten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts bestand die portugiesische Politik in Brasilien darin, die nördlichen und westlichen politischen Grenzen der Kolonie zu konsolidieren: entweder durch unmittelbare Besetzung – nach dem

Grundsatz „*uti possidetis*“* – oder durch Verhandlungen. Im südlichen Teil der Kolonie konzentrierte sich die territoriale Politik der Portugiesen in der Hauptsache auf militärische Maßnahmen: die Besetzung des linken Ufers des Rio de la Plata, die Gründung der Kolonie Sacramento, die Annexion Uruguays und den Kampf gegen die expansionistische Politik Argentiniens und Paraguays. Entlang der Atlantikküste mussten portugiesische Truppen,

* *uti possidetis* (lat.: „wie ihr besitzt“): Bezeichnung für den augenblicklichen territorialen Besitzstand, z. B. in Waffenstillstandsverträgen. Seit der Dekolonisierung in Südamerika wird das *Uti-possidetis*-Prinzip als Besitzstandsgarantie im Sinne einer Garantie der Fortgeltung früherer Kolonialgrenzen verstanden (Anmerkung der Redaktion).

die inzwischen aus Weißen, Indios, Schwarzen und Mischlingen, kurz aus Brasilianern bestanden, wiederholte Versuche Frankreichs und der Niederlande zurückschlagen, in die Territorien im Norden und Nordosten Brasiliens einzudringen.

1820, als die meisten Kolonien in Südamerika unabhängige Republiken geworden waren, nutzte König Johann VI. von Portugal erneut die Gunst der Stunde, indem er seinem Sohn Peter, dem Regenten der brasilianischen Kolonie, den Rat gab, Brasilien zu einer unabhängigen Monarchie auszurufen. Natürlich würde Portugal ein Land verlieren, doch das Haus Bragança würde das neue brasilianische Kolonialreich als Teil seiner privaten Besitzungen behalten.

Brasiliens Sonderstellung innerhalb Lateinamerikas

Nach diesem kurzen historischen Abriss ist es an der Zeit, sich der Hauptfrage dieses Beitrags zuzuwenden: Wie weit ist Brasilien ein Teil von Lateinamerika? Wie lässt sich die brasilianische Teilhabe an Politik, Handel, Wirtschaft und Kultur Lateinamerikas seit dessen Unabhängigkeit de-

„Die Veränderungen im Handel, den Investitionen, in der Kultur, im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie in der Demokratisierung der Regimes sind in jeder Hinsicht bemerkenswert.“

finieren? Ist Brasilien bei seiner Integration in die Welt denselben Mustern oder Standards gefolgt wie das übrige Südamerika?

Hatte die Beziehung zwischen Brasilien und den Andenländern denselben Charakter und dieselben Merkmale wie seine Beziehung zu Argentinien, Paraguay und Uruguay? Ist es sinn-

voll, von zwei separaten Südamerikas zu sprechen, von denen das eine Portugiesisch und das andere Spanisch spricht? Ist „Lateinamerika“ unter dem Blickwinkel der wirtschaftlichen Macht und des internationalen Handels ein wohlbegründeter Begriff oder eine irreführende Bezeichnung? Und zu welchem Lateinamerika gehört Mexiko?

Um alle diese Fragen umfassend zu beantworten, müsste man vermutlich mehrere Bücher oder zumindest etliche gehaltvolle Aufsätze schreiben.

An dieser Stelle möchte ich einige provozierende Behauptungen aufstellen:

Behauptung 1:

Brasilien ist ein besonderes und fremdartiges Gebilde innerhalb Lateinamerikas.

So weit die Brasilianer sich als ein Teil Lateinamerikas verstehen, tun sie dies hauptsächlich aufgrund der negativen Merkmale der Region, wie zum Beispiel: Unterentwicklung, Unterwerfung unter den politischen und wirtschaftlichen Imperialismus der entwickelten Welt, soziale Ungerechtigkeit, schwach entwickeltes demokratisches Bewusstsein, Hinnahme einer gewalttätigen Polizei und der Straffreiheit für Verbrechen der Reichen und anderes.

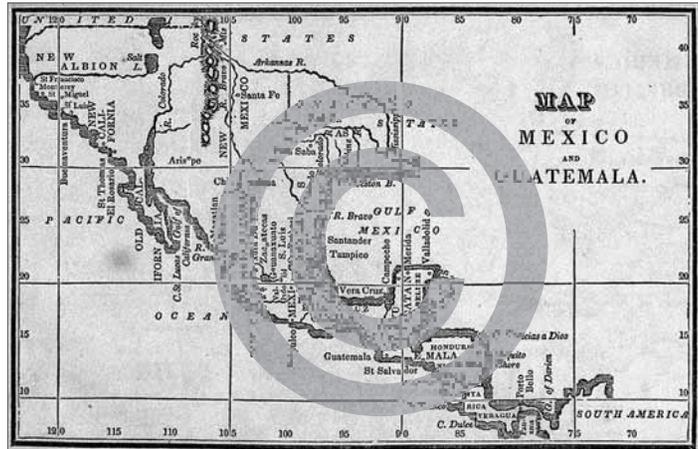
Auf der anderen Seite sind sich die Brasilianer durchaus auch ihrer Stärken bewusst: politische und ethnische Toleranz, eindeutige Bevorzugung friedlicher Lösungen bei inneren wie äußeren Konflikten, pragmatische Lösungen in politischen und wirtschaftlichen Krisen, ein Streben nach Glück, das seinen Ausdruck in Musik, Tanz und Sport findet. Allerdings glauben die Brasilianer nicht, dass sich diese Eigenschaften auf die Spanisch sprechenden Nachbarländer übertragen lassen. Sie betrachten im Gegenteil ihre Nachbarn als intolerant, rassistisch, von einer aggressiven Mentalität beherrscht und bereit, Streitigkeiten eher durch einen Abbruch des Gesprächs zu beenden als durch Verhandlungen beizulegen. Diese Vorstellungen werden noch durch die Tatsache gefestigt, dass die Brasilianer Portugiesisch, ihre Nachbarn dagegen Spanisch sprechen.

Behauptung 2:

Seit der Unabhängigkeit wurde das alltägliche Leben in Brasilien kaum durch die Nachbarländer beeinflusst (mit Ausnahme der Länder des südlichen Zipfels: Argentinien, Uruguay und Paraguay).

Die Geografie spielt bei diesem Phänomen eine große Rolle. Auf der atlantischen Seite grenzt Brasilien lediglich an Uruguay und Argentinien. Im Norden und Westen erzeugen der Regenwald des Amazonas und das Flusstal von Paraná und Paraguay sowie vor allem die Anden einen solch starken Eindruck der Distanz zwischen Brasilien und den pazifischen Ländern Lateinamerikas, dass sich die Brasilianer selbst heute noch den Vereinigten Staaten, Europa und einigen der west- und südafrikanischen Staaten mehr verbunden fühlen als ihren Nachbarländern.

*Karte von
Mittelamerika
aus dem Boston
Schulatlas.
Herausgeber:
Boston Daily
Advertiser,
1830*



Behauptung 3:

Die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen Brasiliens zu den USA, Europa und Japan sind besonders stark ausgeprägt, während die Beziehungen zu den lateinamerikanischen Ländern mit Ausnahme der Länder des Mercosur kaum eine Rolle spielen.

Seit den Zeiten der Kolonialherrschaft gehen die brasilianischen Exporte nach Europa und in die Vereinigten Staaten; sie umfassen eine Hand voll Minerale und Agrargüter wie Gold, Pernambukholz, Zucker, Kaffee und Kakao. In jüngerer Zeit kamen zu den hauptsächlich landwirtschaftlichen Exportgütern noch Sojabohnen, Rindfleisch und Hühnerfleisch hinzu. Diese Güter haben bislang weder eine nennenswerte Rolle im Handel mit den südamerikanischen Nachbarstaaten gespielt, noch haben sie die Entwicklung eines Transportwesens und einer logistischen Infrastruktur in diesen Ländern angeregt. Der erste erfolgreiche Versuch, Brasilien mit seinen Nachbarn enger zu verbinden, ist die Freihandelszone Mercosur, die 1991 ins Leben gerufen wurde. Handels- und Investitionsvolumen innerhalb des Mercosur sind zahlenmäßig und im Hinblick auf die staatliche Politik bereits von Bedeutung, auch wenn sie im Vergleich zu den mit Europa, den USA und einigen asiatischen Ländern erreichten Volumen nur an dritter bzw. vierter Stelle stehen. Im Bereich der Industriegüter sind die brasilianischen Exporte in die Mercosur-Länder nach 1991 beträchtlich gewachsen, haben sich jedoch im Vergleich zu denjenigen in die Staaten der Andengemeinschaft weniger dynamisch entwickelt.

Behauptung 4:

Trotz des allen lateinamerikanischen Staaten gemeinsamen kulturellen und historischen Erbes verknüpft Mexiko sein Schicksal zunehmend mit dem der beiden nordamerikanischen Staaten, der USA und Kanadas.

Exzessive Nationalismen, eigenständige Straßen- und Schienennetze, Handelsströme, die von Westen nach Osten statt von Norden nach Süden fließen, das alles erklärt, warum die Institutionalisierung des Mercosur relativ langsam voranschreitet. Dennoch besteht Anlass zu Optimismus, wenn man berücksichtigt, dass sich die Länder des Mercosur bis zum Ende der achtziger Jahre in der Regel nach den USA und Europa orientiert und ihren unmittelbaren Nachbarn im Süden die kalte Schulter gezeigt haben. Die Veränderungen im Handel, den Investitionen, in der Kultur, im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie in der Demokratisierung der Regimes sind in jeder Hinsicht bemerkenswert. Kurzum, für das 21. Jahrhundert kann man sich die Weiterentwicklung und Konsolidierung mehrerer Lateinamerikas vorstellen, von denen das eine den Mercosur, Chile und Bolivien umfasst und das zweite die Andengemeinschaft, während in Nordamerika ein drittes unter der Führung Mexikos entsteht, das einen begünstigten Warenverkehr mit Zentralamerika und der Karibik unterhält und sich im Einflussbereich der Vereinigten Staaten bewegt.

Wie weit ein solches Szenario unausweichlich ist oder ob es Alternativen dazu gibt, wird sich erst nach eingehenderen Analysen erweisen. □



Thomas Gauly und Bernd Mützelburg während ihres Gesprächs im Bundeskanzleramt in Berlin.

Interview

*Thomas Gauly sprach mit Bernd Mützelburg
anlässlich des 24. Sinclair-Haus-Gesprächs*

GAULY: Herr Mützelburg, die auf nunmehr drei großen Gipfeltreffen beschworene „strategische Partnerschaft“ zwischen der Europäischen Union und den Staaten Lateinamerikas und Europas suggeriert gemeinsame politische Ziele der beiden Kontinente. Worin sehen Sie die Ziele einer solchen Partnerschaft?

MÜTZELBURG: In ihrem Kern besteht die strategische Partnerschaft, die die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union, Lateinamerikas und der Karibik 1999 auf dem ersten Gipfel in Rio de Janeiro verabredet haben, in der Bereitschaft, sich auf Augenhöhe zu wichtigen internationalen friedens- und ordnungspolitischen Fragen zu konsultieren und Ansätze einer gemeinsamen Politik zu entwickeln.

GAULY: Was bedeutet dies konkret?

MÜTZELBURG: Die Stärkung rechtsstaatlicher Strukturen, die Intensivierung des Wirtschaftsaustausches, die Förderung nachhaltiger Entwicklung und verstärkter regionaler Kooperation in Lateinamerika stehen dabei im Mittelpunkt. Dazu gehört aber selbstverständlich auch die Zusammenarbeit in internationalen Foren, vor allem in den Vereinten Nationen.

GAULY: Was sind dabei die Gemeinsamkeiten zwischen Europa und Lateinamerika, von denen die Zusammenarbeit getragen wird?

MÜTZELBURG: Wir bewegen uns dabei auf dem festen Fundament einer hohen Werteübereinstimmung: Demokratie, Rechtsstaat und Achtung der Menschenrechte. Aber auch in unserem Streben nach einem starken und effektiven Multilateralismus stimmen wir überein. Hinzu kommt: EU und Lateinamerika stellen zusammen sechs der zehn größten Volkswirtschaften der Welt. Der Handel der EU mit Lateinamerika hat sich in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sind der bedeutendste Entwicklungshilfegeber in Lateinamerika.

GAULY: Warum braucht Europa zur Verwirklichung dieser Ziele gerade einen etwas im Windschatten der öffentlichen Wahrnehmung segelnden Kontinent wie Lateinamerika?

„Es ist für die Europäer geradezu ein Gebot der politischen Vernunft, die enge Zusammenarbeit mit einem Kontinent zu suchen, den so viele historisch-kulturelle Wurzeln...mit Europa verbinden.“

Bernd Mützelburg

MÜTZELBURG: Kein Land und keine Staatengemeinschaft kann die gemeinsamen globalen Herausforderungen im Alleingang bewältigen. Es ist für die Europäer geradezu ein Gebot der politischen Vernunft, die enge Zusammenarbeit mit einem Kontinent zu suchen, den so viele historisch-kulturelle Wurzeln und die vorgenannten Werte mit Europa verbinden.

GAULY: Könnte ein Motivationsgrund der europäisch-lateinamerikanischen Partnerschaft auch darin bestehen, die von Ihnen genannten Ziele weltpolitisch gegen die USA durchzusetzen?

MÜTZELBURG: Mit Sicherheit nicht. Das zeigt schon das Datum, an dem wir die strategische Partnerschaft verabredet haben: 1999, also lange vor allen Meinungsverschiedenheiten über den Irakkrieg. Ganz im Gegenteil: Wir arbeiten auf eine Stärkung des transatlantischen Dreiecks zwischen den USA/Kanada, Lateinamerika und Europa hin. Dies schließt die Förderung der interregionalen Zusammenarbeit in Lateinamerika, wie sie im Mercosur, im Andenpakt oder der Karibischen Gemeinschaft zum Ausdruck kommt, mit ein. Nur durch starke subregionale Kooperationsstrukturen wird es möglich sein, globalen und regionalen Stabilitätsrisiken wirksam zu begegnen.

GAULY: Aber unter dem Begriff „Lateinamerika“ werden Länder zusammengefasst, die zum Teil höchst unterschiedliche Interessen vertreten – siehe etwa Mexiko oder Brasilien. Worin liegt der Wert einer europäischen Politik, die Lateinamerika als Ganzes anspricht?

MÜTZELBURG: Unsere Partnerschaft mit Lateinamerika wird in dem Maß gestärkt, in dem auch der innere Zusammenhalt Lateinamerikas zunimmt. Unsere Erfahrungen in Europa zeigen doch – trotz der gegenwärtig schwierigen Verfassungsdiskussion –, welchen Sicherheits- und Wohlstandszuwachs die europäische Integration für uns gebracht hat. Wir streiten heute über finanzielle Beiträge, aber nicht über Grenzen. Ein EU-Gipfel kann scheitern, aber Frieden und Sicherheit in Europa sind so stabil wie nie zuvor. Wenn wir andere Weltregionen auf diesem Weg unterstützen können, dann profitieren wir selbst ganz erheblich davon.

GAULY: Das ist die europäische Erfahrung seit 1945, aber ist dies auf Lateinamerika übertragbar?

MÜTZELBURG: Keiner erwartet von Lateinamerika über Nacht einen Integrationsgrad, wie ihn die EU in nunmehr fünf Jahrzehnten entwickelt hat. Aber die Gründung der „Gemeinschaft Südamerikanischer Staaten“ im Dezember 2004 ist doch ein wichtiger Schritt nach vorn. Bis es so weit ist, wollen wir durch eine immer engere Zusammenarbeit zu mehr Integration in Lateinamerika beitragen.

GAULY: Wie lässt sich die europäische Lateinamerikapolitik mit dem aktuellen Ziel deutscher Außenpolitik vereinbaren, für die Bundesrepublik einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu erlangen?

MÜTZELBURG: Das lässt sich sehr gut vereinbaren. Überwältigendes Ziel unserer Politik in Sachen VN-Reform ist es, die Instrumente des Multilateralismus so effizient und stark wie möglich zu machen. Dazu gehört in erster Linie, dass die Vereinten Nationen, die globale und sachlich umfassendste Weltorganisation, fit gemacht wird für die Aufgaben des 21. Jahrhunderts. Der EU-Lateinamerika-Gipfel in Guadalajara im Mai 2004 hat gezeigt, dass dies ein gemeinsames Ziel beider Regionen ist.

„Worin liegt der Wert einer europäischen Politik, die Lateinamerika als Ganzes anspricht?“

Thomas Gauly

GAULY: Aber der Ruf der Deutschen nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat scheint zu signalisieren, dass das nationale Eigeninteresse Vorrang hat.

MÜTZELBURG: Für unsere VN-politischen Anliegen spielen die europäische Integration und die Unterstützung regionaler Integration weltweit eine wichtige Rolle. Ein europäischer Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bleibt unser langfristiges Ziel.

GAULY: Für wann streben Sie denn einen europäischen Sitz an?

MÜTZELBURG: Zurzeit ist die Integration der Europäischen Union noch nicht so weit gediehen, als dass sie sich auf einen solchen Sitz einigen könnte. Wenn Deutschland im Zuge der jetzt diskutierten Reform des Sicherheitsrats einen ständigen Sitz erhält, so werden wir unsere Arbeit im Sicherheitsrat sehr Europa-freundlich gestalten, gemeinsame EU-Positionen vertreten und durch aktive Informations- und Konsultationstätigkeit die EU-Abstimmung zu den behandelten Themen fördern. Ich könnte mir vorstellen, dass eine solche Praxis auch in anderen Regionalgruppen, etwa in Lateinamerika, Schule macht. In der Schaffung zusätzlicher ständiger Sitze für Latein-



amerika, Asien und Afrika sehe ich eine Chance für die Verstärkung dieser wichtigen Dynamik innerhalb der Regionalgruppen.

GAULY: Der britische Premier Tony Blair hat eine außenpolitische Arbeitsteilung der EU-Mitgliedsstaaten angeregt und in diesem Zusammenhang empfohlen, dass sich Spanien und Portugal in besonderer Weise der Beziehungen zu Lateinamerika annehmen sollten. Was halten Sie von dem Gedanken einer solchen Arbeitsteilung und glauben Sie, dass sie im Interesse der lateinamerikanischen Staaten läge?

„Unsere Partnerschaft mit Lateinamerika wird in dem Maß gestärkt, in dem auch der innere Zusammenhalt Lateinamerikas zunimmt.“

Bernd Mützelburg

MÜTZELBURG: Es ist ganz selbstverständlich, dass einige Staaten an bestimmten Regionen größeres Interesse haben als an anderen. Besondere historische und kulturelle Beziehungen einzelner Mitgliedsstaaten sollte die EU nutzen. Eine „außenpolitische Arbeitsteilung“ in dem von Ihnen genannten Sinne halte ich jedoch nicht für sinnvoll. Gerade Deutschland hat in Lateinamerika ein hohes Ansehen und trifft auf großes Interesse. Das Verhältnis ist historisch unbelastet und wir haben viele wirtschaftliche Interessen, die wir nicht einfach anderen überlassen können und überlassen wollen.

GAULY: Die EU wendet sich in ihrer Lateinamerika-Politik nicht nur an den Gesamtkontinent, sondern in unterschiedlicher Intensität auch an die verschiedenen mittel- und südamerikanischen Integrationsbündnisse. Am besten entwickelt sind die Beziehungen zum Mercosur. Seit geraumer Zeit jedoch schleppen sich die Verhandlungen der EU über ein Freihandelsabkommen mit diesem regionalen Zusammenschluss hin. Wie beeinflusst die gegenwärtige EU-Krise, die sich in der Ablehnung der Verfassung manifestiert, den Fortgang der Verhandlungen?

MÜTZELBURG: Die Bundesregierung bedauert sehr, dass die EU-Mercosur-Verhandlungen nicht wie vorgesehen bis Oktober 2004 abgeschlossen werden konnten. Wir hoffen jedoch, dass es auf dem jüngst für September dieses Jahres vereinbarten Ministertreffen gelingen wird, einen Verhandlungszeitplan festzulegen, der einen baldigen Abschluss der Verhandlungen ermöglicht. Die gescheiterten Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden haben auf diesen Prozess keinerlei Einfluss.

GAULY: Gemäß dem Leitspruch „Trade not Aid“ – Handel statt Hilfe – heißt es immer wieder, dass der Schlüssel zur weiteren Entwicklung des lateinamerikanischen Kontinents vor allem im Abbau von Handelshemmnissen liege und dass einer solchen Freisetzung des Handels vor allem der europäische und insbesondere der französische Agrarprotektionismus entgegenstehe. Wie gehen Sie mit diesem Vorwurf um?

MÜTZELBURG: Diesem Vorwurf kann man am einfachsten mit Fakten begegnen, die die starke Entwicklungsorientierung der Handelspolitik der EU belegen. Die EU nimmt inzwischen ein Fünftel der weltweiten Exporte aus Entwicklungsländern auf. Rund 40 Prozent der gesamten EU-Importe stammen aus Entwicklungsländern. Dabei ist die EU der weltweit größte Importeur von Agrarprodukten aus Entwicklungsländern und importiert hiervon insgesamt mehr als die USA, Japan und Kanada zusammen. Mit Blick auf Lateinamerika haben nicht nur die bereits abgeschlossenen bilateralen Assoziationsabkommen mit Mexiko und Chile, sondern auch die umfangreichen Zollpräferenzen einen wichtigen Beitrag geleistet.

Die G8-Staaten sowie die anwesenden Staats- und Regierungschefs wichtiger Schwellenländer, darunter die Präsidenten Lula da Silva von Brasilien und Fox von Mexiko, haben beim letzten G8-Gipfel in Gleneagles vereinbart, sich gemeinsam für einen erfolgreichen Abschluss der Doha-Entwicklungsrunde bis zum nächsten Jahr zu engagieren. Sie haben ihre Zusagen für eine weitere Öffnung ihrer Märkte für Güter und Dienstleistungen bekräftigt sowie die Streichung aller internen Stützungsmaßnahmen und Exportsubventionen im landwirtschaftlichen Bereich mit einem festen und glaubwürdigen Zeitziel in Aussicht gestellt.

GAULY: Dieses Vorgehen der G8-Staaten spricht eher für die Verbindung von Handelsabkommen und Entwicklungshilfe.

MÜTZELBURG: Richtig! Handel und Unterstützung durch öffentliche Entwicklungshilfe sind keine Gegensätze, sondern müssen sich wirksam und intelligent ergänzen. Der Leitspruch muss also „Trade and Aid“ lauten.

GAULY: Seit einiger Zeit ist in Lateinamerika das Anwachsen neopopulistischer Bewegungen zu beobachten, mit bereits beunruhigenden politischen Auswirkungen in einzelnen Ländern – etwa in Venezuela oder Bolivien. Die EU hat sich hierzu bislang nicht eben markant geäußert. Wäre es im Interesse der Stabilität des gesamten Kontinents nicht geboten, dass die EU oder ihre



Mitgliedsstaaten hier eine deutlich vernehmbare Position beziehen und die populistischen Auswüchse in diesen Ländern schärfer verurteilen?

MÜTZELBURG: Populistische Strömungen sind keine Besonderheit Lateinamerikas, wir können sie ebenso in Ländern anderer Kontinente beobachten. Auch Europa macht da keine Ausnahme. Zunächst haben wir demokratische Prozesse und Entscheidungen zu respektieren. Etwas anderes ist es, wenn die anerkannten Standards von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gefährdet sind. Dann muss die EU in geeigneter Weise reagieren, was sie auch tut.

GAULY: Und wie beurteilen Sie in diesem Zusammenhang das Flirten des venezolanischen Präsidenten Chávez mit dem iranischen Regime – gerade angesichts der politischen Kräfteverschiebung dort?



MÜTZELBURG: Ich nehme an, Sie spielen auf die Rede von Präsident Chávez vom Mai diesen Jahres an, in der er ein gemeinsames Nuklearprogramm mit Iran vorschlägt. Auch wenn – schon aufgrund der fehlenden technologischen Voraussetzungen – mit einer Umsetzung dieses Vorschlags in Venezuela nicht zu rechnen ist, muss sich Präsident Chávez doch darüber im Klaren sein, dass er sein Land mit dieser Haltung auf Kollisionskurs zu den Vereinigten Staaten und zur Europäischen Union bringt. Es ist beruhigend, dass er darin keine Gefolgschaft bei anderen lateinamerikanischen Staaten gefunden hat.

GAULY: Aber Iran ist nach wie vor auf der Suche nach Verbündeten für sein Nuklearprogramm.

MÜTZELBURG: Ein nuklearwaffenfähiger Iran wäre nicht nur für den Nahen und Mittleren Osten, sondern weit darüber hinaus ein Faktor großer Instabilität und könnte ein nukleares Wettrüsten auslösen. Wir bleiben deswegen bei den Gesprächen der „EU3“, also Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens mit dem Iran entschlossen, eine Lösung zu finden, die eine militärische Nutzung der Kernenergie durch den Iran objektiv ausschließt.

GAULY: Kommen wir nochmals zum Thema der internationalen Handelsbeziehungen zurück. Das Handelsvolumen zwischen Lateinamerika und China steigt ebenso an wie die chinesischen Direktinvestitionen in Lateinamerika. Insgesamt holt China hier gegenüber Europa mit großen Schritten auf. Sollte uns diese Entwicklung beunruhigen und wenn ja, wie sollte Europa auf diese Herausforderung reagieren?

MÜTZELBURG: Die chinesische Wirtschaft ist seit Jahren auf Wachstumskurs und entdeckt mehr und mehr das Ausland. Auch unser Warenaustausch mit China ist ja in den vergangenen Jahren sehr erfreulich gestiegen und diese Tendenz wird sich fortsetzen. Wir profitieren also von einem prosperierenden China.

GAULY: Auch wenn China dabei zum Hauptkonkurrenten wird?

MÜTZELBURG: Dass China für uns nicht nur Partner, Markt und Investor, sondern auf Drittmärkten auch Konkurrent ist, gehört zu den Spielregeln einer zusammenwachsenden Welt. Das sollte uns nicht schrecken, zumal unsere starken Exportzahlen unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit belegen.

GAULY: Aber wie kann es gelingen auf Dauer wettbewerbsfähig zu sein?

MÜTZELBURG: Um uns dauerhaft wettbewerbsfähig zu halten, müssen wir zum einen im Innern die richtigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schaffen. Das tun wir mit der Agenda 2010, der auf europäischer Ebene die auf dem EU-Gipfel in Lissabon verabredeten Ziele entsprechen. Auf der anderen Seite gehört dazu, Handelshemmnisse und Investitionsgefahren zu mindern. Deswegen ist das Freihandelsabkommen mit dem Mercosur von so erheblicher Bedeutung.

GAULY: Auch aus sehr greifbaren europäischen Interessen heraus kommt der Bekämpfung der Drogenkriminalität und Drogenwirtschaft in einzelnen lateinamerikanischen Ländern – besonders in Kolumbien – große Bedeutung zu. Das sicherheitspolitische Engagement der USA ist in dieser Frage nicht zu übersehen. Wäre es nicht hilfreich, die europäischen und amerikanischen Bemühungen im Kampf gegen die Drogen in Lateinamerika stärker zu verzahnen?

MÜTZELBURG: Der Kampf gegen die Drogenkriminalität steht ganz oben auf der gemeinsamen Tagesordnung mit unseren Partnern in den USA und Lateinamerika. Die Europäer verfolgen aber einen anderen als den stark repressiven Ansatz der USA. Die Europäer unterstützen insbesondere alternative ländliche Entwicklungspolitik. Insofern ist eine „Verzahnung“ schwierig, beide müssen sich aber ergänzen.

„Ein klares ‚Ja‘ also zu einem strategischen Dialog in den bereits bestehenden Foren. Ich sehe aber keinen Bedarf für eine darüber hinausgehende Institutionalisierung des ‚Atlantischen Dreiecks‘.“

Bernd Mützelburg

GAULY: Muss man nicht bei allen Ansätzen einer europäisch-lateinamerikanischen Partnerschaft die USA „mitdenken“? In diesem Zusammenhang ist immer wieder von dem Konzept eines „Atlantischen Dreiecks“ die Rede. Können Sie mit diesem Begriff etwas anfangen und wenn ja, wo liegt der politische Nutzen eines solchen Konzeptes?

MÜTZELBURG: Jedenfalls kann ich mit der Vorstellung eines „Atlantischen Dreiecks“ erheblich mehr anfangen als mit dem Vorwurf, unsere Partnerschaft mit Lateinamerika richte sich gegen die USA.

GAULY: Trotzdem halten Sie an einer anderen Prioritätensetzung als der des „Atlantischen Dreiecks“ fest.

MÜTZELBURG: Unser prioritärer multilateraler Bezugsrahmen sind die Vereinten Nationen, in denen wir für die gemeinsamen Ziele und Werte eintreten. Wirtschaftlich entspricht dem die Welthandelsorganisation. De facto arbeiten wir in all diesen Foren meist im „Atlantischen Dreieck“ zusammen. Ein klares „Ja“ also zu einem strategischen Dialog in den bereits bestehenden Foren. Ich sehe aber keinen Bedarf für eine darüber hinausgehende Institutionalisierung dieses Dreiecks.



GAULY: Könnte nicht der Begriff des „Westens“ eine inhaltliche Klammer für gemeinschaftlich von Europa, Lateinamerika und den USA verfolgte Ziele bieten?

MÜTZELBURG: Ja und nein. Ja, weil die Werte und Ziele, die man gemeinhin mit dem „Westen“ verband, auf Nordamerika, Südamerika und Europa zutreffen, wir kulturell gemeinsame Wurzeln haben und geografisch den Westen bilden. Aber der „Westen“ ist doch im Wesentlichen eine Kategorie des Kalten Krieges und bezog sich meistens auf die NATO-Staaten in Abgrenzung zum Warschauer Pakt. Seit dem Fall der Mauer und dem Ende des Ostblocks ist die Welt nicht mehr zweigeteilt. Das, was uns sehr stark verbindet, also wiederum Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, der Wille zur Stärkung der internationalen Gemeinschaft, teilen wir heute glücklicherweise auch mit vielen Staaten im Osten und im Süden.

GAULY: Vielen Dank für das Gespräch. □

Thesen

1. Die Europäische Union wird auf Partner angewiesen sein, um das Ziel einer auf Regeln basierenden internationalen Ordnung verfolgen zu können. In Lateinamerika findet Europa einen solchen Partner – stark und oft zu Unrecht vernachlässigt. Die „strategische Partnerschaft“ zwischen der EU und Lateinamerika darf jedoch nicht einfach nur proklamiert werden, der erklärten Absicht müssen konkrete und substantielle politische Initiativen folgen.
2. Lateinamerika und Europa sind wesentliche Bestandteile des politischen Westens. Eine funktionierende „strategische Partnerschaft“ muss sich dieser Tatsache bewusst werden und beginnen, aktiv für die westlichen Ideale zu werben.
3. Europa und Lateinamerika sind verbunden durch fünf Jahrhunderte gemeinsamer Geschichte. Die mannigfaltigen Beziehungen zwischen den Gesellschaften und die kulturelle Affinität unter den politischen Eliten bieten eine wichtige und stabile Grundlage für eine „strategische Partnerschaft“. Um diese kulturelle Nähe weiter zu fördern, ist es erforderlich, den Austausch im Bildungswesen und auf kulturellem Gebiet zu intensivieren.
4. Deutschland genießt in Lateinamerika Ansehen, was zum Teil auf die fehlende koloniale Vergangenheit zurückzuführen ist. Politische Entscheidungsträger sollten sich dieses Kapitals bewusst sein und aktiv dazu beitragen, Deutschlands Lateinamerikapolitik auszubauen.
5. Die Außenpolitik orientiert sich in Lateinamerika und in Europa am Leitbild des „effektiven Multilateralismus“. Dementsprechend besteht ein Ziel der „strategischen Partnerschaft“ darin, Globalisierung kooperativ zu gestalten und eine auf Regeln basierende internationale Ordnung zu schaffen. Beide Regionen müssen ihren Einfluss geltend machen und in den Bereichen der internationalen Handelspolitik, der Klimapolitik und bei der Reform der Vereinten Nationen effektiver zusammenarbeiten.
6. Die Handelspolitik Europas und Lateinamerikas basiert auf der Überzeugung, dass alle Beteiligten von einem Anwachsen des Handels profitieren. Ein Ziel der „strategischen Partnerschaft“ sollte es daher sein, das Prinzip des Freihandels zu beleben und das multilaterale Handelssystem zu stärken. Die Kooperation in der WTO zwischen Lateinamerika und Europa könnte in Verbindung mit den USA zu einem erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde beitragen.

7. Die wirtschaftliche Entwicklung des Kontinents wird maßgeblich davon abhängen, ob Lateinamerika für seine konkurrenzfähigen Produkte Marktzugang erhält. Die europäischen Agrarsubventionen verhindern dies allzu oft. Gleichzeitig ist der Agrarprotektionismus eines der Haupthindernisse in der derzeitigen Doha-Runde. Reformen in der europäischen Agrarpolitik sind auch deshalb notwendig, damit Europa ein attraktiver Partner in der Weltpolitik werden kann.
8. Stabile Partner sind Voraussetzung für eine erfolgreiche Partnerschaft. Ein weiteres Ziel der „strategischen Partnerschaft“ sollte darin bestehen, positive wirtschaftliche, demokratische und soziale Entwicklungen in Lateinamerika zu unterstützen. Zugleich darf Europa die Augen vor den jüngsten antidemokratischen Entwicklungen nicht verschließen, denn diese könnten sich bald zu einer Gefährdung für die Stabilität entwickeln.
9. Die Entwicklung einer „strategischen Partnerschaft“ könnte als positives Beispiel für erfolgreiche Nord-Süd-Beziehungen dienen und so zu mehr internationaler Kooperation beitragen. Dabei wird es darauf ankommen, der Versuchung zu widerstehen, die Beziehungen auf antiamerikanischen Ressentiments aufzubauen, die in beiden Regionen latent vorhanden sind.
10. Als Teil des Westens sind nicht nur die Beziehungen zwischen der EU und Lateinamerika von Bedeutung, sondern auch die Beziehungen der beiden Regionen zu den Vereinigten Staaten. Daher sollte ein weiteres Ziel einer „strategischen Partnerschaft“ darin bestehen, die Idee eines „Atlantischen Dreiecks“ zu verfolgen.

MARK SPEICH

Europa und Lateinamerika – Zur Substanz einer asymmetrischen Partnerschaft

Einführung

LATEINAMERIKA IST EUROPA NAH: auf den Boulevards von Buenos Aires, in den Büros und Fabriken São Paulos, in der Literatur von Carlos Fuentes oder José Luis Borges und in den kunstvollen Girlanden der politischen Gipfelerhetik. Auf mittlerweile drei großen Gipfeltreffen haben sich die Staaten der EU und jene Lateinamerikas sowie der Karibik wortreich und Kommuniké-begleitet ihrer gegenseitigen Nähe versichert – 1999 in Rio de Janeiro¹, 2002 in Madrid² und 2004 in Guadalajara³. Schon anlässlich des ersten Gipfels wurde für dieses Verhältnis der Begriff der „strategischen Partnerschaft“ geprägt, der den Anspruch auf politische Wirksamkeit gefühlter Nähe erhebt. Der emphatische Gebrauch dieser Terminologie könnte den Schluss nahe legen, dass die ohnehin zwischen Lateinamerika und Europa bestehende Partnerschaft durch das Attribut „strategisch“ auf besondere Weise geadelt werden soll.⁴

„Auf mittlerweile drei großen Gipfeltreffen haben sich die Staaten der EU und jene Lateinamerikas sowie der Karibik wortreich ihrer gegenseitigen Nähe versichert.“

Gleichzeitig jedoch vergrößert sich die Distanz zwischen Lateinamerika und Europa. Das Ausbleiben großer Grenzkonflikte bei gelegentlichen Scharmützeln und die nach den turbulenten siebziger und achtziger Jahren inzwischen sehr gemäßigten politischen Umgangsformen führen zu einer Wahrnehmung relativer Stabilität. Bei allen gerade in ökonomischer Hinsicht erlittenen Rückschlägen und politischen Labilitäten lässt sich die – wenn man den Subkontinent als Ganzes in den Blick nimmt – insgesamt positive Entwicklung des letzten Jahrzehnts kaum übersehen. Der über Jahre fester gewordene Grund des politischen Lebens mag dazu beigetragen haben, dass die Geschehnisse in Lateinamerika mit größerer Gelassenheit, vielleicht aber auch

mit größerer Nachlässigkeit, beobachtet werden. Die Wahrnehmung gegenläufiger Tendenzen, die in einigen Ländern bereits wirkmächtig werden, fällt dieser Vernachlässigung zum Opfer. Ähnliches lässt sich für den Bereich der wirtschaftlichen Verflechtung sagen. Trotz der zum Teil ansehnlichen Wachstumsraten in Lateinamerika

¹ Declaration of Rio, Latin America/Caribbean/European Union: First Summit, Rio de Janeiro: 29. Juni 1999. http://europa.eu.int/comm/external_relations/andean/doc/rio_sum06_99.htm.

² Conclusions, European Union – Latin America & the Caribbean Summit, Madrid: 17. Mai, 2002. http://europa.eu.int/comm/world/lac/conc_en/decl.htm.

³ Declaration of Guadalajara, Latin America/Caribbean/European Union: Third Summit, Guadalajara: 29. Mai 2004. http://europa.eu.int/comm/world/lac-guadal/declar/01_decl_polit_final_en.pdf.

⁴ Stratenschulte, Eckart D./Tkocz, Weronika: Strategien, keine Pflaster. In: *Internationale Politik*, Nr. 2, 60/2005.

und der traditionell sehr entwickelten Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Kontinenten fehlt Lateinamerika wirtschaftlich die von großen Hoffnungen getragene Anziehungskraft, die von anderen Regionen der Welt, insbesondere in Fernost, ausgeht. Lateinamerikas, so könnte man aus europäischer Perspektive sowohl in politischer wie auch in wirtschaftlicher Hinsicht formulieren, ist man sich sicher. Seine Energien aber wendet man anderen Regionen zu, seien es der Krisenbogen des erweiterten Nahen Ostens oder die boomenden Märkte Südostasiens. Dass man europäische Marktanteile in Lateinamerika gerade auch an jene aufstrebenden Länder Asiens verliert, nimmt man nicht ausreichend zur Kenntnis.

Aus lateinamerikanischer Perspektive trägt der mangelnde Eifer, mit dem sich Europa der Region widmet, zu einem Empfinden bei, das man als das Gefühl eines vernachlässigten Freundes beschreiben könnte. Trotz der aufrichtig empfundenen Sympathien für Europa muss Lateinamerika gewärtigen, dass sich die Währung der rhetorisch immer wieder kunstvoll gepriesenen Tiefe der kulturellen Beziehungen zwischen Lateinamerika und Europa nicht in politischer Münze auszahlt.

„Die ‚strategische Partnerschaft‘ ist aber schon deshalb kein besonders tauglicher Ausweis exklusiver Beziehungen, da die EU dieses Prädikat recht freigiebig verleiht.“

Auf den Gipfeltreffen versuchen die Vertreter der europäischen Staaten dem Eindruck einer Vernachlässigung Lateinamerikas wortreich entgegenzuwirken. Die bei diesen Anlässen beschworene „strategische Partnerschaft“ ist aber schon deshalb kein besonders tauglicher Ausweis exklusiver Beziehungen, da die EU dieses Prädikat recht freigiebig verleiht. So unterhält die EU strategische Partnerschaften mit Russland, der Ukraine, Indien, den Ländern des südlichen Mittelmeers, mit Japan, Afrika, verschiedenen Unterorganisationen der UNO und mit der NATO.⁵

Entsprechend vage nimmt sich bislang auch der Versuch aus, die lateinamerikanisch-europäische Partnerschaft inhaltlich zu füllen. Strategische Partnerschaft setzt eigentlich das Vorhandensein eines Ziels oder Zwecks voraus, den man durch den gemeinsam geplanten Einsatz von Ressourcen zu erreichen versucht. Bei der strategischen Partnerschaft zwischen der EU und Lateinamerika verhält es sich jedoch umgekehrt: Bevor man über die Ziele nachgedacht hat, die man „strategisch“ zu erreichen gedenkt, weiß man schon um die Notwendigkeit einer Partnerschaft. Die Gipfeltreffen dienen in der Folge der Suche nach Zielen, die man partnerschaftlich erreichen könnte. Dass eine solchermaßen vor allem um ihrer selbst willen verfolgte Partnerschaft nur schwerlich prioritäre Beachtung bei der Formulierung eines außenpolitischen Programms beanspruchen kann, liegt auf der Hand.

Hier wird nicht zuletzt die Schwierigkeit deutlich, einen äußerst heterogenen Kontinent politisch als Einheit anzusprechen. Wenn man Kontur und Umfang der Partnerschaft von den Zielen ableitet und nicht den umgekehrten Weg beschreitet, könnte man zu dem Schluss gelangen, dass es die wirtschafts- und handelspolitische Interessenlage der EU nahe legte, auf die subregionalen Zusammenschlüsse des Kontinents mit unterschiedlichen Strategien einzugehen und so den sehr unterschiedlichen Integrationsfortschritten etwa des Mercosur (Argentinien, Brasilien, Uruguay, Paraguay), der Andengemeinschaft (Venezuela, Kolumbien, Ecuador, Peru, Bolivien) oder des Zentralamerikanischen Integrationssystems (Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua) zu entsprechen. Und tatsächlich verfolgt die EU in Lateinamerika eine Politik, die diesen Überlegungen Rechnung trägt. Es ist allerdings fraglich,

⁵ Vgl. hierzu ebd., S. 115 ff.

ob man hier ernstlich von einer EU-Politik sprechen kann, die von langfristigen Zielen geleitet ist, also einem strategischen Ansatz folgt.⁶

Ganz abgesehen davon, dass der Integrationswille der in diesen Bündnissen zusammengeschlossenen Länder nach wie vor unterentwickelt scheint, ist es indes fraglich, ob der subregionale Ansatz allein ausreicht. So legen die großen Fragen der Weltordnung und des Welthandels, auf die auch die folgenden Aufsätze verweisen, doch nahe, Lateinamerika weiterhin als Einheit zu betrachten. Die EU-Lateinamerika-Gipfel sind insofern Ausdruck einer Politik, die versucht, den lateinamerikanischen Kontinent auch als Einheit ernst zu nehmen. Sie folgt der Überzeugung, dass sich gemeinsame weltpolitische Ziele nur mit entsprechendem Gewicht verfolgen lassen. Auch deshalb ist es vernünftig, Lateinamerika nicht nur als Klammer subregionaler Sonderfälle zu betrachten. Subregionale und regionale Kooperationsangebote müssen sich folglich ergänzen und dürfen sich nicht ausschließen.

Problematisch erscheint ein Ansatz, der mit Blick auf eine vorgebliche Aufteilung Lateinamerikas in eine amerikanische und eine europäische Interessensphäre für eine regional orientierte Arbeitsteilung zwischen der EU und den USA plädiert.

Angesichts der besonderen Rolle, die den USA in Mexiko zukommt, und der guten Beziehungen zwischen der Europäischen Union den Mercosur-Staaten scheinen solche Überlegungen auf den ersten Blick gerechtfertigt. Allerdings sprechen die eher harzigen Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und dem Mercosur (während die EU ein solches Abkommen mit Mexiko bereits unterhält) und auch die Überlegungen, eine Transatlantische Freihandelszone zu schaffen, gegen solche durch eine allzu schematische Weltsicht eingeengten Gedankenspiele. Darüber hinaus folgt

„Europa täte gut daran, in die Pflege einer möglichst großen Zahl stabiler und produktiver Beziehungen zu investieren und Lateinamerika weiterhin auch als Ganzes im Auge zu behalten.“

die Überlegung, Lateinamerika in Interessensphären aufzuteilen – vermutlich unbeabsichtigt – einem neokolonialen Argumentationsmuster. Dem Geiste einer solchen Argumentation entspringt auch die Bezeichnung Zentralamerikas als „Hinterhof der USA“, die in Lateinamerika vehement abgelehnt wird. Wenn den Staaten der Europäischen Union tatsächlich an einer multilateralen Weltordnung gelegen ist, können sie sich nicht darauf beschränken, Beziehungen nur zu einigen wenigen privilegierten Staaten oder subregionalen Zusammenschlüssen zu unterhalten. Europa täte vielmehr gut daran, in die Pflege einer möglichst großen Zahl stabiler und produktiver Beziehungen zu investieren und Lateinamerika weiterhin auch als Ganzes im Auge zu behalten.

Wenn es darum geht, ein Anliegen zu formulieren, das Europa und Lateinamerika jeweils als Ganzes und gleichermaßen verfolgen, wird seit einiger Zeit immer wieder das Schlagwort des „Multilateralismus“ genannt. Auch die Gipfelerklärung von Guadalajara nimmt darauf Bezug und rückt die Herstellung eines „effektiven Multilateralismus“ ins Zentrum der „strategischen Partnerschaft“ zwischen Lateinamerika und Europa. Problematisch ist daran allerdings, dass sich die gegen den Begriff der „Partnerschaft“ vorgebrachten Einwände auch auf das Konzept des Multilateralismus anwenden lassen. Als institutionalisierte Form von *Global Governance*, die auf dem Ziel einer Verrechtlichung der internationalen Politik beruht, ist Multilateralismus unzweifelhaft ein außenpolitisches Ziel. Als Verfahren ist es je-

⁶ Gratius, Susanne: Spielt Europa in Lateinamerika noch eine Rolle? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B38–39/2003, S. 38–46.

doch kein Ziel an sich, sondern ein Instrument zur Erreichung außenpolitischer Ziele. Auf diese beiden Dimensionen des Begriffes hinzuweisen hat nicht nur akademischen Wert, denn in der politischen Debatte werden sie oft nicht mit ausreichender Klarheit voneinander abgegrenzt. Multilateralismus als ein notwendigerweise inklusives Konzept kann natürlich für die Staaten Lateinamerikas und Europas, ebenso wie für andere Regionen, ein relevantes außenpolitisches Ziel sein. Es bleibt jedoch notwendig, möglichst präzise darzulegen, worin die Ziele einer gemeinsamen Weltordnungspolitik bestehen. Die schlichte Forderung nach „effektivem Multilateralismus“ erfüllt diesen Anspruch auch dann nicht, wenn sie in die gravitatischen Formeln einer Gipfelerklärung gekleidet wird.

„Wird Multilateralismus als Schlagwort gebraucht, wird darunter kein inklusives Konzept verstanden, sondern ein exklusives Instrument zur Schwächung der Machtansprüche der Vereinigten Staaten.“

Im Unterschied zu der Diskussion über Multilateralismus als institutionelles Ziel, scheint die den instrumentellen Charakter des Multilateralismus ins Zentrum stellende Rhetorik gelegentlich einen emotional geprägten Subtext zu verbergen. Wird Multilateralismus solchermaßen als Schlagwort gebraucht, wird darunter kein inklusives Konzept verstanden, sondern ein exklusives Instrument zur Schwächung der Machtansprüche der Vereinigten Staaten, denen man unilaterales Auftreten unterstellt. Man könnte so weit gehen zu behaupten, dass die Befürworter eines solchen Multilateralismus diesen Begriff mit dem der „Multipolarität“ verwechseln und den Ausbau der Beziehungen zu Lateinamerika vor allem deswegen suchen, um die eigene weltpolitische Rolle gegenüber den USA zu stärken.⁷ Für dieses Ziel können sie sich auf anti-amerikanische Ressentiments stützen, die sowohl in Lateinamerika als auch in Europa virulent sind. Vor dem Hintergrund der hohen Interdependenz zwischen den Vereinigten Staaten, Europa und Lateinamerika dürfte sich Antiamerikanismus als Motivation für eine Partnerschaft zwischen Europa und Lateinamerika als ein politisch reichlich kurzsichtiger Ansatz erweisen. Er erscheint vielmehr als Ausdruck einer emotional motivierten und politisch naiven europäischen Großmachtsambition.

Ebenso naiv ist es freilich, die Rolle der USA beim Nachdenken über die europäisch-lateinamerikanischen Beziehungen schlichtweg auszublenden. Aus diesem Grund ist es geboten, die Perspektive zu erweitern und diese Rolle in die Analyse mit einzu beziehen. Ein Ergebnis einer solchen erweiterten Analyse ist das Konzept eines „Atlantischen Dreiecks“, das die Beziehungen zwischen Lateinamerika, Europa und den Vereinigten Staaten umfasst und eine gemeinsame politische Zielperspektive dieser drei Regionen unterstellt.⁸ Doch auch hier kann es nicht ausreichend sein, ein solches „Atlantisches Dreieck“ (das als geometrische Figur überdies die Frage der gemeinsamen Punkte aufwirft) zu postulieren, ohne zu klären, was die Grundlage einer solchen Dreiecksbeziehung sein könnte. Ganz allgemein gesprochen, könnte die Grund-

⁷ Auf dem Gipfel in Guadalajara wies der französische Präsident in diese Richtung, als er erklärte: „To avoid the demise of tomorrow’s multipolar world through conflicts, we must, however, create more forums for dialogue. The dialogue we are conducting is emblematic in that respect.“ EU-Latin America/Caribbean Summit (Guadalajara) speech by M. Jacques Chirac to the round table on the Future of Multilateralism. 28. Mai 2004. http://www.elysee.fr/elysee/anglais/speeches_of_president_chirac/2004/eu-latin_america-caribbean_summit_speech_by_m_jacques_chirac_president_of_the_republic_to_the_round_table_on_the_future_of_multilateralism-guadalajara.3012.html.

⁸ Grabendorff, Wolf u. a. (Hg.): El Triángulo Atlántico: América Latina, Europa y los Estados Unidos en un sistema internacional cambiante. Konrad-Adenauer-Stiftung. St. Augustin 2002.

lage für eine Dreiecksperspektive in den reichen kulturellen Traditionen und Werten bestehen, die Lateinamerika, Europa und die Vereinigten Staaten teilen. Und in diesem allgemeinen Sinn könnte mit dem Konzept des „Westens“ die Grundlage eines „Atlantischen Dreiecks“ beschrieben sein. Eine gemeinsame Zielperspektive jedenfalls lässt sich aus diesem Konzept ableiten: die Welt durch Demokratisierungsprozesse sicherer zu machen, den Gedanken der freien Marktwirtschaft und des Freihandels zu fördern und für die Garantie individueller Freiheitsrechte einzutreten. Dies sind ohne Zweifel die großen und wichtigen Ideale, für die der „Westen“ als politische Idee steht. Betrachtet man den Zustand demokratischer Systeme in bestimmten lateinamerikanischen Staaten etwas genauer oder denkt man darüber nach, wie sich bestimmte Verhandlungspositionen Europas und der Vereinigten Staaten mit dem Prinzip des Freihandels vereinbaren lassen, wird sehr rasch deutlich, dass auch das Konzept des Westens selbst nicht nur Grundlage, sondern gleichzeitig auch Maßstab für politische Zukunftsvorstellungen für die an einem „Atlantischen Dreieck“ betei-

„Auf Dauer lässt sich Aufmerksamkeit nicht durch originelle Leerformeln ersetzen – selbst wenn diese Formeln so wohlklingend wie jene von der ‚strategischen Partnerschaft‘ sind.“

ligten Regionen sein muss. Der universale Geltungsanspruch „westlicher“ politischer Ideale setzt die Vorbildlichkeit der mit diesen Idealen ursprünglich verbundenen Regionen geradezu voraus. Hält man also am Konzept des „Westens“ als Grundlage einer Dreieckspartnerschaft zwischen Europa, Lateinamerika und den USA fest, kann den USA und Europa der Zustand der Demokratie in Lateinamerika ebenso wenig gleichgültig sein wie die Infragestellung des Freihandelsprinzips durch eigenes Handeln. Hier gilt es anzusetzen, bevor man dann einem pragmatischen Ansatz folgend gemeinsame Politikziele identifiziert. Einen kleinen Beitrag zur Formulierung solcher Ziele will auch unser Grundlagenpapier leisten.

In den Diskursen der außenpolitischen Eliten Europas stellt langfristige Stabilität einen Schlüsselbegriff dar. Wenig wird jedoch über die Voraussetzungen langfristiger Stabilität und über Wege, diese zu erreichen, gesprochen. Es ist sicher wichtig, die Entwicklungen in den Krisenregionen dieser Welt genauestens zu verfolgen und sich mit gleicher Hingabe den ökonomischen Wachstumszentren zu widmen. Allerdings zeugt es nicht von außenpolitischer Weitsicht, die Beziehungen zu jenen Regionen zu vernachlässigen, die momentan eine Phase der relativen Stabilität erleben. Eine vorausschauende Außenpolitik wird berücksichtigen, dass langfristig stabile Beziehungen zwischen zwei oder mehreren Regionen ständiger Investitionen bedürfen – und dass es sich bei dem wichtigsten Investitionsgut immer noch um Aufmerksamkeit handelt. Auf Dauer lässt sich Aufmerksamkeit nicht durch originelle Leerformeln ersetzen – selbst wenn diese Formeln so wohlklingend wie jene von der „strategischen Partnerschaft“ sind.

In der gegenwärtigen Vernachlässigung Lateinamerikas liegt auch eine Chance für die deutsche Außenpolitik. Wenn man die einzelnen europäischen Länder betrachtet, neigt man dazu, den sprachlich mit Lateinamerika verbundenen Ländern der Iberischen Halbinsel ein besonderes Interesse an Lateinamerika zu unterstellen und nicht etwa Deutschland. Gleichwohl übersieht man dabei, dass Deutschland – jedenfalls noch – mit den meisten lateinamerikanischen Ländern umfangreichere wirtschaftliche Beziehungen unterhält, als dies Spanien und Portugal vermögen.⁹ Die größte Konzen-

⁹ Mit Ausnahme der spanischen Direktinvestitionen in Lateinamerika, die höher sind als die Direktinvestitionen aus Deutschland.



Gruppenfoto beim 24. Sinclair-Haus-Gespräch: Jan Bittner (2.v.l.), Redakteur des Grundlagenpapiers, mit den Autoren Ursula Stiegler, Greta Shelley Medina, Barbara Konner und Mark Speich.

tration deutscher Industrie außerhalb Deutschlands findet man nach wie vor im Großraum São Paulo. Zudem verfügt Deutschland nicht über das problematische Image einer ehemaligen Kolonialmacht und zehrt, wie jeder Reisende erleben kann, noch immer von dem Ansehen eines Landes, das für technische Perfektion und große Forschungsleistungen steht. Auch wenn das Fundament dieses Rufes in den Augen der deutschen Besucher bereits von Rissen durchzogen sein mag, stellt das positive Deutschlandbild verbunden mit zuverlässigen und stabilen wirtschaftlichen Beziehungen einen hervorragenden Ausgangspunkt für einen neuen Lateinamerika-Impuls der deutschen Außenpolitik dar. Ein solcher Impuls sollte vor allem konkrete Ziele für die Partnerschaft mit Lateinamerika formulieren und dieser so zu mehr Substanz verhelfen. Die folgenden Aufsätze verstehen sich in diesem Sinn als Beitrag zu der Debatte über eine Neujustierung der deutschen und europäischen Außenpolitik gegenüber Lateinamerika. □

GRETA SHELLEY MEDINA

Spielt Europa für Lateinamerika noch eine Rolle?

LATEINAMERIKA UND EUROPA können auf 500 Jahre gemeinsame Geschichte zurückblicken. Jedoch dauerte es bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, bis die Grundlagen für moderne Beziehungen zwischen souveränen Staaten als gleichberechtigte Partner gelegt wurden. Aus geteilter Geschichte sowie kulturellen und wirtschaftlichen Banden ergeben sich gemeinsame politische Sichtweisen und strategische Interessen. Das gemeinsame Erbe und die starken emotionalen Bindungen verdanken beide Kontinente einer großen Zahl an Auswanderern, die Europa in Richtung Lateinamerika verließen. Dank dieser Auswanderer kann Europa heute bis zu einem gewissen Grad in Lateinamerika viele seiner Werte und Traditionen wiederfinden.

1. Von Christoph Kolumbus bis zu Freihandelsabkommen

Die Kontakte zwischen beiden Regionen begannen 1492, als Christoph Columbus, ein genuesischer Seefahrer, im Auftrag des spanischen Königspaares Ferdinand und Isabella den amerikanischen Kontinent „entdeckte“. Im 16. Jahrhundert eroberten

„Das gemeinsame Erbe und die starken emotionalen Bindungen verdanken beide Kontinente einer großen Zahl an Auswanderern, die Europa in Richtung Lateinamerika verließen.“

und kolonialisierten Spanien und Portugal die Länder, die wir heute als Lateinamerika bezeichnen. Sie etablierten ihre politischen Institutionen, ihre Traditionen und Gebräuche und den katholischen Glauben. In den meisten lateinamerikanischen Ländern mischten sich die Europäer mit der dort lebenden indigenen Bevölkerung. Die Mestizen wurden so zu Trägern von Tradition und Kultur zweier bedeutender Zivilisationen. Seit dieser Zeit ist in Lateinamerika eine große Bewunderung für europäische Kunst und Kultur, Literatur und Musik zu beobachten. Auch nachdem die lateinamerikanischen Länder ihre Unabhängigkeit erlangt hatten, blieben die politischen Systeme und Regierungsformen geprägt von ihren europäischen Vorbildern.

Während des 20. Jahrhunderts durchliefen die Beziehungen zwischen den Regionen unterschiedliche Phasen, überwiegend in Abhängigkeit von der jeweiligen weltpolitischen Lage. Zu Beginn des Jahrhunderts prägten größere Auswanderungsbewegungen in erster Linie aus Spanien, Italien und Deutschland das Bild. Diese Auswanderer erneuerten Europas starken kulturellen Einfluss. So wanderten beispielsweise viele Spanier in Mexiko ein, die dort politisches Asyl

suchten, darunter viele namhafte Intellektuelle wie der bekannte Filmregisseur Luis Buñuel.

In den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts entstanden Verbindungen zwischen politischen Parteien mit ähnlicher weltanschaulicher Orientierung. So unterhalten beispielsweise die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Friedrich-Ebert-Stiftung seit dieser Zeit ein über Lateinamerika verteiltes Netz an Auslandsbüros. Die Beziehungen zwischen Parteien aus Europa und aus Lateinamerika bestehen bis heute, auch wenn die Kooperation in vielen Fällen eher routiniert als innovativ zu nennen ist.

„Europas kontinuierliche Unterstützung für die Demokratie in Lateinamerika stellt noch heute eine der Säulen dar, auf denen die Beziehungen zwischen den beiden Regionen ruhen.“

In den siebziger Jahren kamen auf dem Kontinent eine Reihe von autoritär geführten Regierungen und Diktaturen an die Macht, die von den Europäern immer deutlich und nachdrücklich verurteilt wurden. Gleichzeitig unterstützte Europa den Kampf für Demokratie und Menschenrechte, öffnete seine Tore für politisch Verfolgte und unterstützte die Oppositionsbewegungen finanziell. In dieser Zeit wurde auch der Parlamentarier austausch ins Leben gerufen. Es ist wichtig, hier noch einmal ausdrücklich festzuhalten: Europas kontinuierliche Unterstützung für die Demokratie in Lateinamerika stellt noch heute eine der Säulen dar, auf denen die Beziehungen zwischen den beiden Regionen ruhen.

In den achtziger Jahren, als der Übergang zur Demokratie einsetzte, waren es diese Veränderungen, die Europas Interesse an Lateinamerika wach hielten. Zahlreiche Formen der institutionalisierten Zusammenarbeit sowie Beratungsprojekte wurden damals ins Leben gerufen. Europa stellte damals in der Region die einzige wirkliche Alternative zu den Vereinigten Staaten dar, die versuchten, ihre Hegemonie auch auf Kosten der inneren Entwicklung in den lateinamerikanischen Ländern durchzusetzen. So arbeiteten beide Regionen eng in der sogenannten *Contadora*-Initiative zusammen, die den Friedensprozess in Mittelamerika auch gegen Widerstände der USA vorantrieb. Trotz Drucks aus Washington blieb Europa bei seiner Strategie, Verhandlungslösungen dem Einsatz von Gewalt vorzuziehen und zu unterstützen.¹

In den neunziger Jahren verschob sich der Fokus der Beziehungen hin zu Aspekten der Wirtschafts- und Handelspolitik. Dieser Trend hält bis heute an. Die Rio-Gruppe, die 1986 von Mitgliedern der *Contadora-Gruppe* und ihren Unterstützern gegründet wurde, gewann zunehmend an Bedeutung. Heute stellt sie einen wesentlichen Mechanismus dar, den Dialog zwischen beiden Regionen weiter zu entwickeln. Es ist das Ziel Lateinamerikas, dass beide Regionen eine aktive Rolle in der Welt spielen, heute und in der Zukunft. Allerdings ist es der Rio-Gruppe noch nicht gelungen, sich von einem losen Konsultationsforum hin zu einer supranationalen Institution ähnlich der EU zu entwickeln.² So bleiben die Beziehungen zwischen den beiden Blöcken asymmetrisch. Während der neunziger Jahre festigte die EU ihre Position als größter Investor in Lateinamerika, wichtigster Handelspartner und größter Geber von Entwicklungshilfe. Trotz des starken amerikanischen Einflusses sind die lateinamerikanischen Gesellschaften stolz auf ihre reiche Vergangenheit und haben ihre Traditionen bewahrt. Dennoch haben die lateinamerikanischen Staaten das Empfinden, dass Europa nicht genügend Interesse aufbringt, die traditionell starken Beziehungen weiter zu fördern. Zwar bestehen nach wie vor Verbindungen, etwa zwischen den politischen

¹ Muñoz Ledo, Porfirio: *Compromisos Claros*, in: *Foreign Affairs en español*, Heft 4 Nr. 3, 2004.

² Ebd.

Parteien, aber es fehlen zusätzliche Impulse, die ein neues Kapitel in den Beziehungen einleiten könnten.

2. Lateinamerika und die EU heute

Neben den politischen und historischen Aspekten muss das starke wirtschaftliche Engagement Europas in Lateinamerika erwähnt werden, auch wenn die Vereinigten Staaten für einige Länder wie etwa Mexiko oder die Staaten Mittelamerikas wichtiger sind. In Südamerika ist dies nicht der Fall, wo Europa nach wie vor der wichtigste Handelspartner ist und die größte Quelle von Auslandsinvestitionen. Der Abschluss eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und dem Mercosur (Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay) steht allerdings noch immer aus und nur mit Mexiko und Chile besteht bereits ein solches Abkommen. Aber auch die Andenstaaten und die zentralamerikanischen Staaten sind interessiert ein Freihandelsabkommen auszuhandeln. Die Bereitschaft der EU weitere Abkommen zu schließen, würde den Handel erleichtern und wäre darüber hinaus ein deutliches Zeichen, dass die EU ihr Interesse an Lateinamerika nicht verloren hat.³

In den letzten Jahren nimmt man in Lateinamerika wahr, dass man auf der Agenda der EU keine Priorität mehr genießt. Der Mangel an Interesse seitens der EU macht sich in allen Bereichen bemerkbar. Die EU konzentriert sich auf Probleme wie den Irakkonflikt, den globalen Terrorismus, China oder die armen Staaten Afrikas.⁴

„In den letzten Jahren nimmt man in Lateinamerika wahr, dass man auf der Agenda der EU keine Priorität mehr genießt. Der Mangel an Interesse seitens der EU macht sich in allen Bereichen bemerkbar.“

Hinzu kommt, dass die Erweiterung der EU um zehn neue Mitglieder die Befürchtung auslöst, die EU würde sich künftig verstärkt mit diesen Ländern und der eigenen inneren Entwicklung befassen.⁵ Es ist daher von größter Wichtigkeit, die Bedeutung Lateinamerikas als Partner zu unterstreichen.

In Lateinamerika ist die Bevölkerung in der Regel gut über europäische Angelegenheiten informiert. Nachrichtensendungen und Printmedien berichten ausführlich über innereuropäische Entwicklungen und man zeigt sich interessiert an europäischen Themen wie dem Erweiterungsprozess oder der europäischen Verfassung. Umgekehrt gilt dies nicht in gleicher Weise. In Europa ist es eher selten, Nachrichten über Lateinamerika zu lesen oder zu hören. Leider erweckt es den Eindruck, als würden die Europäer aber auch die Anteilnahme der Lateinamerikaner an europäischen Entwicklungen nicht richtig wahrnehmen und diese daher weder zu schätzen noch zu nutzen wissen.

In Deutschland wurde dieses Gefühl genährt durch die geplante Schließung des spanischsprachigen Programms der Deutschen Welle – trotz aller Proteste und Bemühungen Auswege zu finden. Die Botschafter von Spanien und von Mexiko (Doyen der Gruppe lateinamerikanischer und karibischer Botschafter in Deutschland) schrieben einen gemeinsamen Brief, um für die Beibehaltung des Programms zu werben, ebenso die Interparlamentarische Freundschaftsgruppe im deutschen Bundestag. Der

³ Siehe hierzu ausführlicher den Aufsatz von Barbara Konner.

⁴ Van Klaveren, Alberto: Las relaciones políticas europeo-latinoamericanas. La necesidad de una sintonía más fina. In: *Nueva Sociedad* 189/2004, S. 54–68, S. 56.

⁵ Maihold, Günther: Globalización y el futuro del Estado-nación: reto y oportunidades del vínculo entre las dos regiones, S. 2.

mexikanische Präsident Fox und der chilenische Präsident Lagos haben dieses Thema in ihren bilateralen Gesprächen mit Bundeskanzler Schröder ebenfalls angesprochen.

Zwar sind nicht alle Nachrichten schlecht, aber es schadet auch nicht, möglichst realistisch zu sein und Probleme ernst zu nehmen. Beide Regionen teilen gemeinsame Werte wie Demokratie, Menschenrechte, Multilateralismus und Völkerrecht, wirtschaftliche Liberalisierung und den Kampf gegen Armut. Es gibt also ein gemeinsames Fundament für eine multidimensionale Vision internationaler Sicherheit, die durch Terrorismus, HIV, Korruption, Geldwäsche, Drogenhandel und Naturzerstörung bedroht ist.⁶

„Es gibt ein gemeinsames Fundament für eine multidimensionale Vision internationaler Sicherheit, die durch Terrorismus, HIV, Korruption, ... und Naturzerstörung bedroht ist.“

Daneben gibt es weitere wichtige Themen für die biregionale Zusammenarbeit, wie etwa den kulturellen, wissenschaftlichen und technologischen Austausch und den Austausch im Jugendbereich. Die EU hat in den letzten Jahren „Programme der horizontalen Zusammenarbeit“ gefördert. ALFA ist beispielsweise ein Programm mit dem Ziel, die Verbindungen zwischen den Universitäten auf beiden Seiten des Atlantiks zu vertiefen. ALBAN ist ein Programm, welches Studenten aus Lateinamerika, die bereits über einen Abschluss verfügen, Stipendien gewährt. Es wurde 2002 ins Leben gerufen und förderte seither mit 88,5 Millionen Euro ca. 3900 Studenten. Und Erasmus Mundus richtet sich an Studenten im Aufbaustudium, die an einer europäischen Partneruniversität studieren wollen.⁷

Im Bereich Bildung hat Deutschland eine besonders starke Präsenz in der Region. So gibt es 35 staatlich anerkannte deutsche Schulen und drei Institute für die Lehrerbildung. Weitere 55 Schulen erhalten finanzielle Unterstützung durch die deutsche Regierung. Die deutschen Schulen stehen für herausragendes pädagogisches Niveau und für Disziplin. Aber auch andere europäische Länder, wie Spanien, Großbritannien, Frankreich, Portugal und Italien, genießen hohes Ansehen, wenn es um Kultur und Bildung geht.

Größere von der EU finanzierte Programme gibt es auch für Forscher und Wissenschaftler. Während des letzten Ministertreffens für Wissenschaft und Technologie 2002 in Brasilia wurde ein Aktionsplan angenommen, der neue Gebiete der Zusammenarbeit benennt, wie Gesundheit, Wachstum durch Wettbewerb, Entwicklung und Urbanisierung, kulturelles Erbe und Informationstechnologie.

Ein weiterer Weg, politische, wirtschaftliche und kulturelle Bindungen zu stärken, sind die vielen Partnerstädte, die es bis zum heutigen Tag auf beiden Seiten des Atlantiks gibt. Besonders der kulturelle Austausch zwischen Partnerstädten ist wichtig. Zu nennen wäre hier die Ausstellung *Buenos Aires – Berlin*, die in beiden Städten ein großer Erfolg war.

Vor den Partnern beiderseits des Atlantiks liegen zahlreiche Herausforderungen. Beide Regionen können aber noch eine Menge unternehmen, um ihre Beziehungen zu stärken und eine strategische Partnerschaft zu entwickeln, die diesen Namen verdient. Eine stärkere Zusammenarbeit wäre in den Bereichen Politik, Kultur, Bildung und Wissenschaft wichtig. Aber auch die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen sollten mit dem Ziel gestärkt werden, zu einer stärkeren sozialen Kohäsion in Lateinamerika beizutragen. Auf dem dritten EU-Lateinamerika-Gipfel in Guadalajara, Mexiko, ha-

⁶ Siehe hierzu ausführlich den Aufsatz von Ursula Stiegler.

⁷ Informationen zur Verfügung gestellt von der Mexikanischen Botschaft bei der Europäischen Union.

ben alle Vertreter anerkannt, dass Armut, Ungleichheit und sozialer Ausschluss die größten Hindernisse bei dem Versuch sind, eine starke und erfolgreiche Gesellschaft zu schaffen.⁸ Diese Prozesse werden als Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung und soziale Kohäsion angesehen. Es ist vor allen Dingen Aufgabe Lateinamerikas, Strategien für mehr regionale Integration zu entwickeln, um Armut zu überwinden und Demokratie zu stärken.⁹ Allerdings wird man sich mit der Tatsache abfinden müssen, dass Lateinamerika in naher Zukunft nicht zu einem Integrationsniveau fähig sein wird, wie es die EU erreicht hat. Vielmehr müssen die zwei Regionen lernen, den bestehenden institutionellen Rahmen zu nutzen und auf dem Fundament der gemeinsamen Werte auszubauen.

3. Spielt Europa für Lateinamerika noch eine Rolle?

Die Antwort auf diese Frage ist ein eindeutiges JA. Auf beiden Seiten des Atlantiks müssen jedoch Schritte unternommen werden, um diese Antwort mit Taten zu untermauern.

Beide Regionen sollten das Ziel verfolgen, ihre Außenbeziehungen zu diversifizieren und dabei einander mehr Aufmerksamkeit schenken. Dabei können sie von ihren historischen Bindungen und kulturellen Affinitäten profitieren und gemeinsame Ziele entwickeln. Allerdings sollte die Berufung auf historische Bindungen und gemeinsame Werte nicht überstrapaziert werden. Diese Bindungen stellen vielmehr die Basis dar, von der aus die gemeinsame Arbeit an einer strategischen Partnerschaft beginnen kann.

Von einer solchen strategischen Partnerschaft könnten beide Seiten profitieren, indem sie ihre außenpolitischen Optionen diversifizieren. Und auch wenn Lateinamerika heute keinen prominenten Platz auf der europäischen Agenda einnimmt, so stellt es einen natürlichen Verbündeten Europas dar und kann zu einem wichtigen Partner werden. Lateinamerika muss seine internen Spaltungen überwinden und die Herausforderungen der globalisierten Welt annehmen. Es gibt keinen besseren Weg dies zu tun als über eine strategische Partnerschaft mit der EU.

Beide Seiten sollten mehr Zeit und Ressourcen in die Aufgabe investieren, gemeinsame Ziele für eine strategische Partnerschaft zu entwickeln. Es gibt vieles, das durch eine strategische Partnerschaft zwischen Lateinamerika und der EU erreicht werden kann. Dazu ist es notwendig, historisch informiert, eine langfristige Perspektive zu entwickeln, die kurzfristigen Abwägungsprozessen überlegen ist. □

⁸ Declaración de la III Cumbre América Latina y el Caribe-Unión Europea. Guadalajara, Mai 2004.

⁹ Vgl. Van Klaveren, Alberto: Las relaciones políticas europeo-latinoamericanas. La necesidad de una sintonía más fina. In: *Nueva Sociedad* 189/2004, S. 54–68.

Wirtschaftliche Bindungen zwischen Europa und Lateinamerika: Die tragende Säule einer strategischen Partnerschaft?

DIE VOLKSWIRTSCHAFTEN LATEINAMERIKAS sind im Jahr 2004 so stark gewachsen wie seit rund einem Vierteljahrhundert nicht mehr. Das Bruttoinlandsprodukt der Region legte um rund 5,5 Prozent zu und übertraf damit selbst die optimistischsten Prognosen.

Auch wenn noch nicht gesagt werden kann, dass damit das Ende des viel diskutierten Bedeutungsverlustes der Region für die Weltwirtschaft gestoppt ist, so ist doch sicher, dass Lateinamerika sich an einem entscheidenden Punkt seiner wirtschaftlichen Entwicklung befindet. Durch gezielte, konkrete und konsequente politische Entscheidungen sind die Staaten der Region dabei, ihre strategische Position in der globalisierten Weltwirtschaft neu zu definieren. Hierbei sind die Beziehungen sowohl zu den Vereinigten Staaten als auch zur Europäischen Union von richtungsweisender Bedeutung.

1. Herausforderung für Lateinamerika: Rohstofflöse nachhaltig investieren

Mit 543 Millionen Einwohnern zwischen Mexiko und Feuerland, einem Anteil von 5 Prozent am weltweiten Bruttoinlandsprodukt und einem immerhin 5,6-prozentigen Anteil am Weltexport ist Lateinamerika die viertgrößte Region innerhalb der globalisierten Weltwirtschaft.¹

Der Außenhandel Lateinamerikas ist in den letzten fünfzehn Jahren konstant und vor allem schneller als der Welthandel angestiegen. Als Hauptgrund hierfür kann der wirtschaftspolitische Paradigmenwechsel der achtziger Jahre angesehen werden, der die jahrzehntelange binnenorientierte Importsubstitution durch exportorientierte Weltmarktintegration ablöste.² Ein zweiter Grund liegt in der hohen Rohstoffnachfrage in den Industrienationen und in den sich entwickelnden Volkswirtschaften Asiens. Aufgrund dieser hohen Nachfrage sind die Exporte einiger Länder Lateinamerikas um rund ein Drittel höher als im Durchschnitt der neunziger Jahre. Im Jahr 2004 stiegen die Ausfuhren Lateinamerikas so stark wie seit 30 Jahren nicht mehr. Der Export ist in Lateinamerika Wachstumsfaktor Nummer eins. Während Peru dank der Nachfrage nach Gold und Silber wächst, basiert Chiles Aufschwung auf dem Export von Kupfer, denn das Land hat die größten Kupfervorkommen der Welt. Mexiko,

¹ World Trade Organisation: International Trade Statistics 2003, S. 32.

² Sangmeister, Hartmut: Ganz Amerika unter dem Sternenbanner? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, September 2003.

Venezuela und Kolumbien profitieren als Erdölproduzenten von den hohen Energiepreisen und Brasiliens Export boomt durch Bauxit, Eisenerz und Niob.³

Die starke Abhängigkeit von Rohstoffen und damit von ausländischem Kapital macht die aufstrebenden Volkswirtschaften Lateinamerikas verwundbar. Dass diese Abhängigkeit aber nicht zwangsläufig zu nachhaltigen Konjunkturerinbrüchen führen muss, zeigt das Beispiel Chiles. Nach Jahren mit Wachstumsraten von zumeist über sieben Prozent bekam Chile 1999 die Auswirkungen der Asienkrise zu spüren und musste sich mit einer schrumpfenden Wirtschaft (-1 Prozent) abfinden. In den Folgejahren konnten jedoch bereits wieder positive Wachstumsentwicklungen verzeichnet werden.⁴

Die ausländischen Nettodirektinvestitionen in Lateinamerika stiegen 2004 im Vergleich zum Vorjahr um 44 Prozent.⁵ Ausländische Konzerne investierten 2004 rund

„Die starke Abhängigkeit von Rohstoffen und damit von ausländischem Kapital macht die aufstrebenden Volkswirtschaften Lateinamerikas verwundbar.“

56 Milliarden US-Dollar, was nach Einschätzung der Analysten der Dresdner Bank Lateinamerika auf einen Anstieg des Vertrauens in die langfristigen Perspektiven der Region schließen lässt.⁶ So rechnet auch der Generalsekretär der CEPAL⁷ damit, dass der ausländische Kapitalzufluss anhalten wird: „Die Exportsektoren sind konkurrenzfähig und die Rohstoffnachfrage hält an.“⁸ Während sich ausländische Investoren in Brasilien und Chile vor allem in den Branchen Lebensmittel, Getränke und Telekommunikation engagierten, konzentrierten sich ausländische Unternehmen in Mexiko hauptsächlich auf Investitionen im Finanzsektor.

Die lateinamerikanischen Regierungen setzen in ihrer Wirtschaftspolitik auf einen „Maßnahmen-Mix“ aus der Öffnung staatlicher Sektoren für die Privatwirtschaft, regionalen Zusammenschlüssen und Freihandelsabkommen mit den USA und/oder der Europäischen Union. Solide Haushaltspolitik und zunehmende makroökonomische Stabilität in einem Großteil der Staaten zwischen dem Rio Grande und Patagonien/Kap Horn schaffen Voraussetzungen, um den hauptsächlich von externen Faktoren bestimmten konjunkturellen Aufschwung in ein nachhaltiges Wachstum der Volkswirtschaften zu überführen. Um tatsächlich ein stabiles Wachstum und den für ihre Volkswirtschaften langfristig größtmöglichen Gewinn zu erzielen, sollten die rohstoffabhängigen Staaten Lateinamerikas die hohen Erlöse aus dem Ressourcenreichtum einsetzen, um Investitionen in Humankapital, Technologie, Infrastruktur und nicht-traditionelle Exportbranchen zu tätigen.

2. Traditionelle Asymmetrien und Zukunftspotenzial

Hauptmerkmal der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika ist ihre Asymmetrie. Für Lateinamerika ist die EU größter ausländischer Investor, mit rund 13 Prozent am lateinamerikanischen Außenhandel zweitwichtigster Handelspartner und wichtigster Geber von Entwicklungshilfe. Die Europäische Union hingegen, mit einem Anteil von 20 Prozent am Welthandel die größte

³ Busch, Alexander u. a.: Globaler Krieg. In: *Wirtschaftswoche*, 3. März 2005.

⁴ Chiles Wachstum 2000: 4,4%; 2001: 2,8%; 2002: 2,1%, 2003: 3,4%, Quelle: Deutsch-chilenische Industrie- und Handelskammer, <http://www.camchal.com>.

⁵ Comisión Económica para América Latina y el Caribe: Balance Preliminar de las Economías de América Latina y el Caribe. Dezember 2004.

⁶ Dresdner Bank: Lateinamerika, Perspektiven. März 2005.

⁷ Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika und die Karibik.

⁸ Agenturmeldung abu/keh: Brasilien und Mexiko locken am meisten. In: *Handelsblatt*, 22. März 2005.

Handelsmacht der Welt, wickelt mit Lateinamerika weniger als fünf Prozent ihres gesamten Außenhandels ab.⁹

Innerhalb der Europäischen Union sind Deutschland und Spanien die zentralen Partner Lateinamerikas: Deutschland ist wichtigster europäischer Handelspartner Lateinamerikas, Spanien mit über der Hälfte der gesamten europäischen Direktinvestitionen in der Region größter Investor aus der Europäischen Union. Während aber in früheren Jahren rund zwei Drittel aller spanischen Auslandsinvestitionen nach Lateinamerika flossen, waren es im Jahr 2003 nur noch rund 20 Prozent.

Auf den ersten Blick hat Lateinamerika auch für die deutsche Wirtschaft an Bedeutung verloren: Mittlerweile werden nur noch rund zwei Prozent der gesamten deutschen Ausfuhren in die Region geliefert. Dieses geringe Handelsvolumen sowie der Rückgang der deutschen Direktinvestitionen sind aber vor allem der Tatsache geschuldet, dass deutsche Unternehmen in hohem Maße vor Ort produzieren und Re-Investitionen in offiziellen Statistiken keine Berücksichtigung finden. Das Produktionsvolumen deutscher Tochterunternehmen in Lateinamerika ist mit fast 60 Milliarden Euro viermal so groß wie der gesamte deutsche Export in die Region. Lateinamerika ist weltweit die einzige Region außerhalb Europas, in der deutsche Unternehmen Schlüsselpositionen in bestimmten Industriesektoren einnehmen.¹⁰ In Mexiko und Brasilien erwirtschaften deutsche Tochterfirmen rund fünf Prozent des nationalen Bruttoinlandsproduktes. An der Wertschöpfung des brasilianischen Industriesektors sind deutsche Firmen sogar mit etwa 15 Prozent beteiligt.¹¹

„Lateinamerika ist weltweit die einzige Region außerhalb Europas, in der deutsche Unternehmen Schlüsselpositionen in bestimmten Industriesektoren einnehmen.“

Entscheidend für das Investitionsklima ist die Wirtschaftspolitik der lateinamerikanischen Zielmärkte. So wenden sich europäische Investoren wieder verstärkt Brasilien, Chile und Mexiko zu. Neben den politischen und makroökonomischen Rahmenbedingungen spielen aber auch Fragen des Marktzutritts, Absicherungsmöglichkeiten der Finanzierung, rechtliche Aspekte und schließlich das Potenzial des Produktes auf Absatz- und Beschaffungsmärkten eine Rolle. Positive Standortfaktoren in Lateinamerika sind gut ausgebildete und hoch motivierte Arbeitskräfte bei gleichzeitig relativ geringem Lohnniveau sowie die seit jeher hohe Akzeptanz europäischer und insbesondere deutscher Technologie einerseits und dem großem Investitionsbedarf andererseits. Darüber hinaus stellt Ludwig Georg

Braun, Vorstandsvorsitzender der seit vielen Jahren in der Region erfolgreich aktiven B. Braun Melsungen AG, fest¹²: „Der Unternehmer, der in Lateinamerika aktiv ist, tut dies in der Regel mit einer Portion Herzblut. Die Regeln des Soll und Habens sind auf der ganzen Welt gleich. Aber für Lateinamerika gilt zusätzlich: ‚Ame-o, ou deixe-o‘, was in diesem Fall ungefähr heißt ‚Entweder du liebst es, oder du lässt es‘.“¹³

⁹ Eurostat, Informationen unter <http://europa.eu.int/comm/eurostat>.

¹⁰ Es handelt sich vor allem um die Bereiche Automobilbau, Kfz-Teilefertigung, Chemie, Pharmazie, Elektrotechnik und Maschinen- und Anlagenbau.

¹¹ Unter Berücksichtigung der Re-Investitionen und der Investitionen über Drittländer nimmt Deutschland mit einem Investitionsbestand von US\$ 46,5 Mrd. nach den USA und Spanien den dritten Platz in der Rangliste der Herkunftsländer ein. Quelle: Peter Rösler: Deutsche Unternehmen investieren weiter in Lateinamerika. Ibero-Amerika Verein, November 2004. <http://www.ibero-amerikaverrein.de/>.

¹² Ludwig Georg Braun ist Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages und Vorsitzender der Lateinamerikainitiative der deutschen Wirtschaft.

¹³ Interview mit Ludwig Georg Braun, 22. Februar 2004. In: *bfaï-News*, Heft 2, April 2005, S. 2–4, <http://www.bfaï.com>.

Unbestreitbar ist allerdings, dass seit einigen Jahren Osteuropa und China im primären Fokus der deutschen und europäischen Wirtschaft stehen. Die Unternehmen wollen nach der inzwischen erfolgten wirtschaftlichen Öffnung neue Märkte erschließen und bereits erreichte Positionen weiter ausbauen. Eine langfristige Vernachlässigung Lateinamerikas ist außenwirtschaftspolitisch aber für die europäische Wirtschaft nicht von Vorteil. Die traditionellen Beziehungen, der breite Wertekonsens und die kulturelle Nähe Lateinamerikas zu Europa sollten für Unternehmen, gerade auch im Vergleich zu Asien, stärker beachtet werden. Innerhalb Lateinamerikas ist der Mercosur, in dessen Mitgliedsländern Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay immerhin fast 40 Prozent des gesamten Bruttoinlandsprodukts Lateinamerikas erwirtschaftet werden, die „letzte europäische Bastion“ in einem ansonsten von den USA dominierten Erdteil.¹⁴ Umso unverständlicher ist es aus Sicht von Unternehmen und Wirtschaftsfachleuten auf beiden Seiten des Atlantiks, dass die Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und dem Mercosur noch immer nicht erfolgreich abgeschlossen sind. Die ökonomischen Konsequenzen

„Die traditionellen Beziehungen, der breite Wertekonsens und die kulturelle Nähe Lateinamerikas zu Europa sollten für Unternehmen, gerade auch im Vergleich zu Asien, stärker beachtet werden.“

des stockenden Verhandlungsprozesses sind gravierend: Der wirtschaftliche Schaden für Unternehmen in beiden Wirtschaftsblöcken wird auf jährlich rund 5000 Millionen US-Dollar geschätzt.¹⁵ Im Rahmen des EU-Mercosur-Ministertreffens in Brüssel am 22. März 2005 bestätigten beide Seiten erneut, dass im Grunde 90 Prozent der Verhandlungen abgeschlossen seien, der politische Wille für einen baldigen Abschluss bestehe und man sich nur in einigen wenigen, wenngleich bedeutenden technischen Details nicht einig sei. Während die Südamerikaner einen besseren Zugang zum abgeschotteten EU-Markt für Agrarprodukte anstreben, erhoffen sich europäische Industrie und Dienstleister Erleichterungen für Investitionen und bei der Vergabe von Staatsaufträgen sowie eine bessere rechtliche Absicherung ihrer Geschäfte mit den Mercosur-

Ländern. Die einzige Chance, sowohl für die EU als auch für den Mercosur, sich auf dem umkämpften Weltmarkt zu behaupten, ist die Schaffung von Wettbewerbsvorteilen. „Offene Märkte zu haben und ein Teil großer integrierter Regionen zu sein, gehört heute zu den entscheidenden komparativen Vorteilen“, so Rolf-Dieter Acker, Präsident von BASF Südamerika.

3. Ziel einer „strategischen Partnerschaft“: Gemeinsam in der WTO

Während der reine Warenaustausch die erste Stufe internationaler WirtschaftsinTEGRATION und damit die „oberflächlichste“ Form bilateraler Wirtschaftsbeziehungen darstellt, sind ausländische Direktinvestitionen die zweite Integrationsstufe. Die Erlöse bzw. die Absätze und Re-Investitionen ausländischer Niederlassungen sind, wie beispielsweise der erwähnte Beitrag deutscher Tochterunternehmen zum mexikanischen und brasilianischen Bruttoinlandsprodukts, die dritte und damit intensivste Form wirtschaftlicher Verflechtung. Je höher dieser Integrationsgrad zwischen Volkswirtschaft-

¹⁴ 51% aller lateinamerikanischen Ausfuhren gehen in die USA, 42% aller nach Lateinamerika importierten Güter kommen aus den Vereinigten Staaten. Für den Mercosur stellt der Außenhandel mit den USA weniger als ein Viertel seines Gesamtvolumens dar.

¹⁵ Gómez Damborenea, Pedro: La UE y Mercosur quieren hacer negocios. In: *El País*, 28. März 2005.

ten oder Wirtschaftsblöcken ist, desto größer ist deren strategische Bedeutung füreinander.

Dass enge wirtschaftliche Beziehungen auch schwere politische Krisen unbeschadet überdauern können und sich als tragende Säule einer internationalen Partnerschaft beweisen können, hat in jüngster Vergangenheit das transatlantische Verhältnis

„Durch möglichst viele bilaterale und regionale Bündnisse wollen die USA ihre Verhandlungsposition stärken und so den Widerstand der Mercosur-Länder brechen.“

zwischen den USA und Europa gezeigt. Obgleich die politischen Beziehungen aufgrund der Diskussion um den Irak-Krieg in den Jahren 2003/04 auf einem historischen Tiefpunkt angelangt waren und etwa zwischen Washington und Berlin diplomatische Eiszeit herrschte, erlebten die Wirtschaftsbeziehungen 2003 ein Rekordjahr.¹⁶ Kein anderer Wirtschaftsraum weist einen so hohen Grad wirtschaftlicher Integration auf wie die transatlantische Wirtschaft zwischen den Vereinigten Staaten und Europa. Die Tiefe dieser wirtschaftlichen Integration ist es, die den Wirtschaftsbeziehungen innerhalb der transatlantischen Partnerschaft eine strategische Qualität verleiht.

Die Beziehungen zwischen Lateinamerika und Europa sind zum jetzigen Zeitpunkt noch weit entfernt davon, die wirtschaftliche Partnerschaft als „strategisch“ zu qualifizieren. Zwar bemüht man sich seit geraumer Zeit, durch den Abschluss von Investitionsschutz und -förderabkommen, Doppelbesteuerungsabkommen sowie Assoziierungs- und Freihandelsabkommen die außenwirtschaftspolitischen und rechtlichen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Vertiefung der Beziehungen zu schaffen bzw. zu festigen. Während aber das ehrgeizigste Projekt, das Assoziierungs-Abkommen EU – Mercosur, nur äußerst schleppend nach fünfjährigen Verhandlungen nun zum Endspurt ansetzt, verfolgen die Vereinigten Staaten in Lateinamerika eine offensivere Freihandelsstrategie: Ziel ist eine gesamtamerikanische Freihandelszone (FTAA). Durch möglichst viele bilaterale und regionale Bündnisse wollen die USA ihre Verhandlungsposition stärken und so den Widerstand der Mercosur-Länder brechen. Die abgeschlossenen bilateralen Freihandelspakete, unter anderem mit Mexiko und Chile¹⁷ wie auch mit einzelnen Staaten auf nahezu allen Kontinenten, dienen den Vereinigten Staaten aber auch als Druckmittel in der WTO. Angesichts dieser Tatsache erscheint es folgerichtig, dass ein Ziel der „strategischen Partnerschaft“ zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika in der gemeinsamen Unterstützung des Prinzips des Freihandels und der Stärkung des multilateralen Welthandelssystems liegen sollte. Nur gemeinsam können Europa und Lateinamerika, möglichst im Schulterschluss mit den Vereinigten Staaten, zum erfolgreichen Abschluss der laufenden Doha-Runde in Hongkong im Herbst 2005 beitragen. Um aber auch wirklich ein „Partner“ sein zu können, ist es wichtig, dass die Europäische Union ihre Position zum Reizthema „Agrarmärkte“ überdenkt. Nur wenn dieses Problem gelöst wird, sind substanzielle Fortschritte zu erwarten. □

¹⁶ US-amerikanische Unternehmen haben 2003 rund 7 Mrd. US-Dollar in Deutschland investiert und so den Trend des Vorjahres umgekehrt. Laut AHK-Umfrage wird für 2005 ein Wachstum der deutschen Exporte von gut 4 Prozent erwartet.

¹⁷ Mit Kolumbien, Peru, Ecuador und Bolivien wurden Gespräche bereits aufgenommen oder sollen in Kürze aufgenommen werden.



EIN ATLANTISCHES DREIECK KANN LETZTLICH NUR AUF DER BASIS KRAFTVOLLER
BEZIEHUNGEN ZWISCHEN ALLEN DREI PARTNERN ERFOLGREICH SEIN.

PEDRO GERMÁN CAVALLERO

URSULA STIEGLER

Globalisierung gemeinsam gestalten – Europa und Lateinamerika als Partner?

LATEINAMERIKA WIRD AUS EUROPÄISCHER PERSPEKTIVE im Rahmen der strategischen Partnerschaft zunehmend als Partner für die gemeinsame Gestaltung der Globalisierung oder *Global Governance* betrachtet. Für Europa erscheint Lateinamerika aufgrund der engen historischen, politischen und kulturellen Verbindungen dabei als „natürlicher“ Partner. Zudem engagieren sich einzelne lateinamerikanische Staaten immer häufiger als Akteure auf der internationalen Ebene. In beiden Regionen wächst das Bewusstsein, dass die Herausforderungen der globalisierten Welt nicht durch die Nationalstaaten im Alleingang gemeistert werden können, sondern nur durch internationale Kooperation. So wurde in den Abschlusserklärungen der europäisch-lateinamerikanischen Gipfeltreffen und insbesondere durch die Thematisierung des „Multilateralismus“ in Guadalajara der beiderseitige Wille ausgedrückt, globale Probleme verstärkt gemeinsam anzugehen.

Jenseits ambitionierter Gipfelrhetorik stellt sich allerdings die Frage, inwieweit lateinamerikanische Staaten tatsächlich beanspruchen und das Potenzial besitzen, Politik auf globaler Ebene zu betreiben. Angesichts der bisher sehr vagen Gipfelerklärungen ist auch zu überlegen, bei welchen globalen Themen Europa und Lateinamerika ein besonderes Kooperationsinteresse haben könnten.

1. Voraussetzungen einer Partnerschaft – stabile und engagierte Partner

Eine Grundvoraussetzung erfolgreicher Partnerschaften sind stabile Partner. Ohne interne politische, soziale und wirtschaftliche Stabilität können Staaten kaum eine konstruktive Rolle im internationalen System spielen. Lateinamerika hat in den letzten Dekaden einen grundlegenden politischen Wandel erlebt. Waren in den siebziger Jahren weitgehend autoritäre Regime an der Macht, so werden heute – mit der Ausnahme Kubas – alle lateinamerikanischen Staaten als Demokratien bezeichnet.¹ Allerdings existieren in vielen Ländern weiterhin beträchtliche Defizite bei der Herausbildung repräsentativer, pluralistischer und rechtsstaatlicher Demokratien. Die Garantie der Menschenrechte ist vielerorts mangelhaft. Zudem gefährden insbesondere unge löste wirtschaftliche und soziale Probleme die Konsolidierung der Demokratien und damit die Stabilität der politischen Systeme. So erlebte Lateinamerika auch in den letzten Jahren schwere Wirtschaftskrisen² und ist nach wie vor die Weltregion mit

¹ Zur Entwicklung der Demokratie in Lateinamerika vgl. Krennerich, Michael: Demokratie in Lateinamerika – eine Bestandsaufnahme nach 25 Jahren. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 38–39/2003, S. 6–13.

² Gerade auch die größten Volkswirtschaften erlebten Krisen: Argentinien 2001/02, Brasilien 1998/99 und Mexiko 1994.

den größten sozialen Ungleichheiten. Das Aufkommen neuer populistischer Regime, die bei ihrem Machstreben von der Unzufriedenheit weiter Teile der Bevölkerungen mit ihrer sozialen Lage profitieren, stellt eine weitere Gefährdung der Demokratien dar.³ Vergleicht man die heutige politische Situation Lateinamerikas jedoch mit derjenigen vor wenigen Dekaden, lässt sich trotz aller Einschränkungen ein hoffnungsvolles Bild zeichnen. Lateinamerika ist heute neben Europa und den USA die am demokratischsten regierte Region der Welt, und die lateinamerikanischen Demokratien haben sich in der Mehrzahl trotz diverser Schwierigkeiten als stabil erwiesen.⁴

„Waren in den siebziger Jahren weitgehend autoritäre Regime an der Macht, so werden heute, mit der Ausnahme Kubas, alle lateinamerikanischen Staaten als Demokratien bezeichnet.“

Trotz der aufgezeigten generellen Trends kann allerdings nicht von Lateinamerika als einheitlicher Region gesprochen werden, vielmehr verdienten die einzelnen Staaten eine gesonderte Betrachtung. Seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes treten einzelne lateinamerikanische Staaten international zunehmend als engagierte Akteure auf. Am aktivsten zeigt sich Brasilien, das mit über 180 Millionen Einwohnern knapp ein Drittel der Bevölkerung Lateinamerikas stellt. Es erwirtschaftet zudem auch ein Drittel des regionalen Bruttoinlandsprodukts und ist damit die zweitgrößte Volkswirtschaft des Subkontinentes. Seine traditionelle Rolle als passive Regionalmacht hat Brasilien aufgegeben und betreibt zunehmend sowohl regional als auch global eine aktive Außenpolitik. Eines der primären außenpolitischen Ziele der gegenwärtigen Regierung Luiz Inácio „Lula“ da Silvas besteht in der Vertiefung und Erweiterung der regionalen Integration sowohl im Rahmen des Mercosur als auch in Form der Südamerikanischen Staatengemeinschaft. Ein Ziel dieser Bestrebungen ist es, Brasiliens Verhandlungsmacht im internationalen System zu stärken und sich als regionale Führungsmacht zu profilieren. So trat Brasilien beispielsweise als Vermittler in den jüngsten politischen Krisen seiner Nachbarländer Venezuela, Kolumbien und Bolivien auf. Über Lateinamerika hinaus engagiert sich Brasilien als Wortführer der Schwellenländer. Zur Stärkung der internationalen Süd-Süd-Zusammenarbeit ging es eine Kooperation mit Indien und Südafrika ein, welche im Rahmen der „Gruppe der 20“⁵ zum Abbruch der WTO-Verhandlungen 2003 in Cancún beitrug. Zu Brasiliens internationalem Engagement gehören auch die technische Zusammenarbeit mit zentralamerikanischen Staaten und portugiesischsprachigen Ländern in Afrika sowie die Ausrichtung internationaler Konferenzen, wie etwa 1992 die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro. Innerhalb der Vereinten Nationen spielt das Land unter anderem durch die Beteiligung an internationalen Friedensmissionen eine aktive Rolle.⁶ Schließlich zeigt Brasilien sein Interesse an der Mitgestaltung der Weltpolitik insbesondere durch den Anspruch auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat.⁷

³ Der venezolanische Präsident Hugo Chávez ist dabei sicher der prominenteste, wenngleich nicht der einzige Vertreter.

⁴ Barrios, Harald: Die Überlebenschancen der Demokratien in Lateinamerika. In: Nohlen, Dieter/Sangmeister, Hartmut (Hgg.): Macht, Markt, Meinungen. Demokratie, Wirtschaft und Gesellschaft in Lateinamerika. Wiesbaden 2004, S. 31–48.

⁵ Die G-20 formierte sich 2003 anlässlich der WTO-Verhandlungen im Rahmen der Doha-Runde in Cancún. Nachdem ihr im März 2005 auch Uruguay beigetreten ist, gehören der Gruppe mit Argentinien, Brasilien, Bolivien, Chile, Kuba, Guatemala, Mexiko, Paraguay und Venezuela mittlerweile zehn lateinamerikanische und insgesamt 21 Staaten an.

⁶ In Haiti stellt Brasilien beispielsweise das größte Kontingent der UNO-Mission.

⁷ Grätius, Susanne: Die Außenpolitik der Regierung Lula. Brasiliens Aufstieg von einer diskreten Regional- zu einer kooperativen Führungsmacht. Berlin 2004.

Mexiko, das größte spanischsprachige Land, spielt ebenfalls zunehmend eine aktive internationale Rolle. Neben Brasilien ist es das zweite Land mit dem Potenzial einer (sub-)regionalen Führungsmacht. Als größte Volkswirtschaft der Region ist es das einzige lateinamerikanische Mitglied der OECD. Auch Mexiko hat einen deutlichen Wandel seiner Außenpolitik vollzogen, welche traditionell von Zurückhaltung und dem Prinzip der Nichteinmischung geprägt war. 2002 war es Gastgeber der UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Monterrey und im darauf folgenden Jahr der WTO-Verhandlungen in Cancún. Als einer der ersten Staaten des amerikanischen Kontinentes ratifizierte Mexiko das Kioto-Protokoll. Zudem war Mexiko 2002/03 nicht ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat. In dieser Funktion zeigte das Land ein selbstbewusstes Auftreten auch gegenüber den USA. Während der Irakkrise entschied es sich trotz großen politischen Drucks seitens des nördlichen Nachbarn gegen die Autorisierung eines militärischen Eingreifens. Mexiko ist nicht zuletzt an der Ausgestaltung eines multilateralen Systems interessiert, um dadurch ein ausgleichendes Moment zu seiner starken Abhängigkeit von den USA zu schaffen.⁸

Neben Brasilien und Mexiko können auch die beiden „europäischsten“ unter den lateinamerikanischen Staaten, Argentinien und Chile, als potenzielle Partner für die gemeinsame Gestaltung der Globalisierung betrachtet werden. Argentinien, das Land mit der drittgrößten Wirtschaftsleistung Lateinamerikas, gelingt es zusehends, die Folgen seiner Krise zu überwinden; Chile erfreut sich seit der Rückkehr zur Demokratie besonderer politischer Stabilität und zählt zu den wirtschaftlich erfolgreichsten Staaten der Region.

„Mexiko war 2002/03 nicht ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat. In dieser Funktion zeigte das Land ein selbstbewusstes Auftreten auch gegenüber den USA.“

Demgegenüber gibt es in Lateinamerika eine Reihe von Staaten, die derzeit weniger als mögliche Partner für *Global Governance* erscheinen. Im „Krisenherd“⁹ der Andenregion stellt Kolumbien aufgrund des anhaltenden Bürgerkriegs den wohl kritischsten Fall dar. Dieses Land wird im Zusammenhang mit der Drogenproblematik – zumindest von den USA – als internationales Sicherheitsproblem betrachtet. Auch die übrigen Andenstaaten scheinen zu sehr mit der Bewältigung ihrer internen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Krisen beschäftigt, als dass sie sich derzeit aktiv auf der globalen Bühne engagieren könnten. Die zentralamerikanischen und karibischen Länder sind zudem schlicht zu klein, um alleine eine gewichtige Rolle im internationalen System zu spielen.

Von Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die subregionalen Integrationszonen – etwa der Mercosur, die Andengemeinschaft oder das zentralamerikanische Integrationssystem. Ein Ziel dieser Integrationsbestrebungen besteht darin, den Mitgliedsländern mehr Gewicht auf der internationalen Ebene zu verleihen. Zudem können diese Integrationsprojekte dazu beitragen, krisenanfälligen Staaten mehr politische Stabilität zu verleihen. Paraguay beispielsweise wurde vermutlich nicht zuletzt durch die „Demokratie-Klausel“, die eine Mitgliedschaft im Mercosur an das Bestehen eines demokratischen Systems bindet, an einem Rückfall in ein autoritäres Regime gehindert.¹⁰

⁸ Maihold, Günther: Auf dem Weg aus dem Labyrinth? Mexiko in der Globalisierung. In: Mols, Manfred/Öhlschlager, Rainer (Hgg.): Lateinamerika in der Globalisierung. Frankfurt 2003, S. 81–103.

⁹ Kurtenbach, Sabine: Die Andenländer als neuer Krisenherd: Eine sicherheitspolitische Herausforderung für Lateinamerika. In: Bodemer, Klaus/Gratius, Susanne (Hgg.): Lateinamerika im internationalen System. Zwischen Regionalismus und Globalisierung. Opladen 2003, S. 301–322.

¹⁰ Gratius, Susanne: MERCOSUR – Gravitationszentrum in Südamerika? In: Bodemer, Klaus/Gratius, Susanne (Hgg.): Lateinamerika im internationalen System. Zwischen Regionalismus und Globalisierung. Opladen 2003, S. 75–103, S. 86.

2. Ziele der Partnerschaft – Stabilisierung der Staaten oder Gestaltung der Globalisierung?

Die Frage, ob die Partnerschaft zwischen Europa und Lateinamerika nicht vornehmlich auf die Unterstützung der wirtschaftlichen und demokratischen Entwicklung der Region zielen müsste und eine gemeinsame globale Politik ein zu hoch gestecktes Ziel bleibt, stellt sich so nicht. Das eine schließt das andere nicht aus. Europa findet in Lateinamerika durchaus Partner für eine gemeinsame Gestaltung der Globalisierung. Zwischen den Regionen existiert ein weltweit einmalig dichtes Netz an politischen und gesellschaftlichen Verbindungen – eine gute Grundlage für einen konstruktiven Dialog über eine gemeinsame Vision der zukünftigen Welt. Dieses Potenzial sollte angesichts der drängenden globalen Probleme für eine gemeinsame Gestaltung der Globalisierung genutzt werden.

„Die lateinamerikanischen Länder müssen auch ihre internen Probleme bewältigen, um sich dauerhaft an der Lösung der globalen Herausforderungen beteiligen zu können.“

Die lateinamerikanischen Länder müssen allerdings auch ihre internen Probleme bewältigen, um sich dauerhaft an der Lösung der globalen Herausforderungen beteiligen zu können. Ein Anliegen der biregionalen Partnerschaft sollte daher weiterhin die Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung und der weiteren Demokratisierung der lateinamerikanischen Staaten sowie der Schaffung gerechterer Gesellschaften sein – nicht zuletzt, da sich Instabilitäten innerhalb einzelner Staaten destabilisierend auf die gesamte Region auswirken können. Gerade Europa kommt in diesem Sinne aufgrund seiner auf diesen Grundsätzen beruhenden Gesellschaftsordnungen eine besondere Verantwortung zur Kooperation zu. Darüber hinaus sollte ein Anliegen Europas weiterhin die Förderung der regionalen Integrationsprozesse sein, da die lateinamerikanischen Akteure durch diese an Gewicht auf der internationalen Ebene gewinnen können.

Last but not least stellt sich also die Frage, bei welchen globalen Themen sich ein verstärktes gemeinsames Engagement Europas und Lateinamerikas anbietet, denn angesichts der Vielzahl an Herausforderungen scheint es unmöglich, alle gleichzeitig anzugehen.¹¹ Daher wäre es im Rahmen der „strategischen Partnerschaft“ sinnvoll, sich zunächst auf wenige Themen zu konzentrieren. Dies bedeutet selbstredend nicht, andere drängende Probleme außer Acht zu lassen; eine Fokussierung der gemeinsamen Anstrengungen würde jedoch eine gezieltere Kooperation ermöglichen.

Insbesondere drei Felder könnten für eine engere Zusammenarbeit Europas und Lateinamerikas von Interesse sein:

Erstens die Reform der Vereinten Nationen. Beide Regionen haben ein Interesse an einem demokratischen und effizienten UN-System, welches eine gleichberechtigte Mitsprache und -entscheidung aller Staaten bei globalen politischen Angelegenheiten ermöglicht und gefällten Entscheidungen mehr Durchsetzungsfähigkeit verleiht. Sowohl Europa als auch Lateinamerika bevorzugen multilaterale Kooperation zur Bewältigung von Problemen, wie die ambitionierten Integrationsprojekte in beiden Regionen zeigen. Durch eine Reform der Vereinten Nationen in diesem Sinne würden die Prinzipien von Demokratie und Multilateralismus auf globaler Ebene weiter institutionalisiert.

¹¹ Bei der Lektüre der 104 Punkte umfassenden Gipfelerklärung von Guadalajara könnte der Eindruck entstehen, dass dies angestrebt wird.

Zweitens wäre es von beiderseitigem Interesse, im Rahmen der WTO-Verhandlungen enger zu kooperieren. Beide Regionen verfolgen eine Ausweitung ihres Handels und würden von einer liberalisierteren Welthandelsordnung mehr als durch biregionale Abkommen profitieren.¹² Allerdings sollte es dabei um eine Liberalisierung des Welthandels im Sinne aller Beteiligten gehen. Es wäre auch im europäischen Interesse, die Bemühungen Brasiliens und der „Gruppe der 20“ – der immerhin zehn lateinamerikanischen Staaten angehören – um eine Neugestaltung der Welthandelsordnung ernst zu nehmen. Damit die lateinamerikanischen sowie andere Entwicklungs- und Schwellenländer im Sinne der Forderung *trade not aid* (Handel statt Hilfe) tatsächlich von mehr Freihandel profitieren können, müsste Europa als der stärkere Handelspartner – insbesondere im Agrarbereich – mehr Zugeständnisse machen. Die Entwicklungsschritte, die dadurch realisiert werden könnten, kämen durch einen möglichen Beitrag zur globalen Stabilität langfristig auch Europa zugute.

„Lateinamerika ist unter anderem aufgrund des Amazonasregenwaldes und des Reichtums der Region an Biodiversität von besonderer Bedeutung für das globale ökologische Gleichgewicht.“

Drittens wäre auch die Intensivierung der europäisch-lateinamerikanischen Zusammenarbeit im Bereich der globalen Umwelt- und Klimapolitik wünschenswert. Lateinamerika ist unter anderem aufgrund des Amazonasregenwaldes und des Reichtums der Region an Biodiversität von besonderer Bedeutung für das globale ökologische Gleichgewicht. In Europa befinden sich die Staaten mit dem weltweit ausgeprägtesten Umweltbewusstsein; Deutschland etwa ist der globale Vorreiter im Bereich der erneuerbaren Energien. Auch in Lateinamerika findet ein Umdenken statt, und die Staaten sind mehr als zuvor bereit, sich für umweltpolitische Belange zu engagieren. Die internationale Umweltkonferenz in Rio de Janeiro 1992 ist nur ein Beispiel dafür. Um die Lateinamerikaner als stärkere Verbündete für umweltpolitische Anliegen zu gewinnen, wäre es allerdings notwendig, diese davon zu überzeugen,

dass unser Engagement tatsächlich auf den Schutz der Umwelt zielt und nicht mit der Absicht erfolgt, neue Handelshemmnisse einzuführen.¹³

Europa und Lateinamerika besitzen das Potenzial und gute Gründe, sich gemeinsam für die Gestaltung der Globalisierung zu engagieren. Dennoch sollten sich die Partner keinen Illusionen hingeben; beiderseits sind noch viele Anstrengungen und Kompromisse nötig. Letztendlich müssen sich alle Staaten der Welt an der Lösung der globalen Herausforderungen beteiligen. Europa und Lateinamerika haben dabei ein besonderes Interesse, auch die USA in ein kooperatives System des Multilateralismus einzubinden. Darüber hinaus ist das komplexe Projekt der Gestaltung der Globalisierung im Sinne von *Global Governance* nur möglich, wenn auch an neue Formen des Regierens gedacht wird, bei denen neben den Staaten etwa auch Netzwerke zivilgesellschaftlicher Akteure beteiligt werden. Europa und Lateinamerika könnten durch eine Stärkung ihrer Partnerschaft und eine gezieltere Kooperation jedenfalls als positives Beispiel bei der Gestaltung der Globalisierung vorangehen. □

¹² Zu den europäisch-lateinamerikanischen Handelsbeziehungen siehe den Beitrag von Barbara Konner.

¹³ Boomgarden, Georg: *Perspectivas de la cooperación entre Alemania y América Latina en el contexto de la gobernanza global*. In: Maggi, Claudio/Messner, Dirk: *Gobernanza Global. Una mirada desde América Latina*. Caracas 2002, S.117–151, S. 134.

Europa, Lateinamerika und die Vereinigten Staaten: Ein atlantisches Rendezvous?

DIE INTERNATIONALE GEMEINSCHAFT sieht sich nach dem 11. September 2001 mit einer Reihe von neuen Bedrohungen und Herausforderungen konfrontiert. Diese Herausforderungen machen es notwendig, in der internationalen Arena Anpassungen vorzunehmen und langjährige Allianzen zu überprüfen. Zwar haben Amerikaner und Europäer seit Ende des Kalten Krieges unterschiedliche Vorstellungen von Weltpolitik entwickelt, die transatlantischen Beziehungen blieben aber im Großen und Ganzen unverändert. Erst durch die bitteren Auseinandersetzungen um den Irakkrieg wurden sie infrage gestellt. Die unvereinbaren Sichtweisen auf beiden Seiten des Nordatlantiks führten bei einigen Beobachtern sogar zu dem Schluss, dass sich die Wege der langjährigen Partner endgültig trennen.¹

Obwohl sich sowohl Amerikaner als auch Europäer in letzter Zeit bemühten, die Wogen zu glätten, fehlt es noch immer an Einvernehmen, wie die strategischen Bindungen neu belebt werden können. Währenddessen wird in außenpolitischen Kreisen in Europa dafür geworben, den traditionellen transatlantischen Rahmen zu erweitern und in Form eines Dreiecks (Europa, Lateinamerika, USA) die Atlantische Welt neu zu schaffen.

1. Entfremdete Partner?

In der westlichen Hemisphäre konnte in den letzten Jahren eine zunehmende Entfremdung zwischen den Vereinigten Staaten und den Nachbarn südlich des Rio Grande beobachtet werden. Außenminister Colin Powell erklärte im Jahr 2004 dem amerikanischen Kongress in aller Offenheit, dass sich Budgetkürzungen für Lateinamerika ergäben aufgrund von „higher priorities [...] of a more serious nature.“² Zur selben Zeit wurden die Mittel des Außenministeriums für Afrika, den Nahen und Mittleren Osten und für Südostasien erhöht oder blieben zumindest konstant. Solange es dringlichere Probleme auf der Welt gibt, wie etwa Iran und Nordkorea, wird sich Washingtons Aufmerksamkeit auch in Zukunft auf solche Entwicklungen konzentrieren und damit nicht auf Lateinamerika.

¹ François Heisbourg (International Foundation for Strategic Studies, Paris) bezweifelt etwa, dass man bei den Beziehungen zwischen Europa und den USA noch länger von einer Atlantischen Partnerschaft sprechen könne, sondern nur noch von einer „Partnerschaft à la carte“: An ‚A La Carte‘ Coalition Between the U.S. and Europe. In: *The Washington Post*, 24. Februar 2005.

² The Oppenheimer Report: It's Official: Latin America Not a Top Priority. In: *The Miami Herald*, 15. Februar, 2004.

Die frühere Beschäftigung der Außenministerin Condoleezza Rice mit außen- und sicherheitspolitischen Fragen und ihre Berufung an die Spitze des Außenministeriums legt den Schluss nahe, dass in der amerikanischen Politik eher Kontinuität als Wandel zu erwarten ist. In einer Zeit, in der nukleare und sicherheitsrelevante Themen die Agenda bestimmen, wird nichts, was nicht eine akute Krise oder einen größeren Bruch darstellt, die Region wieder ins Zentrum des Interesses rücken. Aus der Perspektive Washingtons hat Lateinamerika den vorrangigen amerikanischen Sicherheitsbedenken die kalte Schulter gezeigt und eine aktive Beteiligung am sogenannten *war on terror* abgelehnt.³ Als Konsequenz hat der Dialog zwischen Nord- und Südamerika abgenommen und besonders die amerikanisch-mexikanischen Beziehungen, die zuvor an Bedeutung gewonnen hatten, erlebten eine deutliche Abkühlung.⁴

„Colin Powell erklärte im Jahr 2004 dem amerikanischen Kongress, dass sich Budgetkürzungen für Lateinamerika ergäben aufgrund von „higher priorities ... of a more serious nature.“

Auch die von Washington angestoßene, überaus ambitionierte Amerikanische Freihandelszone (*Free Trade Agreement of the Americas, FTA*), die 34 Staaten, 800 Millionen Menschen und 40 Prozent des globalen Sozialprodukts umfassen soll, navigiert durch ein Meer der Skepsis. Brasilien und andere regionale Akteure haben bereits ihre Ablehnung signalisiert, was dazu führte, dass die amerikanischen Vertreter nur lauwarmer Antworten aus den lateinamerikanischen Hauptstädten erhielten.⁵

Die Tatsache, dass sich die Vereinigten Staaten von ihren südlichen Nachbarn abwenden, bleibt nicht unbeobachtet – etwa bei Akteuren außerhalb der Region, deren Interesse an Lateinamerika wächst. Im Jahr 2004 hat China mit einer dynamischen Außenwirtschaftspolitik dafür gesorgt, seine steigende Abhängigkeit von Rohstoffen und Energie zu diversifizieren. Die Rundreise des chinesischen Präsidenten Hu Jintao durch die Hauptstädte Brasilia, Buenos Aires und Santiago de Chile zeigt sowohl Pekings Bereitschaft als auch seine Möglichkeiten, eine gewichtigere Rolle in einer Region zu spielen, die traditionell als blinder Fleck der chinesischen Diplomatie galt.⁶

2. Ostwärts schreiten, südwärts denken?

Auch die Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika stehen vor fundamentalen Herausforderungen. Die Osterweiterung der Europäischen Union scheint denjenigen Recht zu geben, die erwarten, dass sich die Verbindungen einer erweiterten Union mit „den Americas“ lockern. Auf dem EU-Lateinamerika-Gipfel 2004 in Guadalajara sprach der damalige Kommissar für Außenbeziehungen, Christopher Patten, diese Befürchtungen an, hob dann aber besonders die hohe Präsenz von Vertretern aus der erweiterten Union hervor.⁷ Laut Patten werde sich die erweiterte europäische Familie nicht nur mit sich beschäftigen und sich auch nicht von den Americas abwen-

³ Ursprünglich nahmen fast 1000 Soldaten aus El Salvador, Honduras, Nicaragua und der Dominikanischen Republik an Sicherheits- und Wiederaufbaumaßnahmen im Irak teil. Anfang 2005 war nur noch das Kontingent aus El Salvador im Land. Vgl.: U.S. Department of State, International Information Programs (2004). *Central American Troops Make Important Contribution in Iraq*. <http://mnf-iraq.com/the-coalition/coalition-force.htm>

⁴ Mexico Struggles for the Attention of a Preoccupied U.S. In: *The New York Times*, 13. Oktober 2002.

⁵ A New Brazil for the New Millennium. Washington, D.C.: The Americas Society, 2003.

⁶ China's Quiet Rise Casts Wide Shadow. In: *The Washington Post*, 26. Februar 2004.

⁷ Commissioner Christopher Patten and President Enrique Iglesias at the III EU-LAC Summit. Press Release, European Commission, 27. Mai 2004.

den. Ganz im Gegenteil werde die EU mehr Gewicht auf überregionale Allianzen legen und ihrer globalen Verantwortung gerecht werden.⁸ Der Gipfel von Guadalajara wurde daher von offizieller Seite als fassbarer Ausdruck einer „erneuerten Verpflichtung“ gegenüber Lateinamerika präsentiert und als die mehr als 50 Flaggen gehisst

„Im Gegensatz zur Rhetorik, die im Zusammenhang mit dem EU-Lateinamerika-Gipfel benutzt wird, ist eine wirklich ‚strategische Partnerschaft‘ bisher nicht entstanden.“

wurden, ließ diese deutliche Symbolik bestehende Zweifel verstummen. Wenn Lateinamerika jedoch auf die institutionellen Verästelungen eines geografisch ausufernden Europas schaut, so ruft die Ankunft neuer Mitgliedsstaaten mit schwachen Verbindungen nach Lateinamerika Sorgen hinsichtlich der künftigen geostrategischen Orientierung Europas hervor. Trotz aller Beteuerungen bleiben Zweifel, wenn Brüssel zunehmend in Richtung Ural blickt. Trotz des Begriffs „strategische Partnerschaft“, den Europäer und Lateinamerikaner zur Beschreibung ihrer Beziehungen benutzen, sind die erreichten Ergebnisse eher begrenzt und künftige Entwicklungen ungewiss.

Zwei Jahre nach der Erklärung von Rio herrschte Einigkeit über die begrenzten Fortschritte auf der politischen Ebene und die Notwendigkeit, die politische Dimension der Beziehungen zu vertiefen. Die Reichhaltigkeit der beschlossenen Agenda verhinderte jedoch eher eine Vertiefung der Diskussion. So wurden nur gemeinsame Standpunkte zu den globalen Themen beschlossen, bei denen Europa und Lateinamerika sich einfach einigen konnten. Im Gegensatz zur Rhetorik, die im Zusammenhang mit dem EU-Lateinamerika-Gipfel benutzt wird, ist eine wirklich „strategische Partnerschaft“ bisher nicht entstanden.

3. Ein atlantisches Dreieck?

Als ein Block mit einer Bevölkerung von 350 Millionen und einem Sozialprodukt von mehr als 1,7 Billionen US-Dollar und einer gewaltigen geografischen Ausdehnung widersetzt sich Lateinamerika dem Verweis an die Seitenauslinie des internationalen Systems. In unterschiedlichen Foren und internationalen Zusammenkünften versuchen lateinamerikanische Regierungen eine Rolle einzunehmen, die ihrem tatsächlichen Gewicht entspricht. Im Gegensatz zu anderen Regionen in der sich entwickelnden Welt stellt Lateinamerika keine unmittelbar drohende Gefahr dar. Dies sollte Lateinamerikas strategische Bedeutung erhöhen und nicht schwächen. Des Weiteren sind die zahlreichen Verbindungen Lateinamerikas sowohl zu dem nördlichen Nachbarn als auch über den Atlantik hinweg historisch tief verwurzelt und haben Wachstumspotenzial.

Folgende Überlegung verdient daher mehr Aufmerksamkeit: In außenpolitischen Kreisen in Europa wird das Konzept eines atlantischen Dreiecks als möglicher Rahmen für die Beziehungen zwischen Europa, den Vereinigten Staaten und Lateinamerika diskutiert. In einer Welt mit einer beispiellosen Kombination unterschiedlicher Herausforderungen einer schnell voranschreitenden Globalisierung mit höchst explosiven innerstaatlichen Konflikten und der Herausbildung von mächtigen nicht staatlichen Akteuren ist es zwingend multilaterales Engagement zu fördern. Außerdem gibt es einen gestiegenen Bedarf an institutionalisierten Rahmenbedingungen, durch die das kollektive Handeln der internationalen Gemeinschaft vereinfacht wird. Rahmen-

⁸ Patten, Christopher: A Common Foreign Policy for Europe: Relations with Latin America. 9. November 2000.

bedingungen, die das Heraufziehen neuer Konflikte verhindern oder helfen, diese zu lösen.

Das Konzept eines atlantischen Dreiecks wirft jedoch auch eine Reihe von Fragen auf. Erstens ist es zweifelhaft, ob angesichts des momentanen Zustands der Beziehungen die drei Partner (Europa, USA und Lateinamerika) in der Lage sind, so komplexe Entwicklungen voranzutreiben und sich der Dynamik einer Dreiecksbeziehung aus-

„Washington wird seine Aufmerksamkeit so lange nicht den südlichen Nachbarn zuwenden, solange die globalen Herausforderungen die ganze Aufmerksamkeit erfordern.“

zusetzen. Die Vereinigten Staaten und Europa sind noch immer mit dem Heilen ihrer Wunden beschäftigt, die die Auseinandersetzung über den Irak geschlagen hat. Um die Unsicherheiten zu beseitigen, von denen die Allianz durchdrungen ist, müssen sich beide Partner wieder verstärkt engagieren, das heißt, ihre bilaterale Partnerschaft stärken. Ein weiteres Hindernis könnte in Washingtons skeptischem Blick auf alle Initiativen bestehen, die die amerikanische Fähigkeit einschränken könnten, auf Sicherheitsrisiken zu reagieren. Worin sollten dann die Anreize für die Vereinigten Staaten bestehen, sich an einer trilateralen Organisationsstruktur zu beteiligen, an der mit Lateinamerika eine Region beteiligt ist, in der Washington ohnehin der Hauptspieler ist?

Zweitens sind die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Lateinamerika geprägt durch fundamentale Meinungsverschiedenheiten über regionale und globale Themen. Um ein trilaterales Modell in Betracht zu ziehen, müssen beide Seiten zuerst an ihren bilateralen Beziehungen arbeiten und bestehende Divergenzen überbrücken. Dies jedoch scheint auf kurze Sicht unwahrscheinlich. Washington wird seine Aufmerksamkeit so lange nicht den südlichen Nachbarn zuwenden, solange die globalen Herausforderungen die ganze Aufmerksamkeit erfordern.

Schließlich sind Lateinamerikaner und Europäer noch weit davon entfernt, ein fortgeschrittenes Stadium ihrer Beziehung zu erreichen. Im Gegensatz zu ihren immer wiederkehrenden Verpflichtungen und der Rhetorik der EU-Lateinamerika-Gipfel steht der politische Dialog zwischen den Partnern erst am Anfang.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das Konzept des atlantischen Dreiecks den Vorzug hätte, ausgleichend auf die Beziehungen zwischen den drei Partnern zu wirken. Dieses soll nicht in Abrede gestellt werden. Die Dynamik, die momentan zwischen den drei Partnern zu beobachten ist, erfordert hingegen zunächst einmal verstärktes Engagement auf der bilateralen Ebene. Ein atlantisches Dreieck kann letztlich nur auf der Basis kraftvoller Beziehungen zwischen allen drei Partnern erfolgreich sein. □

URSULA STIEGLER

Europa und Lateinamerika: Literatur, Institutionen und Internetquellen – eine Auswahl

AUCH DIE PROKLAMATION DER „strategischen Partnerschaft“ konnte nichts daran ändern, dass Lateinamerika in Deutschland in den letzten Dekaden zunehmend aus dem Blickpunkt der Öffentlichkeit verschwunden ist. Die Medien berichten über den Subkontinent heute meist nur noch anlässlich von Krisen, Katastrophen oder Fußballweltmeisterschaften. Abseits der öffentlichen Wahrnehmung beschäftigt sich in Deutschland jedoch (noch) eine – relativ kleine, aber nichtsdestoweniger aktive – *community* deutscher Lateinamerikaforscher an Universitäten und außeruniversitären Institutionen mit der Region. Spezielle Institute und/oder Regionalstudiengänge sind unter anderem an den Universitäten in Berlin, Tübingen und Köln angesiedelt.¹ Darüber hinaus gibt es in Deutschland zwei auf Lateinamerika spezialisierte außeruniversitäre Institute: das Institut für Iberoamerikakunde (IIK) in Hamburg und das Ibero-Amerikanische Institut Preußischer Kulturbesitz (IAI) in Berlin. Beide Institute geben eigene Schriftenreihen und Publikationen zu Lateinamerika heraus und besitzen umfassende Bibliotheken. Zudem haben einige weitere Institutionen Forschungsabteilungen zu Lateinamerika, wie etwa das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) in Bonn mit entwicklungspolitischer Zielsetzung oder die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin mit außenpolitischem Fokus. Auch die politischen Stiftungen, die jeweils mit eigenen Büros in verschiedenen Ländern Lateinamerikas vertreten sind, sowie einige Ministerien, Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit und Nichtregierungsorganisationen stellen Informationen über die Region bereit.² Schließlich finden unter anderem mit den Weingartener und den Passauer Lateinamerikasprachen³ sowie der Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Deutsche Lateinamerikaforschung (ADLAF) regelmäßig Fachkonferenzen zu Lateinamerika statt, die auch der interessierten Öffentlichkeit zugänglich sind.

Auf europäischer Ebene wurde 1986 mit dem *Instituto de Relaciones Europeo-Latinoamericanas* (IRELA) in Madrid sogar ein eigenes wissenschaftliches Institut zur Förderung der Beziehungen zwischen der EU und Lateinamerika eingerichtet. Aus finanziellen Gründen wurde dessen Tätigkeit allerdings im Jahr 2001 wieder eingestellt. Doch auch die deutsche Lateinamerikaforschung ist zunehmend von Kürzungen betrof-

¹ Lateinamerikastudien und -forschung werden darüber hinaus auch in Eichstätt, Erlangen-Nürnberg, Göttingen, Hamburg, Leipzig, Münster und Passau betrieben. Vgl. dazu die Link-Liste des Institutes für Iberoamerikakunde (IIK) Hamburg: <http://www.duei.de/iik/show.php/de/content/internet/iiklinks.html>. Zudem arbeiten einzelne Professoren und Wissenschaftler an diversen weiteren Universitäten ohne spezialisierte Institute zu der Region. Zur Lateinamerikaforschung in Deutschland siehe auch das entsprechende Kapitel in Werz, Nikolaus: Lateinamerika. Eine Einführung. Baden-Baden 2005, S. 82–105.

² Siehe dazu die Informationen zur internationalen Arbeit auf den Internetseiten der Friedrich-Ebert-, Friedrich-Naumann-, Heinrich-Böll- und Konrad-Adenauer-Stiftung und die in Anm.1 genannte Link-Liste des IIK.

³ Informationen zu diesen Tagungen siehe auf: <http://www.akademie-rs.de/23.htm> und <http://www.pla-online.de>.

fen. So wird etwa bei der Neubesetzung ehemals auf Lateinamerika spezialisierter Lehrstühle die regionale Schwerpunktsetzung immer weniger berücksichtigt. In einer globalisierten Welt, in der spezifisches Wissen über andere Weltregionen immer unverzichtbarer wird, aber insbesondere auch im Hinblick auf die Beziehungen zwischen der EU und Lateinamerika ist dies bedenklich – ist doch das Wissen über den Partner grundlegend für den Aufbau einer soliden Partnerschaft. Es bleibt somit zu hoffen, dass Lateinamerika und der Lateinamerika-Expertise in Deutschland in Zukunft wieder mehr Beachtung gezollt wird – nicht nur im Sinne der „strategischen Partnerschaft“.

1. Grundlegende Literatur zu Lateinamerika:

a) Monographien, Sammelbände, Essays:

Bernecker, Walther u. a. (Hgg.): Handbuch der Geschichte Lateinamerikas. 3 Bände. Stuttgart 1992 ff.

Dieses umfassende Handbuch enthält einführende Artikel, die einen grundlegenden Einblick in die Geschichte Lateinamerikas und der lateinamerikanischen Nationalstaaten bieten. Band 1: Mittel-, Südamerika und die Karibik bis 1760; Bd.2: Lateinamerika von 1760 bis 1900; Bd.3: Lateinamerika im 20. Jahrhundert. Ein Standardwerk.

Forschungen zu Lateinamerika

In dieser von den Professoren P. Waldmann, A. Boeckh, E. Garzón Valdés, G. Kohlhepp, D. Nohlen und H.-W. Tobler herausgegebenen Reihe im Verlag für Entwicklungspolitik Saarbrücken werden unter anderem Magisterarbeiten und Dissertationen aus verschiedenen Fachbereichen zu Lateinamerika veröffentlicht. Dementsprechend behandeln die Bände jeweils spezifische Fragestellungen in sehr detaillierter Weise.

Fuentes, Carlos: Der vergrabene Spiegel. Die Geschichte der hispanischen Welt. Frankfurt/M. 2003.

Ein kulturhistorischer Essay. Der mexikanische Autor Carlos Fuentes rekapituliert die Ereignisse der hispanischen Geschichte von den Anfängen bis in die unmittelbare politische Gegenwart. Im Brennpunkt seines Interesses stehen dabei die Übereinstimmungen und Divergenzen der kulturellen, religiösen und sozialen Wirklichkeit Spaniens und Lateinamerikas. Eine sehr lesenswerte Einführung in die Geschichte des Subkontinentes.

Galeano, Eduardo: Die offenen Adern Lateinamerikas. Die Geschichte eines Kontinents von der Entdeckung bis zur Gegenwart. Wuppertal 2003.

Der Uruguayer Galeano beschreibt die Geschichte des Subkontinentes in essayistischer Form als Geschichte der Ausbeutung. Das Buch erscheint in Deutschland mittlerweile in der 17. Auflage, allerdings wurde die erste Version von 1971 lediglich 1978 noch einmal überarbeitet. Dennoch bleibt das Buch ein Klassiker und ist insbesondere aufgrund seiner von Europäern gerne verdrängten Interpretation der Geschichte Lateinamerikas empfehlenswert.

Jahrbuch Lateinamerika. Analysen und Berichte

Herausgegeben von Karin Gabbert, Wolfgang Gabbert u. a. *Das Jahrbuch Lateinamerika* erscheint jeweils mit verschiedenen thematischen Schwerpunkten – der neueste Band Nr. 28 beispielsweise trägt den Titel *Medien und ihre Mittel* – und bietet zudem aktuelle Analysen zu ausgewählten lateinamerikanischen Ländern.

Kahle, Günther (Hg.): Lateinamerika-Ploetz. Die Geschichte der lateinamerikanischen Staaten zum Nachschlagen. Freiburg/Würzburg 1993.

Kurze überblicksartige Einführungen in die Geschichte der einzelnen lateinamerikanischen Staaten zum schnellen Einordnen der Ereignisse in historische Zusammenhänge. Enthält gute Zeittafeln für einen ersten Überblick.

Lateinamerika Jahrbuch

Das von Klaus Bodemer, Detlef Nolte und Hartmut Sangmeister herausgegebene *Lateinamerika Jahrbuch* des Institutes für Iberoamerikakunde in Hamburg bietet sowohl einen übergreifenden

Analyse-Teil mit Aufsätzen zu spezifischen aktuellen Fragestellungen als auch ausführliche Chronologien der Ereignisse (des jeweils vorherigen Jahres) in den einzelnen lateinamerikanischen Ländern sowie länderspezifische Statistiken und Basisdaten. Insbesondere die Länderchronologien machen das *Lateinamerika Jahrbuch* zu einem interessanten Nachschlagewerk.

Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (Hgg.): Handbuch der Dritten Welt. Band 2: Südamerika. Band 3: Mittelamerika und Karibik. Bonn 1995.

Die beiden Bände bieten eine grundlegende Einführung in die Struktur- und Entwicklungsproblematiken Lateinamerikas und seiner Subregionen und enthalten Überblicksartikel zur historischen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklung der einzelnen lateinamerikanischen Länder. Wenngleich nicht mehr auf dem allerneuesten Stand, so ist das Handbuch noch immer ein Standard- und sehr empfehlenswertes Nachschlagewerk.

Nohlen, Dieter/Sangmeister, Hartmut (Hgg.): Macht, Markt, Meinungen. Demokratie, Wirtschaft und Gesellschaft in Lateinamerika. Wiesbaden 2004.

Dieser Sammelband enthält Beiträge zur wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Entwicklung Lateinamerikas der letzten beiden Dekaden – nach den erfolgten politischen und wirtschaftlichen Reformen. Der Band bietet somit sehr lesenswerte aktuelle Einschätzungen zur derzeitigen Lage von Demokratie und Marktwirtschaft in Lateinamerika sowie deren Implikationen für die Gesellschaft.

Schriftenreihe des Institutes für Iberoamerikakunde, Hamburg

Die mittlerweile 62 Bände umfassende Schriftenreihe des IIK besteht aus Monographien und Sammelbänden zu spezifischen Themenbereichen oder Ländern Lateinamerikas. Die aktuellsten Ausgaben behandeln etwa die *Ökonomie unter den Bedingungen Lateinamerikas, Venezuela unter Chávez* oder die krisenhafte Entwicklung der Andenregion. Interessant ist insbesondere auch der unter Punkt 3 vorgestellte Band von Gilberto Calcagnotto und Detlef Nolte zur aktuellen Positionierung Südamerikas im internationalen System.

Wertz, Nikolaus: Lateinamerika. Eine Einführung. Baden-Baden 2005.

Eine bisher in dieser Form nicht vorliegende Einführung in die Probleme und Chancen Lateinamerikas. Nach grundlegenden allgemeinen Ausführungen sowie einem Kapitel zur Lateinamerikaforschung insbesondere im deutschsprachigen Raum erfolgt ein historischer Überblick, um dann in systematischer Weise Merkmale der politischen Systeme zwischen Transformation und Konsolidierung darzustellen. Der Band bietet dem Leser einen fundierten Einstieg für die Beschäftigung mit Lateinamerika und zeichnet sich zudem durch die kommentierten weiterführenden Literaturempfehlungen und Hinweise zu weiteren Informationsquellen aus.

b) Zeitschriften:

Brennpunkt Lateinamerika. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft

Der 14-tägig erscheinende Informationsservice des Institutes für Iberoamerikakunde in Hamburg bietet kurze Analysen zu aktuellen Ereignissen in den lateinamerikanischen Staaten oder zu neuen Entwicklungstrends der Region, etwa zur wirtschaftlichen Entwicklung. Er ist als E-Mail-Abo oder in gedruckter Form erhältlich und ermöglicht es, sich über die – rare – Presseberichterstattung hinaus über einige der „Brennpunkte“ Lateinamerikas zu informieren. Die Jahrgänge 1999–2004 sind im Volltext auf der Internetseite des Institutes abrufbar.
<http://www.duei.de/iik/shop/>

Bulletin of Latin American Research

Wissenschaftliche Zeitschrift der britischen Society of Latin American Studies. Das Bulletin veröffentlicht aktuelle Forschungsergebnisse aus allen akademischen Disziplinen im Feld der Sozial- und Humanwissenschaften. Einige Artikel sind im Netz frei zugänglich.
<http://www.blackwellpublishing.com/journal.asp?ref=0261-3050&site=1>

B26° Europa/Lateinamerika

Diese erste interkulturelle Zeitschrift auf Deutsch und Spanisch erscheint erstmals im Sommer 2005. Ihre Zielsetzung ist der Austausch über Politik, Wirtschaft, Kunst und Kultur mittels Beiträgen von Autoren aus beiden Kontinenten. <http://www.b26.info/>

Revista Europea de Estudios Latinoamericanos y del Caribe/European Review of Latin American and Caribbean Studies

Vom inter-universitären Center for Latin American Research and Documentation (CEDLA) an der Universität Amsterdam herausgegebene wissenschaftliche Zeitschrift. Neben Artikeln auf Englisch und Spanisch enthält die zweimal jährlich erscheinende Zeitschrift Buchrezensionen und institutionelle Nachrichten. Ausgaben, die mindestens zwei Jahre alt sind, können online frei abgerufen werden. http://www.cedla.uva.nl/60_publications/european_review.html

Foreign Affairs en Español

Die spanische Ausgabe der Zeitschrift *Foreign Affairs* wird in Mexiko in Kooperation mit dem *Instituto Tecnológico Autónomo de México* (ITAM) herausgegeben. Jede Nummer enthält speziell für die spanische Version verfasste sowie aus dem Englischen übersetzte Artikel aus *Foreign Affairs*. Die Zeitschrift erscheint viermal jährlich und ist online frei im Volltext zugänglich. Interessant insbesondere aufgrund ihrer Beiträge aus lateinamerikanischer Sicht. <http://www.foreignaffairs-esp.org/>

Ibero Americana

Interdisziplinäre wissenschaftliche Zeitschrift, herausgegeben vom Ibero-Amerikanischen Institut in Berlin, dem Institut für Iberoamerikakunde in Hamburg und dem Verlag Iberoamericana/Vervuert mit der Zielsetzung, eine Plattform des Dialogs und Austauschs über Kultur, Geschichte, Gesellschaft und Politik Lateinamerikas, Spaniens und Portugals zu bilden. Erscheint viermal jährlich auf Spanisch. <http://www.iberoamericana.de>

Ibero-Analysen

Die vom IAI in Berlin herausgegebenen Ibero-Analysen erscheinen in unregelmäßigen Abständen zu jeweils spezifischen Themen. Eigendarstellung: „Die Ibero-Analysen greifen themenorientierte und länderbezogene Fragestellungen auf und liefern aktualitätsbezogene, aber über den tagespolitischen Horizont hinausreichende Informationen zu Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur der Länder Ibero-Amerikas. Ausgewiesene Fachwissenschaftler bieten in den Ibero-Analysen Orientierungswissen in allgemeinverständlicher Form, das den interkulturellen Dialog zwischen Deutschland und dem ibero-amerikanischen Kulturraum anregen und unterstützen soll.“ <http://www.ibero-analysen.de/>

ILA

Die zehnmal jährlich erscheinende Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika in Bonn bietet eine etwas andere Sicht zu Politik, Wirtschaft, Kultur und sozialem Engagement in Lateinamerika. Die Hefte haben jeweils einen thematischen Schwerpunkt und berichten zudem über aktuelle Entwicklungen aus den einzelnen Ländern sowie über Veranstaltungen der Lateinamerika-Solidaritätsbewegung in Deutschland. Lesenswert aufgrund ihrer alternativen Berichterstattung. <http://www.ila-bonn.de/>

Journal of Democracy

Das von der Johns Hopkins University Press herausgegebene Journal of Democracy ist eine der international führenden Zeitschriften zu Theorie und Praxis der Demokratie. Sie enthält kritische Diskussionsbeiträge von Wissenschaftlern und Praktikern zu den Problemen und Perspektiven der Demokratie weltweit und ist somit zwar nicht auf Lateinamerika spezialisiert, enthält aber häufig empfehlenswerte Beiträge – auch lateinamerikanischer Autoren – zur demokratischen Entwicklung in der Region. <http://www.journalofdemocracy.org/>

Journal of Latin American Studies

Wichtigstes britisches wissenschaftliches Periodikum zu Lateinamerika. Herausgegeben vom Institute for the Study of the Americas (ehemals Institute of Latin American Studies) der Universität London und der Cambridge University Press. Die viermal jährlich erscheinende Zeitschrift veröffentlicht aktuelle Forschungsergebnisse aus den Bereichen Wirtschaft, Geografie, Politik, internationale Beziehungen, Soziologie, Anthropologie und Kulturgeschichte. Zahlreiche Beiträge sind online im Volltext zugänglich. <http://www.sas.ac.uk/ilas/jlas.htm>

Lateinamerika-Analysen

Die wichtigste wissenschaftliche Zeitschrift zu Lateinamerika im deutschsprachigen Raum. Eigendarstellung: „Die vom Institut für Iberoamerika-Kunde herausgegebene Zeitschrift Lateinameri-

ka-Analysen ist ein zentrales Forum für die sozialwissenschaftliche Lateinamerika-Forschung im deutschsprachigen Raum. Ihr Ziel ist es, fundierte Forschungsergebnisse zu präsentieren, neue Einsichten in die Realitäten des Kontinents zu vermitteln und notwendige Diskussionen anzuregen. Jede Ausgabe der Zeitschrift umfasst einen nicht themengebundenen Teil referierter Artikel [...] ein von der Redaktion betreutes Schwerpunktthema sowie Rezensionen wichtiger Neuerscheinungen.“
<http://www.duei.de/iik/shop/analysen>

Lateinamerika Nachrichten

Monatliche Zeitschrift mit kritisch-solidarischer Berichterstattung zu Lateinamerika, herausgegeben in Berlin. Den Kern bilden politische Hintergrundberichte und Analysen zu verschiedenen Ländern, es werden aber auch wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Themen behandelt. Unter anderem bietet die Zeitschrift auch eine Übersicht über aktuelle TV- und Radiosendungen zu Lateinamerika. Sie ist insbesondere aufgrund ihrer Berichterstattung abseits vom *mainstream* lesenswert. <http://www.lateinamerikanachrichten.de/>

Latin American Politics and Society

Von der Universität Miami herausgegebene internationale wissenschaftliche Zeitschrift mit Artikeln und Essays zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Lateinamerikas sowie zu den Beziehungen zwischen den USA und Lateinamerika. Erscheint viermal jährlich.
<http://www.as.miami.edu/clas/laps.htm>

Latin American Research Review

Wichtigste US-amerikanische wissenschaftliche Zeitschrift zu Lateinamerika. Die von der University of Texas in Austin herausgegebene interdisziplinäre *Latin American Research Review (LARR)* ist das Organ der Latin American Studies Association (LASA) und veröffentlicht aktuelle Forschungsergebnisse aus den Sozial- und Kulturwissenschaften über Lateinamerika und die Karibik. Sie erscheint dreimal jährlich. <http://larr.lanic.utexas.edu/>

2. Einführende Literatur zu einzelnen lateinamerikanischen Ländern⁴

Bernecker Walther L./Braig, Marianne/Hölz, Karl/Zimmermann, Klaus (Hgg.): Mexiko heute. Politik, Wirtschaft, Kultur. Frankfurt/M. 2004.

Der mittlerweile in seiner dritten Auflage erschienene, komplett überarbeitete Band bietet einen fundierten Einblick in Geografie, Geschichte, Wirtschaft, Politik und Kultur Mexikos. Die verschiedenen Beiträge deutscher Mexikospezialisten und mexikanischer Wissenschaftler zeichnen ein vielseitiges Bild des heutigen Mexiko. Damit empfiehlt sich der Band sowohl als landeskundlicher Studienführer als auch als Handbuch und Nachschlagewerk.

Bodemer, Klaus/Pagni, Andrea/Waldmann, Peter (Hgg.): Argentinien heute. Politik, Wirtschaft, Kultur. Frankfurt/M. 2002.

Ähnlich dem Band über Mexiko gibt dieses Werk erstmals in deutscher Sprache einen umfassenden Überblick über die politische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklung Argentiniens seit dem Ende des Militärregimes bis heute.

Imbusch, Peter/Messner, Dirk/ Nolte, Detlef (Hgg.): Chile heute. Politik, Wirtschaft, Kultur. Frankfurt/M. 2004.

Im Stil der weiteren Bänden dieser Länder-Reihe gibt *Chile heute* erstmals in deutscher Sprache einen fundierten Überblick über die Entwicklung Chiles seit der Pinochet-Ära. Ein Teil des Buches ist zudem den Beziehungen zwischen Deutschland und Chile gewidmet.

In derselben Reihe sind zudem die Bände **Brasilien heute** (Briesemeister, Dietrich u. a., 1994), **Kuba heute** (Ette, Ottmar u. a. 2001), und **Kolumbien heute** (Altmann, Werner u. a., 1997) erschienen.

⁴ Aufgrund der Vielzahl lateinamerikanischer Staaten sollen an dieser Stelle vor allem die großen Länder und einzelne Werke beispielhaft aufgeführt werden. Weitere länderspezifische Darstellungen finden sich auch in der Schriftenreihe des IIK (siehe unter 1a)).

Kohlhepp, Gerd (Hgg.): Brasilien. Entwicklungsland oder tropische Großmacht des 21. Jahrhunderts? Tübingen 2003.

Ein aktueller Sammelband zu Brasilien, der Grundfragen, Probleme und Zukunftsperspektiven aus interdisziplinärer Sicht behandelt. Er enthält Beiträge zur Innen- und Außenpolitik, wirtschaftlicher Entwicklung, der Situation des Landes in der Globalisierung, aber auch zu geografischen und ökologischen Fragestellungen.

Sevilla, Rafael/Boeckh, Andreas (Hgg.): Venezuela, die bolivariische Republik. Tübingen 2005.

Ein Band aus der Reihe „Länderseminare“ des Zentrums für wissenschaftliche Kommunikation mit Iberoamerika (CCC) in Tübingen. Dieser Band enthält Beiträge von deutschen und venezolanischen Autoren zum politischen und gesellschaftlichen Wandel Venezuelas, zur aktuellen Situation unter Präsident Chávez, zur wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung und zur Rechtskultur.

In der „Edition Länderseminare“ sind weitere Bände von Rafael Sevilla in Co-Edition mit diversen weiteren Herausgebern über **Argentinien** (1997), **Brasilien** (2003), **Bolivien** (2001), **Ecuador** (2004), **Kolumbien** (1999), **Kuba** (1993), **Mexiko** (1993), **Mittelamerika** (1995) und **Peru** (2001) erschienen.

3. Literatur zu den Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika und zu Lateinamerika im internationalen System:

Bodemer, Klaus/Gratius, Susanne (Hgg.): Lateinamerika im internationalen System. Zwischen Regionalismus und Globalisierung. Opladen 2003.

Mit Beiträgen über die Entwicklung der diversen lateinamerikanischen Integrationsprojekte (NAFTA, Mercosur etc.), die Beziehungen Lateinamerikas zu seinen jeweiligen internationalen Partnerregionen (Asien, Europa, USA) sowie über aktuelle Herausforderungen an die Region im Zeitalter der Globalisierung bietet dieser Sammelband einen umfassenden Überblick über die derzeitige Situation Lateinamerikas im internationalen System. Zur „strategischen Partnerschaft“ zwischen Europa und Lateinamerika ist insbesondere der Artikel von Westphal (siehe unten) sehr lesenswert.

Bodemer, Klaus/Grabendorff, Wolff, u. a. (Hgg.): El Triángulo Atlántico: América Latina, Europa y Estados Unidos en un sistema internacional cambiante, Sankt Augustin 2002.

Dokumentation der Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Deutsche Lateinamerikaforschung (ADLAF) von 2000. Mit Beiträgen zu verschiedenen Dimensionen sowie Problemen, Herausforderungen und Perspektiven des „Transatlantischen Dreiecks“ von namhaften Autoren aus Europa, Lateinamerika und den USA. Der Tagungsband liegt nur in spanischer Sprache vor, stellt aber aufgrund der Bandbreite der bearbeiteten Themen und deren Betrachtung aus der Sichtweise der drei verschiedenen Regionen einen grundlegenden Beitrag zur Diskussion über das „Triángulo Atlántico“ dar.

Burmeister, Hans P./Lange, Joachim (Hgg.): Lateinamerika und Europa: Perspektiven der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen. Rehburg-Loccum 2003.

Diese Dokumentation einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum vom 7. bis 9. März 2003 enthält Beiträge von Wissenschaftlern aus Europa und Lateinamerika unter anderem zur gegenseitigen Wahrnehmung der beiden Regionen sowie zum Stand und den Herausforderungen der europäisch-lateinamerikanischen Beziehungen auf wirtschaftlicher, politischer und kultureller Ebene.

Dietrich, Wolfgang/Reinberg, Stefanie (Hgg.): Lateinamerika und Europa auf dem Weg zu einem gemeinsamen Bildungs- und Kulturraum? !atención! Jahrbuch des Österreichischen Lateinamerika-Instituts, Band 7. Frankfurt/M. 2003.

Der Band gibt die Ergebnisse erster Bemühungen um die Schaffung eines gemeinsamen Bildungsraumes der EU mit Lateinamerika wieder. Beiträge aus persönlicher Sicht – von lateinamerikanischen Studierenden in Europa und europäischen Studierenden in Lateinamerika – sowie aus institutioneller Sicht berichten über Initiativen wissenschaftlicher Zusammenarbeit sowie Studien und Wissensproduktion in Europa oder Lateinamerika über die jeweils andere Region.

Calcagnotto, Gilberto/Nolte, Detlef: Südamerika zwischen US-amerikanischer Hegemonie und brasilianischem Führungsanspruch. Konkurrenz und Kongruenz der Integrationsprozesse in den Americas. Schriftenreihe des IIK, Band 56. Frankfurt/M. 2002.

Vor dem Hintergrund der wissenschaftlichen Diskussion über Regionalisierungs- und Globalisierungsprozesse gibt der Band eine Einschätzung der Neuausrichtung der brasilianischen Außenpolitik sowie der Wahrnehmung derselben seitens der externen Akteure außerhalb (Mexiko, USA, Europa) und innerhalb Südamerikas (Argentinien, Chile, Peru, Venezuela). Zu Wort kommen deutsche Lateinamerika-Experten, lateinamerikanische Wissenschaftler und außenpolitische Praktiker.

Grabendorff, Wolf/Seidelmann Reimund: *Relations between the European Union and Latin America. Biregionalism in a Changing Global System*. Baden-Baden 2005.

Derzeit der wohl umfassendste Band über den aktuellen Stand der biregionalen Beziehungen. Der Sammelband beschreibt, analysiert und bewertet die Beziehungen zwischen der EU und Lateinamerika im Allgemeinen und mit spezieller Bezugnahme auf den Mercosur und die Karibik. Er verbindet empirische Analysen der Entwicklung dieser Beziehungen mit einer systematischen Diskussion über Regionalisierung und Biregionalismus und enthält darüber hinaus Einschätzungen zu möglichen zukünftigen Entwicklungen. Zudem werden die Beziehungen zwischen der EU und Lateinamerika zu einem generellen Rahmen globalen Wandels, den Beziehungen im „Transatlantischen Dreieck“ und zum lateinamerikanischen Regionalisierungsprozess in Beziehung gesetzt.

Grabendorff, Wolf: *Eine strategische Partnerschaft? Biregionaler Dialog zwischen EU und Lateinamerika*. In: *Internationale Politik*, Vol. 54, Nr. 5, Mai 1999, S. 1–8.

Der Artikel enthält eine Einschätzung des damaligen Direktors des Institutes für Europäisch-lateinamerikanische Beziehungen in Madrid zu den Perspektiven der „strategischen Partnerschaft“ im Vorfeld des ersten EU-Lateinamerika-Gipfeltreffens in Rio de Janeiro 1999. Nach einer Analyse der Erfolge des bilateralen Dialogs und der Probleme aufgrund der asymmetrischen Wirtschaftsbeziehungen fällt seine Bilanz insgesamt optimistisch aus.

Grabendorff, Wolf/Riordan, Roett (Hgg.): *Lateinamerika – Westeuropa – Vereinigte Staaten: Ein atlantisches Dreieck? Reihe Internationale Politik und Sicherheit, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen, Band 17*. Baden-Baden 1985.

Nachdem das Konzept eines „Atlantischen Dreiecks“ bereits in den 1950er Jahren erstmals diskutiert wurde, nimmt dieser Band Mitte der 1980er Jahre eine Neueinschätzung der triangulären Beziehungen vor. Er stellt insofern ein interessantes Zeugnis dar, als er aufschlussreich für die Aufdeckung von Konstanten und Veränderungen im Vergleich zur aktuellen Diskussion um das Transatlantische Dreieck ist.

Gratius, Susanne: *Europa und Lateinamerika: zwischen Rückzug und Annäherung. Ergebnisse des Gipfeltreffens in Mexiko*. SWP-Aktuell Nr. 26, Juni 2004.

(http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=894)

Eine kurze Zusammenfassung der Ergebnisse des Gipfeltreffens zwischen der EU und Lateinamerika in Guadalajara im Mai 2004, die in diesem Beitrag als „zwar nicht spektakulär, aber insgesamt befriedigend“ (S. 1) bewertet werden, sowie eine kritische und verhalten optimistische Bilanz der bisherigen Entwicklung der strategischen Partnerschaft.

Gratius Susanne/Risi, Marcelo: *Das zweite europäisch-lateinamerikanische Gipfeltreffen in Madrid: „Mucho ruido, pocas nueces?“* In: *Brennpunkt Lateinamerika*, Nr. 10, 2002.

Bericht über den zweiten EU-Lateinamerika-Gipfel 2002 in Madrid. Die Autoren ziehen eine ernüchternde Bilanz des Treffens und des bisherigen Fortschrittes der strategischen Partnerschaft und bezeichnen lediglich die Beziehungen der EU zu Chile und Mexiko als Erfolgsstory.

Gratius, Susanne: *Spielt Europa in Lateinamerika noch eine Rolle?* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 38–39, 15. September 2003, S. 38–46.

Der Autorin zufolge spielt Europa in Lateinamerika durchaus noch eine Rolle, allerdings macht sie eine „Arbeitsteilung“ in der Region zwischen den USA – die sich vorwiegend auf den großkaribischen Raum von Mexiko bis Kolumbien konzentrierten – und Europa – welches in Brasilien und im Mercosur-Raum dominiert – aus und plädiert in diesem Beitrag daher für eine strategische Allianz der EU mit dem Mercosur. Lesenswert insbesondere aufgrund der provokanten Thesen der Verfasserin.

Mols, Manfred/Öhlschläger Rainer (Hgg.): *Lateinamerika in der Globalisierung*. Frankfurt/M. 2003.

Dokumentation der „Weingartener Lateinamerika-Gespräche 2002“ mit Beiträgen zu politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Implikationen der Globalisierung in Lateinamerika und ausgewählten Ländern wie Mexiko und Chile sowie zum Thema „*Global Governance* aus lateinamerikanischer Perspektive“. Eine empfehlenswerte Bestandsaufnahme von namhaften deutschen Lateinamerikaforschern.

Nolte, Detlef: *Fortschritte auf dem Weg zu einer strategischen Partnerschaft? Der III. Gipfel zwischen der EU und Lateinamerika in Guadalajara*. In: *Brennpunkt Lateinamerika*, Nr. 11, 2004.

Ein kritisches, aber dennoch optimistisches Resümee des EU-Lateinamerikagipfels in Guadalajara. Der Autor hebt neben den – weniger spektakulären – konkreten Ergebnissen des Treffens insbesondere dessen symbolischen Wert hervor und verweist, nicht ohne auch die Probleme und Asymmetrien der Partnerschaft zu erwähnen, auf die erneute Demonstration vieler gemeinsamer außenpolitischer Standpunkte Europas und Lateinamerikas.

Westphal, Kirsten: *Die strategische Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika: Konkretes Handlungsmodell oder nur Vision?* In: Bodemer, Klaus/Gratius, Susanne (Hgg.): *Lateinamerika im internationalen System. Zwischen Regionalismus und Globalisierung*. Opladen 2003, S. 177–201.

Eine Bestandsaufnahme und außergewöhnlich idealistische Einschätzung der strategischen Partnerschaft. Der Autorin zufolge hat diese insofern visionären Charakter, als sie darauf zielt, globale Probleme gemeinsam zu bearbeiten, und ist aufgrund der vereinbarten biregionalen Kooperationsprojekte und -programme andererseits auch als konkretes Handlungsmodell zu verstehen. Westphal betrachtet die EU und Lateinamerika unter anderem aufgrund der beiderseitigen Integrationsbestrebungen und deren Vorziehen multilateraler Kooperation vor unilateralen Vorgehensweisen als ideale Partner, und betont die nicht zu unterschätzende Bedeutung des politischen Dialoges zwischen den beiden Regionen.

4. Institutionen und Internetquellen⁵

Arbeitsgemeinschaft Deutsche Lateinamerika Forschung (ADLAF)

Eigendarstellung: „Die ADLAF ist ein fachübergreifender Zusammenschluss von Forschungsinstituten und Einzelwissenschaftlern aller Disziplinen, die sich schwerpunktmäßig mit Lateinamerika befassen.“ Ihre Zielsetzung besteht u. a. darin, „die in Deutschland an den verschiedenen Stellen vorhandenen Erfahrungen und Quellen über Lateinamerika den Mitgliedern und anderen interessierten Kreisen nutzbar zu machen“, „die Zusammenarbeit aller an der Lateinamerika-Kunde beteiligten Wissensgebiete zu verstärken“ sowie „die Kontakte mit verwandten in- und ausländischen Verbänden und Institutionen zu pflegen und zu vermehren“.

<http://www.adlaf.de/>

Arnold-Bergstraesser-Institut (ABI), Freiburg

Das ABI ist ein wissenschaftliches Forschungsinstitut mit entwicklungspolitischer Ausrichtung. Ziel der Arbeit am ABI ist die Erforschung der Entwicklungen in Gesellschaft, Kultur und Politik überseeischer Staaten. Das Institut betreibt sowohl Grundlagen- als auch angewandte Forschung, leistet Politikberatung und besitzt eine öffentlich zugängliche Bibliothek. Lateinamerika gehört zwar nicht zu den regionalen Schwerpunkten des Institutes, dennoch beschäftigen sich auch einige Wissenschaftler mit dieser Region. <http://www.arnold-bergstraesser.de/>

Auswärtiges Amt, Berlin

Auf den Internetseiten des Auswärtigen Amtes finden sich Übersichten und Basisdaten zur historischen, politischen, wirtschaftlichen Entwicklung der lateinamerikanischen Staaten sowie Informationen zu den Beziehungen Deutschlands zu diesen Ländern und zur Politik Deutschlands und der Europäischen Union zu Lateinamerika und seinen Subregionen. <http://www.auswaertiges-amt.de/>

⁵ Zu weiteren deutschen, europäischen und internationalen Einrichtungen siehe u. a. die Link-Liste des IIK: <http://www.duei.de/iik/show.php/de/content/internet/iiklinks.html>

Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ), Berlin

Das BMZ stellt auf seiner Homepage Informationen und Dokumente zur deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit Lateinamerika sowie Studien zu ausgewählten Partnerländern zur Verfügung. <http://www.bmz.de/>

CIBERA

Cibera ist eine virtuelle interdisziplinäre Fachbibliothek zu Kultur, Geschichte, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft der spanisch- und portugiesischsprachigen Länder sowie der Karibik. Das Portal ermöglicht unter anderem den Zugang zu Bibliothekskatalogen, digitalen Volltexten, einer Datenbank zur deutschsprachigen Lateinamerikaforschung und einem Pressearchiv. <http://www.cibera.de/de/>

Comisión Económica para América Latina y el Caribe (CEPAL), Santiago de Chile

Als eine der fünf regionalen Wirtschaftskommissionen der Vereinten Nationen wurde die CEPAL 1948 mit dem Ziel gegründet, zur wirtschaftlichen Entwicklung Lateinamerikas beizutragen sowie die Kooperation der lateinamerikanischen Länder untereinander und mit anderen Weltregionen zu stärken. Auf der Internetseite sind zahlreiche Studien, Datensammlungen und Publikationen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Lateinamerikas auf Spanisch und Englisch frei zugänglich. <http://www.eclac.cl/>

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

Das DIE versteht sich als Think Tank der deutschen Entwicklungspolitik. Zu seiner Arbeit gehören Forschung, Politikberatung und Ausbildung von Nachwuchskräften im Bereich der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit. Lateinamerika bildet einen der regionalen Schwerpunkte der Arbeit des Institutes. <http://www.die-gdi.de>

Generaldirektion für Außenbeziehungen der EU-Kommission/Beziehungen zu Lateinamerika

Auf der Seite der Generaldirektion für Außenbeziehungen der EU-Kommission befinden sich ausführliche Informationen und offizielle Dokumente zur Entwicklung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika. http://europa.eu.int/comm/external_relations/la/index.htm

Generaldirektion für Außenhandel der EU-Kommission/Handel mit Lateinamerika

Offizielle Informationen (u. a. Statistiken) zu den Handelsbeziehungen mit Lateinamerika, dem Mercosur und einzelnen lateinamerikanischen Ländern sind über die Generaldirektion für Außenhandel der EU-Kommission erhältlich. http://europa.eu.int/comm/trade/issues/bilateral/regions/lac/index_en.htm

Europäisches Parlament/Beziehungen zu Lateinamerika

Informationen und Dokumente zum interparlamentarischen Dialog zwischen Europa und Lateinamerika, der durch die interparlamentarischen Delegationen mit den Ländern Zentralamerikas, der Andengemeinschaft und des Mercosur bzw. den gemeinsamen parlamentarischen Delegationen mit Chile und Mexiko durchgeführt wird. http://www.europarl.eu.int/delegations/noneurope/default_en.htm

Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz (IAI), Berlin

Das IAI ist eines der beiden außeruniversitären Lateinamerikainstitute Deutschlands und versteht sich als interdisziplinär orientiertes Zentrum des wissenschaftlichen und kulturellen Austauschs mit Lateinamerika, Spanien und Portugal. Der fachliche Schwerpunkt des Instituts liegt insbesondere im Bereich der Geschichts- und Kulturwissenschaften. Es beherbergt die größte europäische Fachbibliothek für den iberoamerikanischen Kulturraum und widmet sich dem Dialog zwischen Deutschland und Iberoamerika. Das IAI führt zudem regelmäßig öffentliche Veranstaltungen durch, über die u. a. ein über das Institut zu beziehender Newsletter informiert. <http://www.iai.spk-berlin.de>

Ibero-Amerika-Verein, Hamburg

Ziel des 1916 gegründeten IAV ist die Förderung der wirtschaftlichen Aktivitäten seiner Mitglieder in Lateinamerika, der Karibik und der iberischen Halbinsel sowie die Vertiefung der Beziehungen Deutschlands und der EU zu dieser Region. Mitglieder des IAV sind insbesondere Privatunternehmen aus Deutschland und der EU, aber auch dortige Firmen und Einzelpersonen. <http://www.iberio-amerikaverein.de/>

Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB), Washington

Die IDB ist die älteste und größte der regionalen Entwicklungsbanken und wurde 1959 auf Initiative der lateinamerikanischen Staaten gegründet. Sie stellt die hauptsächliche Quelle multilateraler Finanzierung für wirtschaftliche, soziale und institutionelle Entwicklungsprojekte sowie Handels- und regionale Integrationsprogramme in Lateinamerika und der Karibik dar. Zahlreiche Studien zur Entwicklung der lateinamerikanischen Staaten und den Programmen der IDB sind auf der Internet-Seite der Bank abrufbar. <http://www.iadb.org/>

Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK), Hamburg

Das außeruniversitäre Lateinamerika-Forschungsinstitut in Deutschland. Als wissenschaftlich unabhängige und rechtlich selbstständige Einrichtung gehört das IIK dem Verbund Deutsches Übersee-Institut (DÜI) an. Es betreibt praxisnahe und gegenwartsbezogene Forschung und Dokumentation zu politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika und der Karibik. Das Institut gibt eine Reihe von eigenen Schriften heraus, besitzt eine öffentlich zugängliche umfangreiche Bibliothek und ein eigenes Pressearchiv. Dieses wird seit 1999 als elektronisches Archiv „IberoDigital“ geführt. Über die Seite des Institutes ist ein „Internet-Lesesaal“ mit ausgewählten Tages- und Wochenzeitungen lateinamerikanischer Länder zugänglich. <http://www.duei.de/iik/> und IberoDigital: <http://www1.uni-hamburg.de/IIK/IberoDigital/>

Lateinamerika-Initiative der deutschen Wirtschaft (LAI)

Die Lateinamerika-Initiative der Deutschen Wirtschaft wurde 1994 vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), dem Ibero-Amerika-Verein (IAV) und dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) gegründet. Ziele der LAI sind der Ausbau und die Sicherung des Engagements deutscher, vor allem mittelständischer Unternehmen in Lateinamerika sowie die Intensivierung der bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und der Region. <http://www.dihk.de/>

Latin American Network Information Center (LANIC)

Die Link-Liste des am Lateinamerikainstitut der University of Texas in Austin angesiedelten LANIC ist eine der umfangreichsten zu Lateinamerika im Internet und eine erste Anlaufadresse für alle Lateinamerika-Recherchen. <http://lanic.utexas.edu/>

Link-Liste des Institutes für Politikwissenschaft der Universität Tübingen

Umfangreiche Zusammenstellung von Links mit Zugängen zu weiteren Link-Listen, Zeitschriften, Bibliotheken, Dokumenten etc. zu Lateinamerika. <http://www.uni-tuebingen.de/pol/url335.htm>

Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)

Der 1948 zur Stärkung der interamerikanischen Kooperation gegründeten OAS gehören alle 35 unabhängigen Länder des amerikanischen Kontinentes an. Ihre Hauptziele bestehen heute in der Förderung der Demokratie und der Menschenrechte, der Sicherung des Friedens, der Bekämpfung des Drogenhandels und der Korruption sowie der Schaffung einer panamerikanischen Freihandelszone. <http://www.oas.org>

Political Database of the Americas

Die umfangreiche Datenbank der Georgetown University ermöglicht den Zugang zu Verfassungen, Regierungen, Parlamenten, Parteien, Gesetzen, Organisationen der Zivilgesellschaft etc. der verschiedenen lateinamerikanischen Länder. <http://www.georgetown.edu/pdba/>

Nachrichtenpool Lateinamerika (npla) – poonal

Der Nachrichtenpool Lateinamerika e.V. erstellt einen wöchentlichen Pressedienst mit Nachrichten verschiedener unabhängiger Presseagenturen (Pool de Nuevas Agencias de América Latina – poonal) aus Lateinamerika. Die Artikel werden ins Deutsche übersetzt und können auf der Homepage eingesehen oder per E-Mail-Abo bezogen werden. Die Internetseite verfügt zudem über ein bis 1991 zurückreichendes Archiv. <http://www.npla.de>

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) – Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin

Eigendarstellung: „Das Deutsche Institut für Internationale Politik und Sicherheit der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) ist eine unabhängige wissenschaftliche Einrichtung, die auf der Grundlage eigener, praxisbezogener Forschung den Deutschen Bundestag und die Bundesregie-

rung in allen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik berät.“ Lateinamerika stellt in der SWP zwar keinen Arbeitsschwerpunkt dar, dennoch werden regelmäßig Analysen zu außenpolitisch relevanten Fragestellungen auch zu dieser Region erstellt. Diese sind auf der Homepage des Institutes zugänglich. <http://www.swp-berlin.org>

Zentrum für wissenschaftliche Kommunikation mit Ibero-Amerika e.V./ Centro de Comunicación Científica con Ibero-América (CCC)

Hauptziel des CCC ist es, in ausgewählten Wissenschaftsbereichen zu einer kontinuierlichen Kommunikation und die Förderung des Austauschs zwischen der deutschsprachigen Forschung und dem gesamten iberoamerikanischen Raum beizutragen. Dieses Ziel wird u. a. mit der Herausgabe eigener Publikationen und der Veranstaltung von Seminaren verfolgt. <http://homepages.uni-tuebingen.de/ccc/ccc.html>

ULRICH BERKMANN

Glossar

AKP-Staaten

Afrikanisch-Karibisch-Pazifische-Staaten. Die 77 Mitglieder der Gruppe ehemaliger europäischer Kolonien und Überseegebiete genießen im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems (→ GSP) einen bevorzugten Marktzugang zur EU.

Andengemeinschaft (Comunidad Andina, CAN)

Die 1997 gegründete Andengemeinschaft ging aus dem 1969 geschlossenen Andenpakt hervor und verfolgt das Ziel der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Integration ihrer Mitgliedsstaaten Bolivien, Kolumbien, Ecuador, Peru und Venezuela; von besonderer Bedeutung ist die Kooperation in der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Drogenhandels. Die Andengemeinschaft ist derzeit der drittgrößte Integrationsraum Amerikas nach der →NAFTA und dem →Mercosur. Assoziiert sind die Staaten Mexiko, Panama und Chile sowie die Mitglieder des Mercosur.

CARICOM (Caribbean Community and Common Market)

Karibische Gemeinschaft und gemeinsamer Markt. 1973 von Barbados, Jamaika, Guyana sowie Trinidad und Tobago gegründet, umfasst die CARICOM derzeit 15 Staaten der Region.

CEPAL (Comisión Económica para América Latina y el Caribe)

UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik mit Sitz in Santiago de Chile. 1948 als eine der fünf regionalen Wirtschaftskommissionen der Vereinten Nationen mit dem Ziel gegründet, zur wirtschaftlichen Entwicklung Lateinamerikas beizutragen sowie die Kooperation der lateinamerikanischen Länder untereinander und mit anderen Weltregionen zu stärken.

Comunidad Sudamericana de Naciones (CSN)

Südamerikanische Staatengemeinschaft. Im Dezember 2004 gegründeter loser Staatenverbund, dem 12 Staaten Südamerikas angehören: die Mitglieder der →Andengemeinschaft und des →Mercosur sowie Chile, Guyana und Suriname. Hauptziel ist zunächst die Verschmelzung des Mercosur und der Andengemeinschaft zu einer großen Freihandelszone. Mit über 380 Millionen Einwohnern soll der Zusammenschluss nach der EU und der →NAFTA zukünftig die drittgrößte internationale Ländergemeinschaft bilden. Bis 2025 soll ein der EU vergleichbarer Integrationsgrad erreicht werden: Geplant sind gemeinsame Währung, Parlament und Reisepässe.

Diagonale Kumulation

Methode zur Ursprungsbestimmung eines Produkts, das mehrere Produktionsprozesse in verschiedenen Ländern durchlaufen hat, die verschiedenen europäischen Freihandelszonen angehören. Als Ursprungsland gilt in diesen Fällen dasjenige Land, in dem die höchste Wertsteigerung erzielt worden ist. Seit 1997 können so Ursprungsprodukte der EU- und →EFTA-Staaten sowie der MOES (Mittelosteuropäische Staaten) in allen Staaten dieser Präferenzzonen bearbeitet oder gehandelt werden, ohne ihre Ursprungseigenschaft und die damit verbundene Gewährung der Zollpräferenz zu verlieren.

Doha Development Agenda

Auf der vierten WTO-Ministerkonferenz im November 2001 in Doha (Katar) ins Leben gerufene neue multilaterale Handelsrunde mit dem Ziel, die Welthandelsordnung zu stärken, die Marktöffnung weiter voranzutreiben sowie die Integration von Entwicklungsländern in die Weltwirtschaft zu verbessern.

EFTA (European Free Trade Association)

Europäische Freihandelsassoziation. 1960 von Dänemark, Großbritannien, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden und der Schweiz errichtete Freihandelszone. Als weitere Mitglieder traten 1961 Finnland, 1970 Island und 1991 Liechtenstein bei. Nach dem Übertritt mehrerer Staaten in die Europäische Gemeinschaft gehören der EFTA heute nur noch Island, Norwegen, Liechtenstein und die Schweiz an.

FTAA (Free Trade Area of the Americas)

Gesamtamerikanische Freihandelszone. Die Schaffung einer Freihandelszone, die (mit Ausnahme Kubas) alle unabhängigen Staaten Nord-, Süd- und Mittelamerikas sowie der Karibik einschließen soll, wurde 1994 auf einer Gipfelkonferenz der Organisation Amerikanischer Staaten (→OAS) beschlossen. Aufgrund erheblicher Interessensgegensätze gestalten sich die 1998 aufgenommenen Verhandlungen jedoch äußerst schwierig. Das für den 1. Januar 2005 geplante Inkrafttreten der FTAA musste auf unbestimmte Zeit verschoben werden.

Gemeinschaft der Demokratien

Im Jahre 2000 in Warschau von Regierungsvertretern aus 106 demokratischen Staaten aller Weltregionen gegründetes Netzwerk zur globalen Förderung, Festigung und Verbreitung der Demokratie, dem mittlerweile auch Nichtregierungsorganisationen angehören. Das dritte Treffen in Santiago de Chile im April 2005 fand auf Ministerebene statt.

GSP (Generalized System of Preferences)

Allgemeines Präferenzsystem (APS). Das GSP der EU beinhaltet die unilaterale Gewährung von Zollpräferenzen für 178 Entwicklungsländer sowohl bei Industrie- als auch bei Agrarprodukten. Ziel ist die Verbindung von Handels- und Entwicklungspolitik, um die Armut in den Entwicklungsländern zu reduzieren und sie in den internationalen Handel zu integrieren. Auch die 77 →AKP-Staaten werden prinzipiell vom GSP erfasst; durch die Abkommen von Lomé und Cotonou bestehen jedoch Sonderbeziehungen, die über das allgemeine Präferenzsystem hinausgehen. Den Ländern →Zentralamerikas und der →Andengemeinschaft wird dadurch für die meisten ihrer Produkte die zollfreie Einfuhr in die EU ermöglicht. Der bevorzugte Marktzugang im Rahmen des GSP „Drogen“ soll einen Anreiz zur Bekämpfung von Drogenanbau und -handel bieten.

GSP „Drogen“ →GSP**Harmonisiertes System (HS)**

Unter der Schirmherrschaft der Weltzollorganisation (WZO) erarbeitete internationale Nomenklatur zur Bezeichnung und Codierung von Waren. Die HS Nomenklatur umfasst etwa 5000 Warengruppen und wird derzeit von weltweit 116 Vertragsparteien angewendet.

Karibische Gemeinschaft

→CARICOM

LAK, LAK-Länder

Die Länder Lateinamerikas und der Karibik.

Mercosur (Mercado Común del Sur)

Gemeinsamer Markt des Südens. 1991 von Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay gegründete Wirtschaftsgemeinschaft zur Schaffung einer Freihandelszone, einer Zollunion und eines gemeinsamen Marktes. Freihandelszone und Zollunion traten 1995 in Kraft. Als assoziierte Mitglieder wurden 1996 Chile und 1997 Bolivien aufgenommen, die durch sukzessiven Abbau von Zollschranken innerhalb von zehn Jahren in die Freihandelszone integriert werden sollen. Auch die →Andengemeinschaft hat Interesse an einem Beitritt bekundet. Im November 2002 hat der Mercosur in Berlin sein erstes Gemeinsames Handelszentrum eingerichtet. Der Mercosur ist derzeit der zweitgrößte Integrationsraum Amerikas nach der →NAFTA, in ihm leben mit 230 Millionen Einwohnern mehr als 45 Prozent der Bevölkerung Lateinamerikas.

NAFTA (North American Free Trade Agreement)

Nordamerikanisches Freihandelsabkommen. 1994 errichtete Freihandelszone zwischen Mexiko, Kanada und den USA. Im Gegensatz zur EU stellt die NAFTA einen reinen Wirtschaftsverbund dar, der keine supranationale Regierungsfunktionen wahrnimmt und dessen Bestimmungen keinen Vorrang gegenüber nationalem Recht haben. Die NAFTA ist derzeit der größte Integrationsraum Amerikas.

OAS (Organisation Amerikanischer Staaten)

Der 1948 zur Stärkung der interamerikanischen Kooperation gegründeten OAS gehören alle 35 unabhängigen Länder des amerikanischen Kontinentes an. Ihre Hauptziele bestehen heute in der Förderung der Demokratie und der Menschenrechte, der Sicherung des Friedens, der Bekämpfung des Drogenhandels und der Korruption sowie der Schaffung einer gesamtamerikanischen Freihandelszone (→FTAA).

Rio-Gruppe

1986 gegründeter Konsultationsmechanismus lateinamerikanischer Demokratien, an dem sich mittlerweile sämtliche lateinamerikanischen Staaten und die meisten Länder der Karibik beteiligen. Hervorgegangen aus der Contadora-Gruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela) und der Contadora-Unterstützungsgruppe (Argentinien, Brasilien, Peru, Uruguay), die sich um Frieden in Mittelamerika bemühten, verfolgt die Rio-Gruppe das Ziel, gemeinsam effektivere politische und wirtschaftliche Beziehungen zu Partnern in Übersee aufzubauen. Die seit 1987 stattfindenden Treffen von Vertretern der EU und der Rio-Gruppe wurden 1990 zu jährlichen Ministerkonferenzen institutionalisiert.

San-José-Gruppe

1988 gegründeter Konsultationsmechanismus der Staaten →Zentralamerikas mit dem Ziel der Schaffung einer Wirtschaftsunion. Kooperationspartner sind Mexiko, Kolumbien und Venezuela. Die EU führt bereits seit 1984 im Rahmen jährlicher Ministertreffen einen regelmäßigen politischen Dialog mit den Mitgliedsstaaten der Gruppe.

Südamerikanische Staatengemeinschaft

→Comunidad Sudamericana de Naciones

Zentralamerika

umfasst die Staaten der Landbrücke (Isthmus) zwischen Nord- und Südamerika: Belize, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama. In Abgrenzung dazu schließt der Begriff Mittelamerika zusätzlich die Länder der Karibik mit ein.

Kurzbiografien der Autoren und Teilnehmer



Dieter W. Benecke

Promovierter Ökonom. Dozent an den Universitäten in Münster, Essen, Köln, Bonn, Buenos Aires und Professor an der Universidad Católica de Chile. Leiter des Forschungsinstituts Lateinamerika der Konrad-Adenauer-Stiftung in Buenos Aires und Leiter des Programms wirtschaftspolitischer Dialog in Brasilien. Zuvor Vorstand von Inter Naciones (1986–1999). Zahlreiche Publikationen über Lateinamerikas Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik. Zurzeit wirtschaftspolitischer Berater in Irland.



Sven Olaf Berggötz

Geboren 1965 in Karlsruhe. 1985–1987 Wehrdienst, Oberleutnant der Reserve. 1987–1993 Studium der Politischen Wissenschaft, der Neueren und Alten Geschichte, des Öffentlichen Rechts und der Musikwissenschaft in Freiburg im Breisgau, Oxford (Trinity College) und Bonn. Promotion. 1997/98 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, Edition der *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland*. 1998–2003 wissenschaftlicher Mitarbeiter am North American Studies Program (NAP) der Universität Bonn. 2003/04 wissenschaftlicher Referent der Herbert-Quandt-Stiftung. Seit 2004 Leiter Konzernbüro New York, ALTANA AG. Zu seinen Veröffentlichungen zählen: *Nahostpolitik in der Ära Adenauer. Möglichkeiten und Grenzen 1949 bis 1963* (1998), *Ernst Jünger, Politische Publizistik 1919 bis 1933* (Hrsg., 2001).



Walther L. Bernecker

Geboren 1947. Schulbesuch in Spanien. Studium der Geschichte, Germanistik und Iberoamerikanischen Philologie an der Universität Erlangen-Nürnberg; 1976 Promotion, 1979–1984 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Augsburg und am Zentrum für Lateinamerikastudien der Universität Chicago (1984/85). 1986 Habilitation an der Universität Augsburg. 1988–1992 Lehrstuhl für Neuere Allgemeine Geschichte an der Universität Bern. Seit 1992 Inhaber des Lehrstuhls für Auslandswissenschaften (Romanischsprachige Kulturen) an der Universität Erlangen-Nürnberg. Gastprofessuren in Fribourg und Pittsburgh sowie Inhaber des Sonderlehrstuhls „Wilhelm und Alexander von Humboldt“, Mexiko-Stadt (2002/03).



José Botafogo Gonçalves

1960 Beginn der Diplomatenlaufbahn mit Stationen in Moskau, Rom, Santiago de Chile, Paris, Bonn und Mailand. 1977 Direktor der Abteilung Handelspolitik im Außenministerium. 1979 Leitung der Abteilung für Internationale wirtschaftliche und technische Kooperation des Planungssekretariats des Staatspräsidenten. 1985–1987 Vizepräsident für auswärtige Angelegenheiten der Weltbank in Washington. 1995–1998 Leiter der Abteilung Integration, Wirtschaft und Außenhandel des Außenministeriums, zuständig für die Verhandlungen des Mercosur, der FTAA und der WTO. Von März bis Dezember 1998 Minister für Industrie, Handel und Tourismus. 1999 Hauptgeschäftsführer der brasilianischen Außenhandelskammer. 2000 Sondergesandter für den Mercosur. 2002–2004 Botschafter in Argentinien. Seit 2004 Präsident des Brasilianischen Zentrums für Internationale Beziehungen in Rio de Janeiro.



Elmar Brok

Geboren 1946 in Verl. Studium der Rechtswissenschaften und politischen Wissenschaften, u. a. am Centre of European Governmental Studies der Universität Edinburgh. Journalist. Angestellter eines Medienunternehmens. Seit 1980 Mitglied des Europäischen Parlaments (MdEP) und dort Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik. 2002/03 Vorsitzender der EVP-Gruppe im EU-Verfassungskonvent. 2003/04 Vertreter des Europäischen Parlaments in der Regierungskonferenz zum EU-Verfassungsvertrag. Mitglied des Vorstands der Fraktion der Europäischen Volkspartei und europäischer Demokraten. Seit 2004 Mitglied im Bundesvorstand der CDU und Vorsitzender der Europapolitischen Kommission der CDU Deutschlands. CDU-Bezirksvorsitzender Ostwestfalen-Lippe. Vorsitzender der Europa-Union Deutschland.



Jorge Castro-Valle Kuehne

Studium der Rechtswissenschaften an der Nationalen Autonomen Universität von Mexiko sowie der Internationalen Beziehungen an der Universität Wien, Österreich. Im Zuge seiner diplomatischen Laufbahn hat er folgende Aufgaben im mexikanischen Außenministerium wahrgenommen: Persönlicher Referent des Staatssekretärs für Internationale Wirtschaftliche Angelegenheiten (1979–1982), Kabinettschef des Außenministers (1985–1988) sowie Generaldirektor für Nordamerika (1994–1998). Im Ausland fungierte er als Attaché an der Botschaft Mexikos in Österreich (1973–1976), Gesandter in Großbritannien (1989/90 und 1993/94), Geschäftsträger in der ehemaligen DDR (1990), Gesandter in Kanada (1991–1993) sowie Beigeordneter Botschafter in den Vereinigten Staaten von Amerika (1998–2001). 2001–2003 Botschafter in Schweden mit Nebenakkreditierungen in Lettland und Litauen. Seit Oktober 2003 Botschafter der Vereinigten Mexikanischen Staaten in Deutschland und Doyen der Gruppe der Botschafter Lateinamerikas und der Karibik.



Pedro Germán Cavallero

Geboren in Argentinien. Studium des Völkerrechts an der Universität von Buenos Aires und der Vergleichenden Rechtswissenschaft an der Universität von Maastricht. Er war JSD Fellow an der Universität von Notre-Dame (School of Law). Er arbeitete in Argentinien als Referent für den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Senats und als Rechtsberater für den Bildungsausschuss des Konvents für Verfassungsreform. Zwischen 1995 und 1997 lehrte er Völkerrecht und Menschenrechte an der Universität von Buenos Aires und an der Universität von Belgrano. Er arbeitete für die Inter-American Commission on Human Rights der Organization of American States (OAS) mit Sitz in Washington. Pedro Cavallero ist Leiter des Internationalen Programms des National Council of La Raza (NCLR), der größten hispanischen Interessensvertretung in den Vereinigten Staaten.



Daniel Deckers

Geboren 1960 in Düsseldorf. Studium der Katholischen Theologie in Freiburg i. Ue. (Schweiz) und in Bonn. Diplom, anschließend theologische Studien und Sozialarbeit in Bogotá, Kolumbien. 1987–1991 Stipendiat der FAZIT-Stiftung, Frankfurt. 1991 Promotion an der Philosophisch-Theologischen Hochschule der Jesuiten St. Georgen, Frankfurt, mit einer Arbeit über die Gerechtigkeitslehre in der spanischen Spätscholastik. 1991–1993 Stipendiat des Schweizerischen Nationalfonds. Seit 1988 freier Mitarbeiter der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. 1993 Eintritt in die Politische Nachrichtenredaktion, dort zunächst befasst mit Innenpolitik, seit 1997 überwiegend mit der katholischen Kirche in Deutschland und Lateinamerika. Seit 2000 politische Redaktion, Ressort „Die Gegenwart“.



Mario Fernández Baeza

Geboren 1947 in Rancagua, Chile. Studium der Rechtswissenschaften, Universidad de Chile. Studium der Politischen Wissenschaften, Geschichte, des Völkerrechts und der Philosophie an der Universität Heidelberg. Promotion 1980. Forschungsaufenthalte u. a. in Deutschland. 1990–1999 Staatssekretär im Verteidigungsministerium der Republik Chile (mit Unterbrechungen 1993/94 und 1995/96). Seit 1990 Professor für Politische Wissenschaft an der Universidad Católica de Chile. Seit 1998 Professor für Öffentliches Recht an der Universidad de Chile. 2000–2002 Verteidigungsminister der Republik Chile und 2002/03 Minister im Präsidialamt. Seit Juli 2003 Botschafter in Deutschland.



Thomas Gauly

Geboren 1960 in Bad Neustadt/Saale. Seit 2001 Generalvollmächtigter und Leiter Konzernkommunikation & Investor Relations der ALTANA AG.

Studium der Politischen Wissenschaften, der Katholischen Theologie sowie der Mittleren und Neueren Geschichte, Promotion zum Dr. phil. 1980–1990 u. a. freier Journalist bei Tageszeitungen und Fernsehen (ZDF) und Referent für Studienförderung Cusanuswerk, Bonn. 1990–1994 Visiting Lecturer für Politische Wissenschaften Trinity Hall, Cambridge. 1991–1994 Geschäftsführer Grundsatzprogramm-Kommission der CDU, Leiter der Stabsstelle „Politische Beratung und Sonderaufgaben“. 1998–2000 Vorstandsmitglied der Johanna-Quandt-Stiftung und Sprecher der Familie Quandt. 1996–1998 Geschäftsführer und seit 1998 Vorstandsmitglied der Herbert-Quandt-Stiftung. Darüber hinaus ist er in Institutionen für Kultur und Bildung vertreten, u. a. Mitglied des Präsidiums des Stiftungsrats des Frankfurt Institute for Advanced Studies (FIAS), Vorstandsmitglied der Vereinigung von Freunden und Förderern der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M., Vorstandsmitglied des Vereins Freunde des Ballett Forsythe und Kuratoriumsmitglied AIESEC.



Hans Graf von der Goltz

Geboren 1926 in Stettin (Szczecin). 1946–1948 Studium der Rechte an der Universität München, 1948 Erste Juristische Staatsprüfung in München, 1949–1952 Referendariat in München und Düsseldorf, 1952 Große Juristische Staatsprüfung. 1952–1956 Deutsche Kreditsicherung KG, Düsseldorf; 1956–1959 International Finance Corporation, Washington, D.C.; 1959–1971 Tätigkeit bei Klöckner & Co. Duisburg, zuletzt als Vorsitzender der Gesamtleitung mit Generalvollmacht. 1971 Eintritt in den Interessenbereich Dr. Herbert

Quandt, Bad Homburg v. d. Höhe. 1982–1992 Testamentsvollstrecker nach Dr. Herbert Quandt zusammen mit Frau Johanna Quandt. Ehrenvorsitzender des Stiftungsrates der Herbert-Quandt-Stiftung. Autor von Romanen und Essays.



Carlos Huneeus Madge

Geboren 1947 in Santiago de Chile. Studium an der Universidad de Chile und der University of Essex, England. Promotion im Fach Politikwissenschaft an der Universität Heidelberg (1980). 1985 und 1986 Gastprofessor an der Universität in Siena, Italien. 1986–2004 Assistenzprofessor am Institut für Politikwissenschaft der katholischen Universität Chile. 1989 Gastprofessor an der Columbia University, New York. 1990–1994 während der Regierungszeit Patricio Aylwíns Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland. Seit August 2003 Professor am Institut für Internationale Studien, Universidad de Chile und Geschäftsführer des Meinungsforschungsinstituts CERC (Centro de Estudios de la Realidad Contemporánea).



Albrecht Graf von Kalnein

Geboren 1962 in Kassel. Nach Matura in Salzburg Studium der Geschichte und Romanistik in Graz, Freiburg und Madrid; M.A. und Dr. phil. 1992–1994 Referent von Berthold Beitz und der Krupp-Stiftung, Essen. 1994–1998 Referent des Ministerpräsidenten Thüringens, Dr. Bernhard Vogel, für „Weimar – Kulturstadt Europas 1999“, Erfurt. 1999 bis März 2004 Geschäftsführer der Deutschen Nationalstiftung, Weimar und Hamburg, sowie Programmleiter der ZEIT-Stiftung Bucerus. Publikationen zur Geschichte Spaniens im Barock, den Ständen im Deutschland der Reformationszeit u. a. Seit April 2004 Geschäftsführender Vorstand der Herbert-Quandt-Stiftung.



Susanne Klatten

Geboren 1962 in Bad Homburg. Ausbildung zur Werbefachfrau in Frankfurt am Main. Studium der Betriebswirtschaft an der University of Buckingham, 1988 Studium am International Institute for Management Development (IMD), Lausanne. 1989/90 Assistentin der Geschäftsführung der Burda GmbH. Seit 1991 selbstständige Unternehmerin. Aufsichtsratsmandate in familiennahen Unternehmen: Stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der ALTANA AG, Aufsichtsratsmitglied der BMW AG, der ALTANA Pharma AG und der UnternehmerTUM GmbH, Garching. Vorsitzende des Stiftungsrates der Herbert-Quandt-Stiftung. Mitglied des Kuratoriums der Technischen Universität München.



Michael Klett

Geboren 1938 in Stuttgart. Abitur, Militärdienst, Verlagslehre, Schauspielausbildung, Studium der Germanistik und Philosophie. Verlagserfahrung in ausländischen Verlagen (USA, England). 1965 Eintritt in den Ernst Klett Verlag. Seit 1973 Mitglied der Geschäftsleitung (geschäftsführender Gesellschafter), ab 1989 in der Holding der neu geordneten Klett-Gruppe, ab 1996 Vorsitzender des Vorstands der Ernst Klett Aktiengesellschaft. Ehrenamtlich in kulturellen Einrichtungen und Stiftungen im In- und Ausland, insbesondere im Rahmen deutsch-französischer Beziehungen, tätig. Seit 1986 schwedischer Honorarkonsul. 1994–1999 Mitglied des Regionalparlaments Stuttgart. Seit 1999 Dr. phil. h. c. Universität Würzburg, ao. Professor an der St. Kliment Ohridski Universität Sofia. Mitglied des Stiftungsrates der Herbert-Quandt-Stiftung.



Eberhard Kölsch

Geboren 1944 in Weidenstetten. Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Romanistik an den Universitäten Freiburg i. Br., Kiel, Grenoble und Tübingen. Forschungsaufenthalt an der Columbia University, New York. Promotion zum Dr. phil. 1972 Eintritt in den Auswärtigen Dienst. Stationen in New York, Port-of-Spain und London. 1987–1990 stellvertretender Referatsleiter im USA-Referat, anschließend drei Jahre Generalkonsul (Ständiger Vertreter) in New York. 1993–1998 Leiter des Referats „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union“, anschließend stellvertretender Politischer Direktor. Zuletzt Gesandter und Ständiger Vertreter an der Botschaft Washington. Seit Juli 2003 Botschafter in Mexiko.



Barbara Konner

Geboren 1968. Studium der Lateinamerikanistik in Köln, an der Universidad Pontificia in Salamanca und der Universidad Pontificia Santo Tomás de Aquino in San Miguel de Tucumán, Argentinien. Sie arbeitete für die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) in Santiago, Chile, und war Projektleiterin für die EXPO 2000 in Hannover. 2001/02 war sie Projektmanagerin für die Wirtschaftsabteilung an der Botschaft der Republik Chile in Berlin und ist zurzeit die Leiterin des Referats Nord- und Lateinamerika des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) in Berlin.



Tod Lindberg

Geboren 1960 in Syracuse, New York. Studium der Politischen Philosophie an der Universität Chicago. Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hoover Institution der Stanford Universität mit den Forschungsschwerpunkten Politische Theorie und Internationale Beziehungen, Amerikanische Innenpolitik und Nationale Sicherheitspolitik. Herausgeber der *Policy Review*, einem in Washington, D.C. ansässigen, halbjährlich erscheinenden politischen Journal. Mitherausgeber des *Weekly Standard*. Seit 1996 Kolumnist für die *Washington Times*, wo er von 1991 bis 1998 als Leitender Redakteur für die Meinungsseite zuständig war. Koordinator der Arbeitsgruppe Genozide, Massenmorde and massive Menschenrechtsverletzungen des Arbeitsstabs Vereinte Nationen des United States Institute of Peace. Mitglied des Kuratoriums des Instituts für Politischen Journalismus an der Georgetown University. Mitglied im Council on Foreign Relations.



Ricardo López Murphy

Geboren 1951. Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Universität von La Plata, Buenos Aires und an der Universität Chicago. 1982/83 Direktor für Fiskalanalyse und Forschung im Wirtschaftsministerium. 1983/84 Berater der argentinischen Zentralbank und 1984–1992 Berater der Zentralbank von Uruguay. 1992–1999 Chefvolkswirt der FIEL (Fundación de Investigaciones Económicas Latinoamericanas). Von Dezember 1999 bis März 2001 Verteidigungsminister der argentinischen Bundesregierung und von März 2001 bis April 2001 Wirtschaftsminister. 2003 Präsidentschaftskandidat in Argentinien. Ricardo López Murphy ist Professor an der Universität von La Plata und an der Universität St. Andrews, Schottland.



Günther Maihold

Geboren 1957 in Regensburg. Studium der Soziologie und Politikwissenschaft; Forschungsaufenthalte in den USA, Mexiko und Peru. 1987 Promotion. 1988–1995 Projektleiter für gesellschaftspolitische Beratung sowie Koordinator der Friedrich-Ebert-Stiftung in Mexiko, Nicaragua, Panama und Costa Rica und anschließend bis 1999 Referent im Referat Lateinamerika und Karibik der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. 1999–2004 Direktor des Ibero-Amerikanischen Institutes Preußischer Kulturbesitz, Berlin. Seit Juli 2004 stellvertretender Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Lehrbeauftragter am Lateinamerika-Institut der Freien Universität Berlin.



Hubert Mandery

Geboren 1954. Wehrdienst, Studium der Chemie und Lebensmittelchemie an der Universität Karlsruhe. 1983 Promotion. 1984/85 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Pretoria. 1986 Eintritt in einen Forschungsbereich der BASF AG in Ludwigshafen. 1992–1999 Leiter Produktsicherheit, Chemikalienpolitik, Chemikalienrecht. 2000–2004 zuständig für Internationale Wirtschaftsbeziehungen. Seit 2004 ist Hubert Mandery verantwortlich für Regierungsbeziehungen und Unternehmenspolitik der BASF AG.



Victoriana Mejía Marulanda

Geboren 1943 in Pereira, Kolumbien. 1972 M.A. in Geschichte und 1976 Promotion in Vergleichender Literaturwissenschaft an der Michigan State University. 1972/73 Direktorin der Abteilung für Sprachen an der Technischen Universität Pereira. 1973–1975 Referentin in der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit der Botschaft der USA in Bogotá. 1976–1980 Geschäftsführerin der Hyatt Hotels in Houston, Texas und in Cambridge, Massachusetts. 1980–1993 Koordinatorin der International Women's Tribune für Lateinamerika beim Zentrum Internationaler NGOs in New York. 1994–1998 Generalkonsulin Kolumbiens in Belgien und Luxemburg. 1999–2001 unabhängige Beraterin in Brüssel und Garmisch-Partenkirchen. Seit 2003 Botschafterin der Republik Kolumbien in Deutschland.



Bernd Mützelburg

Geboren 1944 in Mainz. Jurastudium in Mainz und Marburg. 1972 Eintritt in den Auswärtigen Dienst. Studium an der Fletcher School for Law and Diplomacy, Boston. 1974/75 Referent im Büro des Staatsministers Karl Moersch. 1975–1978 Ständiger Vertreter des Botschafters in Kingston/Jamaika. 1978–1981 Referent für Abrüstung und Rüstungskontrolle. 1981–1985 Deutsche Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen, New York. 1986–1988 Stellvertretender Referatsleiter im Personalreferat. 1988–1991 Stellvertretender Leiter des Ministerbüros. 1991–1995 Leiter der Deutschen Botschaft Nairobi/Kenia und gleichzeitig Ständiger Vertreter bei UNEP, Habitat. Anschließend Leiter der Deutschen Botschaft Tallinn/Estland (1995–1999). 1999–2001 Stellvertretender Leiter der außen- und sicherheitspolitischen Abteilung im Bundeskanzleramt. Leiter der Abteilung für Globale Fragen, Vereinte Nationen, Menschenrechte und Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt (2001/02). Seit 2002 ist Bernd Mützelburg Leiter der außen- und sicherheitspolitischen Abteilung im Bundeskanzleramt.



Claudia Nolte

Geboren 1966 in Rostock. 1985–1990 Ingenieurstudium für Automatisierungstechnik und Kybernetik an der Technischen Universität Ilmenau, Diplom. Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR vom März bis Oktober 1990, Obmann für Jugend und Sport der CDU/DA-Fraktion. Seit 3. Oktober 1990 Mitglied im Deutschen Bundestag. 1994–1998 Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Seit 2002 Mitglied des Auswärtigen Ausschusses und Berichterstatterin der CDU/CSU Bundestagsfraktion u. a. für Lateinamerika. Mitglied in der deutsch-südamerikanischen und der deutsch-brasilianischen Parlamentariergruppe. Seit Juli 2004 Vorsitzende des Allgemeinen Ausschusses für Demokratie, Menschenrechte und Humanitäre Fragen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE. Stellvertretende Vorsitzende des Bundesfachausschusses Internationale Zusammenarbeit und Menschenrechte der CDU Deutschlands. Seit 2004 Mitglied des Vorstands der Europäischen Volkspartei (EVP).



Rafael Pardo Rueda

Geboren 1953 in Bogotá. Studium der Volkswirtschaft an der Andenuniversität in Bogotá, mit anschließendem Postgraduiertenstudiengang in Stadt- und Regionalplanung am Institut für Sozialstudien in Den Haag, Niederlande (1978). 1978–1982 Professor an der Andenuniversität (Los Andinas) in Bogotá. 1988–1990 Berater des Staatspräsidenten für den Frieden. 1990/91 Nationaler Sicherheitsberater des Staatspräsidenten. 1991–1994 erster ziviler Verteidigungsminister in Kolumbien. 1994–1996 Aufenthalt am Weatherhead Center for International Affairs der Universität Harvard. Im privaten Sektor war er Direktor der Abendnachrichten bei RCN Television, Bogotá und der Nachrichtensendung „C&M“ (2000/01). Rafael Pardo Rueda ist Mitglied des kolumbianischen Parlaments.



Marta Lucía Ramírez de Rincón

Studierte an der Päpstlichen Javeriana Universität, Bogotá und promovierte in Rechtswissenschaften sowie in Wirtschafts- und Politikwissenschaften. Postgraduiertenstudiengang in Finanzgesetzgebung an der Andenuniversität (Los Andinas), Bogotá, anschließend wissenschaftliche Mitarbeiterin am Center for International Affairs der Universität Harvard. Sie war Vorstandsvorsitzende von Inversiones de Gases de Colombia S.A. – INVERCOLSA, Vorstandsvorsitzende des kolumbianischen Verbandes der Leasingfirmen, Vorstandsvorsitzende des Nationalen Verbandes der Finanzinstitute, Vorstandsvorsitzende der Bank Maza Crédito S.A. und Leiterin der Controlling-Abteilung der Bankenaufsicht. 1998–2002 war sie Ministerin für Außenhandel. 2002 Botschafterin Kolumbiens in Frankreich und anschließend kolumbianische Verteidigungsministerin. Zurzeit Präsidentin von Ramírez & Orozco International Strategy Consultants.



Janusz Reiter

Geboren 1952. 1971–1976 Studium der Germanistik an der Universität Warschau. 1977–1982 außenpolitischer Redakteur der Tageszeitung *Zycie Warszawy*, während der Verhängung des Kriegsrechts entlassen, Mitarbeiter und Mitherausgeber mehrerer oppositioneller Zeitschriften, Vorstandsmitglied des oppositionellen Klubs des politischen Denkens. 1990–1995 polnischer Botschafter in Deutschland. Zurzeit Präsident des Zentrums für Internationale Beziehungen, Gründungsmitglied des Rates für Außenpolitik. Diplomat und Publizist. Mitglied des Stiftungsrates der Herbert-Quandt-Stiftung.



Riordan Roett

Promotion in Politikwissenschaft an der Columbia University. 1983–1995 Berater in unterschiedlichen Funktionen für die Chase Manhattan Bank. 1989–1997 Faculty Fellow auf den jährlichen Treffen des Weltwirtschaftsforums in Davos. Seit 1999 Berater für den National Intelligence Council der CIA. Dr. Riordan Roett ist Professor für Politikwissenschaft und Direktor für Western Hemisphere Studies an der Paul H. Nitze School of Advanced International Studies (SAIS) der Johns Hopkins University in Washington, D.C. Mitglied des Vorstands in vier Fondsgesellschaften der Citigroup/Salomon Vermögensverwaltung. Mitglied im Council on Foreign Relations und im Bretton Woods Committee und früherer nationaler Präsident der Latin American Studies Association (LASA).



Andrés Rozental

Studium der Internationalen Beziehungen an der Universidad de las Américas in Mexiko und M.A. in Internationalen Wirtschaftsbeziehungen der University of Pennsylvania. Postgraduierten-Studiengang an der Universität in Bordeaux. Eintritt in den Auswärtigen Dienst. 1982/83 Mexikos Vertreter bei den Vereinten Nationen in Genf und 1983–1988 Botschafter in Schweden. 1988–1994 stellvertretender Außenminister. 1995–1997 Botschafter im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland. 1997 verließ er den Auswärtigen Dienst und gründete Rozental & Asociados, ein international tätiges Beratungsunternehmen. 2000/01 Sonderbotschafter für Präsident Vicente Fox. Seit 2002 Präsident des mexikanischen Rats für auswärtige Beziehung (Consejo Mexicano de Asuntos Internacionales). Professor für internationale Beziehungen an der ITAM Universität und Mitglied des Vorstands der Zeitschrift *Foreign Affairs en español* sowie der Universidad de las Américas.



Wolfgang Schmitt

Geboren 1959 in Monheim. Sozial- und geisteswissenschaftliches Studium an der Katholischen Fachhochschule Nordrhein-Westfalen und an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Nach dem Studium Karriere als Berufspolitiker bei der Partei Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Seit Mitte 1980 zahlreiche Führungsaufgaben in der Partei. 1994–1998 Mitglied des Deutschen Bundestags (Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung). Sprecher der Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Fragen der internationalen Finanz-, Handels- und Wirtschaftspolitik. Seit Januar 2000 ist Wolfgang Schmitt Geschäftsführer der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Mitglied des Deutsch-Japanischen-Dialogforums und des Beirates für Internationale Politik der Heinrich-Böll-Stiftung.



Nikolaus Schweickart

Geboren 1943 in Kamp/Rhein, Bezirk Koblenz, nach Militärdienst (Reserveoffizier) 1966–1970 Studium der Rechts- und Politischen Wissenschaften in München und Bonn; Referendarzeit in NRW, gleichzeitig Assistent im Deutschen Bundestag, Rechtsanwalt. 1973–1976 politischer Referent in Bonn. 1977 Günther-Quandt-Haus, Bad Homburg v. d. Höhe, u. a. persönlicher Mitarbeiter von Herbert Quandt, seit 1987 Mitglied des Vorstandes der ALTANA AG, seit 1990 Vorstandsvorsitzender der ALTANA AG, Vorsitzender des Vorstandes der Herbert-Quandt-Stiftung. Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung Marktwirtschaft, Berlin; Vorsitzender der Administration Städel-Museum, Frankfurt; Vizepräsident des Wirtschaftsrats der CDU, Berlin. Ehrendoktor der Wissenschaftlichen Hochschule für Unternehmensführung (WHU), Vallendar und der TU Dresden.



Wilhelm Seemann

Studium der Pharmazie an der Universität in Marburg. Promotion zum Dr. rer. nat. an der Freien Universität Berlin. Absolvent der IPADE Business School, Mexiko. 1970–2003 Leiter der ALTANA Pharma in Mexiko. Präsident der Deutsch-Mexikanischen Industrie- und Handelskammer (2001/02). Langjähriges Vorstandsmitglied der Deutschen Schule in Mexiko. Vorstandsmitglied verschiedener Gesellschaften und Stiftungen sowie Engagement für soziale Organisationen in Mexiko. Gründungsmitglied und seit 2002 Präsident der Kulturstiftung der Deutschen Wirtschaft in Mexiko.



Greta Shelley Medina

Geboren 1972 in Mexiko-Stadt. Absolventin der Universidad Iberoamericana in Internationalen Beziehungen (1995, mit Auszeichnung); 2002 Master of Science in Foreign Service an der Georgetown University, Washington, D.C. Sie bekleidete verschiedene Positionen im mexikanischen Außenministerium, u. a. in der Nordamerika-Abteilung (1994–1998), und war Persönliche Referentin des Leiters des Planungsstabs im Ministerium (1998–1999). Als Referentin arbeitete sie für den US-Kongressabgeordneten Tom Campbell und war Graduate Fellow bei Kissinger McLarty Ass. in Washington, D.C. (2000/01). Seit 2001 ist sie mit einem mexikanischen Botschafter verheiratet und hat in dieser Funktion die Förderung von Interessen ihres Landes in Schweden und Deutschland unterstützt. Im November 2004 trat sie der Atlantik-Initiative in Berlin bei.



Ulrich Sorger

Geboren in Graz, Österreich. Studium der Chemie, Physiologie und Genetik in Graz, Berlin und München. Promotion am Max-Planck-Institut für Biochemie in München. 1969 Eintritt in das Unternehmen Byk Gulden (der späteren ALTANA Pharma AG) in Konstanz. 1970 Entsendung nach Brasilien. 1971–1982 General Manager in Buenos Aires, Argentinien. 1982–2004 zunächst Geschäftsführer, dann im Vorstand der Byk Gulden/ALTANA Pharma. Zurzeit Beauftragter des Vorstands der ALTANA Pharma für Lateinamerika. Mitglied in mehreren internationalen Körperschaften, jeweils mit einem besonderem Fokus auf Lateinamerika.



Mark Speich

Geboren 1970 in Bonn. 1989 Abitur am Collegium Josephinum, Bonn, Wehrdienst, 1990–1994 Studium der Wissenschaft von der Politik, der Neueren Geschichte sowie des Staats- und Europarechts an den Universitäten Bonn und Cambridge (Pembroke College). 1994 Master of Philosophy, Promotion zum Dr. phil. bei Professor Hans-Peter Schwarz, Universität Bonn. Nach dem Studium wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stabsstelle „Politische Beratung und Sonderaufgaben“ im Konrad-Adenauer-Haus. Von Anfang 1997 bis Ende 1998 persönlicher Referent des Rektors der Universität Bonn. 1999–2002 wissenschaftlicher Referent der Herbert-Quandt-Stiftung. Seit 2003 Leiter deren Repräsentanz in Berlin.



Hildegard Stausberg

Geboren und aufgewachsen im Rheinland. Studium der Politikwissenschaft, Geschichte, Volkswirtschaft und Rechtswissenschaften an den Universitäten Hamburg, Köln, Bonn und Buenos Aires. 1975 Promotion mit einer Arbeit über die Ursachen der gescheiterten Redemokratisierung Argentiniens nach dem Sturz Juan Domingo Peróns 1955. 1977–1980 Assistentin bei Professor Karl Dietrich Bracher, Universität Bonn. 1980–1987 in der Nachrichtenredaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zuständig für Lateinamerika. 1988–1993 Korrespondentin der *FAZ* in Mexiko zuständig für Mexiko, Mittelamerika, die Karibik und Venezuela. 1993 Übernahme der Leitung der Ibero-Lateinamerikanischen Programme der Deutschen Welle in Köln und 1994–1999 Chefredakteurin aller Fremdsprachenprogramme. Lehrtätigkeit an den Universitäten Köln und Bonn. Von 1999 bis 2000 Ressortleiterin Außenpolitik der Tageszeitung *DIE WELT* in Berlin. Seit Januar 2001 ist Hildegard Stausberg diplomatische Korrespondentin für *DIE WELT* und seit 2004 Vorsitzende des Kölner Presseclubs.



Ursula Stiegler

Geboren 1976 in Reutlingen. Studium der Lateinamerikanistik, der Ethnologie und der Kunstgeschichte an der Universität Freiburg sowie der Sprachen, Wirtschafts- und Kulturraumstudien an der Universität Passau und an der Universidad Nacional Autónoma in Mexiko-Stadt. Während ihres Studiums arbeitete sie für das Institut für Iberoamerikakunde in Hamburg, die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) sowie für die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) in Chile. Von Januar bis Mai 2005 arbeitete sie im Planungsstab des Auswärtigen Amtes in Berlin an einem Lateinamerikaprojekt. Seither ist sie für den Lateinamerikabereich der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin, tätig.



Lord Thomas of Swynnerton

Geboren 1931 in Windsor. Professor für Geschichte an der Universität Reading. Tätigkeit für das Britische Außenministerium und die Royal Military Academy Sandhurst. Unter Margaret Thatcher Vorsitzender des Centre for Policy Studies. 1981 Erhebung in den Adelsstand. 1961 erscheint *The Spanish Civil War*, das in Spanien verboten wurde und erst 1976 veröffentlicht werden durfte. Zu seinen Publikationen zählen *Goya and The Third of May 1808* (1973), *An Unfinished History of the World* (1979) *Armed Truce: The Beginnings of the Cold War* (1986), *The Conquest of Mexico* (1993), *The Slave Trade* (1997) und *Rivers of Gold. The Rise of the Spanish Empire* (2003).



Nikolaus Werz

Geboren 1952 in Bonn. Studium der Germanistik, Geschichte und Wissenschaftlichen Politik an der Universität Freiburg i. Br. 1978 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg und am Arnold-Bergstraesser-Institut für kulturwissenschaftliche Forschung (ABI). 1981 wissenschaftlicher Mitarbeiter am CENDES in Caracas. 1983 Promotion bei Prof. Dieter Oberndörfer zum Thema „Parteien, Staat und Entwicklung in Venezuela“. 1983–1991 Lehrbeauftragter am Seminar für Wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg i. Br. Habilitation für das Fach Wissenschaftliche Politik mit der Arbeit „Das neuere politische und sozialwissenschaftliche Denken in Lateinamerika“. 1991–1993 Lehrstuhlvertretung an der Universität Freiburg i. Br. Seit 1994 ist Nikolaus Werz Professor für Politikwissenschaft an der Universität Rostock.



Ernst-Ludwig Winnacker

Geboren 1941 in Frankfurt a. M. Studium der Chemie an der ETH Zürich, Promotion 1968. Postdokorate an der University of California, Berkeley (1968–1970) und am medizinischen Nobelinstitut des Karolinska Instituts in Stockholm (1970–1972). 1974 Habilitation im Fach Genetik. Seit 1980 ordentlicher Professor für Biochemie an der Ludwig-Maximilians-Universität München, seit 1984 auch Leiter des Laboratoriums für Molekulare Biologie – Genzentrum der Universität München. Seit 1990 Gastprofessor an der Harvard Medical School. 1987–1993 Vizepräsident und seit 1998 Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Gleichzeitig Vizepräsident der Alexander von Humboldt-Stiftung. 1984–1987 Mitglied der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zum Thema „Chancen und Risiken der Gentechnologie“. Mitglied mehrerer wissenschaftlicher Akademien sowie des Stiftungsrates der Herbert-Quandt-Stiftung. Seit April 1995 auswärtiger Vizepräsident der Akademie der Naturforscher Leopoldina in Halle (Saale). Er ist Autor zahlreicher wissenschaftlicher Veröffentlichungen, darunter *Gene und Klone. Eine Einführung in die Gentechnologie* (1984) und *Das Genom* (1996, 2. Auflage 1997).



Jaime Zabłudovsky

Promotion in Wirtschaftswissenschaften an der Universität Yale. Seit 1994 stellvertretender Minister für internationale Handelsabkommen; in dieser Funktion entwickelte er Mexikos Verhandlungsstrategie für die WTO, die OECD, die APEC und die FTAA. Während der NAFTA-Verhandlungen wurde er Mexikos Chefunterhändler und überwachte die Durchführung des NAFTA-Abkommens. Er entwickelte die mexikanischen Freihandelsabkommen mit Chile, Costa Rica, Bolivien, Kolumbien und Venezuela und führte die Verhandlungen mit Nicaragua, Honduras, Guatemala, El Salvador und Israel sowie die Verhandlungen über ein bilaterales Investitionsschutzabkommen mit Deutschland, Frankreich, der Schweiz, den Niederlanden, Spanien, Österreich, Belgien, Luxemburg, und Argentinien. 1998–2001 diente er als Botschafter bei der EU und war Chefunterhändler für das Freihandelsabkommen zwischen Mexiko und der EU und führte die mexikanische Verhandlungsdelegation für ein erstes transatlantisches Freihandelsabkommen. Seit 2001 ist Jaime Zabłudovsky Gründungspartner der Soluciones Estratégicas und berät Regierungen, internationale Institutionen, führende Unternehmen und Unternehmensvereinigungen.

Teilnehmer

Dr. Dieter W. Benecke

Leiter Forschungsinstitut Lateinamerika der Konrad-Adenauer-Stiftung, Buenos Aires

Dr. Sven Olaf Berggötz

Leiter Konzernbüro New York, ALTANA AG

Prof. Dr. Walther L. Bernecker

Lehrstuhl für Auslandswissenschaft – Romanischsprachige Kulturen, Universität Erlangen-Nürnberg

José Botafogo Gonçalves

Botschafter, Präsident des Centro Brasileiro de Relações Internacionais; vormals Minister für Handel und Wirtschaft sowie Chefunterhändler für den Mercosur, Rio de Janeiro

Elmar Brok, MdEP

Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses Europäisches Parlament, Straßburg/Brüssel

S. E. Jorge Castro-Valle Kuehne

Botschafter der Vereinigten Mexikanischen Staaten in Deutschland, Berlin

Dr. Daniel Deckers

Redakteur
Frankfurter Allgemeine Zeitung
Frankfurt a. M.

S. E. Dr. Mario Fernández Baeza

Botschafter der Republik Chile in Deutschland
Berlin

Dr. Thomas Gauly

Generalbevollmächtigter und Leiter Konzernkommunikation & Investor Relations, ALTANA AG, Mitglied des Vorstands der Herbert-Quandt-Stiftung
Bad Homburg v. d. Höhe

Hans Graf von der Goltz

Ehrenvorsitzender des Stiftungsrats der Herbert-Quandt-Stiftung; vormals u. a. Vorstandsvorsitzender der ALTANA AG und Aufsichtsratsvorsitzender der BMW AG München

Prof. Dr. Carlos Huneeus Madge

Direktor Meinungsforschungsinstitut CERC, Santiago de Chile; ehemaliger Botschafter der Republik Chile in Deutschland

Dr. Albrecht Graf v. Kalnein

Geschäftsführender Vorstand der Herbert-Quandt-Stiftung,
Bad Homburg v. d. Höhe

Susanne Klatten

Vorsitzende des Stiftungsrats der Herbert-Quandt-Stiftung
Bad Homburg v. d. Höhe

Dr. Michael Klett

Vorstandsvorsitzender, Ernst Klett AG, Stuttgart; Mitglied des Stiftungsrats der Herbert-Quandt-Stiftung



Empfang zur Abendveranstaltung des 24. Sinclair-Haus-Gesprächs im Herbert-Quandt-Haus

Dr. Eberhard Kölsch

Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Mexiko, Mexico City

Tod Lindberg

Chefredakteur *Policy Review*, Washington
Research Fellow, Hoover Institution,
Stanford University

Prof. Ricardo López Murphy

Präsident, Fundación Civico Republicana,
Buenos Aires; vormalis Verteidigungs- und
Finanzminister sowie Präsidentschaftskandidat
in Argentinien

Dr. Günther Maihold

Stellvertretender Direktor Stiftung
Wissenschaft und Politik, Berlin

Dr. Hubert Mandery

Senior Vice President European
Governmental Affairs, BASF AG
Ludwigshafen

Dr. Victoriana Mejía Marulanda

Botschafterin der Republik Kolumbien
in Deutschland, Berlin

Bernd Mützelburg

Ministerialdirektor, Leiter der Abteilung
Auswärtige Beziehungen, Globale Fragen,
Äußere Sicherheit, Bundeskanzleramt, Berlin

Claudia Nolte, MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des
Deutschen Bundestages
Bundesministerin a. D., Berlin

Rafael Pardo Rueda

Senator Congreso de la República,
Bogotá; vormals Verteidigungsminister und
Nationaler Sicherheitsberater Kolumbiens

Marta Lucía Ramírez de Rincón

Präsidentin Ramírez & Orozco International
Strategy Consultants, Bogotá; vormals u. a.
Verteidigungs- und Außenhandelsministerin
von Kolumbien

Janusz Reiter

Präsident, Zentrum für Internationale
Beziehungen, Ehemaliger Botschafter,
Warschau; Mitglied des Stiftungsrats
der Herbert-Quandt-Stiftung
Bad Homburg v. d. Höhe

Prof. Dr. Riordan Roett

Direktor, Western Hemisphere Program
Paul H. Nitze School of Advanced
International Studies,
Johns Hopkins University, Washington

Andrés Rozentel

Botschafter, Präsident Council on
Foreign Relations, Mexiko City;
vormals u. a. stellv. Außenminister und
Botschafter Mexikos in den USA

Wolfgang Schmitt

Geschäftsführer Deutsche Gesellschaft für
Technische Zusammenarbeit
Eschborn

Dr. Nikolaus Schweickart

Vorstandsvorsitzender,
ALTANA AG und
Herbert-Quandt-Stiftung
Bad Homburg v. d. Höhe

Dr. Wilhelm Seemann

Präsident Kulturstiftung der Deutschen
Wirtschaft in Mexiko; vormals Leiter
ALTANA Pharma Mexiko

Dr. Ulrich Sorger

Beauftragter des Vorstands für
Lateinamerika; vormals Mitglied des
Vorstands ALTANA Pharma Konstanz

Dr. Mark Speich

Leiter der Repräsentanz Berlin der
Herbert-Quandt-Stiftung, Berlin

Dr. Hildegard Stausberg

Diplomatische Korrespondentin
DIE WELT

Lord Thomas of Swynnerton

Historiker und Publizist
House of Lords, London

Prof. Dr. Nikolaus Werz

Universität Rostock, Institut für Politik- und
Verwaltungswissenschaften, Lehrstuhl für
Vergleichende Regierungslehre

Prof. Dr. Ernst-Ludwig Winnacker

Präsident der Deutschen
Forschungsgemeinschaft, Bonn;
Mitglied des Stiftungsrats der
Herbert-Quandt-Stiftung
Bad Homburg v. d. Höhe

Dr. Jaime Zabudovsky

Gründungspartner von Soluciones Estratégicas
Vormals Chefunterhändler für das
Freihandelsabkommen zwischen der EU
und Mexiko, stellv. Handelsminister sowie
Botschafter Mexikos bei der EU

Stand April 2005

Sinclair-Haus-Gespräche

Themen

1. Welt im Umbruch: Können Demokratie und Marktwirtschaft überleben?
November 1993
2. Verwildert der Mensch? Voraussetzungen gesellschaftlicher Ordnung
April 1994
3. Quo vadis? Deutschland nach einem besonderen Wahljahr
Dezember 1994
4. Kulturen im Konflikt – Die Bestimmung Europas
März/April 1995
5. Kultur als Machtinstrument
Dezember 1995
6. Globale Wirtschaft – nationale Sozialpolitik: Wie lange geht das noch gut?
April 1996
7. Löst sich die Industriegesellschaft auf?
November 1996
8. Europa nach der Wirtschafts- und Währungsunion
April 1997
9. Russland – wohin?
Dezember 1997
10. Leben – um welchen Preis?
April 1998
11. Trialog der Kulturen im Zeitalter der Globalisierung
Dezember 1998
12. Vom christlichen Abendland zum multikulturellen Einwanderungsland?
April 1999
13. Die Zukunft des Gewesenen – Erinnern und Vergessen an der Schwelle des neuen Millenniums
November 1999
14. Die stille Revolution – Geschlechterrollen verändern sich
April 2000
15. Kapitalismus ohne Moral? Ethische Grundlagen einer globalen Wirtschaft
November 2000
16. Europas Verfassung – Eine Ordnung für die Zukunft der Union
Mai 2001
17. Wem gehört der Mensch?
November 2001



Eintrag ins Gästebuch: Dieter W. Benecke, Günther Maibold, Wolfgang Schmitt und Albrecht Graf v. Kalnein.

- | | |
|--|---|
| <p>18. Brücken in die Zukunft –
Museen, Musik und darstellende Künste
im 21. Jahrhundert
April 2002</p> <p>19. Afrika – der vergessene Kontinent?
November 2002</p> <p>20. Medien in der Krise
Mai 2003</p> <p>21. Jenseits des Staates? „Außenpolitik“
durch Unternehmen und NGOs
November 2003</p> | <p>22. Gesellschaft ohne Zukunft?
Bevölkerungsrückgang
und Überalterung als
politische Herausforderung
Mai 2004</p> <p>23. Mut zur Führung – Zumutungen
der Freiheit. Wie wahrheitsfähig
ist die Politik?
November 2004</p> |
|--|---|

Teilnehmer der vorangegangenen Sinclair-Haus-Gespräche:

- Abassi**, Mahmoud; 11
Abdul Hadi, Mahdi; 11
Achelis, Thomas; 20
Adam, Konrad; 2, 4
Adam, Werner; 1, 9
Adomeit, Hannes; 9
Albert, Michel; 3
Alexander, Lord of Weedon; 8
Ammann, Jean-Christophe; 18
Ammon, Peter; 21
Angst, Kenneth; 7
Arbatov, Alexej; 4
Arnon, Aryeh; 11
Assmann, Wolfgang R.; 11–21
Avineri, Shlomo; 2, 5
Awartani, Hisham; 11
Ayittey, George B.N.; 19
- Badura**, Bernhard; 10
Badura, Peter; 3
Bär, Hans J.; 8
Barth, Hermann; 6
Bartoszewski, Wladyslaw; 13
Baselitz, Georg; 18
Beck, Herbert; 18
Beckstein, Günther; 12
Ben-Ari, Jitzhak; 1
Benda, Ernst; 17
Bengu, Sibusiso M. E.; 19
Berggötz, Sven Olaf; 20–23
Bergsdorf, Wolfgang; 5
Berthoin, Georges; 16
Besharov, Douglas J.; 22
Betti, Claudio Mario; 11
Biedenkopf, Kurt; 23
Birg, Herwig; 22
Bitterlich, Joachim; 9, 21
Blackstone, Tessa Baroness; 18
Blech, Jörg; 17
Böckelmann, Frank; 12
- Bork, Timothy J.; 19
Börsch-Supan, Axel; 22
Bourkov, Sergei; 9
Bovkoun, Evgueni; 9
Brannen, Julia; 14
Braverman, Avishay; 11
Bremer, Jörg; 11
Bresson, Henri de; 16
Brock, Lothar; 15
Brok, Elmar; 8, 16
Brunner, Georg; 9
Bruns, Tissy; 22
Buchanan, James; 7
Burda, Hubert; 20
Busek, Erhard; 3
- Caligaris**, Luigi; 4
Catarivas, Dan; 11
Chenaux-Repond, Dieter; 4, 5, 8
Cohen, Amnon; 4
Collange, Jean-François; 17
Commaille, Jacques; 14
Conze, Peter; 19
Cozens, Clare; 14
- Dahlmanns**, Gert; 1–11
Dahrendorf, Lord Ralf; 7
Daune-Richard, Anne-Marie; 14
Deckers, Daniel; 7
Deech, Ruth; 17
Dettling, Warnfried; 3
Dichgans, Johannes; 10
Dietrich, Stefan; 22
DiFabio, Udo; 22
Dönhoff, Marion Gräfin; 12
Douglas, Sir Roger; 23
Dowden, Richard; 19
Dshanibekow, Wladimir; 9
Duve, Freimut; 1
Dyba, Johannes; 12

- Eddin Ibrahim**, Saad; 11
 Eekhoff, Johann; 6
 Eigen, Peter; 21
 Eilfort, Michael; 23
 Elkana, Yehuda; 5
 Elyas, Nadeem A.; 12
- Fels**, Edda; 20
 Ferraris, Luigi Vittorio Conte; 2
 Field, Frank; 6
 Firmenich, Andrea; 18
 Fischer, Thomas R.; 21
 Forsythe, William; 18
 François-Poncet, Jean; 8
 Frankenberger, Klaus-Dieter; 16
 Freeman, Clara; 14
 Friedlander, Shaul; 11
 Froment-Meurice, Henri; 1
 Frye, Alton; 4
- Gablentz**, Otto von der; 16
 Galliner, Peter; 11
 Ganten, Detlev; 17
 Garrigues Walker, Antonio; 21
 Gasteyger, Curt; 3
 Gauck, Joachim; 13
 Gaulty, Thomas; 5–21, 23
 Gerhardt, Wolfgang; 3
 Gerster, Johannes; 11
 Gillessen, Günther; 3
 Goltz, Hans Graf von der; 1–23
 Gönner, Tanja; 22
 Gowrie, Lord; 8
 Graf, Friedrich Wilhelm; 12
 Gräf, Hermann; 15
 Graff, Ehoud; 11
 Grant, Charles; 16
 Groen, Joost in't; 6
 Gronkiewicz-Waltz, Hanna; 14
 Grunewald, Heike; 11
 Grusa, Jiri; 3
 Guerrand-Hermès, Xavier; 11
 Guinand, Patrick; 18
 Guttenberg, Karl-Theodor Freiherr zu; 23
- Habibie**, Bacharuddin Jusuf; 4
 Hachmeister, Lutz; 20
- Hadas, Shmuel; 11
 Hank, Rainer; 15
 Hänsch, Klaus; 8
 Haverich, Axel; 10
 Helmchen, Hanfried; 10
 Hellmann, Gunther; 21
 Henzler, Herbert; 7
 Hepp, Hermann; 10
 Héran, François; 22
 Herzog, Christiane; 10
 Herzog, Roman; 1, 16
 Heuser, Uwe Jean; 15
 Heydt, Peter von der; 7
 Hirsch, Günter; 16
 Hirsch Ballin, Ernst; 10
 Hirschfeld, Yair; 4
 Hodges, John R.; 13
 Hoge, James F.; 21
 Höffe, Otfried; 15
 Hoffmann, Hilmar; 18
 Honnefelder, Ludger; 10, 12
 Hornhues, Karl-Heinz; 19
 Hornig, Frank; 20
 Huber, Wolfgang; 10
- Inacker**, Michael; 21
 Isensee, Josef; 16
- Jakobeit**, Cord; 19
 James, Harold; 21
 Jansen, Thomas; 11, 16
 Jay of Paddington, Baroness; 14
 Joffe, Josef; 1, 9
 John, Barbara; 12
 Jonas, Sir Peter; 18
 Jowell, Tessa; 14
- Kalnein**, Albrecht Graf von; 22, 23
 Kamer, Hansrudolf; 9
 Kamphaus, Franz; 2
 Kannengießer, Christoph; 22
 Kaube, Jürgen; 22
 Kaufmann, Franz-Xaver; 22
 Keese, Christoph; 20
 Keil, Siegfried; 14
 Kell, Georg; 21
 Kennedy, Paul; 6

Kielmansegg, Peter Graf von; 23
Kiessler, Richard; 20
Kirchhof, Paul; 7
Kirsch, Guy; 7
Klatten, Susanne; 12, 14–23
Klein, Wolfgang; 23
Kleinschmidt, Sebastian; 12
Klett, Michael; 12–15, 17–23
Klotz, Heinrich; 5
Kluxen, Wolfgang; 12
Kney-Tal, Dorit; 2
Koch, Gerhard R.; 18
Koch, Roland; 6
Köcher, Renate; 3, 12–14, 22
Koch-Mehrin, Silvana; 22
Koerber, Eberhard von; 6, 11
Kohl, Helmut; 8
Kohlhaussen, Martin; 19
Kolonko, Petra; 14
Kondrusiewicz, Tadeusz; 9
Köppel, Roger; 20
Kornblum, John C.; 21
Krasner, Stephen D.; 21
Kuchinke, Norbert; 9
Kuenheim, Eberhard von; 1, 19

Lakaschus, Carmen; 2
Lammers, Lothar; 19
Lassner, Jacob; 11
Lauder, Ron; 11
Lautmann, Dov; 11
Lehmann, Karl; 10
Lehmann, Klaus-Dieter; 13, 18
Leibinger, Berthold; 6
Lendvai, Paul; 2
Lepage, Henri; 6
Leysen, André; 1, 6, 13
Liberles, Robert; 11
Link, Christoph; 12
Lohmann, Martin; 2, 5
Lohse, Eckart; 2
Lojewski, Günther von; 20
Lorz, Stephan; 15
Louis, Jean-Victor; 16
Löwe, Hartmut; 12
Lübbe, Hermann; 2
Ludewig, Johannes; 3

Mabe, Jacob E.; 19
Machnig, Matthias; 20
Maleki, Abbas; 5
Markl, Hubert; 1–5, 7–10
Maron, Monika; 2, 14
Marsh, David; 3
Martini, Klaudia; 21
Masri, Said Baha Al-; 11
Mathes, Richard; 11
Matloga, R.I.; 19
Matwejew, Wladimir P.; 15
McElvoy, Anne; 14
Mellor, Julie; 14
Mennekes, Friedhelm; 18
Merz, Friedrich; 16
Metspalu, Andres; 17
Michalski, Krzysztof; 8
Michnik, Adam; 5
Miegel, Meinhard; 7, 22
Mittelstraß, Jürgen; 1
Moisi, Dominique; 8
Mokhele, Khotso; 19
Möller, Gerald; 10
Müller-Jung, Joachim; 17
Müller-Stutzer, Gabriele; 10
Muschg, Adolf; 5

Naumann, Klaus; 3
Naumer, Hans-Jörg; 15
Nef, Robert; 7
Nemirovskaya, Elena; 7, 9
Neudeck, Rupert; 19
Neville-Jones, Pauline; 1
Nooke, Günter; 20
Nora, Pierre; 13
Nowak, Wolfgang; 23

Oberndörfer, Dieter; 12
Osborne, Michael J.; 21
Osten, Manfred; 5
Oz, Amos; 11
Özdemir, Cem; 12

Pactow, Klaus; 20
Pataki, István; 3
Peel, Quentin; 8, 16
Pernice, Ingolf; 16

- Perras, Arne; 19
 Pfeiffer, Christian; 2
 Pinto, Diana; 14
 Piromya, Kasit; 15
 Plaut, Timothy C.; 15
 Pohl, Manfred; 13

Radtke, Heinz W.; 10, 17
 Raulff, Ulrich; 13
 Rees-Mogg, William; 4
 Reinicke, Wolfgang R.; 21
 Reiter, Janusz; 3, 8, 13–15, 17, 19,
 21, 23
 Reitze, Helmut; 20
 Rekhess, Elie; 11
 Reynolds, Fiona; 14
 Riekel, Patricia; 20
 Riesenhuber, Heinz; 1
 Röller, Wolfgang; 2
 Rosenkranz, Barbara; 22
 Rosenthal, Norman; 18
 Rösler, Philipp; 23
 Rothschild, Emma; 7
 Rubinstein, Danny; 11
 Rubner, Jeanne; 10
 Rübsamen-Waigmann, Helga; 14
 Ruß-Mohl, Stephan; 20
 Rüthers, Bernd; 6

Safdie, Moshe; 5
 Said, Edward W.; 5
 Salmin, Alexei; 9
 Savir, Uriel; 11
 Sayigh, Yezid; 4
 Schächter, Markus; 20
 Schäfer, Egon; 6
 Schäfer, Hermann; 12–18, 20, 23
 Schalch, Beatrice; 11
 Schatz, Roland; 20
 Schauerte, Hartmut; 15
 Schellhorn, Kai M.; 13
 Scheytt, Oliver; 18
 Schily, Konrad; 2, 10
 Schily, Otto; 12, 22
 Schips, Bernd; 6
 Schirrmacher, Frank; 12, 13, 16–20
 Schlösser, Gernot; 10
 Schmidt, Renate; 22

 Schneider, Enjott; 18
 Scholl-Latian, Peter; 4, 5
 Scholz, Rupert; 2
 Schotsmans, Paul T.; 17
 Schreiber, Hans-Ludwig; 10
 Schuchardt, Erika; 13
 Schulte-Hillen, Gerd; 23
 Schwan, Gesine; 14
 Schwarzenberg, Karl Fürst von; 2
 Schweickart, Nikolaus; 1–10, 12, 13,
 15–20, 22, 23
 Schweizer, Robert; 20
 Seide, Rochelle K.; 17
 Seixas da Costa, Francisco; 16
 Seizinger, Bernd R.; 17
 Şen, Faruk; 12
 Senghaas, Dieter; 4
 Senokossov, Yuri; 9
 Shtauber, Zvi; 11
 Shtayyeh, Mohammad; 11
 Sicard, Didier; 17
 Siebel, Rudolf; 15
 Silbereisen, Rainer K.; 2
 Siniora, Hanna; 11
 Slama, Irene; 22
 Smolar, Aleksander; 23
 Sobtschak, Anatolij; 1
 Solms, Hermann Otto; 15
 Speich, Mark; 12–23
 Stark, Jürgen; 15
 Steinbach, Udo; 4
 Steinberg, Jonathan; 7
 Stern, Frank; 11
 Stock, Günter; 10
 Stone, Norman; 1
 Strauss-Lahat, Ofra; 11
 Strube, Jürgen F.; 21
 Studnitz, Ernst-Jörg von; 9
 Stürmer, Michael; 1–6, 8–11
 Suchanov, Alexander; 9
 Suchocka, Hanna; 1

Tarr-Whelan, Linda; 14
 Teltschik, Horst; 3–9, 19
 Thoben, Christa; 8
 Tibi, Bassam; 4
 Tiefensee, Eberhard; 12
 Tietmeyer, Hans; 6, 15



Einlass zur Abendveranstaltung im Herbert-Quandt-Haus

Til, Reinold H. van; 19
 Tosato, Massimo; 15
 Trabant, Jürgen; 5
 Troen, S. Ilan; 11
 Trotha, Ulrich Ivo von; 12

Vasata, Vilim; 7
 Veremis, Thanos; 4
 Vibert, Frank; 16
 Viermetz, Kurt F.; 4
 Vitali, Christoph; 18
 Vollmer, Antje; 3
 Vrba, Tomáš; 2

Walker, Michael; 7
 Wallraff, Arnold; 6, 9
 Warner, Nils; 23
 Weck, Roger de; 23
 Wegerhoff, Susanne; 14
 Weidenfeld, Lord of Chelsea; 11–16,
 18, 23
 Weinrich, Harald; 13
 Weisenhorn, Elisabeth Gertrud; 15
 Welzig, Werner; 5

Werner, Kurt; 1
 Wertheimer, Stef; 11, 13
 Widgren, Jonas; 22
 Winkler, Peter; 19
 Winnacker, Ernst-Ludwig; 17, 19,
 21, 23
 Wulff, Christian; 6

Yavlinsky, Grigory A.; 3

Zakaria, Fareed; 9
 Zehelein, Klaus; 18
 Zeitler, Franziska; 9, 10

Herbert Quandt

Dr. Herbert Quandt (1910–1982), einer märkischen Unternehmerfamilie entstammend, gehörte zu den markantesten Persönlichkeiten der deutschen Nachkriegswirtschaft. Seinen dezentral organisierten Unternehmen überließ er große Entscheidungsräume, um Eigeninitiative und Innovationsgeist zu stärken. Die Verantwortung des Unternehmers ging für ihn über das rein Ökonomische hinaus.



Herbert Quandt war der erste Vorstandsvorsitzende der ALTANA AG, die im Jahre 1977 im Wege der Realteilung aus dem Varta-Konzern hervorgegangen ist. Zeugnis seines besonderen Interesses am Gemeinwesen sind die ihm zu Ehren errichteten Stiftungen – die BMW Stiftung Herbert Quandt (1970), die Herbert Quandt-Stiftung der Varta AG, Hannover (1970) sowie die Herbert-Quandt-Stiftung der ALTANA AG, Bad Homburg (1980).

ALTANA AG

ALTANA ist ein weltweit tätiger Pharma- und Chemiekonzern. Zum Selbstverständnis von ALTANA gehört die Untrennbarkeit von Geschäftserfolg und gesellschaftlicher Verantwortung. ALTANA ist ein Corporate Citizen, der überall dort, wo er unternehmerisch tätig ist, sich in die Gestaltung der Zivilgesellschaft einbringt. In den 27 Jahren des Bestehens hat dies durch die gezielte Förderung von sozialen und kulturellen Anliegen einen lebendigen Ausdruck gefunden. Die drei Säulen des gesellschaftlichen Engagements sind die Herbert-Quandt-Stiftung, das ALTANA Kulturforum sowie das ALTANA Forum für Bildung und Wissenschaft.

Herbert-Quandt-Stiftung

Aus Anlass des 70. Geburtstages von Herbert Quandt hat die ALTANA AG im November 1980 zum Dank für die langjährige Führung der in ihr zusammengeschlossenen Unternehmen die Herbert-Quandt-Stiftung errichtet. Diese fördert in Projekten und durch finanzielle Zuwendungen den nationalen und internationalen Dialog sowie Wissenschaft, Forschung und Bildung in Deutschland. Neben den Sinclair-Haus-Gesprächen führt die Herbert-Quandt-Stif-

tung das international angelegte Projekt „Dialog der Kulturen“ durch. Die Stiftung arbeitet hierbei zum einen in Form trilateral besetzter internationaler Tagungen zu drängenden Fragen der interreligiösen Begegnung. Andererseits engagiert sie sich in anwendungsorientierten Projekten für Austausch und Kooperation im Schulwesen und im Journalismus.

Der Vorstand der Herbert-Quandt-Stiftung setzt sich wie folgt zusammen: Dr. Nikolaus Schweickart (Vorstandsvorsitzender), Dr. Albrecht Graf v. Kalnein (Geschäftsführender Vorstand), Dr. Thomas Gaulty, Dr. Hans-Joachim Lohrlich, Dr. Matthias L. Wolfgruber.

Dem Stiftungsrat gehören an: Hans Graf von der Goltz (Ehrenvorsitzender), Susanne Klatten (Vorsitzende), Dr. h. c. Michael Klett, Janusz Reiter, Prof. Dr. Hermann Schäfer, Dr. Frank Schirmacher, Lord Weidenfeld of Chelsea, Prof. Dr. Ernst-Ludwig Winnacker.

Isaak von Sinclair

Isaak von Sinclair (1775–1815) war Berater und enger Vertrauter des Landgrafen von Hessen-Homburg, dessen Interessen Sinclair u. a. auf dem Wiener Kongress vertrat. Sinclair war aber nicht nur Beamter und Diplomat, sondern auch Intellektueller und Poet. Seine idealistische Philosophie und die seines Freundeskreises, dem Hegel, Schelling und Hölderlin angehörten, waren von der geistigen und politischen Auseinandersetzung im Gefolge der Aufklärung und der Französischen Revolution geprägt.

Sinclair war Hölderlin insbesondere während dessen schwierigen Lebensphasen ein hilfreicher Freund. Als „edler Freund des Freundes“ gewährte Sinclair dem Dichter Zuflucht, finanzierte seinen Lebensunterhalt und kümmerte sich um den Kranken.



Sinclair-Haus-Gespräche

1978 erwarb die ALTANA AG das Haus, das den Namen Isaak von Sinclairs trägt. Das dem Bad Homburger Schloss gegenüber gelegene Haus wurde in der Schönheit seiner ursprünglichen Barockform restauriert. Das Sinclair-Haus ist Sitz des Kulturforums der ALTANA AG und dient der Herbert-Quandt-Stiftung als Tagungsort. Seit 1993 finden hier zweimal im Jahr die Sinclair-Haus-Gespräche statt.

HERAUSGEBER

Herbert-Quandt-Stiftung
Am Pilgerrain 15
61352 Bad Homburg v. d. Höhe
www.herbert-quandt-stiftung.de

VERLAG

Societäts-Verlag
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt
www.societaets-verlag.de

TEXTREDAKTION

Martina Kaup
Ulrich Berkmann

GESTALTUNG

Gesa Emde
Mirko Krizanovic
Darmstadt

LITHO UND DRUCK

Jan van der Most
Düsseldorf

FOTOGRAFIE

Mirko Krizanovic
S. 69, 75 Barbara Klemm/
Frankfurter Allgemeine Zeitung
S. 79, 81: University of Massachusetts
S. 134 oben: privat
S. 156, 157: Herbert-Quandt-Stiftung

ÜBERSETZUNG

Udo Rennert
Wiesbaden

© HERBERT-QUANDT-STIFTUNG
September 2005

ISBN 3-7973-0964-3

